

AUFTRAG



**Schwerpunkt:
Aufgaben Internationaler
Friedenssicherung**

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

INHALT

92. DEUTSCHER KATHOLIKENTAG IN DRESDEN

Eröffnung

„Unterwegs zur Einheit“ (Klaus Brandt)	3
Botschaft des Hl. Vaters, Papst Johannes Paul II.	5
(K) Gemeinsam unterwegs, damit Einheit gelingt	8
„Unterwegs zur Einheit“ (Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz)	11
(K) „Ein bedeutsames Signal für unsere zerrissene Welt“	18

Themenkreis „... damit Leben lohnt“

(K) Was macht den Menschen zum Menschen?	20
(K) Wie frei bin ich eigentlich?	21
Forum „Wie mit Fremden leben?“ (Weihbischof Franz Grave)	23
Gedanken zu einem Gebet (Günter Thyse)	28

Themenkreis „... damit Einheit gelingt“

(K) Öffentliches Nachdenken über den Weg zur Einheit	29
(K) „Ich dachte, ich bin schlauer als die“	30

Themenkreis „... damit Leben lohnt“

(K) „Beginnt der Sturm auf die Wohlstandsburgen?	32
„Nationalismus und Rassismus in Europa“ ((K) und Hans Maier)	34

Themenkreis „... damit die Menschheit überlebt“

(K) Warum immer neue Kriege? Aufgaben internationaler Friedenssicherung	41
Kriege, Kriege – ohne Ende? (Ernst Nagel)	43
Beispiel Bosnien (Rupert Neudeck)	54
(K) Nur begrenzte Möglichkeiten für Humanitäre Hilfe (bt)	57
Erfahrungen in zwei UN-Einsätzen als Militärseelsorger (Rainer Schadt)	58
Warum immer neue Kriege? (Dieter Clauß)	59
Statement von Pax Christi (Joachim Garstecki)	61
Frieden und Krieg in dieser Zeit (Dieter Senghaas)	65
(K) „...damit Friede wirklich wird“	81

(K) Plädoyer für Friedenskonferenz der Religionen	82
Themenkreis „... damit Glaube wächst“ (<i>Erzbischof Miroslav Vlk</i>) ..	83
Treffpunkt „Konziliarer Prozeß“	
(K) Friedenssicherung nicht nur eine militärische Frage	86
„Keine Gewalt“ – oder: Ist die Institution des Krieges zu überwinden? (<i>Thomas Hoppe</i>)	88
GKS und Militärseelsorge auf dem Katholikentag (<i>Klaus Brandt</i>)	100
Treffpunkt „Konziliarer Prozeß“	
(K) Militärseelsorge: Nicht ob, aber wie	102
(K) Kinder des Kalten Krieges – wo ist unsere Zukunft?	104
Treffpunkt „Frauen“	
Frauen in Europa – die vergessene Hälfte? (<i>Astrid Deusch</i>)	106
„Unterwegs zur Einheit“ (<i>Bischof Karl Lehmann</i>)	134

KIRCHE UND STAAT

Die Neuordnung der Bistümer in Deutschland (<i>Paul Schulz</i>)	137
---	-----

GESELLSCHAFT NAH UND FERN 148

Alles hat seine Zeit (<i>Helmut Fettweis</i>)	148
Weichen für die Entwicklung und den Auftrag der Bundeswehr gestellt (<i>PS</i>)	151
Leitsätze des Bundesverfassungsgerichts zu internationalen Einsätzen der Bundeswehr	152
Konzeptionelle Leitlinie zur Weiterentwicklung der Bundeswehr ...	154
Nicht Siegen sondern Dienen (<i>Klaus Liebetanz</i>)	163
Interview mit Enno Bernzen (<i>Josef König</i>)	170
Wenn Soldaten Frieden sagen ... (<i>Helmut Fettweis</i>)	173

AUS GKS, PGR UND AMI

Familienurlaub mit dem AMI 1994 in Bad Aussee (<i>Klaus Költzsch</i>) ..	177
--	-----

INFORMATIONEN 180

92. DEUTSCHER KATHOLIKENTAG

„Unterwegs zur Einheit“

Klaus Brandt

Dies war das Motto des 92. Deutschen Katholikentags des Zentralkomitees der deutschen Katholiken vom 29.06.–03.07.1994 im gastgebenden Bistum Dresden-Meißen.

Der Willkommensgruß forderte Christen und ihre Kirchen auf, mehr denn je sich der immer neuen Frage nach dem Sinn des Lebens anzunehmen. „Im gemeinsamen Dialog mit Nichtgläubigen“ – die jungen Bundesländer sind christliche (religiöse) Diaspora –, „Muslimen und Juden,

mit den Gästen aus Europa und der Welt genauso wie mit den Bürgerinnen und Bürgern Dresdens wollten Christen beim Katholikentag tragfähige Perspektiven für das eigene Leben und für das Zusammenwachsen Deutschlands, Europas und der Einen Welt diskutieren.“ Ein offener und transparenter Katholikentag sollte es werden – das ist gelungen.

Auf der 2,5 km langen „Kirchentagsmeile“ vom Hauptbahnhof – Wiener Platz, entlang der Prager Straße, über



Blick in die „Kirchentagsmeile“ mit Zelten und Pagoden vom Wiener Platz aus in Richtung Prager Straße

Foto: Brockmeier

den Altmarkt zur Augustusbrücke als Elbübergang bis zum Albertplatz waren die 220 gelb-weiß-gestreiften Zelte und die Pagoden nicht zu übersehen. Die „Meile“ war in vier Abschnitte mit je einer Open-Air-Bühne aufgeteilt:

Der erste Teil unter dem Motto „... **damit Leben lohnt**“ war geprägt von Ordensgemeinschaften, Geistlichen Bewegungen, Diözesen, aber auch der Gemeinschaft Christlicher Motorradfahrer.

Im zweiten unter dem Leitwort „... **damit Einheit gelingt**“ präsentierten sich 39 Verbände, darunter Hilfswerke wie ADVENIAT, RENOVABIS oder Pax Christi. Auch die Katholische Polizeiseelsorge war hier vertreten. In diesem Bereich diskutierten polnische Theologiestudenten über die Ost-West-Begegnung.

Der dritte Abschnitt stand unter dem Thema „... **damit Menschheit überlebt**“. Zu dieser zentral gelegenen Gruppe gehörten Entwicklungshilfe-Organisationen sowie der gut besuchte Standort der Militärseelsorge und der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS).

„... **damit Glaube wächst**“ war die vierte Teilstrecke überschrieben, wo in 50 Zelten verschiedene katholische Organisationen, wie z.B. die Arbeitsgemeinschaft Katholischer Presse (AKP), der Bund Katholischer Unternehmer (BKU) oder die Arbeitsgemeinschaft der Pfarrhaushälterinnen ihre Ziele und Aufgaben darstellten.

Über ganz Dresden verteilt wur-

den in zentralen Veranstaltungen, Werkstätten, geistlichen Zentren und Treffpunkten die verschiedensten Themengebiete vertieft. Viele Gottesdienste – auch in evangelischen Kirchen – dienten der geistlichen Begleitung. Kulturelle Veranstaltungen aus den Bereichen Musik und Theater sowie Ausstellungen rundeten den Katholikentag ab.

Insgesamt war es ein kleinerer als früher, aber heiterer, oft zum Nachdenken anregender Katholikentag. Sein Motto bezog sich nicht nur auf die deutsche Einheit, sondern auch auf die Einheit der Welt. Die Suche der Menschen nach einem geistigen Standort zeigte sich besonders in dem kaum zu stillenden Wunsch der Besucher nach Informationsmaterial.

Fragen, die im Zentrum des Katholikentagsprogramms standen:

- ⇒ **Wie verwirklichen wir den wirtschaftlichen Ausgleich, die soziale Gerechtigkeit, den Lebensschutz?**
- ⇒ **Wie gehen wir mit denen um, die aus aller Welt zu uns kommen?**
- ⇒ **Wie übernehmen wir Verantwortung in der Gemeinschaft der Völker?**
- ⇒ **Wie sollen wir mit unserer Umwelt umgehen?**

Botschaft des Hl. Vaters, Papst Johannes Paul II., an den 92. Deutschen Katholikentag

**Meinem verehrten Bruder
Joachim Reinelt, Bischof
von Dresden-Meißen**

**Verehrter Mitbruder im Bischofs-
amt!**

Liebe Schwestern und Brüder!

„Unterwegs zur Einheit“ – unter diesem Leitwort seid ihr zum 92. Deutschen Katholikentag in Dresden zusammengekommen. Mein herzlicher Gruß gilt Euch allen, die Ihr Euch heute zum Hauptgottesdienst auf dem Platz vor der ehrwürdigen Hofkirche versammelt habt. Vor einigen Jahren noch hätte sich kaum jemand vorstellen können, daß im Herzen der Stadt Dresden deutsche Katholiken aus West und Ost zusammen kommen. Vom unvergeßlichen Katholikentreffen in Dresden 1987 spannt sich ein lebendiger Bogen zum Katholikentag 1994. Wahrhaftig, Ihr seid unterwegs zur Einheit.

Die Programmgestaltung und Durchführung dieses Katholikentages und nicht zuletzt die Mitarbeit so vieler evangelischer Christen zeigen, daß die Christen in Deutschland unterwegs zur Einheit sind. Euer Zeugnis für die befreiende Botschaft Jesu Christ be-



kommt durch das ökumenische Engagement einen noch glaubwürdigeren Charakter.

Von besonderer Relevanz ist in Eurem Land der Dialog mit den Nichtglaubenden und Nichtgetauften. Auch sie habt Ihr an Eurer Arbeit und an Euren Gesprächen beteiligt. Beim Aufbau einer neuen Welt und auf dem Weg zur Einheit sind alle Menschen guten Willens aufgerufen, zusammenzuarbeiten und ihren Beitrag zu leisten. Wenn Einheit gelingen soll, dann geht es zuallererst darum, füreinander Verständnis und Solidarität aufzubringen. Auf einer solchen Basis werdet Ihr auch die großen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen, vor die ihr Euch gestellt seht und die manchen bedrängen und in Resignation verfallen lassen, lösen können. Als tragender Grund für eine zukunftsorientierte und verlässliche Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens muß unsere besondere Aufmerksamkeit auf die Familie gerichtet sein. Denn „die Familie ist in

lebendiger, organischer Weise mit der Gesellschaft verbunden; (...) durch ihren Auftrag, dem Leben zu dienen, bildet sie daran Grundlagen und ständigen Nährboden. In der Familie wachsen ja die Bürger heran, und dort finden sie auch ihre erste Schule für jene sozialen Tugenden, die das Leben und die Entwicklung der Gesellschaft von innen her tragen und gestalten“ (Familiaris consortio, Nr. 42).

Unter den Schwächeren und Benachteiligten kann uns das Schicksal der Arbeitslosen nicht gleichgültig lassen. Vielfältige Anstrengungen sind notwendig, damit möglichst viele von ihnen neu in den Arbeitsprozeß integriert werden können. Es ist Aufgabe aller in Wirtschaft und Staat Verantwortlichen, „die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, die in jedem Fall ein Übel ist und, wenn sie große Ausmaße annimmt, zu einem echten sozialen Notstand werden kann. Ein besonders schmerzliches Problem wird sie, wenn sie vor allem die Jugendlichen trifft, die (...) keinen Arbeitsplatz finden können und ihren ehrlichen Arbeitswillen und ihre Bereitschaft, die ihnen zukommende Verantwortung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Gesellschaft zu übernehmen, schmerzlich frustriert sehen“ (Laborem exercens, Nr. 18).

Unterwegs sein zur Einheit bedeutet unterwegs sein zum Menschen. Darum muß der Mensch im Mittelpunkt aller Anstrengungen stehen, so wie ihn Gott gemacht und geschaffen hat. An-

gesichts des Auftrages, die Zukunft aus dem Geist des Evangeliums zu gestalten, muß uns immer bewußt bleiben, daß der „Mensch der Weg der Kirche“ ist (Centesimus annus, Nr. 53). Nur unter Berücksichtigung der Erhaltung des Systems von geistigen und geistlichen Werten kann eine Gesellschaft wahrhaft menschlich sein. Je mehr es gelingt, auch das wirtschaftliche Leben am Menschen zu orientieren, um so erfolgreicher kann Euer Land dazu beitragen, daß die Verhältnisse in Europa und in der Welt ein menschliches Antlitz tragen.

Liebe Schwestern und Brüder, die tiefste Einheit ist und in Jesus Christus geschenkt. In ihm, in seinem Kreuzes Tod und in seiner Auferstehung, ist die Einheit zwischen Gott und den Menschen sichtbare und wirksame Realität geworden. Gesellschaftliche Einheit ohne legitime Vielfalt ist in der menschlichen Geschichte allzu oft in Diktaturen entartet, wie in unserem Jahrhundert viele Teile Europas schmerzlich erfahren mußten. Vielfalt ohne Verankerung in verbindender Einheit aber droht in Beliebigkeit abzugleiten, wie sie uns in vielen Bereichen der modernen Zivilisation entgegentritt. Wir müssen zu einer Einheit finden, die Vielfalt einschließt. Hier einen Beitrag zu leisten und Veränderungen menschlicher Strukturen zu ermöglichen, fühlt sich nicht zuletzt die Kirche aufgerufen. Um ein solches Wachsen von Vielfalt in gemeinsamer Verantwortung zu fordern, haben sich die Katholiken in Deutsch-

land – und das möchte ich in diesem Zusammenhang dankbar in Erinnerung bringen – durch die Gründung des neuen Hilfswerkes RENOVABIS bereitgefunden; in Gebetsverbundenheit und durch großzügiges finanzielles Engagement arbeitet Ihr trotz wirtschaftlicher Engpässe in Eurem eigenen Land an den gesellschaftlichen und kirchlichen Aufgaben in Mittel-, Ost- und Südosteuropa tatkräftig mit.

Ihr seid zur Feier der Eucharistie versammelt. In ihr schenkt sich Jesus Christus und nimmt die Gläubigen in seine Einheit mit dem Vater hinein. Bit-

tet ihn um die Gnade, daß Ihr als die lebendigen Zeugen in Eure Heimatgemeinden zurückkehrt, damit die Kirche in ihrer Einheit ein vielfältiges Zeugnis für das Leben geben kann, das uns in Christus geschenkt ist.

Dazu erteile ich Euch, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des 92. Deutschen Katholikentages 1994 in Dresden, den vielfältigen Helfern und Mitwirkenden, die zu einem guten Gelingen dieser Begegnung beigetragen haben, von Herzen meinen Apostolischen Segen.

Aus dem Vatikan, am 21. Juni 1994

Anmerkung zur Dokumentation des Katholikentags in diesem AUFTRAG

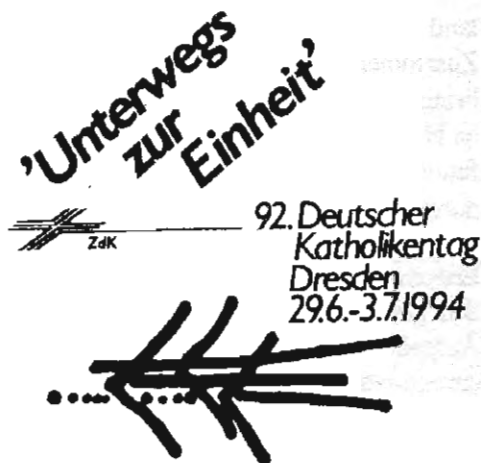
Es ist schwer, aus der Fülle der Veranstaltungen eines Katholikentages die Ereignisse herauszufinden, die für die weitere Arbeit unserer Gemeinschaft Impulse geben können. Deshalb soll im Mittelpunkt der Berichte eine der zentralen Fragen des Katholikentages „**Wie übernehmen wir Verantwortung in der Gemeinschaft der Völker?**“ stehen.

Hierzu werden vor allem die Vorträge des Forums „**Kriege, Kriege – ohne Ende? Perspektive internationaler Friedenssicherung**“ wiedergegeben. Dieses war mit so hochkarätigen Persönlichkeiten wie Prof. Dr. Ernst Nagel, Gen a.D. Dieter Clauß, Prof. Dr. Dieter Senghaas u.a. besetzt. Auch das Referat von Dr. Thomas Hoppe „**Keine Gewalt – oder: ist die Institution des Krieges zu überwinden**“ steht damit in unmittelbarem Zusammenhang. Diese friedensethischen Überlegungen werden ergänzt durch die Dokumentation der **Leitsätze des BVerfG zu „internationalen Einsätzen der Bundeswehr“**, die als Richtschnur für die politische Interpretation der ebenfalls in diesem AUFTRAG wiedergegebenen „**Konzeptionelle Leitlinie ...**“ des BMVg gelten können.

Allerdings wird der interessierte Leser feststellen, daß auch andere Themenfelder, wie z.B. „**die deutsche Einheit**“ (Gerl-Falkowitz), „**Frauen in Europa – die vergessene Hälfte**“ (Deusch) als Beitrag zum Jahresthema 1994 oder „**Überlegungen zur Frage einer allgemeinen Dienstpflicht**“ (Hoppe) aufgenommen wurden.

Soweit es möglich war, hat die Redaktion Kurzberichte wichtiger Katholikentagsveranstaltungen zur schnellen Information der Wiedergabe von kompletten Referaten vorangestellt. (PS)

Gemeinsam unterwegs, damit Einheit gelingt



Eröffnung des 92. Deutschen Katholikentags in Dresden

Mit einem Appell zur Einheit unter den Menschen, „in unserem Land, in der Kirche, in Europa und in der einen Welt“ hat **ZdK-Präsidentin Rita Waschbüsch** am Mittwochabend den 92. Deutschen Katholikentag in Dresden eröffnet. „Dresden ist der richtige Ort, um weitere Schritte auf dem Weg zur Einheit zu tun“, erklärte die Präsidentin des veranstaltenden Zentralkomitees der deutschen Katholiken vor rund 18.000 Menschen bei der Eröffnung auf dem Dresdener Schloßplatz. „Hier sind in dunklen Zeiten unserer deutschen Geschichte schmerzliche Opfer gebracht worden. Hier ist aber auch eine große Kraft der Zuversicht gewachsen und überall spürbar.“ Frau Waschbüsch äußerte ihre Freude, daß zu dem Katholikentag unter dem Leitwort „Unterwegs zur Einheit“ Menschen aus

Ost und West, aus vielen Ländern Europas und aus aller Welt teilnehmen. „Laßt uns wirklich jeden Schritt aufeinander zu tun“, sagte Frau Waschbüsch. Bei hochsommerlichen Temperaturen lud sie die Besucher bei aller Unterschiedlichkeit der Herkunft, der Meinungen und Lebensformen zur Mitfeier und zur Suche nach Einheit ein.

Es gibt viel mehr, was uns verbindet

Der scheidende **Bundespräsident Richard von Weizsäcker**, der mit lang anhaltendem Beifall begrüßt wurde, hat in einem Grußwort beim Dresdener Katholikentag die Deutschen zu gegenseitigem Verständnis, Achtung und Lernbereitschaft aufgerufen und vor Angriffen auf Zugewanderte und Flüchtlinge gewarnt. „Wir sind die

selben Menschen in Ost und West“, sagte er bei der Eröffnungsveranstaltung. „Es gibt viel mehr, was uns verbindet als was uns voneinander unterscheidet“. Den Katholiken dankte von Weizsäcker „für ihre Offenheit, ihre ökumenische Gesinnung und dafür, daß sie uns frischen Mut geben, damit wir gemeinsam den Weg finden, eins zu werden“.

Die Botschaft des Dresdener Katholikentags könne die Bürger anspornen, „sich dafür einzusetzen, daß niemand in unserer Gesellschaft ausgegrenzt wird“, so der Bundespräsident an dem vorletzten Tag seiner zehnjährigen Amtszeit. Gleichzeitig unterstrich er die Gemeinsamkeit der Christen, die „nicht getrennt unterwegs, sondern zusammen“ sei. Es gelte, mit jungen Menschen, die ohne religiöse Bindung aufgewachsen seien, „unvoreingenommen zu sprechen, ehrlich miteinander umzugehen“, ihnen zu helfen und Zuversicht zu geben. Innerhalb der Christenheit dürften die dogmatischen Unterschiede nicht die Oberhand behalten über die Gemeinsamkeit. „Die Glaubwürdigkeit der Christenheit hängt davon ab, daß wir dies in der Welt zusammen bezeugen“, sagte der Bundespräsident.

Sachsen ist genau der richtige Ort

Der sächsische Ministerpräsident, Kurt Biedenkopf, sagte bei einem Rundgespräch, daß Sachsen genau die richtige Stelle sei, um

unterwegs zur Einheit zu sein. Der Katholikentag könne hierbei viel leisten, wenn er als Begegnung von Menschen zwischen Ost und West betrachtet würde.

Der Oberbürgermeister der sächsischen Hauptstadt, Herbert Wagner, appellierte an alle Dresdener und Gäste, sich solidarisch zu verhalten. Er rief dazu auf, eine große Gemeinschaft zu bilden. Gerne würde er allen Gästen die Ruine der Frauenkirche zeigen, um ihnen das Aufbauprojekt zu erläutern. Der evangelische Kirchentagspräsident, Ernst Benda, gab „neidlos zu, daß die Katholiken schneller waren als wir“ mit der Wahl des Veranstaltungsortes in einem neuen Bundesland. Bei dem von dem früheren Moderator des Runden Tisches in der DDR, Karl-Heinz Ducke, moderierten Gespräch, verwies Benda auf den Kirchentag, der 1997 in Leipzig stattfinden und ebenfalls ein Stück zur Einheit beitragen soll.

Trennendes redlich ertragen

Die Theologin Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz verwies in ihrer Rede zum Leitwort (Wortlaut der Ansprache siehe Seite 11–18) darauf, daß auf Einheit zugehen keineswegs heiße, in einförmige Langeweile zu verfallen, spannungsarm und monologisch zu werden, sondern Trennendes redlich zu ertragen. Unterwegs zur Einheit zu sein, bedeute

Entschiedenheit zur politischen und sozialen Reife. Die Mitglieder der geeinten deutschen Gesellschaft dürften nicht nur nach Arbeit, Einkommen und Kosten-Nutzen-Rechnung beurteilt werden, unterstrich Frau Gerl-Falkovitz. Einheit könne erst gelingen, „wenn menschliches Leben in jeder Phase geachtet wird: das sogenannte unproduktive, das kindliche, das alte wie auch das erwünschte und unerwünschte“.

„Wie kann man in Dresden ohne Hoffnung sein“,

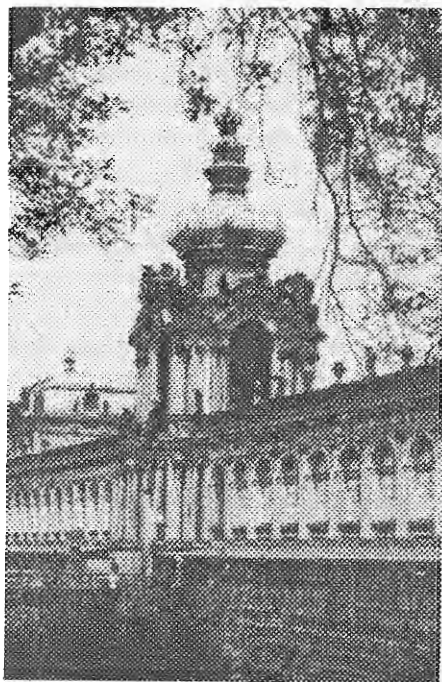
fragte **Joachim Reinelt, Bischof des Bistums Dresden-Meißen**, bei einem geistlichen Gespräch und verwies auf die Erfahrung der Demonstranten im Oktober 1989. Wichtigste Aufgabe der Kirche sei, den Wartenden, insbesondere den Arbeitslosen Hilfe und Vertrauen zu geben. „Ein Herz der Gesellschaft“ zu sein, Wärme, Verstehen und Fairneß auszustrahlen, forderte **Volker Kreß, Landesbischof von Sachsen**. Die Begegnung der Menschen und Kirchen sei trotz aller Unterschiede sehr wichtig.

Zeichen für das Zusammenwachsen setzen

Der Vorsitzende des Katholikentag-Trägervereins, Landtagspräsident **Erich Iltgen**, wies bei der Eröffnung darauf hin, daß in der fast 150jährigen Geschichte der Deutschen Katholikentage dieser der erste in Sach-

sen und der erste in einem jungen Bundesland sei. „Wir setzen damit ein gemeinsames Zeichen für das Zusammenwachsen der Deutschen im Vollzug der inneren Einheit“, hob Iltgen hervor. Die Teilnehmer rief er auf, aufeinander zuzugehen, die Sorgen und Nöte, aber auch die Freuden und Hoffnungen des anderen kennen und teilen zu lernen. Im Anschluß an die Eröffnungsveranstaltung lud Iltgen die Menschen zum kulturellen Abend in der Dresdener Innenstadt ein.

***Das Kronentor des
Dresdener Zwingers***



„Unterwegs zur Einheit“

Gedanken zum Leitwort des 92. Deutschen Katholikentags in Dresden 1994

*Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz**

Unterschiede zulassen – Einheit reifen lassen

Manche Gaben stellen sich im nachhinein als Aufgaben heraus. Das mindert nicht ihren Charakter als Gabe, im Gegenteil: Sie fordern den Beschenkten heraus. Zum eigenen Zutun nämlich, zur Zugabe. Ein solches unverhofftes Gratis war die Einheit Deutschlands, die jetzt im nachhinein aus der Gabe zur Aufgabe wird. Was die Juristen ausgehandelt haben, wird sich nun erst in die lebendige, lebensmäßige Einheit verwandeln. Es gibt übellaunige Stimmen, die den seitherigen hohen Einsatz an Tempo, Geld und Menschen als böses Erwachen auslegen. Das ist ein Mißverständnis und verrät einen Märchenglauben an goldene Schlösser, die urplötzlich irgendwo im Wald stehen und in die man glücklich-ahnungslos hineinstolpert. Eben wurde gesungen von den „richtigen Worten, den guten Gedanken, dem längeren Atem“ – das sind die großangelegten

Antworten, die mehr als Hineinstolpern aufrufen, nämlich Zähigkeit, Anstrengung, Freude am Durchsetzen gegen mancherlei Trägheit und Auflehnung westlich wie östlich. Und darum geht es in diesen kurzen Stunden des Katholikentages: auf die zeitgemäßen Haltungen aufmerksam zu werden, sie wenigstens andeutungsweise gemeinsam zu trainieren – Haltungen, die dem komplizierten Gewebe und Gewirr der andrängenden Aufgaben gerecht werden. Und den Horizont zu zeigen, in den die Kräfte hineingeworfen werden können. „Unterwegs zur Einheit“ ist die für diesmal gewählte Suchformel. Sie kann ebenso für die nächsten Tage wie für die nächsten Jahrzehnte und Generationen gelten. Dabei mag es ein Ansporn sein zu wissen, wie die biologische Entwicklungstheorie (H. Spencer) sagt: Je stärker sich ein Lebewesen integriert, desto differenzierter werden seine Teile. Auf Einheit zugehen heißt also keineswegs, in einförmige Langeweile verfallen, spannungsarm und monologisch werden, sondern Spannungen in sich auswägen, Weg-

* Prof. Dr. Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz ist Theologin und Professorin für Philosophie in Dresden

Anmerkung: Hervorhebungen und Zwischenüberschriften im Text durch die Redaktion

strebendes zusammenführen, Trennendes redlich ertragen. Einheit nicht der Diktatur und der Planierdraht, sondern Einheit des Vielstimmigen. Es gibt die ertrotzte Einheit, die alles Widerstrebende glattwalzt. Und es gibt die gelassene **Einheit mitten im zugelassenen Unterschied**. Wie reich könnte ein solches staatliches Gebilde mitten in Europa aussehen, wenn die kulturellen (nicht die ideologischen) Unterschiede zwischen Ost und West fruchtbar bleiben. Wirkliche Einheit ist polyphon, so wie eine wirkliche Beziehung immer aus zweien besteht. Am Horizont der Wanderung zu einer solchen vielgliedrigen, gelassenen Freundschaft mit sich selbst, die gerade für Deutschland so wichtig ist, stehen in diesen Tagen vier Themen wie Zielmarken. Wir sind nämlich nicht nur unterwegs, damit die politische in die lebensweltliche Einheit Deutschlands übergeht. Solche langfristige Einheit ist selbst vielmehr eine Frucht. Und diese reift organisch erst dann, wenn man gleichsam den gesamten Baum im Auge hat. So gruppieren sich um den Leitgedanken die vier Aufgaben, die über die politisch verstandene Einigung weit hinausgreifen, indem sie andere zögernde Zusammenschlüsse befördern, andere Spaltungen mindern oder überwinden.

1. „... damit Leben lohnt“ –
Sinngebung als Kulturaufgabe
 Denn am Boden aller staatlichen

und gesellschaftlichen Einigung wartet, gleichsam als Erstaufgabe, eine andere, „ursprünglichere“ Wegsuche, „damit Leben lohnt“. Diese offene Formulierung deutet auf eine Wunde unserer Gesamtkultur: das Verblasen von Sinn. Leben meint zwar letztlich immer den Einzelnen, die eigene zuzeiten glückhafte, zuzeiten mühselige Suche nach Sinn, nach dem Größeren, dem man sich in seiner Lebenslinie getrost einfügen kann. Aber es ist doch zugleich eine Aufgabe der Gesamtkultur, den Blick für Sinn offenzuhalten, in den Künsten, in der Literatur, dem Denken, der Wissenschaft. Einen wir uns auch in der Suche nach dem in sich aufgerichteten und aufrichtigen Leben. Mancherorts, auch in der Wissenschaft, ist Sinn eine leere Vokabel geworden, die auf müdes Abwinken trifft: Der Mensch sei eine Fehlkonstruktion, Leben sei vergeblich beliebig. Vom Sinnlosen ernährt sich aber niemand; und die trotztige Haltung, die angeblich das Sinnlose heroisch besteht, ist letzten Endes unglaublich, ja hilflos. **Damit Leben lohnt, braucht es das Brot des Sinnvollen**, das eigentliche „Lebenskraut“, **das übrigens wesentlich mit Freude zu tun hat**. Nun gehört es zu den heißen Fragen unseres Jahrhunderts, was (wer?) dieser Sinn sei – auch hier haben die Ideologien die Sicht verdunkelt. Im Osten ist der – zugegebenermaßen verordnete, scheinbar bergende – Sinnhorizont des Kollektivs weg-

gebrochen; im Westen nimmt die sich überschlagende Freiheit des Single überhand. Die beziehungslose Freiheit, östlich wie westlich, wird aber als unbestimmt-gleichgültig empfunden und verführt zu jeder Art von Rausch, zum chemischen Rausch, aber auch zum Rausch der Gewalt und Tabuverletzung, nur um die eigene Leere zu vergessen. So stehen viele, zu viele gegenwärtig antwortlos vor der Frage: Wofür lohnt es sich zu leben? Die dringlich geforderte Werteerziehung wird als Notbremse dieses nicht selten verzweifelten Vakuums beschwo-

ren. Doch die Werte selber erhellen sich nur aus einem unverfügbaren, alles durchtränkenden Sinn. Früher nannte man ihn das Gute. Das ist ein Name, mit dem die ungeheure Anziehung gemeint ist, die den Menschen tagtäglich in Bewegung setzt, im Kleinen wie im Großen. Diese ungeheure Anziehung besteht nicht allein in Sachen, nicht allein im Haben, nicht allein in Essen, Trinken, Schlafen und in bloßer Bedürfnisbefriedigung. Worin aber dann? Die heutige Kultur verharrt zögerlich, unsicher über Weg und Ziel. So ist tief

bewußt zu machen, gerade mit dem unausgeschöpften Potential des Christentums, daß jedenfalls der Mensch keine Sache, sondern eine „Richtung“ ist (Max Scheler). Woraufhin sind wir gerichtet? Wohin wenden uns die Werte? Jedenfalls nicht nur auf uns selbst, jedenfalls nicht in das Nichts – so weit war die Ernüchterung des Jahrhunderts dienlich. Ob aus der Ernüchterung wieder eine Zustimmung wird, daß es das Gute, den Guten gibt, und zwar als eine unzerstörbare Mächtigkeit, sollte die Kulturaufgabe der kommenden Zeit werden.

**Beziehungslose Freiheit
wird als unbestimmt-gleichgültig
empfunden und verführt
zu jeder Art von Rausch,**

- **zum chemischen Rausch,**
- **zum Rausch der Gewalt,**
- **zum Rausch der Tabuverletzung,**

nur um die eigene Leere zu vergessen.

2. „... damit Einheit gelingt“ – Einheit in Deutschland heißt Vielfalt

Wenn Einheit mehr ist als ein juristischer Vertrag und rechtsstaatlicher Zusammenhalt, dann muß sie klarerweise erst noch gelingen – so das zweite große Thema dieser Tage. Deutschland hat vor mehr als 100 Jahren, 1870, die Einigung seiner Staaten im deutschen Reich bereits einmal vollzogen; die damals gewonnenen Einheit ist allerdings zum Unsegen geworden. Die straffe politische Konzentration führte zu einer Selbst-

überschätzung der eigenen Stärke und zur überheblichen Abschottung von anderen Staaten. Das geschichtliche Gedächtnis kann daraus nur lernen, daß Einheit von Grund auf anderes bedeutet als Anlaß zum Eigendünkel. Das Gedächtnis kann aber auch auf die andere, besser gelungene Seite der Geschichte verweisen: daß nämlich Deutschlands bewährteste Tradition nicht im Zentralistischen, sondern im Föderalistischen besteht. Daß seine kulturelle und politische Stärke tatsächlich Vielfalt heißt: Vielfalt der Länder, der kulturellen Landschaften, der unterschiedlichen Heimaten, Dialekte, ethnischen Eigenheiten. Wird diese Aufgabe behutsamer Einigung möglicherweise erdrückend? Zumal die Last mehrerer politisch mißglückter Jahrzehnte noch unaufgearbeitet ist und jetzt schon böses Blut bei der versuchten Klärung macht? Übernehmen wir uns in der Generationenaufgabe zusammenwachsen? Hier ist auf die

Genauigkeit der Sprache zu achten: Sich übernehmen entläßt zwei Bedeutungen, deren zweite in der Regel überhört wird: daß man nämlich in der großen, vielleicht übergroßen Aufgabe sich nimmt, Stand faßt, in

sich selbst einrückt. Es sieht so aus, als wäre jenem Kunstgebilde zweier noch dazu künstlich gegensätzlicher Staaten mitten in Europa, BRD und DDR, endlich das Übernehmen der eigenen, einen Kontur aufgenötigt worden. Ein solches Übernehmen ist Glück, nicht Unglück, fordert Reifung und alle Anstrengungen des Erwachsenwerdens. Der Regenschirm fremder Behütung ist ein für allemal entzogen, ebenso wie die künstliche Feindseligkeit und künstliche Identität zusammenbrachen; die Zeit der Selbst- und Fremdverantwortung ist unumkehrbar eingetreten. Unterwegs zur Einheit heißt hier unterwegs zur politischen Reife.

**Deutschlands Einheit
heißt Vielfalt:
Vielfalt der Länder, der
kulturellen Landschaften,
der unterschiedlichen
Heimaten, Dialekte,
ethnischen Eigenheiten.**

**Unterwegs zur Einheit
hiet unterwegs zur
politischen und sozialen
Reife.**

Allerdings auch zur sozialen Reife. Unsere temporeiche Gesellschaft darf nicht bloß zum keuchenden Mitkommen und Mitlasten anleiten, bei dem man nach Fehlversuchen zum Überwintern in sozialen Wärmestuben ausgesondert wird. Unser Denken ist gewohnt, sozialen

Wert in Arbeit zu setzen; das ist von der Sache her auch begründet. Denn der Mensch ist „ein Sohn des Widerstandes“, wie das chinesische Sprichwort sagt, und Arbeit ist eine solche erstrangige Form der Auseinanderset-

zung mit Sachen, und wesentlich zum gemeinsamen Nutzen. Aber wir haben verlernt, und es soll kein bloßes Trostpflaster für die sein, die sich vergeblich um Arbeit mühen, daß der Mensch auch – wie weiterzuformulieren wäre ein „Kind der Freiheit“ ist. Und **Freiheit ist wesentlich auch Muße, Beisichsein.** Soziale Reife würde heißen, daß die Mitglieder unserer geeinten Gesellschaft nicht bloß nach Arbeit und Einkommen und Kosten-Nutzen-Rechnung beurteilt werden. Sondern erstrangig nach sich selbst. Einheit kann erst gelingen, wenn menschliches Leben in jeder Phase geachtet wird: das sogenannte unproduktive, das kindliche, das alte, das erwünschte, das unerwünschte. Jedes Leben hat eine in sich aufsteigende Würde. Unterwegs zur Einheit heißt unterwegs zur Achtung vor Freiheit, und sie trägt jeweils das – von mir nicht beurteilbare und verurteilbare – Gesicht des anderen.

3. „... damit Menschheit überlebt“ – Besinnen auf verschollene Tugenden

Die besondere Aufgabe der deutschen Einigung steht ferner in einem größeren Netzwerk, nämlich der Menschheit, damit sie „überlebt“. Freilich ist Leben nicht bloß Überleben. Denn Überleben ist die schwächste und eingeschränkste Form der Existenz. Wir müssen aber einräumen, daß in vielen Teilen unserer Erde nur noch um das Überleben ge-

kämpft wird. In einem viel zu hörenden Ausdruck wie die „eine Welt“ beschworen; tatsächlich aber gibt es sie zumeist nur in der Sehnsucht der Armen und in den Anstrengungen der Wohlmeinenden, nicht zuletzt der Kirchen, deren Stimme an dieser Stelle immer noch die unbestochenste ist. Ein mittelalterlicher Satz spricht von einem „Netz der Freundschaft“, in das Gott seine Schöpfung geworfen habe (Hildegard von Bingen). Das Netz ist durch generationenalte Schuld, um nur die offenen und heimlichen Kolonisatoren zu erwähnen, an vielen Stellen zerrissen, die „Menschheitsfamilie“ in verschiedene Gruppen aufgeteilt, von den Habenichtsen über die, die ihr Auskommen finden, bis zu den „Habealles“ und „Kaufealles“. Verstärkt wird diese „Menschheitsfamilienteilung“ durch die bewußt gewordene Umweltkrise. Früher lebte man im Vertrauen auf ein nicht bloß unerschöpfliches, sondern sogar selbstheilendes System, an eine Überfülle von Gaben aus Händen, Busen, Schoß der Mutter Natur. Statt dessen scheint die unerschöpfliche Mutter heute erschöpft, von Algen zugewachsen, dem Hitzekollaps nahe, von schmelzenden Polkappen ertränkt. Aber über die wirtschaftliche und ökologische Zielsetzung der einen Welt hinaus sind auch und gerade die politischen Sünden des 20. Jahrhunderts mühsam abzutragen. Denn aus dem Geist und Ungeist des Jahrhundertanfangs stammte der viel-

köpfige totalitäre Drache. Ihm entsprang das Jahr 1917 ebenso wie das Jahr 1933 und deren Folgen, die heute erst, nach immer noch unbegriffenen und unbegreiflichen fünf Jahren aufzutauen beginnen. Das Festfrieren der Geschichte auf ein Ende, das jetzt Gottseidank nur als ein Zwischenhalt erscheint, hatte sich auf den halben europäischen Kontinent und auf einen großen Teil Asiens und zum Teil Afrikas gesenkt, als zeitlose totalitäre Nacht. Daß die Folgelasten für die gesamte Welt und insbesondere für unsere östlichen Nachbarn noch unübersehbar sind, verdunkelt den politischen Horizont unmittelbar und vermutlich noch für lange. In dieser Lage gilt es, sich auf den gemeinsamen Weg zu machen, fast nur noch mit der paulinischen Hoffnung wider der Hoffnung in der Tasche. Aber sie hat ja auch vor fünf Jahren gegriffen; nur wird der Weg jetzt notwendig wirklich längeren Atem fordern. Die Schatzkammer christlichen Gedächtnisses sollte daraufhin noch einmal durchforstet werden. Denn **vielleicht treten an dieser Stelle verschollene Tugenden in ein neues, unerwartetes Licht: zuallererst die Tapferkeit, flankiert von Mäßigung, Klugheit und Gerechtigkeit.**

4. „... damit Glaube wächst“ – **Aufbruch, Charisma, Vision sind erforderlich**

Noch in einem letzten Bereich sind wir gemeinsam unterwegs: „da-

mit Glaube wächst“. Unterwegs sein im Glauben ruft zunächst ein leicht faßliches und ein wenig unverbindliches Bild auf, fast ein Klischee.

Darin tönt aber der ungeheure Resonanzboden der Geschichte auf, die urbildliche Wanderung eines anderen Volkes, das sich der Überlieferung nach 40 Jahren durch die Wüste quälte und zuweilen nach den Fleischtöpfen der alten Zustände jammerte. Mit dieser ebenso geschichtlichen wie symbolischen Urwanderung heraus aus Ägypten, dem Land der Fron und Fremdherrschaft, ist die Wanderung des Glaubens ihrer Idylle entkleidet. Denn letztlich steht die Welt der Glaubenden – heute vielfach in der Wüste. In der Wüste der eigenen Zweifel, in der Wüste einer atheistischen und agnostischen Kultur, die das Heilige und den Heiligen nicht mehr kennt und seinen Namen scheut. Aus diesem „Ägypten“ der Gottvergessenheit herauszukommen, **bedarf des gesammelten Aufbruches. Es braucht Charisma und Charme der Glaubenden. Es bedarf der gemeinsamen Vision.** Zu dieser Vision gehört noch etwas Alltägliches. In unserem Land ist vor 470 Jahren eine Glaubensspaltung erfolgt, die ähnlich wie die frühere Spaltung der Ost- und Westkirche bis heute die Christenheit in einem unfruchtbaren Streit hält, der ihr Wandern nach dem fernen Ziel beeinträchtigt. Zwar ist der Weg in Anläufen wieder gemeinsam besritten, theoretisch wie von der Seh-

sucht vieler; aber immer noch ist das nebeneinander schmerzlich. Um so schmerzlicher, als der Weg selbst ja Christus ist; wie lange braucht es noch, damit wir uns mit anderen Glaubensgemeinschaften, mit dem Judentum zuerst, dem lange verfemten, auf dessen Ölbaum wir doch als Christen aufgepfropft wurden, wie Paulus schon vor 2000 Jahren mahn- te. Auch hier ist der Glaube an den Einen und Selben Gott zu entdecken, woraus die gemeinsame Wanderung zu dem Einen Anfang über allen Anfängen sich speist. Und neu ins Bewußtsein zu holen ist die Tatsache, daß auch der Islam sich auf den gemeinsamen Vater Abraham beruft, den Vater des Glaubens, hinter dem ja ebenfalls der Eine steht. Es wird sicher keine „Einheit“ im Bekenntnis mit diesen Religionen geben, aus guten Gründen nicht, aber doch eine gemeinsame Bewegung in eine verwandte Richtung, ja auf ein zutiefst gesuchtes und gleich geahntes Antlitz zu, und das Wissen und Mühen darum wäre schon ein Gewinn.

Letztlich sei noch auf eine Versuchung aufmerksam gemacht, die gerade der deutschen Geistesgeschichte nicht fremd ist, nämlich beständig auf etwas hin unterwegs zu sein, ohne es je einzuholen – immer die Frucht später versprechend, immer vom Alten sich abstoßend, aber nie „angekommen“, immer berechtigt, unzufrieden und unruhig zu sein. Und wenn schon so etwas wie Ernte, dann erst, wenn

wir sie erarbeitet haben, mit harter Mühe, – ja mit jener Entsagung, die allem Nichtgelassenen eignet. Dies führt zu einem Selbstvergessen in der Dauersuche und Dauerrevolte, während das wirklich gelassene Dasein jetzt und heute schon zufrieden ist, nicht aus eigener Anstrengung, sondern weil es sich ergänzen läßt – aus einer Quelle, die man nicht selber verwaltet. Dazu ein Gleichnis: Von den zwei Paradiesesbäumen heißt einer im Hebräischen „*ezosipri*“ = Baum macht Frucht, der andere „*ezpri*“ = Baum ist Frucht. Der erste ist der gefährliche, der sein Selbstverständnis im Machen hat und im Zerteilen der Zeit in Abschnitte von „jetzt noch nicht“ und „dann später, wenn alles geleistet ist“. Dieser Baum kennt keine Zukunft außer der, die er selber zuläßt: damit tötet er das von selbst Kommende. Der zweite dagegen ist der Baum des Lebens, der durchscheinend ist auf das Spätere und es ohne Ungeduld erwartet. So läßt sich das tiefe Glück in der Bibel nicht „machen“; man muß es sich zufallen lassen. Hier wirkt die altbekannte, trotzdem von jeder Generation neu zu lernende Dialektik des Glücks: Die ganze Welt gewinnen wollen, heißt sie verlieren; um Seinetwillen verlieren, heißt die ganze Welt und sich dazu gewinnen. Es ist der Glaube, der solche Bilder hat, und mehr als Bilder: Wirklichkeiten. Daß man sich bei aller Mühe etwas schenkenlassen kann, und daß das Geschenk alles über-

steigt, was man erhoffen und erträumen konnte: das sind jene Überraschungen, auf die nur der Glaube aufmerksam macht. „Bitte Gott um ein Glas Wasser, und er wird dich ins Meer werfen.“ (Paul Claudel) Wir

haben Gott zaghaft um Einheit gebeten und sind vor fünf Jahren ins Meer geworfen worden; es kommt jetzt auf den Dank und das Erbitten anderer Einheiten und auf das unerschrockene Schwimmen an.

„Ein bedeutsames Signal für unsere zerrissene Welt“

Pressekonferenz:

Noch nie hat es nach Angaben des **Dresdener Bischofs Joachim Reinelt** einen Katholikentag gegeben, „bei dem so viel Engagement der evangelischen Schwestern und Brüder erkennbar gewesen ist wie in Dresden“. Diese erkennbare Einheit unter Christen werde „hoffentlich ein bedeutsames Signal für unsere zerrissene Welt sein“, sagte Reinelt vor Journalisten am Donnerstag auf dem Katholikentag. Nach der Wende führe die beiden christlichen Kirchen nicht mehr gemeinsame Bedrängnis zueinander, sondern die Dankbarkeit gemeinsamen Glaubens und „die Erfahrung einer Freiheit, von der wir hier in Dresden früher nur träumen konnten“. Nach Einschätzung des

Bischofs werden die Gesprächsangebote des Katholikentreffens von den Einwohner Dresdens „voll angenommen“.

Als eine „gute Herausforderung“ für die evangelisch-lutherische Kirche bezeichnete der **evangelische Landesbischof Volker Kreß** den Katholikentag in Dresden. Zum einen könnten sich die evangelischen Christen als gute Gastgeber bewähren, zum anderen biete sich die Chance, an die selbstverständliche Zusammengehörigkeit der beiden christlichen Kirchen in den vergangenen Jahrzehnten anzuknüpfen. Was die Kirchen gemeinsam umtreiben müsse, sei, so Kreß, die Frage nach der Rolle des Glaubens in einer

säkular gewordenen Welt. Im Dialog zwischen den Kirchen im westlichen und östlichen Teil Deutschlands könnten die östlichen Kirchen ihre „Diasporaerfahrung“ einbringen.

Der Vizepräsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Hans Joachim Meyer, erinnerte an zwei große christliche Begegnungen in Dresden vor der Wende: An das Katholikentreffen 1987 und an die anschließenden öku-

menischen Versammlungen für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Der 92. Katholikentag, der erste in den neuen Bundesländern, hat nach den Worten Meyers die besondere Aufgabe, ostdeutsche Erfahrungen in einen gesamtdeutschen Dialog einzubringen. Allerdings dürfe der Katholikentag nicht auf die „ostdeutsche Dimension“ reduziert werden, so Meyer.

(ZdK)



Foto: Brockmeier

Zelte der GKS (li) und der Militärseelsorge (re) auf der „Katholikentagsmeile“

Zur Beteiligung von Militärseelsorge und Gemeinschaft Katholischer Soldaten auf dem Katholikentag siehe Berichte auf den Seiten 99–104.

Themenkreis

„... damit Leben lohnt“



Was macht den Menschen zum Menschen?

Auch in Demokratie und freier Gesellschaft ist das Menschsein bedroht

Kurzbericht

Die Bedrohung des Menschen unserer Breitengrade sieht **Bundesarbeitsminister Norbert Blüm** in der Überhäufung von Wohltaten, nicht mehr in einer Diktatur. „Da haben wir unsere Lektion aus den Fehlern gelernt“, sagte Blüm beim ersten Forum zum Themenkreis „... damit Leben lohnt“ auf dem Dresdener Katholikentag am Donnerstag vormittag. Den Besuchern in der bis auf den letzten Platz gefüllten Kreuzkirche rief er zu, sie sollten den Politikern und wissenschaftlichen Experten mißtrauen, die mit dem Versprechen daherkämen, alle Probleme lösen zu können. Der Name Dresden erinnere ihn an eine Kundgebung im Dezember 1989 vor der Frauenkirche; da seien die Menschen voller Hoffnung auf Freiheit und Einheit gewesen. „Ich wünsche mir, daß von dieser Sehnsucht etwas erhalten bleibt“, sagte Blüm. Eine Gesellschaft von Zufriedenen, eine „Menschheit ohne Leiden“ sei machbar, aber um

den Preis des Verzichts auf Freiheit, betonte der Arbeitsminister.

Die Menschen im staatlich verordneten Sozialismus, erinnerte der **Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Mainzer Bischof Karl Lehmann**, in seinem Statement zum Forum über „Menschenrechte und Lebensrecht“, hätten sich trotz jahrzehntelanger Manipulation Nischen geschaffen, um wenigstens im privaten Raum ein Stück letzter Unabhängigkeit zu bewahren. „Auch wenn wir selbst kaum mehr geglaubt haben, das Blatt könne sich wenden, so ist die Sehnsucht nach Freiheit am Ende doch stärker gewesen als die vielen Fesseln und Gefängnisse“, sagte Lehmann. Daraus müßten wir die Lehre ziehen, daß „die Würde des Menschen, die in dieser Freiheit liegt“, nie verletzt werden dürfe; sie mache den Menschen zum Menschen, er dürfe niemals „Mittel zum Zweck werden“. Der Bischof begründete diese These mit der Gottebenbildlichkeit des Menschen;

in seiner Gestalt könne man Gott selbst begegnen.

Mehr Mut, für diese Überzeugung einzutreten, wünschte **Jan Sokol aus Prag** den Christen. Der frühere Parlamentspräsident der CSFR nach der Wende in der Tschechoslowakei sah die freiheitlichen Gesellschaften in Europa von Nebensächlichkeiten abgelenkt, was sie daran hindere, die eigentliche Bedrohungen zu erkennen: eine Leiblichkeit, die nach Ruhe, Bequemlichkeit und Sicherheit strebe, der geistige Tod, ein Bild von der Welt, das durch Reklame geschönt werde und Anpassung als nützlich erscheinen lasse. Das Ringen mit diesen neuen „Mächten und Gewalten“, diesen „tödlichen Sünden, die über uns regieren“ erfordere echten Kampf, „der unbedingt Mut verlangt“, schloß Sokol sein Statement.

Aus einer dreifachen Identität

müsse der Mensch sein Selbstverständnis gewinnen, erläuterte die Dresdener **Philosophieprofessorin Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz**: aus der Spannung zwischen dem Ich und dem Wir, aus der Spannung mit sich selbst, aus der Spannung mit dem, was den Menschen übersteige, daraus baue sich diese Identität des Menschen auf. Er müsse das einordnen in die vielfältigen Gruppen, in denen er lebe, ebenso lernen wie die Übereinstimmung mit sich selbst, die Selbstbeherrschung, und die Kultur des Umgehens mit werthaftern und religiösen Fragen. Wo diese mehrfachen Strukturen des Menschseins vergessen oder nicht gelebt wurden, werde die Menschwerdung schwierig, denn sie laufe Gefahr, auf einen einzigen Wert zu schrumpfen, resümierte die Philosophin: „Das kollektive Wir oder das erlebnishungrige, sich selbst vergötzende Ich.“ (ZdK)

Wie frei bin ich eigentlich? – Zwischen Beliebigkeit und Verantwortung

Freiheit ohne Grenzen nicht möglich

Kurzbericht

Das Thema sei ein „alter Hut“, denn schon die antiken Philosophen hätten sich mit der Freiheit und ihrer Begrenzung befaßt, gestand **Moderator Albert Herchenbach** zu. Doch

das Thema des Forums „Wie frei bin ich eigentlich?“, das von sieben Podiumsteilnehmern bestritten wurde, lockte über 1.500 Katholikentagsbesucher in den Kongreßsaal des Deutschen Hygiene-Museums, der

wegen Überfüllung geschlossen werden mußte. Von den Prominenten erwarteten die vorwiegend jungen Leute wohl konkrete Lebenshilfe für die Bereiche Partnerschaft, Medien und Medizin. Naturgemäß mußten die Antworten eher grundsätzlich klingen.

Klärend und provozierend stellte der **Berliner Jesuitenpater Klaus Mertes** fest: „Wir sind nicht frei“ und warnte davor, den Begriff der Grenze gegen den der Freiheit auszuspielen. Die Grenze würde vielmehr befreien. Die wahre Freiheit sei selbstlos. Die **Berner Psychologin und Therapeutin Catherine Herriger** betonte, in einer Ehe dürfe keiner der Partner auf die Dauer zu kurz kommen, da die Verantwortlichkeit für den anderen nicht größer sein könne als für einen selbst. Sonst sei eine Trennung angeraten. Für **Dr. Werner Remmers**, **Vizepräsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken**, klang dies zu individualistisch. Man müsse auch Durststrecken überwinden und einüben, mit Schwerem fertigzuwerden. Der **Religionsphilosoph Prof. Dr. Jörg Splett** merkte an, der Mensch brauche nicht nur eine Grenze, sondern auch eine Kontur, damit er eine Gestalt habe. Überdies meinte er: „Beliebigkeit ist Unfreiheit“.

RTL-Sprecher Peter Hoenisch beklagte, daß es in der Gesellschaft keine Übereinstimmung über allgemeingültige Werte gebe. Diesen Zustand spiegle auch das Fernsehen wieder, es sei nicht „die moralische Anstalt der

Nation“. Den richtigen Gebrauch neuer Medientechnologie zu vermitteln sei nicht Sache des Fernsehens, sondern jedes einzelnen. Der **Bonner Journalist Martin Lohmann** nannte diese Einstellung „zu simpel“ und wurde darin aus dem Publikum unterstützt. Zur Freiheit der Medienschaffenden gehöre auch die Verantwortung.

Der **Rechtsmediziner Prof. Dr. Hans Bernhard Wuermeling** prophezeite, daß die Medizin die Grenze der Gerechtigkeit erreichen werde. Bald würden nämlich weder Kräfte noch Geld ausreichen, um allen Menschen medizinisch helfen zu können, die Hilfe nötig hätten. Eines Tages könnte die Frage lauten: „Darf man jemanden sterben lassen, wenn es sich nicht mehr ‘lohnt’“? (ZdK)

wahrheitsgetreu

aktuell

weit offen

rc
RADIO
CAMPANILE

... Radio aus
christlicher
Verantwortung



Forum „Wie mit Fremden leben?“

Chancen und Probleme einer offenen Gesellschaft

Statement von Weihbischof Franz Grave, Essen

Wie Sie wissen, komme ich aus dem Ruhrgebiet, das zum größten Teil mit dem Bistum Essen identisch ist.

Im Ruhrgebiet wird man bisweilen scherzhaft, aber nicht ohne Grund gefragt: „Hast Du auch eine polnische Großmutter?“. Die Antworten darauf sind selten abweisend. Nicht wenige die aus Duisburg, Essen oder Bochum kommen haben einen polnischen, italienischen oder österreichischen Vorfahren. Viele können Ihre Familienlinien in die Niederlande, nach West- oder Ostpreußen oder Schlesien zurückverfolgen. Um es ganz deutlich zu sagen, ich rede nicht von Menschen, die nach 1945 ins Ruhrgebiet kamen, sondern die bereits im 19. Jahrhundert oder vor oder nach dem Ersten Weltkrieg – Arbeit und Wohnung suchend – in diese Region einwanderten. Hier haben sie gemeinsam mit den Ansässigen eine neue Kulturregion geschaffen.

Der Zustrom „neuer Fremder“ ist auch nach dem Zweiten Weltkrieg nie abgerissen: Zwangsarbeiter, die blieben, Flüchtlinge, Vertriebene, dann Gastarbeiter und Aussiedler, Familienangehörige der sogenannten Gastarbeiter und wiederum Spätaus-

siedler, Asylsuchende und Kontingentsflüchtlinge in unseren Tagen. Es dürfte nicht viele Großstädte oder Regionen in Deutschland geben, in denen so viele unterschiedliche Nationalitäten, Sprachen, Religionen und „Kulturen“ anzutreffen sind wie im Ruhrgebiet. Diese Region ist wohl einer der größten und bedeutendsten „Schmelztiegel“ in Europa.

Wanderungen oder, wie man heute sagt, Migrationen hat es zu allen Zeiten gegeben. Davon weiß schon die Bibel zu berichten. Aus den verkarsteten und unfruchtbaren Gebieten, die das Volk nicht mehr zu ernähren vermochten, suchte man Zuflucht in fruchtbaren Gegenden um Euphrat und Tigris am Nil oder in Palästina. Heute richten sich die Flüchtlingsströme nur zum **kleinsten** Teil in die hochentwickelten Staaten. Ungleich mehr fliehen in die Nachbarschaft und bleiben letztlich in vergleichbarem Elend.

Dagegen diskutiert man in den reichsten Ländern der Welt, ob man in der Lage ist, Flüchtlinge und Asylsuchende aufzunehmen.

Die Bergpredigt schließt mit der Goldenen Regel: „Alles was ihr also von anderen erwartet, das tut auch

ihnen! Darin besteht das Gesetz und die Propheten.“ (Mt 7,12) Dies ist die Forderung nach universeller Unparteilichkeit. Niemand darf für sich beanspruchen, was er nicht – unter gleichen Bedingungen – jedem anderen zuspricht. Diese Unparteilichkeitsforderung finden wir in allen Weltreligionen. Sie steht auch im Hintergrund von Artikel 1 unserer Verfassung: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Es geht um die **Würde des Menschen**, nicht dieser oder jener Gruppe, Rasse oder Nation.

Nun kennen wir seit altersher das Fremden-, heute sagen wir das Ausländerrecht. Der Fremde gehört zu einem anderen Vaterland, ist dennoch auch außerhalb seiner patria nicht rechtlos, kein „out-law“. Bereits Moses gab diese Verpflichtung den Richtern mit: „Entscheidet gerecht, sei es der Streit eines Mannes mit einem Bruder oder mit einem Fremden. Kennt vor Gericht kein Ansehen der Person ... denn das Gericht hat mit Gott zu tun.“ (Deut 1,16 b f) Die Gleichheit aller vor Gott dem Schöpfer, wie auch vor dem erlösenden Gott, muß auch heute noch für Glaubende ein ausgeprägtes Interesse am Fremdenrecht erzeugen. Dies gilt um so mehr in einer christlichen Glaubenstradition, da Gottes Menschwerdung sich nicht zufällig unter solchen ereignete, die sich heute als „Marginalisierte“ – an den Rand Gedrängte – erleben und bezeichnen.

Der Universalismus, der sich im

Fremdenrecht ausdrückte, konnte damals wie heute nicht darüber hinwegtäuschen, daß nicht alle in den Kornkammern des Wohlstandes Platz hatten. Deshalb wird bis heute der Unterschied zwischen **Wohlwollen** und **Wohltun** selten so deutlich wie beim Flüchtlings- und Asylproblem und in den Fragen der Entwicklungspolitik. Unser Wohlwollen kann grenzenlos universal sein. Dem entsprechen leider nicht immer unsere Möglichkeiten des Wohltuns. Allen Kranken begegnen wir mit unendlichem Wohlwollen, wissen aber zugleich, daß die Medizin nicht allen tatsächlich und wirklich helfen kann. Damit können wir uns abfinden. Wir müssen diese Unterscheidung aber auch auf unser Problem übertragen: Begegnen wir den Asylbewerbern, die abgelehnt werden, den Flüchtlingen, deren Abschiebung verfügt ist, mit wirklichem **Wohlwollen**? Drücken wir ihnen gegenüber aus, daß es uns aufrichtig leid tut, ihnen nicht helfen zu können? Hier sind ernste Zweifel angebracht! Und auch bei denen die als Hilfsbedürftige anerkannt und als „Fremde“ unter uns leben stellt sich die Frage, ob wir Ihnen auch mit **Wohltun** begegnen?

„Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!“ spricht nicht dafür. Es ist das Motto für Egoismus, Ablehnung, wenn nicht gar für Haß. Der Ausländer ist an allem Schuld, ohne ihn gäbe es weder Arbeitslosigkeit noch Wohnungsnot, noch die große

Zunahme an Kriminalität. Wer so eine neue Variante der „Sündenbocktheorie“ aufstellt, operiert mit Übelwollen, Ablehnung und er muß Wohlwollen und Wohltun systematisch abschaffen. Dem entsprechen hartherzi-

Asylgewährung ist immer eine Frage der Generosität; und wenn man generös sein will, muß man riskieren, sich gegebenenfalls in der Person geirrt zu haben. Das ist eine Seite davon, und darin liegt vielleicht auch die Würde



*Im Zelt der GKS: • Fremde begegnen sich
• hören einander zu • reden miteinander*

Foto: Brockmeier

ge Behandlung bei Behörden, Pöbeleien auf der Straße und eine Reaktion der Zuschauer vom Wegsehen bis zum Beifallklatschen bei jeder Art von Fremdenfeindlichkeit.

Es ist an Carlo Schmid zu erinnern, der bei der Beratung des Grundgesetzes im parlamentarischen Rat darauf aufmerksam machte: „Die

eines solchen Aktes.“

Die Asylgewährung erhält ihre Würde aus der Würde des Antragstellers. Eine rein ökonomische oder quantitative Einstellung zum Flüchtling, zum Asylbewerber, zum Fremden mag effizient sein, sie verspielt aber die Würde, die eigene wie die des anderen!

Ich möchte noch einmal auf das Ruhrgebiet zu sprechen kommen. Wie konnte es gelingen, daß durch die vielen Jahrzehnte hindurch die Integration des großen Zustroms an Fremden ohne große Auseinandersetzungen möglich war, während es heute in einer Wohlstandsgesellschaft offensichtlich Schwierigkeiten macht, auf Fremde zuzugehen.

Dies war aufs Ganze gesehen, in erster Linie ein Ergebnis der sozialen und ökonomischen Bedingungen. Das Ruhrgebiet bot Arbeit und Wohnung. Arbeitskräfte waren gesucht und so gab es keine Verdrängung und wenig Anlaß für Neid und Mißgunst gegenüber den Zuwanderern. Wohnraum wurde gemeinsam geschaffen. Die Zugewanderten beheimateten sich in der Regel bereits ansatzweise in der ersten Generation. Die meisten Zuwanderer der Vergangenheit kamen zudem aus einem christlichen Kulturkreis! Das hat es vor allem den Kirchen erheblich leichter gemacht. So hat die katholische Kirche im Ruhrgebiet bereits seit dem 19. Jahrhundert im Ruhrgebiet bis in unsere Zeit auf eine zwar national orientierte, aber nachbarschaftlich ausgerichtete Ausländerpastoral und -sozialarbeit gesetzt. Hierdurch konnte einer Ghettoisierung vorgebeugt werden.

Für den Erfolg lassen sich als maßgebliche Beispiele erwähnen:

- die Öffnung kirchlicher Schulen und Kindergärten für Kinder ausländischer Familien,

- der Beitrag katholischer Jugend- und Sozialverbände, so vor allem der DJK und DPSG sowie das Zusammengehen von KAB und italienischer AGLL,
- die Bemühungen unserer Familienbildungsstätten und anderer Bildungs- und Sozialeinrichtungen.

Dem Wohltun, der wirklichen Hilfe, sind in der Flüchtlings- und Asylfrage Grenzen gesetzt. Darüber besteht allgemeiner Konsens. Doch wo die Grenzen liegen, bleibt immer noch offen. In der Pastoralkonstitution wurden die reichen Kirchen aufgerufen, den Armen zu helfen: „Nicht nur vom Überfluß, sondern auch von der Substanz“. Ich zweifle, ob wir als Kirche und als Gesellschaft schon an der Substanz angekommen sind. Ich kenne sehr wohl die Sorgen etwa der Gemeinden, die der Kosten für Unterbringung und Unterhalt der Flüchtlinge nicht mehr Herr wurden. Doch zugleich stehen hunderttausende von Ferienwohnungen die meiste Zeit im Jahr leer. Insgesamt also stellt sich doch als offene Frage, ob wir wirklich an den Grenzen der Generosität und der Gastfreundschaft angelangt sind.

Die Umgangssprache macht aus denen, die zwischen Hunger und Flucht zu wählen haben, „Scheinasylanten“ und „Wirtschaftsflüchtlinge“. Und diesen Worten unterliegt ein stark verurteilender, Beigeschmack. Hier bündeln sich fehlende

Bereitschaft zum Wohlwollen mit unterentwickelter Hilfsbereitschaft: Der Fremde wird nicht nur zur Last, sondern lästig. Da er unsere Rechte, die uns ja auch privilegieren, mitbeansprucht, wird er zum Konkurrenten außer Konkurrenz. Aus Fremden werden Feinde. Freund kann nur der eigene Volksgenosse sein. Auf diesem Grund wächst Nationalismus, jene Krankheit der europäischen Neuzeit, die das Teil für das Ganze setzt, die dem Eigenen Höherwertigkeit, dem Fremden Minderwertigkeit zuspricht und so den Reichtum und die gegenseitige Ergänzung aus kultureller Verschiedenheit verspielt.

Bei meinen Firm- und Visitationsreisen mache ich aber auch immer wieder beeindruckende Gegen Erfahrungen. Nach anfänglicher Unbeholfenheit haben immer mehr Pfarreien unseres Bistums über sehr unterschiedliche Gruppierungen der Jugend-, Familien-, Erwachsenen- und Caritasarbeit Zugang und Kontakte zu Asylbewerbern gefunden. In einigen Asylbewerber-Heimen sind aus Patenschaften bereits Partnerschaften geworden. Unübersehbar bleibt, daß Teile unserer Gemeinden und einzelne Mitglieder nach wie vor distanziert und passiv bleiben.

Hier muß mehr Phantasie entwickelt werden, gesamtgemeindliche Aktivitäten zu nutzen, um Räume der Begegnung und des Kennenlernens zu schaffen.

In den Pfarrgemeinderäten, in den Verbänden und anderen ehrenamtlichen Gruppen sollten mehr als bisher ausländische Schwestern und Brüder vertreten sein.

Nicht weniger geboten ist auch Beistand und Anwaltschaft für Fremde, die allein oft hilflos den Mühlen von Justiz und Verwaltung ausgesetzt sind. Ich bin stolz, wenn Menschen beispielsweise gegen Behördenwillkür bei der Abschiebung von Flüchtlingen reagieren. Ich spreche hier von den von Abschiebung bedrohten glücklosen Asylbewerbern, bei denen längst nicht immer die Rückkehr in das Heimatland zu verantworten ist. Ihnen hilft zum überwiegenden Teil bereits die zeitlich befristete Unterstützung bis zur nochmaligen Überprüfung ihrer Fälle.

Doch ich glaube, unser Ansatz muß tiefer gehen. Wir brauchen eine offene Gesellschaft, die es dann auch einer Regierung und einer Behörde ermöglicht, wohlwollend zu sein und bis an die Grenze des Wohltuns zu gehen. Dem Slogan „Ausländer raus“ haben wir zu antworten: Dieser Ausländer ist mein Freund, und wenn ich ihm nicht helfen kann, so befällt mich tiefe Trauer. Diese Universalität des Wohlwollens ist unsere sittliche Pflicht, zugleich schafft sie die Voraussetzung für Generosität und Gastfreundschaft!

Gestatten Sie mir noch ein letztes Wort zu dem meines Erachtens bisher noch nicht hinreichenden Bemühen

um Begegnung und Dialog mit Menschen anderer Religionen, vornehmlich des Islam, und somit vor allen den türkischen Mitbürgern, sowie jenen die aus Afrika oder Asien zu uns kommen. In diesem Bereich muß noch wesentlich mehr getan werden. Es beginnt bei der völlig unzureichenden Kenntnis über religiöse und soziokulturelle Gegebenheiten und endet bei bewußten Vermeidungsstrategien für persönliche Begegnung. Dem entsprechend bestehen hier auch die größten Vorurteile auf

beiden Seiten. Die überzeugendsten Beispiele, wie das zu verbessern wäre, erlebe ich vornehmlich in der offenen Jugendarbeit und bei den katholischen Sportvereinen. Es gibt auch einzelne Pfarreien, die hier vorzügliche Arbeit leisten. Noch ist das aber zu wenig. Hier müssen wir noch mutiger sein und mehr gute Beispiele geben. Vor allem aber ist auch dafür zu sorgen, daß in den Medien über diese guten Beispiele mehr und ausführlicher berichtet wird.

Gedanken zu einem Gebet – Vater unser, unser Vater

Günter Thyne

Die eigentliche Größe eines Menschen wird besonders deutlich in der Zeit seines Leidens. Als für Kinder und Enkel abzusehen war, daß meinem Schwiegervater nur noch wenige Tage verbleiben würden, häuften sich die an sich schon regen Besuche an seinem Krankenbett. Das Sprechen fiel ihm zunehmend schwerer und doch war er es, der sprach: mit den Augen, mit einem Händedruck, einem Lächeln. Er war es der durch diese Gesten uns Kraft vermittelte.

Heute weiß ich, woher er diese Kraft erhielt: Als gläubiger Mensch

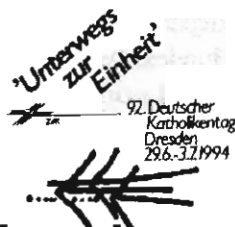
und großer Marienverehrer sagte er mir einmal nach der Rückkehr von einer seiner Lourdes-Wallfahrten: „Immer wieder beten wir im VATER UNSER ‘Dein Wille geschehe, wie im Himmel, so auf Erden.’ Wenn wir uns dieses Satzes wirklich bewußt werden, ja darum bitten, dann müssen wir auch die wenigen schönen Stunden genießen, die uns bleiben.“

In dieser Hinsicht hatte er sehr viel zu akzeptieren: Gefangenschaft im Weltkrieg in Rußland, Heimkehr als Schwerkriegsbeschädigter, harte Arbeit und ein bescheidener Verdienst.

Als Christ beten ist eine Sache, als Christ **leben** ist eine andere. Unser Vater hat es gerade in seiner schwersten Zeit vorgemacht und *damit für uns* ein Zeichen gesetzt.

Themenkreis

„... damit Einheit gelingt“



Öffentliches Nachdenken über den Weg zur Einheit

Sensibilität für Lebensängste der Menschen in den neuen Bundesländern

Kurzbericht

Ihre Enttäuschung über die mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten verpaßten Chancen brachte die **Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und bayerische SPD-Landesvorsitzende Renate Schmidt** im Rahmen eines Katholikentagsforums mit Künstlern, Theologen und Politikern im Deutschen Hygiene-Museum zum Ausdruck. Ein wichtiger Teil der Lebenserfahrung der Menschen in den neuen Bundesländern sei im Zuge des Einigungsprozesses „untergebuttert“ worden. Als Minderheit innerhalb des vereinigten Deutschlands habe die Bevölkerung der ehemaligen DDR zu wenig Chancen gehabt, sich politisch einzubringen.

Die mit „Öffentliches Nachdenken über den Weg zur Einheit“ betitelte Veranstaltung mit rund 400 Teilnehmern, darunter einer vergleichsweise hohen Zahl von Bürgern aus

den neuen Bundesländern, befaßte sich mit einem weiten Spektrum von Fragen des Einigungsprozesses zwischen Politik, Wirtschaft und Kultur. Der aus Mecklenburg stammende und zwangsweise aus der DDR ausgebürgerte **Schriftsteller und Journalist Ulrich Schacht** forderte dazu auf, die Defizite einer ganzen Politikergeneration aufzuarbeiten, weil sie sich weiterhin blockierend auswirken. Schacht zeigte sich empört darüber, daß der Kampf für die eine deutsche Nation auch in Westdeutschland hätte gekämpft werden müssen.

Erheblichen Widerspruch aus dem Publikum erntete Schacht mit seinem Hinweis, es sei absurd, den Lebensbedingungen der ehemaligen DDR in der gegenwärtig schwierigen Lage nachzutruern. Renate Schmidt erhielt Zustimmung für ihre Erwiderung, es gehe nicht um Nostalgie der ehemaligen DDR gegenüber, sondern um Sensibilität gegenüber den Lebens-

ängsten der Menschen in den neuen Bundesländern. Der **CDU-Bundestagsabgeordnete Johannes Nitsch** (Dresden) verwahrte sich gegen die „Negierung der Lebenserfahrung der Menschen in der ehemaligen DDR“. Der aus der früheren DDR stammende, aber heute in Westdeutschland lebende **Musikverleger Thilo Medek** kritisierte den Rigorismus, mit dem von der Treuhandanstalt „abgewickelt“ werde. In dem über weite Strecken vom Erzählen persönlich erlebter Geschichte geprägten Forum wies der **frühere bayerische Kultusminister und ehemalige ZdK-Präsident Hans**

Maier auf das „Schweigen“ des literarisch-kulturellen Teils der deutschen Öffentlichkeit im Zuge des Einigungsprozesses hin. Das Volk habe die Poesie geschrieben („Wir sind das Volk“; „Wir sind ein Volk“) bzw. ein Politiker wie **Willy Brandt** („Es wächst zusammen, was zusammen gehört“), nicht jedoch die Literatur. Maier sprach sich für ein differenziertes Fragen danach aus, was in Ost- wie in Westdeutschland an Kulturellem zu bewahren sei und was nicht. Eine Gegenüberstellung von Bonner und Berliner Republik lehnte Maier ab. (ZdK)

„Ich dachte, ich bin schlauer als die“

Kirche – operative Aufgabe des Ministeriums für Staatssicherheit

Kurzbericht

„Nicht mehr als eine Handvoll Fälle, die aus innerer Überzeugung oder Bejahung des Sozialismus für das MfS gearbeitet haben“, hat **Prälat Dieter Grande** bis jetzt bei der Untersuchung von Akten der MfS gefunden. Angst, Gewöhnung und Schmeichelei seien die Hauptgründe für eine Mitarbeit katholischer Priester, Ordensleute sowie haupt- und ehrenamtlicher Laien gewesen. 80 % der vorliegenden Fälle wurden nach seiner Erkenntnis ohne ihr Wissen als IM registriert. Au-

ßer der differenzierten Auswertung und Beurteilung der MfS-Akten müßte ein eingehendes Gespräch mit den Betroffenen erfolgen, „um Wahrheit und Lüge zu scheiden“. **Maria Luise Blazejewski** vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken und **Minister Hans Joachim Meyer** gaben als vierten Grund für die Zusammenarbeit den Hochmut an. Das Gefühl den Stasi-Funktionären intellektuell überlegen zu sein, hätte Theologiestudenten und Professoren zu einer Zusammenarbeit verführt.

Bischof Joachim Wanke aus Erfurt sprach das gespaltene Verhältnis der Deutschen zum Phänomen der Schuld an. Mit dem Hinweis auf die gesellschaftlichen Verhältnisse, die Zeit- und Lebensumstände, würden sich die Betroffenen aus der „Schuld davonstehlen“. Er wandte sich gegen pauschale Verdächtigungen katholischer Geistlicher, forderte die Schuldigen jedoch zu einem Bekenntn von Schuld und Versagen auf, um Vergebung zu erlangen. Aufklärungshysterie oder Begleichung alter Rechnungen „wären schlimm“, denn auch wirklich schuldig Gewordene sollten die Chance zu einem neuen Start bekommen, oder in ihren alten kirchlichen Aufgaben verbleiben dürfen.~

Dagegen gab Minister Meyer zu bedenken, daß das MfS nur ein Teil der Aufarbeitung ausmacht. Die Macht von Kadem und Parteisekretären wäre ebenso wichtig gewesen. Starken Beifall erhielt er für seine Forderung, die Verantwortlichen für die Menschenrechtsverletzungen herauszufinden und zu bestrafen. Zweimal betonte er, daß bis heute noch kein Hauptverantwortlicher des SED-Regimes zur Verantwortung gezogen und bestraft wurde. Nur dann könne am Ende des Weges zur Versöhnung gefunden werden. Die Fragen und Statements aus dem Publikum waren in puncto Vergeben anderer Ansicht: „In Sack und Asche und im Büberhemd sollten die Schuldigen Seelsorge in Krankenhäusern oder Altenheimen lei-

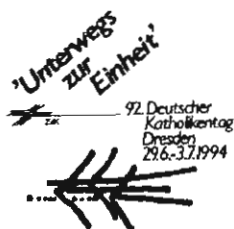
sten. Noch immer wären die schon namentlich genannten IMs in Amt und Würden. Erst Bestrafung dann Vergebung.“ Prälat Grande gab auf die vielfache Aufforderung, Zahlen und Namen zu nennen, bekannt, daß seiner Arbeitsgruppe zur Aufarbeitung der Beziehungen zwischen MfS und katholischer Kirche 20 Priester und Laien bekannt seien. Davon wären drei erpreßt worden, 15 abgeschöpft und zwei hätten einen offiziellen Gesprächsauftrag gehabt. Als eine Vergleichszahl wurde von **Ladewig von der „Gauck-Behörde“** für 1988 eine Zahl von 170.000 IMs und 80.000 sogenannten Zelleninformanten, freiwilligen Helfern, genannt. (ZdK)

*„... damit Einheit gelingt“,
Fragen auf dem Katholikentag*

- *Was fehlt zur deutschen Einheit?*
- *Wie gehen wir mit dem „Schock“ um?*
- *Wie finden wir vom „Kälteschock“ des Rechtsstaates zum aufrichtigen Umgang mit Schuld, wie schüren wir politisch und sozial das Bündnis von Freiheit und Gerechtigkeit?*
- *Wie finden wir nach der Erfahrung von Behütung und Indoktrination (DDR) und gelangweiltem Wohlstand (Bundesrepublik) zur verantworteten Freiheit?*

Themenkreis

„... damit Leben lohnt“



„Beginnt der Sturm auf die Wohlstandsburgen? Vom wachsenden Abstand zwischen Arm und Reich in der Welt“

Neues Feindbild Dritte Welt?

Kurzbericht

Wird die Dritte Welt nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zum neuen Feindbild? Entwickeln sich in unserer Gesellschaft als Folge der weltweiten Wanderungs- und Flüchtlingsbewegung neue Bedrohungsvorstellungen? Das Bild von der Dritten Welt verfinstert sich zunehmend, sagte Prof. Lothar Brock vom Hessischen Institut für Friedens- und Konfliktforschung in seinem einleitenden Statement im Forum „Beginnt der Sturm auf die Wohlstandsburgen?“ Die Nachrichten aus dem Süden, so Brock, würden sich immer mehr zu einem Schreckensbild verdichten: glanzlos, überfüllt, gewalttätig, ohne Perspektive. Wo die Dritte Welt Interesse wecke, gelte dieses Interesse weniger den Hoffnungen als vielmehr den Gefahren, die man für die Stabilität der Weltwirtschaft und für Wohlstand und Sicherheit der In-

dustrielländer sehe.

Kernprobleme aus den Bedrohungsvorstellungen nach Brock: ein Bevölkerungswachstum, das zu 90 Prozent auf die Entwicklungsländer entfalle; die rückläufige Entwicklung der Nahrungsmittelproduktion pro Kopf der Weltbevölkerung; der Versuch der Entwicklungsländer, ohne Rücksicht auf die ökologische Tragfähigkeit der Erde, eine Entwicklung nach dem Muster der westlichen Industrieländer anzustreben; eine Tendenz zur ideologisch-kulturellen Abgrenzung, die Konfliktlösungen vor allem da entgegenwirke, wo sie in fundamentalistische Heilsfronten umschlage.

Der Entwicklungspolitik, die er als „fünftes Rad am Wagen“ kennzeichnete, drohe die Gefahr, ihren ohnehin geringen Einfluß auf die Gesamtpolitik vollends zu verlieren.

Was heute wirklich anstehe, sei die Umwandlung weltweiter Entwicklungszusammenarbeit in eine Weltsozialpolitik mit entsprechendem Gewicht innerhalb der Politik der Industrieländer. **Staatssekretär Wighard Hårdtl vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit** wandte sich gegen den Vorwurf, daß die deutsche Entwicklungshilfe überwiegend der Exportförderung diene; ihr primäres Ziel sei eindeutig die Armutsbekämpfung.

Das Interesse aus dem Publikum konzentrierte sich auf Fragen der internationalen sozialen Gerechtigkeit und die gegenwärtige Weltwirtschaftsordnung. Was könne man selbst tun, wie könne man zum Teilen beitragen, um die Gräben zwischen Nord und Süd einzuebrennen, wurde gefragt. Als Erwartung an die Kirche wurde gefordert, ihre Anwaltsfunktionen gegenüber den Armen noch nachdrücklicher wahrzunehmen. Der Trierer Weihbischof **Leo Schwarz** und sein evangelischer **Amtsbruder, Generalsuperintendent i.R. Dr. Günther Krusche** aus Berlin, nannten als Möglichkeiten solidarischer Hilfe des einzelnen Bürgers die Einübung in den Lebensstil des anderen und den freiwilligen Konsumverzicht. Der Kirche käme mit der Verkündigung des Wortes Gottes die Aufgabe zu, Zeichen in Richtung auf eine neue Geschwisterlichkeit zu setzen. Dazu gehöre auch, so der evangelische Vertreter, eine kritische

Anfrage an das kirchliche Gehaltsgefüge.

Der **brasilianische Indianerbischof Erwin Kräutler** sagte aus der Sicht der Betroffenen, daß ihn stärker noch als die wirtschaftlichen Folgen des Nord-Süd-Konflikts, wie Verelendung und Verschuldung, die Ausgrenzung von ethnischen Minderheiten und ganzen Kulturen schmerze. Europäer, die sich als Menschen erster Klasse fühlten, hätten Indianer und Afrikaner zu Menschen zweiter Klasse gemacht und ihnen die Menschenwürde genommen. Kräutler: „Wir können die ganze Entwicklungshilfe vergessen, wenn wir die Exportprodukte der armen Länder nur angemessen bezahlen.“ (ZdK)

Wer ist weise?

Wer von jedermann lernt.

Wer ist stark?

Wer sich selbst überwindet.

Wer ist reich?

Wer sich mit dem Seinigen begnügt.

Wer ist achtbar?

Wer den Menschen achtet.

Talmud

„Aufbruch nach gestern? Nationalismus und Rassismus in Europa“

1. Fragestellung

Der Zusammenbruch des Kommunismus hat in Europa eine Reihe Nationen neu entstehen lassen, die sich schwer tun mit ihrer nationalen Identität. Zahlreiche neue Konflikte drohen die Freude über die Befreiung vom kommunistischen Joch zu verdrängen. Wo verläuft die Grenze zwischen legitimem Patriotismus und verhängnisvollem Nationalismus? Was kann die Kirche zur Unterscheidung zwischen diesen beiden Haltungen beitragen?

2. Kurzbericht über das Forum

Europa droht nach Ansicht des **Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis**, der Zerfall. Wenn der Weg nach Gestern, der Weg zurück zum Nationalismus weiter gegangen werde, sei ein „gegenseitiges Abschachten“ zu befürchten, sagte Bubis am Freitag auf dem Katholikentag. Es dürfe kein Zurück zu den großen Blöcken geben, aber die europäischen Staaten dürften auch nicht ins gegenteilige Extrem verfallen. Es könne nicht sein, daß sich etwa die 130 Völker der ehemaligen Sowjetunion gegenseitig das Lebensrecht streitig machten.

Der **frühere bayerische Kultusminister und ehemalige Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Hans Maier**, wies darauf hin, das Nationalgefühl und patriotischer Geist in Mittel-, Ost- und Südosteuropa während der Jahrzehnte kommunistischer Herr-

schaft eine positive Funktion gehabt hätten. So sei die Identität dieser Völker bewahrt worden (Das Einleitungsreferat von Prof. H. Maier zum Forum „Aufbruch nach gestern? Nationalismus und Rassismus in Europa“ siehe Nr. 3., Seite 36 ff.).

Der **Jesuitenpater Adam Zak aus Krakau** bestätigte diese These am Beispiel Polens. Wie Maier betonte, wird sich der Nationalstaat auch im ehemaligen Ostblock durchsetzen. Die Frage sei, wie groß der Nationalstaat sein müsse und wie klein er sein dürfe, um lebensfähig zu sein. Allerdings seien vier „Öffnungen“ des nationalstaatlichen Konzepts nötig: Minderheitenschutz, individuelle, soziale und kulturelle Menschenrechte eine föderalistische Staatsorganisation sowie die Bereitschaft internationaler Zusammenarbeit.

Der Umbruch in Europa hat nach den Worten Maiers auch innerhalb der

Kirchen eine neue Suche nach Identität ausgelöst, die die ökumenische Zusammenarbeit vor neue Probleme stelle. Die christliche Vergangenheit Mittel- und Osteuropas könnte nach Einschätzung des früheren ZdK-Präsidenten eine verbindende Kraft sein, welche die auseinanderstrebenden Regionalismen und Nationalismen zusammenhalte. Maier forderte, die Kirchen sollten in vorderster Front gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus kämpfen. Bubis verlangte von den Kirchen, das Mitmenschliche ohne Unterschied der Religion in der Vordergrund zu stellen.

Bischof Franjo Komarica aus dem **bosnischen Banja Luka** sprach vom dem „unbegreiflichen Drama“ in seiner Heimat. Es sei noch untertrieben, so der Bischof, das Verhalten Europas und der Welt gegenüber Bosnien als gleichgültig zu bezeichnen. Der Keim des Krieges liegt nach den Worten Komaricas in der großserbischen Ideologie. Als Folge des aggressiven serbischen Nationalismus hätten in anderen Teilen Jugoslawiens wie Slowenien oder Kroatien Diskussionen über eine nationale Selbständigkeit begonnen. Komarica berichtete, daß es zu Beginn des Krieges in Bosnien mehrere gemeinsame Appelle der Religionsführer an die Politiker gegeben habe, das Zusammenleben der Bevölkerung in Bosnien friedlich fortzusetzen.

Den völkischen Nationalismus

nach der Parole „ein Volk, ein Staat“ bezeichnete der **Freiburger Politikwissenschaftler Dieter Oberndörfer** als „Ausdruck provinziellen Denkens“. Diese völkische Ideologie sei die Wurzel zweier Weltkriege gewesen und von Deutschland nach Osteuropa exportiert worden. Mittlerweile seien aber alle westeuropäischen Staaten zu Einwanderungsländern geworden. Oberndörfer empfahl diesen Staaten, sich auf die Menschenrechte als die normativen Grundlagen ihrer Verfassungen zu besinnen und mehr Menschen aus anderen Staaten aufzunehmen und als Staatsbürger zu akzeptieren.

In den neuen Bundesländern gibt es keinen verstärkten Hang zu Nationalismus und Rechtsextremismus. Das unterstrich der **evangelische Theologe und frühere SPD-Fraktionsvorsitzender in der Volkskammer, Richard Schröder**, in seinem Redebeitrag. Als Beleg dafür verwies er auf die jüngsten Wahlergebnisse. Der Ruf aus der Wendezeit „Wir sind das Volk“ war nach Ansicht Schröders ein „Hilferuf“, kein Zeichen nationalistischer Gesinnung. Er habe das Gefühl, daß dieser Hilferuf nicht erhört worden sei, bedauerte der Berliner Theologe. Die Zahl der Menschen in den neuen Ländern, die sich zuerst als ehemalige DDR-Bürger und erst in zweiter Linie als Deutsche fühlten, sei zwischen 1990 und 1994 stark gestiegen. (ZdK)

3. Einleitende Bemerkungen zum Forum „Aufbruch nach gestern? Nationalismus und Rassismus in Europa“

Hans Maier

Das Jahr 1989 hat Europa von einer Last befreit. Nach dem national-sozialistischen ist auch das kommunistische Reich als Modell einer ideologisch fundierten „Großraum Ordnung“ gescheitert. Doch die Zukunft der befreiten Länder ist ungewiß: Werden sie, wie viele hoffen, Teile einer Europäischen Union werden oder in Nationalismus und Ethnizismus zurückfallen? Wird sich, wie im Westen nach 1945, auch im Osten Europas eine föderale Staatenordnung entwickeln – oder droht der Rückfall in nationale Abgrenzungen, „ethnische Säuberungen“, Diskriminierung von Minderheiten, Hegemonialkriege, Chaos und Selbstzerstörung?

1. Nationalgefühl und patriotischer Geist hatten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa während der Jahrzehnte kommunistischer Herrschaft eine durchaus positive Funktion. Sie halfen mit, die Identität der zwangsintegrierten Völker zu bewahren, sie waren ein Anreiz zur Wiedergewinnung von Freiheit und Selbstbestimmung. Unterdrückte Völker – von den Polen bis zu den Ukrainern, von den Ungarn bis zu den Albanern, von den Esten bis zu den Tschechen und Slowaken – konnten sich gegen-

über der sowjetischen Übermacht nur auf ihre Überlieferungen stützen: auf Geschichte, Sprache, Religion, Kultur. Daher haben Worte wie Heimat, Vaterland, Nation, Nationalgefühl, ja sogar Nationalismus in den Ländern des einstigen Ostblocks bis heute einen guten Klang. Keines dieser Völker kann sich eine Zukunft ohne Nation und Nationalstaat vorstellen. Was Els Oksaar, die in Hamburg lehrende bedeutende Sprachwissenschaftlerin, kürzlich festgestellt hat, dürfte die Meinung der Mehrheit dieser Völker treffen: „Ich meine, im künftigen Europa hat keine Großmacht das Recht, den kleineren Völkern vorzuschreiben, inwieweit sie sich als eine Nation verstehen wollen, gerade wenn Vaterlandsliebe und andere positive Gefühle für sein Land zum Ausdruck kommen. Als gebürtige Estin, die seit vielen Jahrzehnten in anderen Ländern lebt, habe ich in diesem Sinne immer national empfunden“ (Bergedorfer Gesprächskreis 96/1992, S. 28).

2. Die vergangenen Jahre haben diese Haltung im Prinzip bestätigt. Nation und Nationalstaat haben auch im Osten Europas die alten Blöcke und Reichsbildungen abgelöst. Exemplarisch wurde dieser Prozeß sichtbar im

Zerfall der Sowjetunion, in der Auflösung Jugoslawiens, im Untergang der Tschechoslowakei. Nicht immer ist dieser Prozeß gewaltfrei verlaufen wie bei der friedlichen Scheidung der Tschechischen und Slowakischen Republik. Im ehemaligen Jugoslawien, aber auch in einzelnen Bereichen der GUS und Rußlands (Georgien, Moldavien) vollzieht sich der Übergang konfliktreich, in blutigen Kämpfen. Es handelt sich nicht um Bürgerkriege; die Fronten verlaufen zwischen Hegemonialmächten, die alte Blockbildungen und Unterordnungsverhältnisse verteidigen, einerseits und Nationalbewegungen, die um ihre staatliche Emanzipation kämpfen, andererseits. Großrussischen Hegemonialbestrebungen stehen Ukrainer, Weißrussen, Esten, Letten, Litauer und andere Nationen gegenüber – großserbischen die Slowenen, Kroaten, Bosnier usw. Auf der einen Seite die alte Tendenz zur Sammlung der russischen (oder serbischen) Erde, auf der anderen Seite die staatlichen Aspirationen alter und neuer Nationen – nicht anders als im 19. Jahrhundert gegenüber dem Zaren-, dem Habsburger-, dem Deutschen Reich.

Ich bin sicher: Russen und Serben werden – trotz materieller Überlegenheit – auf die Dauer gegenüber den Tendenzen zu nationaler Verselbstständigung den kürzeren ziehen. Der Nationalstaat wird sich auch in Mittel-, Ost- und Südosteuropa durchsetzen. Die Frage ist freilich, wie groß er

sein muß (und wie klein er sein darf), um lebensfähig zu sein. Wenn eine Sowjetunion in 130 Völker zerfällt: welche der Völker bleiben Völker, welche werden Staaten? Daß Russen, Ukrainer, Weißrussen, Usbeken, Kirgisen, Tataren, Aserbaidzchaner in staatlichen Organisationen leben wollen, leuchtet ein. Aber Jakuten, Schorzen, Dolganen, Nanajer, Tabassaranen, Rutulen, Tschuktschen, Itelmenen, Dunganen, Jugakiren? Wo ist die Grenze zu ziehen? Wie kann der Schutz der Minderheiten gesichert werden? Wie steht es mit dem Ruf „Tatarstan den Tataren“, wenn in Tatarstan nur 26% der Bevölkerung Tataren sind? Fragen über Fragen, die der Lösung harren, nachdem die Blöcke zerfallen, die Ideologien zerborsten sind. Wird es genügend Spielraum geben für regionale Autonomie und Selbstbestimmung? Werden sich föderale übergreifende Ordnungen entwickeln? Oder wird das kommen, was Pessimisten wie György Konrad befürchten: ...“anstatt der internationalen Repression die unserem Körper entsprungene, die blutsverwandte nationale Repression, ... als Gegensatz zum Universalismus der Integration der soziale Partikularismus der lokalen Sturheit“ (FAZ vom 09.11.91)?

3. Fazit: sowohl die alten Reiche wie die ideologischen Blockbildungen sind überholt. Zu ihnen führt kein Weg zurück – es sei denn der Weg der Gewalt und des Krieges. Andererseits

ist auch der Nationalstaat als zentrale Ordnungsform auf die postkommunistische osteuropäische Wirklichkeit nicht ohne erhebliche Modifikationen anwendbar. Die Gründe sind vielfältig: Siedlungsräume und Grenzen waren in Mittel-, Ost- und Südosteuropa bis in die jüngste Zeit hinein sehr viel fließender als im Westen Europas; ethnische Gemengelage verhinderten lange, daß sich homogene Nationalstaaten bildeten wie im Westen, Süden und Norden Europas (auch hier übrigens nicht ohne Einsatz von Gewalt und Verdrängung konkurrierender Ethnien – man denke an die Frühgeschichte Frankreichs, Englands, Spaniens!). Selbst die durch die Vorortverträge von 1919/20 geschaffene internationale Ordnung kam nicht ohne Kompromisse aus: sie beseitigte zwar die übernationalen Reiche, kombinierte jedoch den Nationalstaat vielfach mit Hegemonialstrukturen und verankerte den Minderheitenschutz nicht entschieden genug im Völkerrecht.

Für heutige nationalstaatliche Optionen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa wird man daher fordern müssen, daß sowohl die Rückkehr zu Hegemonialreichen wie auch die gewaltsame Herstellung ethnischer Homogenität ausgeschlossen werden. Nötig sind vier „Öffnungen“ des nationalstaatlichen Konzepts:

- a) Minderheitenschutz und Minderheitenvertretung;
- b) individuelle, soziale und kultu-

relle Menschenrechte;

- c) eine föderalistische Staatsorganisation, die das Eigenleben von Regionen und Minderheiten stärkt;
- d) Bereitschaft zur internationalen Zusammenarbeit und zur übernationalen Integration.

Einem solchen Konzept mag man entgegenhalten, es sei kein im strengen Sinne nationalstaatliches Konzept mehr. Die Entwicklung in Westeuropa – vom Schumanplan bis zum Vertrag von Maastricht zeigt jedoch, daß sich die Konzepte von Nationalstaat und übernationaler Integration auf eine weite historische Strecke hin verbinden lassen. Auch in der Europäischen Union ist der Übergang zu „Vereinigten Staaten“ mit einer gemeinsamen Exekutive noch lange nicht erreicht. In der „nachholenden Integration“ des europäischen Ostens dürfte der Nationalstaat ebenfalls noch längere Zeit eine Rolle spielen; die Wendung zur „offenen Republik“ (Dieter Oberndörfer) kann freilich heute schon eingeleitet werden.

4. Was können die Kirchen in dieser Lage tun?

Die Antwort ist nicht einfach. Der Fall der Mauern in Europa hat zwar freies Geleit für Religion und Kirchen geschaffen. Zugleich aber hat er innerhalb der Kirchen (der katholischen wie der protestantischen und orthodoxen) eine neue Suche

nach Identität, Erkennbarkeit, konfessionsspezifisch Eigenem ausgelöst, die die ökumenische Zusammenarbeit vor neue Probleme stellt. So sind neue Konfliktfelder entstanden – im Osten deutlicher als im Westen.

Überraschend scharf treten heute die alten, vom Kommunismus zurückgedrängten, aber nie ganz zerstörten religiösen Strukturen Mittel-, Ost- und Südosteuropas neu hervor: die Orthodoxie in Rußland, Bulgarien, Rumänien, Serbien; die katholische Kirche in Litauen, der Ukraine, Polen, Ungarn, der Slowakei und Tschechien; die Gebiete protestantischer Dominanz in Teilen Rumäniens, Ungarns, Tschechiens, Ostdeutschlands. Die christliche Vergangenheit Mittel- und Osteuropas, deutlich ans Tageslicht getreten seit den achtziger Jahren, könnte eine verbindende Kraft sein, welche die auseinanderstrebenden Regionalismen und Nationalismen der postkommunistischen Ära zusammenhält. Tatsächlich sind aber die Konfessionen vielfältig zerstritten, und an vielen Orten werden die politischen Auseinandersetzungen durch religiöse Überlieferungen keineswegs gemildert, sondern im Gegenteil verschärft. Man denke an die offene Parteinahme der Orthodoxie für die Serben im einstigen Jugoslawien, an das mangelnde Verständnis orthodoxer Gruppen (aber auch lateinischer Christen!) für die Unierten; an das weitgehende Stagnieren der Verständigung zwischen

den christlichen Kirchen Europas über zentrale Begriffe ihres Selbstverständnisses (Mission, Evangelisierung, christlicher Weltauftrag) angesichts der neuen Lage seit 1989 – endlich an das Auseinanderklaffen der Vorstellungen darüber, wie mit der totalitären Erblast der vergangenen Jahrzehnte innerhalb und außerhalb der Kirchen umgegangen werden soll.

Langfristig werden Christen und Kirchen in Europa daran gemessen werden, ob sie instande sind, in der nachttotalitären Welt neue Lebensmöglichkeiten, neue Perspektiven der Hoffnung zu erschließen. Das gilt auch für die europäischen Horizonte, auf die sich die Geschichte der Nationalstaaten zubewegt. Aufgabe der Kirchen ist es, „ihre Gläubigen aufgeschlossen zu machen für das größere Europa, sie auf das Zusammenleben verschiedener Völker in größeren Räumen mit ihren übernationalen Verflechtungen vorzubereiten, sie aus nationalen Verengungen ... herauszuführen, ihnen die Ängste vor Fremden und vor Überfremdung zu nehmen, sie für ein Zusammenleben unterschiedlicher Völkerschaften zu motivieren und Vorurteile und Voreingenommenheiten gegen die jeweiligen Nachbarvölker abzubauen“ (David A. Seeber in einem Vortrag im Bayerischen Rundfunk am 08.01.92). Die Kirchen sollten sich in die vorderste Front derer stellen, die gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und An-

tisemitismus kämpfen. Sie sollten mithelfen, ein Klima öffentlicher Auseinandersetzung zu schaffen, in dem die unverstellte, wahrheitsgetreue, verlässliche Rede herrscht, so daß Politik, Wirtschaft, Kultur „in der Wahrheit leben“ können (Vaclav Havel). Gewiß können sie das nicht

allein tun. Viele Kräfte müssen hier zusammen wirken. Aber der Beitrag der Kirchen ist unentbehrlich; ohne sie, ohne ihre wachsende Zusammenarbeit, ihren vermehrten und verbesserten ökumenischen Dialog wird das werdende Europa nicht Gestalt annehmen.



Foto: Brockmeier

Der Eingangsbereich des GKS-Zeltes mit der neu gestalteten Stellwand mit plakativen Informationen über die Gemeinschaft

Themenkreis „... damit die Menschheit überlebt“



Warum immer neue Kriege? Aufgaben internationaler Friedenssicherung

Friedenssicherung im Dilemma der Gewalt?

Kurzbericht

„Dilemma“ – unter diesem Stichwort stand die Diskussion im Forum „Warum immer neue Kriege?“ des Katholikentages in Dresden am Donnerstag morgen mit fast 500 Teilnehmern. Dieses Problem, „daß man etwas tun muß, was man eigentlich nicht will“, nämlich militärische Gewalt einzusetzen, durchzog die gesamte Veranstaltung – allerdings auf heilsame Weise. Es machte nämlich deutlich, daß alle Podiumsteilnehmer militärische Gewalt nur als wirklich allerletzte Option in der internationalen Konfliktbewältigung akzeptieren konnten.

Das Podium deckte ein breites und hochrangiges Spektrum internationaler Friedensarbeit und Friedensforschung ab. Unter ihnen der bekannte Friedensforscher Prof. Dr. Senghaas (Referat s. S. 56 ff.), General a. D. Dieter Claus (Statement s. S. 57 ff.), Dr. Rupert Neudeck, Cap Anamur (Statement s. S. 54 ff.), und Mili-

tärdekan Rainer Schadt (Statement s. S. 58 f.).

Prof. Nagel, Leiter des katholischen Instituts „Theologie und Frieden“ aus Hamburg, skizzierte in seinem Einführungsvortrag (s. S. 43 ff.), wie schwierig es ist, im internationalen Rahmen bestehendes Recht und Abmachungen durchzusetzen. Im Gegensatz zu legitimierten nationalen Regierungen habe die UNO kein grundsätzliches Anrecht, als „Weltpolizei“ zu fungieren. Ob, wann und in welchem Maß militärische Truppen zum Schutz einzelner Länder, Bevölkerungsgruppen oder auch humanitärer Hilfe eingesetzt werden, hänge letztendlich von den nationalen Regierungen der Mitgliedsstaaten ab; daß hier häufig eigene Interessen eine prägende Rolle spielen, wurde im Verlauf der Diskussion mehrfach deutlich.

Verschiedene Redner plädierten für ein frühzeitigeres internationales oder regionales Eingreifen in Konflikte,



Fotos: Brockmeier

*Das Podium beim Forum „Aufgaben internationaler Friedenssicherung“:
v.l.n.r Prof. DDr. Ernst Nagel, Gen a.D. Dieter Clausß, Joachim Garstecki (Pax
Christi), Frau Cumin (UNHCR), Dr. C. Bertram (Moderator);
Bild auf der gegenüberliegenden Seite: Dr. Rupert Neudeck, MilDek
Rainer Schadt, Prof. Dr. Dieter Senghaas*

im Notfall auch durch gezielte Drohungen, bei denen aber, so die deutliche Forderung von **Frau Cumin, Vertreterin des UN-Flüchtlingskommissariates in Bonn** (Statement s. S. 56 f.), der Wille bestehen sollte, diese auch durchzusetzen. Die UNO habe durch leere Drohungen in der Vergangenheit bereits genügend an Glaubwürdigkeit eingebüßt. Inwiefern solche im nachhinein verkündeten Einsichten vorab abschätzbar gewesen wären, und ob sie einen deeskalierenden Effekt gehabt hätten, blieb offen: nachher weiß man, was man hätte tun sollen.

Für eine wesentlich verstärkte Ausschöpfung der Handlungsalternativen vor dem Einsatz militärischer

Gewalt im Sinne einer Konfliktprävention setzte sich **Joachim Garstecki, Generalsekretär von Pax Christi** (Statement s. S. 61 ff.), ein. Die Diskussion um die „letzte Option“ Gewalt verdeckte und verhindere die Auseinandersetzung mit gewaltlosen Handlungsmöglichkeiten der Politik. Hier sei Deutschland aufgrund seiner Geschichte besonders gefordert.

Die Frage, ob es aktuell mehr Kriege als früher gäbe, war letztendlich nicht entscheidend. Einig war man sich aber darüber, daß der Frieden in Zukunft in stärkerem Maße als bisher durch wachsenden Nationalismus, ethnische Konflikte aber vor allem drastische soziale Ungleichgewichte bedroht würde. (ZdK)

Kriege, Kriege – ohne Ende? Perspektive internationaler Friedenssicherung

Ernst J. Nagel

1. Zur Lage

Nahezu 200 Kriege hat die Welt erlebt, seit die UNO-Charta selbst die Androhung von Gewalt zwischen Staaten kategorisch verboten hat. Zunächst fanden sie fast ausschließlich in der Dritten Welt statt. Wir glaubten, es seien „Stellvertreterkriege“ im Ost-West-Konflikt. Zwei Drittel bis drei Viertel der gegenwärtigen Kriege haben jedoch ethnischen Hintergrund^{*)}. Und die Einschlüge kommen näher. Bisher glaubten wir, derlei sei wiederum typisch für die Dritte Welt. Dort sei die Staatswerdung durch



*) Vgl. Christian P. Scherrer, Ethno-Nationalismus als globales Phänomen. Zur Krise der Staaten in der Dritten Welt und der früheren UDSSR, INEF-Report, Gesamthochschule Duisburg, Heft 6/1994

1. Zur Lage

Strategische Momente der Krisenbeherrschung

2. Perspektive

An die Stelle der Gewalt soll treten die Macht des Rechts

3. Welches Recht?

*Nicht Subordinationsrecht sondern Koordinations- oder Konsensrecht
Kriegsächtung ist zwingendes Völkerrecht*

4. Abrüstung

Entscheidung über Rüstung und Abrüstung ist keine rein nationale Angelegenheit

5. Schiedsgerichtsbarkeit

Streitbeilegungsverfahren

6. Schlußbemerkung

Erforderlich sind:

- *neue Qualität der Abrüstung*
- *Stärkung internationalen Rechts*
- *Ersetzen von Gewalt der Waffen durch starkes Recht*

künstliche Grenzziehung und ähnliches noch nicht hinreichend gelungen. Nun haben die gewaltsam ausgetragenen ethnischen Konflikte den Südosten und Osten Europas erreicht.

So entstand auch in Westeuropa hinreichend Angst um die eigene Zukunft, jene Angst, die hierzulande im-

mer erforderlich war, damit das Thema „Krieg und Frieden“ beachtet und öffentlich wurde. Wir lebten seit dem Umbruch um 1990 in Euphorie. Selbst die professionelle Politik war vor Euphorismen nicht gefeit. Ein Überschwang an Hoffnung schlug sich 1990 in der Charta von Paris

nieder: Dem Dokument zufolge befanden sich die Ideale der Demokratie und daneben auch die Überzeugungskraft der Marktwirtschaft nun auf einem weltweiten nicht nur Vor-, sondern Durchmarsch. An die Stelle der Ost-West-Antinomie war, so zeigte man sich sicher, der Konsens getreten. Wen verwundert es, daß dieser Euphorie bald bittere Enttäuschung folgte!

Aus dem Mißerfolgen von Somalia bis Ruanda zogen wir die Konsequenz, das Kind nicht erst in den Brunnen fallen zu lassen und dann zu reagieren. „Prävention“ wurde zum Schlüsselbegriff. Und dies ist gewiß richtig. Denn daß die Vereinten Nationen mit ihren „militärischen Maßnahmen“ den Krieg gegen den Krieg gewinnen könnten, wird niemand mehr behaupten. Zu deutlich sprechen Erfahrungen von Vietnam über Afghanistan bis gegenwärtig auf dem

Balkan dagegen. Eine militärische Intervention der Vereinten Nationen (VN) kann in gewissen Fällen greifen. Doch nirgends haben wir die Verheißung, daß sie immer Erfolg verspricht und daß sie die Kriegsächtung weltweit durchzusetzen vermag.

Früherkennung von Krisen, präventive Diplomatie und Vermittlung, frühzeitige Ingangsetzung etwa des KSZE-Mechanismus' wie 1991 in La Valletta entworfen, frühe Verfügbarkeit von UN-Truppen – all dies sind wichtige strategische Momente

Strategische Momente der Krisenbeherrschung

- **Früherkennung von Krisen**
- **präventive Diplomatie und Vermittlung**
- **frühzeitige Ingangsetzung etwa des KSZE-Mechanismus**
- **frühe Verfügbarkeit von UN-Truppen**

der Krisenbeherrschung. Sie können Krisen deeskalieren und in mancher Region Gewalt verhindern. An ihnen zu arbeiten lohnt. Auf sie zu verzichten, wäre unverantwortlich. Doch es gibt in der UN-Charta wie im Völkerrecht ein absolutes Gewaltverbot. Soll dies nur bemüht werden über „gute Dienste“ und präventive Diplomatie? Kann man hier auf Treu und Glauben der Regierungen der Welt bauen? Die 200 Kriege seit 1945 widerlegen diese Hoffnung. Mir wenigstens scheint, daß Prävention alleine nicht genügt und keine hinreichend verlässliche Perspektive eröffnet. Im Gegenteil bedürfen all diese Vorfeld-Bemühungen eines Rahmens, der sie notfalls trägt.

2. Perspektive

Nahezu drei Jahrhunderte europäischer Geschichte hindurch beanspruchten die Staaten absolute Souveränität. Der absolute Souverän ist durch kein über ihm stehendes Recht eingengt. Alles andere wäre ein Widerspruch. Folglich durfte der Staat auch Krieg führen, wann immer er es für nützlich hielt.

Derart lange Erfahrungen prägen Denken und Wahrnehmung. In einem stillen Hinterzimmer unseres Bewußtseins schlummert immer noch die Überzeugung, daß unter gewissen Umständen, bei entsetzlicher Unterdrückung und Ausbeutung der kollektive Griff zur Waffe das kleinere Übel ist. Selbst die Vereinten Nationen sind hier schwach geworden. Angesichts des menschenverachtenden Rassismus in Südafrika zeigten sie ein gewisses Wohlwollen gegenüber kriegesischer und gewaltsamer Resistenz.

Hier ist Umdenken geboten, doch kein selbstgenügsames: **Ein Staat wie Deutschland benötigt keinen Krieg. Er kann ohne Not eine ganz und gar gewaltlose Außenpolitik zelebrieren. Er hat keine „Erzfeinde“, ist gut gerüstet, sicher eingebunden in ein machtvollles Bündnis und stark genug, seine anderweitigen Interessen auch ohne Gewalt durchzusetzen.** Selbst Saddam Hussein könnte sagen, befände er sich in einer derart privilegierten Position, hätte er auch keine Kriege geführt.

Gewaltlosigkeit und Kriegs-

ächtung als isolierte und vereinzelte Forderung erheben und vorschreiben, ist notwendig. Es reiche jedoch nicht hin, um eine realistische Friedens- oder Sicherheitsperspektive zu bieten. Das Verteidigungsrecht der UN-Charta ist strikt auf einen „militärischen Angriff“ begrenzt. Und das ist gut so. Doch Butros Ghali weist in seiner „Agenda für den Frieden“^{*)} ebenfalls aus gutem Grund darauf hin, daß auch ohne militärische Intervention einem Volk Schäden zugefügt werden können, die nicht weniger erheblich sind. Und hier muß die Frage nach einer Ordnung stabiler Sicherheit und einer zumutbaren Welt ohne Krieg ansetzen.

Kriegsächtung und Gewaltverbot würden eine Zumutung, wenn sie den kleinen und machtloseren Staaten zur Auflage machten, „um des lieben Friedens willen“ alles Unrecht geduldig zu ertragen. Nein, eine Friedensordnung muß eine bessere Perspektive bieten als der Wiener Kongreß, der nur den fünf Großmächten Rechte zuerkannte. Die kleinen Staaten bildeten 1815 lediglich Puffer, derer die Großen sich bedienen durften. Dies führte zwangsläufig zum Zeitalter des Imperialismus. Und an dessen Ende stand der Erste Weltkrieg.

*) Anmerkung der Redaktion:
siehe dazu auch den Beitrag von Klaus Liebetanz: Nicht Siegen, sondern Dienen – „Agenda for Peace“ und die neue Rolle der Bundeswehr, in diesem AUFTRAG, Seite 163–169.

Als Benedikt XV. 1917 wenn auch erfolglos versuchte, diesen ersten Weltkrieg zu beenden, wollte er mehr als nur einen Waffenstillstand für eine neue Zwischenkriegszeit. Wie 1795 bei Immanuel Kant sollte nicht nur dieser, sondern jeder Krieg für alle Zukunft beendet werden. Dieser Versuch stand dann unter der umfassenden Zielsetzung: **An die Stelle der Gewalt der Waffen soll treten die Macht des Rechts.** Zwischenstaatliche Konflikte, die immer auftreten werden, sollen auf der Basis des Völkerrechts gelöst werden. So würde sich jede militärische Auseinandersetzung zwischen Staaten erübrigen.

Ich höre nun bereits grollende Einsprüche derer, die sich als Realisten bezeichnen: Dies sei „Idealismus“ – zwar schön, doch undurchführbar. Der Idealismusvorbehalt gegenüber einer umfassenden Friedensordnung unterstellt in der Regel, in einer stabilen Friedensordnung wären alle Völker, Gruppen und Individuen vom Friedenswillen so tief durchdrungen, daß schon darum Krieg und internationale Gewalt sich nicht mehr ereigneten.

Das Gegenteil ist der Fall: Wer eine derartige Friedlichkeit und Friedensliebe für gegeben hält, benötigt keine Ordnung mehr. Ordnungen haben nur Sinn, wenn abgestimmtes, gesolltes oder sozial-erwünschtes Handeln sich nicht von selbst einstellt. Wenn gute Sitten in der Praxis respektiert werden, bedarf es weder eines Ge-

setzes noch dessen Durchsetzung.

Die Frage „Warum immer neue Kriege?“ ist für mich insofern nicht zuerst eine friedenspädagogische, vielmehr eine ordnungspolitische. Friedenspädagogik hat gewichtige Aufgaben, doch würde man sie mißverstehen, hieße das Ziel: Weltfrieden durch weltweite Friedlichkeit.

Ein zweiter Vorbehalt gegen eine umfassende Weltfriedensordnung unterstellt, sie eröffne allenfalls den Weg zu einer Weltregierung, und die wolle man aus gutem Grund nicht. Da auch ich keinerlei Veränderung in Richtung Weltregierung anstrebe, sollten wir uns zunächst einmal über die Eigenart dieses Rechts verständigen, das mächtig und machtvoll gemacht werden soll.

3. Welches Recht?

Wir stellen uns in der Regel Recht so vor: Es wird von Regierung und Parlament erlassen, von Rechtsgelehrten ausgelegt, vom Gericht gesprochen, von der Polizei und im Strafvollzug durchgesetzt, vom Bürger erfüllt oder gegen ihn eingetrieben. Unsere Rechtsvorstellungen nehmen Maß am innerstaatlichen Recht, sind wie man sagt – „etatistisch“. Recht setzt nach unserer alltäglichen Erfahrung Unterordnung voraus, ist Subordinationsrecht. Die vom Recht Betroffenen sind im Subordinationsrecht nicht identisch mit denen, die Recht schaffen. Die Rechtssetzung haben sie – wenn auch nur jeweils auf

Zeit – delegiert. Und selbst in einer direkten Demokratie müßte die Minderheit bereit sein, sich dem durch die Mehrheit geschaffenen Recht zu unterwerfen.

Übertragen wir diese Rechtsvorstellungen auf die Staatenwelt, kommen wir folgerichtig zu einer Weltregierung. Sie würde über die Menschheit so regieren wie Bundesregierung und Bundestag über die Deutschen. Die Formel „Friede = Weltregierung“ begegnet schon in den klassischen Friedensplänen erheblichen Einwänden. Es drohten Nebenwirkungen, die schlimmer sein können als die positiven Leistungen. Eine Weltregierung öffne den Weg zu einer Weltdiktatur. Zum Glück sei sie auch nicht durchsetzbar. Die Staaten wären zu einer solchen Selbstaufgabe nicht bereit.

Nein, **das Recht, das hier gestärkt werden soll, ist nicht Subordinationsrecht. Es nennt sich richtigerweise Koordinations- oder Konsensrecht.** Es richtet sich nicht am Zwangsfrieden des Römerreiches aus, sondern eher an den Verfahren der KSZE: Alle 33 Teilnehmerstaaten hatten 1975 die Schlußakte von Helsinki zu unterzeichnen. Lag dieser umfassende Konsens nicht vor, gäbe es keine Schlußakte. Die Forderung nach Einstimmigkeit wurde dann später und angesichts des Dramas in Jugoslawien verändert: Einer aber auch nur einer durfte aus dem Konsens ausscheren. An die Stelle der absoluten Einstimmigkeit trat die quasi-

Einstimmigkeit, die quasi Unanimität. So war die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft wenigstens theoretisch gesichert.

Die Akteure auf dem internationalen Parkett werden die Staaten bleiben, und dies ist gut so. Und es zeuge nicht für Staatsvergötzung, wenn die Souveränität dieses Staates bestehen bleiben soll, wenn Eingriffe in die „inneren Angelegenheiten“ souveräner Staaten untersagt bleiben. Gerade der Konsens dieser Staaten ist Voraussetzung für die Entstehung wie für die Durchsetzung der Kriegsächtung.

Staaten sollen weiter leisten, was sie leisten können. Dabei werden sie an ihre individuellen Leistungsgrenzen stoßen: Sicherheit ist mit nationalen Mitteln allein ebensowenig zu garantieren wie der Schutz der Umwelt oder die Abwehr organisierter Kriminalität. So geht es nicht um die Abschaffung der staatlichen Souveränität, sehr wohl um deren Leistungsgrenzen.

Immanuel Kant ist zuzustimmen, daß es oberhalb der Staaten keinen Richter gibt. Dies trifft zu, wenn wir unter Richter denjenigen verstehen, der Subordinationsrecht anwendet. Keineswegs aber heißt es, daß oberhalb der Staaten kein Recht bestünde und Rechtsgarantien unmöglich oder unerwünscht wären. Wie aber sollen diese Rechtsgarantien zustande kommen? Führen sie nicht doch wieder in eine Art Subordinationsrecht – nun der wahrscheinlich machtlosen Min-

derheit unter die mächtige und reiche Mehrheit, vielleicht sogar der machtlosen Mehrheit unter die mächtige Minderheit?

Die Kriegsächtung des Briand-Kellogg-Paktes wurde ab 1928 von einer quasi-Unanimität der damaligen Staatenwelt als irreversibel angenommen. Heute ist sie als zwingendes Völkerrecht zu betrachten. Sie gilt darum auch gegenüber einer irakischen Regierung, die Kuwait besetzt. Und tatsächlich haben fast alle damals souveränen Staaten die Kriegsächtung als zwingend und irreversibel anerkannt. Selbst Carl Schmitt, dem geharnischten Gegner dieses Paktes, fällt kein anderes Land als Nepal ein, das damals Souveränität besaß und den Kellogg-Pakt nicht unterzeichnete.

Man hört als Einwand: Wenn der Irak den Kellogg-Pakt nicht unterzeichnet hätte, warum wäre er dann zur Gewaltlosigkeit verpflichtet? Warum sind die mehr als 180 heute souveränen Staaten an ein Abkommen gebunden, das um 1930 62 Staaten für sich verbindlich abgeschlossen haben? Derartige Fragen sind ja nicht unsinnig. Sie verlangen nach einer Antwort. Diese könnte wie folgt lauten: Mit dem Kellogg-Pakt hat sich die Form „Staat“ in einem wesentlichen Punkt verändert. Das Kriegsverbot ist als konstitutive Regel in sie aufgenommen worden. Wer fortan für sich den Anspruch erhebt, ein Staat zu sein, und von der Völkergemeinschaft als Staat anerkannt

***Die Kriegsächtung ist
zwingendes Völkerrecht!***

***Wer den Anspruch erhebt,
ein Staat zu sein und als
Staat anerkannt zu werden,
hat sich zu diesem Recht zu
bekennen!***

werden will, hat sich zu dem so definierten Staatswesen zu bekennen. Er kann sein Staatsverständnis nicht nach Belieben verändern, übernehmen, was ihm gefällt, ignorieren, was ihn in die Pflicht nimmt. Dies ist vergleichbar mit einem Staat, der die EG-Mitgliedschaft anstrebt: Er hat jene Konditionen zu übernehmen, die von den bisherigen EG-Mitgliedern definiert und gesetzt wurden. Konsensrecht und absolutes Gewaltverbot bilden folglich keinerlei Widerspruch.

Daneben aber stellt sich das praktische Problem, wie man angesichts der Machtdifferenzen zwischen den kleinen und den großen Staaten ein solches Recht denn überhaupt zur Geltung bringen kann. Ernst-Otto Czempiel entwickelt aus der grob unterschiedlichen Machtverteilung zwischen den Staaten dieser Welt einen ernst zu nehmenden Einwand gegen die UNO als „System kollektiver Sicherheit“. Wie die Dinge gegenwärtig liegen, so ist die UNO für den Fall, daß die Großmächte „in concert“ agieren, als System kollektiver Sicherheit nicht

nötig. Gegen den Konsens der Großmächte wird keiner ankommen. Falls die Großmächte sich jedoch selbst im Konflikt befinden, ist dieses Sicherheitssystem unwirksam. Ein umfassendes System kollektiver Sicherheit wäre folglich unnötig, wenn es wirken könnte, und unwirksam, wenn man es brauchte. Es wäre nur hilfreich, wenn man es nicht bräuchte.

Nun zeigen uns Somalia wie auch der Balkan, daß selbst die erste These nicht zutrifft. Die neuen Balkanstaaten lassen sich durch Drohungen aus Washington und Moskau leider nur in geringsten Quanten beeinflussen. Schlimmeres noch hat eine Supermacht in Mogadischu erfahren.

Doch gewichtiger ist die Frage, wie Recht angesichts der disproportionalen Machtverteilung zwischen kleinen und großen Staaten stark werden kann. Wie kann Völkerrecht so stark werden, daß es die politische Wirklichkeit prägt. Wie kann verhindert werden, daß der militärisch und ökonomisch Starke ihm genehmes Recht schafft, weltweit vorschreibt und dann auch durchsetzt? Malta wird nie so mächtig werden wie die USA und Rußland nie so ohnmächtig wie Haiti. Zwingt uns also die Realität dieser Welt, uns mit der Subordination unter die Großmächte oder deren Verbindung abzufinden?

Gedanklich und in der Theorie hat dieses Jahrhundert das Interventionsrecht der Weltmächte überwunden. Im Namen der Kultur, der

eigenen, hohen Zivilisation und auch leider oft des Christentums glaubten sie sich berechtigt, wenn nicht sogar verpflichtet, weltweit bei den „Barbaren“ und „Kulturlosen“ zu intervenieren. Dem setzte Wilson 1917 die These entgegen, die den Völkerbund tragen sollte: Gleiches Recht für alle Staaten „gleich ob groß oder klein“. Diese These gewann wiederum in der Theorie Platz. Sie steht in der KSZE-Schlußakte an erster Stelle unter den Prinzipien – die „souveräne Gleichheit“ aller Staaten. Sie führt in derselben Akte schlüssig zu Prinzip VI, zur „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“ eines Staates. Zwar kennen wir von Idi Amin und Bokasa bis zur heutigen Kurdenverfolgung die Grenzen des Interventionsverbots. Doch bleibt Intervention begründungsbedürftig. Keineswegs darf ein mächtiger Staat intervenieren, nur weil er mächtig ist.

So bleibt die Frage: Wie soll eine Welt aussehen, in der die Machtdifferenz unparteiliche Rechtsdurchsetzung nicht aushebelt? Welches sind die hierzu erforderlichen Bedingungen und sind diese nur schön, oder liegen sie auch im Trend realer politischer Entwicklungen? Schon beim Vorschlag von Benedikt XV. standen zwei Bedingungen für machtvollens Völkerrecht im Vordergrund die Forderung nach Abrüstung und die Einführung einer internationalen Schiedsgerichtsbarkeit.

4. Abrüstung

Benedikt XV. wollte bei den einzelnen Staaten nur so viele Gewaltoptionen belassen, wie zur Aufrechterhaltung von deren innerer Sicherheit erforderlich sind. Es blieben dann bei den Staaten nur noch Grenzschutz und Polizei. Dies scheint utopisch zu sein. Doch unterscheiden wir das Ziel vom Weg. Auf dem Weg sind wir gewiß noch nicht weit. Doch wenn das Ziel realistisch und notwendig ist, erhält der Weg eine Ausrichtung.

Die Forderung nach „Allgemeiner und vollständiger Abrüstung“ finden wir als Ziel in der Präambel zahlreicher Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge. Bereits Salt I benennt die „Absicht, zum frühestmöglichen Zeitpunkt die Beendigung des nuklearen Wettrüstens herbeizuführen und wirksame Maßnahmen zur Verminderung der strategischen Waffen, zur nuklearen Abrüstung und **zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung** zu treffen“. Möglicherweise bedeutet dies keine Forderung nach „totaler Abrüstung. Jedenfalls aber dürften nur solche militärische Optionen erhalten bleiben, die vom Konsens der Vertragspartner, letztlich der Völkergemeinschaft getragen sind. Rüsten ist keine nur nationale Entscheidung. Sie ist ihrem Wesen nach relational: Andere nehmen sie als gefährlich und abschreckend wahr. Und genau das ist mit ihr bezweckt.

Der Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen

aus dem Jahr 1968 bindet nicht nur die Nichtbesitzer von Nuklearwaffen, sondern auch die Besitzer. Nach Art. VI, zu dem es auf Drängen der Nichtbesitzer kam, nehmen die Besitzer von Nuklearwaffen die Verpflichtung auf sich, ihre nuklearen Bestände abzubauen. Damit erkennen auch die Großen die Forderung nach Unparteilichkeit an: Wenn Gründe der Staatsräson den Nuklearmächten den Besitz erlauben, dann erlaubt dieselbe Rason den Nicht-Nuklearmächten wenigstens im Prinzip die Beschaffung. Und wenn wie damals häufig geäußert – der Besitz von Atomwaffen nur „rationalen“ Regierungen zugestanden werden kann, hat dieser Vertrag ohnehin keine Chance: Wie könnte eine irrationale Regierung so viel Vernunft aufbringen, sich in ihm zu binden!

Ich finde es gut und richtig, wenn der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit seine Mittelvergabe an die Bedingung knüpft, daß der Empfängerstaat nicht übersuffizient rüstet. Damit greift er nicht in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates ein. Doch näher hinzublicken ist bei der Begründung, warum er dies nicht tut. Jemand könnte geltend machen, daß ja kein Staat einen Rechtsanspruch auf unsere Finanzmittel hat. Diese Begründung wäre inhaltlich problematisch, allemal ohne Perspektive. Die Begründung muß lauten, daß die Entscheidung über Rüstung und Abrü-

stung heute für keinen mehr eine rein nationale Frage darstellt. Dann aber haben sich Geber wie Nehmer denselben Maßstäben zu unterwerfen. Wie schwierig die Umsetzung dieses Beschlusses des BMZ war, verdeutlicht, daß wir auf der Suche nach kommunikablen Maßstäben für hinlängliche Rüstung noch nicht weit vorangekommen sind.

Tatsächlich werden die Finanzminister zu Motoren der Abrüstung. Truppenreduzierungen sind die Folge leerer Kassen. Dies ist friedenspolitisch wie -ethisch unerträglich: Entweder es bestehen Gefahren oder Risiken für die eigene Sicherheit, dann sind die entsprechenden Mittel zu beschaffen. Oder aber solche Gefahren liegen nicht vor, dann ist entsprechend abzurüsten, auch bei vollen Kassen. Denn militärische Potentiale sind begründungsbedürftig. Für Kindergärten mag die Maxime gelten: Je mehr, um so besser. Rüstung unterliegt strengen Maßstäben der Suffizienz, der Hinlänglichkeit.

Häufig, wenn man ein Ergebnis nicht will, stellt man die Möglichkeit seiner rationalen Lösung in Frage. So auch heute wieder in der Abrüstungsfrage. Niemand könne bestimmen, how much enough, wieviel genug sei. Ich jedenfalls finde es äußerst betrübnislich, daß die UN-Vollversammlungen zum Thema Abrüstung, die während des Kalten Krieges periodisch stattfanden, heute nicht intensiver fortgesetzt werden. Der Ab-

rüstungsdialog der Großmächte ist notwendig, kann jedoch das Gespräch mit den kleinen nicht ersetzen. Tendenziell müssen alle Staaten bereit sein, in dem Maße auf nationale Rüstung zu verzichten, in dem keine Sicherheitsrisiken vorliegen und inter- oder supranationale Sicherheitsagenturen wirksam werden. Dies ist keineswegs paradox, weniger jedenfalls als wenn heute noch Staaten glauben, nationale oder Bündnismauern könnten ihnen eine hinreichende Festungssicherheit vermitteln.

Diesem Rationale moderner Sicherheitspolitik unterwirft sich die überwiegende Mehrheit der Staatenwelt, wenigstens in der Form von Deklarationen. Diese Kritik soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Praxis der Abrüstung schwierig ist. Dennoch verwundert es, daß gerade zu einem Zeitpunkt, in dem deep cuts nicht mehr durch den Ost-West-Konflikt behindert sind, die offiziellen Abrüstungsverhandlungen offenbar beendet werden und die Abrüstungsmasse ungelenkt den leeren Kassen überantwortet wird.

Wir brauchen praktikable Kriterien suffizienter Rüstung. Sie können nicht diktiert werden. Sie können nur einen Konsens entstammen. Dies setzt den Abrüstungsdialog voraus. Leider findet er nicht einmal im vereinten Europa statt, seit dort Außen- und Sicherheitspolitik wenigstens vorerst ausgeklammert sind. Im gleichen Zusammenhang steht die immer

Das Rational moderner Sicherheitspolitik

- **Die Entscheidung über Rüstung und Abrüstung ist keine rein nationale Frage.**
- **Militärische Potentiale sind begründungsbedürftig.**
- **Tendenziell müssen alle Staaten bereit sein, in dem Maße auf nationale Rüstung zu verzichten, in dem keine Sicherheitsrisiken vorliegen und inter- oder supranationale Sicherheitsagenturen wirksam werden.**
- **Benötigt werden praktikable Kriterien suffizienter Rüstung.**
- **Tiefe Abrüstungsschritte werden nur zumutbar, wenn die friedenserhaltenden Fähigkeiten der VN gestärkt werden.**

wieder geforderte Reform der UNO. Denn tiefe Abrüstungsschritte werden nur zumutbar, wenn die friedenserhaltenden Fähigkeiten der Vereinten Nationen gestärkt werden.

Es wird deutlich, wie komplex die Aufgabe ist. Wir werden durch Versuch und Irrtum hindurch müssen. Klugheit und Vorsicht sind angesagt. Doch das Ziel, zu dem sich politische Vernunft heute bekennt, darf nicht den Ideen der Vergangenheit geopfert werden.

Ähnliches gilt von der zweiten Säule, die Benedikt XV. für eine Ordnung vorsah, in der Recht stark wäre, für die Schiedsgerichtsbarkeit.

5. Schiedsgerichtsbarkeit

Am 18. September 1973 legte die Schweiz der KSZE einen Vertragsentwurf vor. Der Vorschlag galt einem „Vertrag über ein europäisches System der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten“. Wiederum ist es bezeichnend, daß dies einer der kleinen Staaten tat. Im übrigen fand dieser Vorschlag deutliche Unterstützung durch den Heiligen Stuhl – aus machtpolitischer Perspektive seit Garibaldi glücklicherweise ja auch einer der Kleinen.

In der Präambel finden wir zwei entscheidende Begründungen dieses Vorschlags: Erstens heißt es dort, die Hohen Vertragsparteien seien übereingekommen „in der Überzeugung, daß in einer internationalen Gemeinschaft, deren Mitglieder auf die Anwendung oder Androhung von Gewalt verzichtet haben, ein System der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten unerlässlich ist“. Dies ist offensichtlich: Wer das Ziel Gewaltverbot ernstlich will, muß auch die erforderlichen Mittel bejahen. Und zu denen zählt eine effiziente Schiedsgerichtsbarkeit. Der zweite Grund bezieht sich auf die Souveränität der KSZE-Staaten: Wiederum wird der Konsens der Vertragsparteien angezeigt, „in Bekräftigung der souverä-

nen Gleichheit und der Gleichberechtigung der Staaten, welche erst dann gewährleistet sind, wenn alle Staaten ohne Ansehen von Größe, Reichtum und Macht ihre Rechte und Interessen vor unabhängigen, neutralen internationalen Instanzen gleichberechtigt verteidigen können“. Schiedsgerichtsbarkeit und gleiche Souveränität schließen sich folglich nicht aus, sondern bedingen sich gegenseitig. Dies ist es, was starkes Recht erbringen muß: Gleiches Recht für die Staaten – nochmals in der Sprache Woodrow Wilsons von 1917 – „gleich ob groß oder klein“.

Der Schweizer Vorschlag wurde von der KSZE nicht angenommen. Seine Bedeutung fand jedoch insofern Anerkennung, daß er an eine Expertenkommission, die in der Schweiz tagen sollte, verwiesen wurde. 1975 begrüßte Kardinal Casaroli dies nachdrücklich. In diesem Zusammenhang äußerte er für den Heiligen Stuhl, „daß es heute nicht ausreicht, einfach Prinzipien zu verkünden“. Die oft gescholtenen Idealisten erweisen sich als sehr realistisch. Heiligste Prinzipien und Rechte bedürfen eben über die Proklamation hinaus der institutionellen Stützung.

Die Expertenkommissionen zum Thema „friedliche Streitbeilegung“ tagten 1978 in Montreux und 1984 in Athen. Beide Treffen waren noch vom Ost-West-Konflikt überschattet. Insofern durfte man auf das Ergebnis der Tagung in La Valletta gespannt

sein, das unter dem 08.02.91 vorgelegt wurde. Sicherlich gab es auf Malta Fortschritte, ein Durchbruch jedoch war es nicht.

Nun liegt es mir fern, zu unterstellen, die Einrichtung effizienter Schiedsgerichte werde lediglich durch die Uneinsichtigkeit der Großmächte verhindert. All die vorliegenden Vorschläge sind ambivalent. Sie stellen Fortschritt in Aussicht, können negative Nebenfolgen jedoch nicht immer ausschließen. Die Erfahrungen etwa Deutschlands mit europäischen Gerichten sind nicht immer positiv. Dies mindert die Europabegeisterung erheblich. Dies aber darf in Sachen Weltfriedensordnung nicht geschehen, daß voreilige, wenngleich gutgemeinte Beschlüsse im Nachhinein den Ansatz insgesamt delegitimieren. Voreiligkeit und Ungeduld garantieren Enttäuschung.

Sehr wohl bleibt die Verpflichtung, die bisherigen Streitbeilegungsverfahren – sei es Verhandlung, Untersuchung, Vermittlung, Schiedsspruch oder gerichtliche Regelung – als Vorstufe zu einer justitiableren Lösung internationaler Konflikte zu verstehen. Die Praxis der Streitbei-

Streitbeilegungsverfahren:

- **Verhandlung**
- **Untersuchung**
- **Vermittlung**
- **Schiedsspruch**
- **gerichtliche Regelung**

legung hat ein Mehr an internationaler Ordnung zum Ziel. Sie kann als Lernfeld für Völkerrechtsentwicklung wie für institutionelle Verbesserungen dienen und weist insofern über ihren gegenwärtigen Status hinaus.

Ein funktionsfähiges System kollektiver Sicherheit – sei es regional oder global – ist das Ziel. Diese Idee ist alternativlos.

6. 3. Schlußbemerkung

Zwei zentrale Felder, auf denen Fortschritt erforderlich und möglich ist, wurden genannt. Die Kritik am gegenwärtigen Zustand wurde dabei ebenso deutlich, wie die Mahnung zu Vorsicht. Letztere jedoch darf nicht als Ausrede für die Beibehaltung des status quo mißbraucht werden.

In Abwandlung eines Brecht-Wortes könnte man warnend sagen:

Stell' Dir vor, es ist Krieg, und niemand denkt an ihn; dann kommt der Krieg zu Dir. Gegen die Kriegsgefahr gibt es heute keine Festung mehr, weder die NATO noch die KSZE. Dies wissen wir, das weiß auch jede Regierung. Doch leider überwiegt auch in der Bevölkerung Mutlosigkeit wie nationales Denken. Trotz unserer Erfahrungen mit zwei Weltkriegen nimmt die Begeisterung für Europa wie für die Vereinten Nationen ab. Dies hemmt politischen Fortschritt an der Wurzel. Darum ist es auch politisch hilfreich, wenn sich die Öffentlichkeit zu einer neuen Qualität von Abrüstung, zur Stärkung internationalen Rechts durch Schiedsgerichte und damit zur Ersetzung der Gewalt der Waffen durch starkes Recht bekennt. Diese Perspektive ist und bleibt alternativlos.

Aufgaben internationaler Friedenssicherung am Beispiel Bosnien

Rupert Neudeck

1. Das Ende der alten Friedensbewegung

Die Friedensbewegung hat sich weder im Falle Kambodschas noch Somalias noch Bosniens und Ruandas bewährt. Sie hat ihre Wurzeln und Legitimation während der Zeit des Kalten Krieges gewonnen. Sie meinte, es reiche, gegen die Super-

mächte zu demonstrieren und die Eindämmung und Kontrolle der Nuklearwaffen zu fordern. Wir haben alle erlebt, daß uns in Bosnien dieser alte Pazifismus aus der Hand und dem Herzen heraus transportiert worden ist. Viele „Mitglieder“ der Friedensbewegung (ob BdKJ oder IPPNW)

haben ihre alte Haltung in Bosnien nicht aufrechterhalten können. Im Angesicht einer Zivilbevölkerung von Sarajevo, die 24 Monate unter dem Bombenterror einer Terrormacht, der BSA, leidet und kaputtgeht, kann man sich nicht mehr unter der warmen Decke eines bequemen Pazifismus verkriechen.

Der Begriff „Krieg“ war für Bosnien falsch. Was in Gorazde, in Sarajevo, in Mostar, in Srebrenica geschah, was in den nächsten Wochen in Tuzla geschehen wird, war/ist brutaler Terror gegen die Zivilbevölkerung. Keine Genfer oder sonstige Konvention hat diese Verrohung aller internationalen Sitten verhindern können.

2. Die UNO gibt es noch gar nicht!

Wenn uns die Nachrichten etwas von den UNPROFOR-Blauhelmen vorgaukeln, ist das Augenwischerei. Die nationalen Kontingente haben als einziges gemeinsames Vehikel – die blauen UN-Mützen, UN-Helme und allenfalls UN-Fahnen. Sonst ist alles bis hin zur Befehlsstruktur pur national. Die über 6.000 Franzosen-Blauhelme bekommen keinen einzigen Befehl vom UNPROFOR-Kommandeur oder von Boutros Ghali, sondern allein vom französischen Verteidigungsminister Leotard. Die UNO, wie sie der gute, gutwillige UN-Generalsekretär haben will, ist noch lange nicht erreicht.

Boutros Ghali hat eine 50.000 UNO-Einsatz Task-Force gefordert, die unter seinem Kommando steht. Da zieren sich alle nationalen Regierungen, auch die deutsche. Das Schlimmste, was es für die Politik auch im 20. Jahrhundert auf der Schwelle zum 21. Jahrhundert gibt, ist freiwilliger Verzicht auf ein Vehikel, das immer noch zu den schönsten Spielzeugen unserer Politik selbst in Europa gehört: der eigenen Territorial-Souveränität. Es hat nicht mal geklappt, daß sich die deutsche und die französische Diplomatie auf zwei gemeinsame Botschaften einigen konnten. Wobei man schon auf der ganzen Welt mit der Lupe gesucht hat, um die beiden unwichtigsten Länder zu finden: Mongolei/Ulan Bator; Botswana/Gabarone.

3. Die UNO hat in Bosnien, aber auch in Ruanda und in Angola, jeden Kredit verspielt

Am 8. Mai 1993 sind die spanischen UNPROFOR-Blauhelme mit allem, was sie in Mostar hatten, aus dieser Kesselstadt heimlich, ohne die Beteiligten zu informieren, herausgegangen – in ihre schönen Bungalow-Quartiere in Medugorie. Es muß noch vor einem Tribunal in New York oder Genf untersucht werden, ob sich eine Schutztruppe so sträflich verhalten darf. Die Bosnier muslimischer Herkunft erlebten dann ab 9. Mai, ab 05.05 Uhr, den unaufhörlichen Granatendonner sowie die Aufforderung

durch das kroatische Radio, sich zu ergeben, weiße Laken aus den Fenstern zu hängen – in Mostar-Ost. Die Schutzsoldaten des SPABATT haben der Bevölkerung auf dem linken Ufer der Neretva kein Sterbenswörtchen gesagt, obwohl sie selbst informiert waren. Überall, wo der Konflikt losgeht, die uns anvertrauten Völker in Lebensgefahr geraten, verschwinden die Blauhelme. Das war in Bosnien so, das war in Angola nach dem Ausbruch des Bürgerkrieges im November 1992 so, das war in Ruanda so, nachdem am 6. April das Flugzeug mit den Präsidenten von Ruanda und Burundi abgeschossen wurde. Der Konflikt und das Massaker beginnen, die UNO geht. Oft geht es nur noch um das Ziel: die eigenen wertvollen Westler, Europäer oder UNO-Leute zu schützen.

4. Die UNO darf nicht zahnlos bleiben

Wenn sich die UNO zu einer international gebilligten Einmischung entschließt, muß sie ihre Erklärungen und Enzykliken wahrmachen. Sie hat im Frühjahr 1993 sechs Enklaven als „Sichere Zonen“ und Häfen ausgegrenzt, hat aber für die Zivilbevölkerung von Srebrenica, Tuzla, Mostar, Zeppa, Sarajevo, Bihac nichts getan, um diesen Status auch nur durch die Tat zu bewahrheiten. Das war ein reiner Wort-Titel, ein rhetorischer Kniff, mit dem man Wahlen gewinnen kann. So geht es mit vielem in der Politik. Es

werden von Genscher, Boutros Ghali, Mitterand usw. internationale Kriegsverbrechertribunale angesagt. Ich traf jemand in Pec im Kosovo, wo eine wahnsinnig mutige kleine Menschenrechtsgruppe unter permanenter Gefahr für das eigene Leben die Akten für dieses Tribunal in einem Bergversteck in der Nähe aufbewahrt. „Das sind die Akten, die wir für den internationalen Prozeß aufbewahren, den Herr Genscher uns versprochen hat!“, sagte mir der Chef der Menschenrechtsgruppe in Pec mit leuchtenden Augen. Ich werde niemals vergessen, daß ich nicht einmal wagte, diesem wunderbaren Menschen, der schon mehrmals für seine Arbeit zusammengeschlagen wurde, die Wahrheit zu sagen: daß der Herr Genscher sich nicht einmal mehr erinnert, daß er dieses Tribunal mal versprochen hat.

5. Die Warlords und kleinen Kriege werden zunehmen

Wenn Boutros Ghali nach dem Bosnien-Debakel der UNO dem „Warlord“ in Angola, Jonas Savimbi, „droht“, dann wird der in seinem Hauptquartier in Huambo nur müde lächeln. Was Drohungen der UNO nach Bosnien und Somalia und Kambodscha noch wert sind, muß der Lehrer seinen Schülern auch in Deutschland kaum erklären. Die Zahl derer wird zunehmen, die wie Karadzic und General Mohammed Fahra Aideed es erfolgreich machen, die sich eine Privatarmee zulegen, aus

der Sowjetunion oder Ungarn alte Ostblock-Waffen kommen lassen, ihr Territorium definieren und sich souverän allmächtig erklären. So hat die UNO als Ordnungsfaktor ausgedient.

6. In Europa hätte die Europäische Gemeinschaft den Konflikt lösen müssen

Europa aber schreit nach den Amerikanern, die unsern Balkan-Konflikt lösen sollen. Europa hätte den Konflikt regeln können, wenn es schon politisch einig gewesen wäre. Europa aber ist zurückgefallen in die letzte Hälfte des 19. Jahrhunderts. In den verblödenden Nationalismus.

Nur begrenzte Möglichkeiten für Humanitäre Hilfe

Nach Ansicht der Leiterin des deutschen Büros des Hohen Flüchtlingskommissars der UNO (UNHCR), Frau Cumin, besteht eine immer größere Tendenz auf Hilfsorganisationen zurückzugreifen, wenn Staaten Probleme nicht politisch-diplomatisch lösen können oder wollen. Frau Cumin, die selbst vier Jahre lang im ehemaligen Jugoslawien Erfahrungen sammelte, erklärte auf dem Forum „Warum immer neue Kriege – Aufgaben internationaler Friedenssicherung“ humanitäre Hilfe könne nie politisches Handeln ersetzen. In Bosnien-Herzegowina habe jeder gewußt, daß es zu einem Krieg kommen werde, ohne daß etwas Entscheidendes dagegen von der Politik unternommen wurde. Humanitäre Hilfe könne immer häufiger nur noch unter militärischem Schutz geleistet werden, was aber auch zu einer Politisierung der Hilfeleistungen führe.

Die UNHCR-Vertreterin stellte in ihrem Statement sieben Thesen auf:

1. Für Bosnien-Herzegowina oder Ruanda gibt es keine humanitären Lösungen.
2. Die Gefahr der Politisierung der Humanitären Hilfe wächst.
3. Humanitäre Hilfe bedeutet keine politische Lösung von Konflikten.
4. Es wird zunehmend schwieriger politisch Verantwortliche für Humanitäre Hilfe zu finden.
5. Es gibt immer mehr Verstöße gegen das Völkerrecht.
6. Die Hilfsorganisationen zersplittern sich immer mehr in der Durchführung aufgrund ihrer Vielzahl und Konkurrenz.
7. Es besteht die Gefahr einer „CNN-Welt“, da von den Bürgern nur noch die Konflikte wahrgenommen werden, über die im Fernsehen berichtet wird. (bt)

Erfahrungen aus zwei UN-Einsätzen – Kamboscha und Somalia – als Militärseelsorger

Rainer Schadt

1. Sachstand

Vom Dezember 1992 bis Februar 1993 habe ich als Militärseelsorger am UNTAC-Field Hospital (Germany) in Phnom Penh, Kambodscha, Dienst getan. Im Juni 1993 verbrachte ich 10 Tage in Somalia, Belet Huen und Mogadischu, auch in Dschibuti, ebenfalls als Militärseelsorger.

Das entscheidende Erlebnis für mich in beiden Krisengebieten war einmal die konkrete Erfahrung von Leid, Schmerz und Tod einer vom Bürgerkrieg und Chaos geplagten Bevölkerung. Während meines Aufenthalts in Kambodscha habe ich am Feldhospital 41 Menschen – alles Einheimische – sterben sehen, darunter viele Frauen und Kinder. Zum Zweiten konnte ich die Arbeit der Soldaten, von den Medizinern über die Sanitäter, Instandsetzer, Fernmelder, ABC- und Küchensoldaten bis zu den einheimischen Helfern aus nächster Nähe miterleben. In Somalia erlebte ich die deutschen Soldaten in einer Aufbausituation, verbunden mit scharfen Sicherheitsmaßnahmen besonders in Mogadischu.

Meine konkrete Arbeit bestand zunächst in Phnom Penh darin, be-

sonders während der Advents- und Weihnachtszeit 1992, Gottesdienste mit den Soldaten zu feiern. Sehr schnell kamen intensive Glaubensgespräche, auch über die Sinnfragen des Lebens und des Einsatzes, hinzu. Immer wurde ich zu Sterbenden gerufen. Die Betreuung des Sanitätspersonals, zunächst erschrocken ob der Vielfalt des Leidens, schloß sich nahtlos an. Schließlich war ich auch zuständig für die Feuerbestattung von Verstorbenen, um die sich die Angehörigen nicht mehr kümmerten.

Von Minen oder Schußwaffen verletzte UN-Soldaten bedurften der seelsorgerischen Begleitung wie das Kümmern um Waisenkinder oder Leprakranke war Aufgabe des Militärpfarrers.

In Somalia, quasi in der „Wüstenstation“ von Belet Huen, umfaßte die Seelsorge wiederum das Gottesdienstangebot, auch für andere Nationen, und das Gesprächsangebot. Die Hilfe des Militärpfarrers wurde auch erbeten für Vermittlungsdienste bei humanitären Hilfsorganisationen und der Begegnung mit Fremdreigionen, hier dem Islam.

2. Bewertung

Die Anwesenheit des Militärseelsorgers in Kambodscha und in Somalia war willkommen. Ich wurde in die Kameradschaft der Soldaten integriert. Der Pfarrer genoß einen großen Vertrauensvorschuß. Bis in die intimsten Bereiche hinein haben sich die Soldaten mir gegenüber geöffnet. Niemals zuvor habe ich so viele Beichtgespräche geführt. Heimatliche Themen, wie „Pille, Papst, Penunzen“ waren sehr schnell abgearbeitet und wichen sehr viel ernsthafteren Fragestellungen und einer persönlichen Betroffenheit angesichts des Lebens in einem Krisengebiet. Die Trennung über viele Monate von der Familie, vom Lebenspartner oder von der Partnerin, das Erle-

ben von Kriegshandlungen und deren Folgen, schließlich auch das Bewußtsein der persönlichen Gefährdung sind Grunderfahrungen in Krisengebieten. Nichts ist so wie zu Hause und Minen können auch UN-Soldaten töten. Durch all diese Aspekte bekommt die Seelsorge an den Soldaten ein immenses Gewicht.

Zum Schluß ein Erlebnis kurz nach meiner Rückkehr aus Kambodscha. Am Frankfurter Flughafen las ich im Februar vergangenen Jahres nach drei Monaten Aufenthalt in einem Krisengebiet folgende Schlagzeile einer großen deutschen Boulevardzeitung: „Deutschland: Angst vor neuen Postleitzahlen!“, wohl dem Land mit solchen Problemen!

Warum immer neue Kriege?

Aufgaben internationaler Friedenssicherung

Statement von Dieter Clauß

Es gibt viele Wege zum Frieden – und wir müssen sie alle beschreiten. Sie umfassen die zeichenhaft gelebte Gewaltlosigkeit und Anstrengungen für eine Gewaltminimierung ebenso wie Strategien der Kriegsverhütung und die glaubwürdige Bereitschaft zur Verteidigung des Weltfriedens.

Die Völker haben erfahren, daß Stabilität und Frieden auch weiterhin

gefährdet bleiben und daß deshalb – wo immer möglich – die Ursachen von Konflikten in internationaler Solidarität vorbeugend beeinflusst werden müssen. Es kommt für die Völkergemeinschaft darauf an, Unfrieden in Schach zu halten und Friedensstörern entgegenzutreten. Bis zur „Abschaffung des Krieges“ durch verlässliche Friedensstrukturen bleiben wir

auf „Kriegsverhütung“ angewiesen – von intensiven um Verständigung bis hin zur Abschreckung mit diplomatischen, wirtschaftlichen und schließlich auch militärischen Mitteln. „Krisenmanagement“ wird als sicherheitspolitische Aufgabe immer wichtiger.

„Wenn Du den Frieden willst, komm den Armen entgegen“ lautete das Thema des Weltfriedentages 1994. Wer ist ärmer als unterdrückte, verhungernde oder mit gewaltsamen Tod bedrohte Mitmenschen!

Vor diesem Hintergrund bestimmt eine Aussage des II. Vatikanischen Konzils zunehmend das Selbstverständnis nicht nur katholischer Soldaten: „Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“

Nicht mehr die ausschließliche Fixierung auf die Abwehr einer totalitären Gefahr, sondern Schutz, Hilfe und Aufbau treten jetzt in den Vordergrund soldatischen Dienstes. Dieses neue Verständnis von Sicherheitspolitik und Streitkräften hat der Schweizer Divisionär Däniker so formuliert: „Das Instrumentarium der Macht, sein Wesen, seine Einsatzgrundsätze und sein Gebrauch müssen sich verändern, weil sich sein Verwendungszweck grundsätzlich geändert hat. Nicht Machtpolitik im imperialistischen oder nationalistischen Stil ver-

gangener Epochen, sondern eine Politik des geschützten Friedens gilt es damit durchzusetzen. Streitkräften ein neues Leitbild zu geben, das beide Extreme – Gewaltanwendung auf der einen, Hilfe auf der anderen Seite – gleicherweise einbezieht, ist nicht nur notwendig, sondern entspricht auch dem einzig akzeptablen Vorgehen moderner, demokratischer und rechtsstaatlich organisierter und damit zur Humanität verpflichteter Völker.“

Bei allen Zwistigkeiten ist es doch ermutigend zu sehen, wie unter den Völkern Europas das gemeinsame Verständnis dafür wächst, wie wir unserer Verantwortung für eine „heilere“ Welt gerecht werden können. Das reicht von den Bemühungen um Sicherheitsstrukturen, die keinen Staat isolieren oder gar Trennungslinien entstehen lassen dürfen, bis hin zur engen internationalen militärischen Zusammenarbeit und multinationalen Truppenteilen, die nationale Alleingänge auf militärischem Gebiet unmöglich machen sollen.

Wir haben – davon bin ich zu tiefst überzeugt – nicht nur politisch, sondern auch geistig eine Epochen-schwelle überschritten und unsere Aufgabe erkannt: „Gemeinsam den Frieden sichern.“

Statement katholische Friedensbewegung Pax Christi

„Warum immer neue Kriege? Aufgaben internationaler Friedenssicherung“

Joachim Garstecki

Dieses Forum erörtert ein friedensethisches Problem von großer Tragweite. Das Problem läßt sich in folgendem Widerspruch bündeln: Wir müssen einerseits lernen, den Krieg als Institution dauerhaft zu überwinden. Wir stehen andererseits neu vor der Frage, ob wir dazu notfalls militärische Gewalt einsetzen dürfen, ja unter Umständen sogar einsetzen müssen. Das hieße, den Krieg mit den Mitteln des Krieges zu bekämpfen, um Frieden zu schaffen. Über die Zulässigkeit und über die politische Durchsetzbarkeit solcher militärischen Gewalt als Mittel zum Frieden wird gegenwärtig in Deutschland noch viel zu wenig gestritten.

Ich vertrete in diesem Streit Pax Christi, die internationale katholische Friedensbewegung, deutsche Sektion. Pax Christi ist Teil der katholischen Kirche und zugleich Teil der konziliaren Bewegung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der christlichen Ökumene. Pax Christi will dem Frieden mit gewaltfreien Mitteln dienen. Diese Gewaltfreiheit folgt dem gewaltfreien Weg Jesu. Sie steht als politi-

sche Option aber auch in einem inneren Verhältnis zum Ziel der Überwindung von Gewalt und Krieg. Gewaltfreiheit ist friedensethisch begründet und politisch vernünftig.

Wir sehen in Bosnien und in Ruanda: Gewaltfreiheit bleibt ohnmächtig gegenüber verbrecherischer Gewalttätigkeit und weitgehend hilflos, wenn ein Krieg erst einmal ausgebrochen ist. Gleichwohl ist die Logik der Gewaltfreiheit nicht deshalb erschöpft, weil massenhaftes Unrecht, Mißachtung der Menschenrechte und Kriege weltweit im Vormarsch sind. Im Gegenteil. Die neue Situation erfordert es, die Frage nach den Bedingungen und Möglichkeiten gewaltfreien Handelns in einer Welt zunehmender Gewalt noch präziser zu stellen als bisher und wirksame Instrumente gewaltfreier Krisenintervention zu entwickeln. Das ist eine vordringliche politische Aufgabe. Sie schärft unseren kritischen Blick gegenüber einer allzu schnellen Geneigtheit, militärisch eingreifen zu wollen. Ihren politischen Ort hat diese Geneigtheit in der von der Bundesregierung beabsichtigten Ausweitung

des Auftrags der Bundeswehr „out of area“ und angesichts des in Kürze zu erwartenden Urteils des Bundesverfassungsgerichts zu dieser Frage. Ich mache aus der Sicht von Pax Christi dazu einige Anmerkungen.

1. Die Befürworter von Bundeswehreinsätzen „out of area“ sprechen mit Vorliebe davon, Deutschland habe nun seine volle Souveränität wiedererlangt und müsse seinen Beitrag zur internationalen Friedenssicherung leisten wie jeder andere Staat auch. Was mich an diesem Argument beunruhigt, ist die ungebrochen-unreflektierte Gleichsetzung von staatlicher Souveränität und militärischer Eingriffsfähigkeit, so als wüßten wir nicht, welche verhängnisvollen Folgen gerade diese Gleichsetzung in unserer eigenen Geschichte gehabt hat. Die „wiedererlangte volle Souveränität“ Deutschlands muß zuerst einmal darin bestehen zu fragen, wie und wodurch Deutschland seine Friedensverantwortung in Zukunft am sinnvollsten wahrnehmen will. Volle Souveränität Deutschlands bedeutet eine Herausforderung an die Qualität deutscher Politik – und erst danach eine Einladung auch an die Bundeswehr, über ihre künftige Verwendung nachzudenken. Deutschland kann wichtige zivile, international noch kaum bearbeitete Aufgaben im

Rahmen der Vereinten Nationen wahrnehmen, ohne seine Verantwortung für den Weltfrieden und seine Verpflichtung gegenüber der Völkergemeinschaft zu verleugnen, so z.B. auf dem Feld ziviler Streitschlichtung und klug vorausschauender Diplomatie. Volle Souveränität heißt für mich Aufmerksamkeit, Fantasie und Kreativität für die Optimierung der politischen Handlungsmöglichkeiten Deutschlands.

2. Das neu-deutsche Reden über den Beitrag Deutschland „zur militärischen Gewährleistung des Friedens“ ist nicht so frei von nationalstaatlicher Selbstbehauptung, wie es weltweite Gerechtigkeit und internationale Sicherheit eigentlich erfordern. Ich halte es für unehrlich, so zu tun, als hätten künftige militärische Einsätze der Bundeswehr nichts mit den nationalen Interessen Deutschlands zu tun und bewegten sich in der Sphäre der reinen Nächstenliebe. Die Bundeswehr ist nicht die Caritas; sie wird gebraucht als Instrument zur Durchsetzung politischer und ökonomischer Interessen. Die Verteidigungspolitischen Richtlinien vom 26. November 1993 lassen daran keine Zweifel. Sie zählen zu den vitalen Sicherheitsinteressen Deutschlands auch „die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu

Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung“. Die deutschen Katholiken sollten so frei sein, diese Interessenlage im Streit um die künftigen Aufgaben der Bundeswehr beim Namen zu nennen und nicht hinter dem Begriff „internationale Solidarität“ zu verstecken.

3. An der Diskussion über eine „militärische Gewährleistung des Friedens“ beteiligt sich nun auch das Zentralkomitee der deutschen Katholiken mit einem eigenen Diskussionspapier („Den Weltfrieden fördern und sichern - eine solidarische Pflicht der Staatengemeinschaft. Erwartungen des Zentralkomitees der deutschen Katholiken an die Sicherheitspolitik angesichts der veränderten Weltlage“, 20. Mai 1994). Es soll der deutschen Öffentlichkeit den Blick für die weltweiten Aufgaben der Bundeswehr schärfen. Leider öffnet dieses Papier nicht in gleicher Weise die Augen für die Tatsache, daß Deutschland als Wirtschaftsmacht längst an der Entstehung ungerechter Gewaltverhältnisse „out of area“ beteiligt ist. Wir müssen uns an, militärisch reparieren zu wollen, was wir zuvor durch das Diktat unserer Märkte ökonomisch mit verursacht haben: Armut, Abhängigkeit, ökologische Zerstörung und Militarisierung. Unser Mili-

tärsystem – NATO und WEU in einem Atemzug neben UN und KSZE! – soll Frieden schaffen, während unsere Rüstungslobby durch Waffenexporte tausendfachen Tod in die Dritte Welt exportiert und die Spannungen in Konfliktregionen verschärft. Hier ist an das biblische Wort zu erinnern: „Arzt, heile dich selbst!“ (Lk 4,23) Ich plädiere dafür, den offenkundigen Widerspruch zwischen ökonomischer Schadensverursachung und militärischer Schadensbegrenzung in den Mittelpunkt der Diskussion über die weltweite Friedensverantwortung der Deutschen zu rücken. Hier könnte Deutschland in der Tat seine „volle Souveränität“ einsetzen.

4. Es gibt eine gefährliche Schiefelage in der Diskussion um die deutsche Mitverantwortung für den Frieden. Wir reden neuerdings viel über Gewalt als ultima ratio der Politik und auffallend wenig darüber, daß die normale Ratio der deutschen Politik das politische Handeln zu sein hätte. Wer sich so eilfertig auf das letzte Mittel militärischer Gewalt fixieren läßt wie die gegenwärtige deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, verliert die vorletzten Mittel aus den Augen. Der Normalfall unserer weltpolitischen Verantwortung ist und bleibt die politische Konfliktvermeidung und -eindämmung. Die

unter uns notwendige friedensethische Debatte darf nicht zu einer „Notfall-Ethik out of area“ führen. Das absorbiert schon jetzt jene zivilen Kräfte, die wir für die Entwicklung und Einübung gewaltfreier Alternativen so dringend brauchen. Die bleibende zivilisatorische Herausforderung, vor der wir stehen, ist nicht die Legitimation von Gewaltmaßnahmen unter bestimmten, streng begrenzten Bedingungen, sondern unverändert die Überwindung von Gewalt als Mittel der Politik und die Ächtung des Krieges in allen seinen Formen. Ein Katholikentag, der nicht nur ein politisches Forum, sondern ein christliches Ereignis sein will, muß über die vernünftige Chance der Gewaltfreiheit auf dem Weg zum Frieden mindestens so intensiv diskutieren wie über die Bedingungen eines legitimen Einsatzes militärischer Gewalt.

5. In diesen Tagen wird viel über die Ökumene in Dresden geredet. Die Katholiken in den alten Bundesländern entdecken, daß sie nicht die ersten sind, die in dieser Stadt als Christinnen und Christen über ihre politische Friedensaufgabe nachdenken. Hier waren die Menschen in besonderer Weise mit den Schrecken des Krieges konfrontiert. Während des legendären I. Dresdner Friedensforums

am 30. Februar 1982 in der Kreuzkirche rollten Jugendliche auf der Empore ein Transparent mit den Worten aus „Keine Gewalt!“. Die Ökumenische Versammlung der Christen und Kirchen in der DDR vertrat im Mai 1989 eine „vorrangige Option für die Gewaltfreiheit“. In Dresden begegnet uns eine ausgeprägte Traditionslinie christlich begründeter Gewaltfreiheit. Wir dürfen diesem Erbe nicht nur höflichen Respekt zollen. Wir haben zu fragen, welchen produktiven Beitrag dieses Erbe angesichts neuer Fragen für neue Antworten leisten kann. Ich schließe mit einem Zitat: „Im Schalom, der unsere Beziehungen heilt, erkennen wir die Verheißung für unsere wechselseitig verflochtene Welt, die zugleich eine Welt wachsender Konflikte ist. Die Menschheit muß sich in ihrer Verflochtenheit als Überlebensgemeinschaft organisieren in einer verbindlichen Rechtsgestalt, die den Schwächeren schützt und Konflikte politisch löst.“ (ÖV Dresden, Theol. Grundlegung Nr. 38)

Ich wünsche dem Katholikentag, ich wünsche uns allen, wir möchten in der Lage sein, auf dieser Linie zu denken und zu handeln.

Frieden und Krieg in dieser Zeit

Sechs Thesen

Dieter Senghaas

These I:

Im Gegensatz zur gängigen Behauptung einer wachsenden Entpolitisierung und Politikverdrossenheit ist, weltweit betrachtet, eine wachsende Politisierung der Welt festzustellen. Diese zunehmende Politisierung hat objektive Gründe; sie erschwert und verschärft das Problem friedlicher Koexistenz auf allen Ebenen.

Um diese erste These zu erläutern, können ein kurzer Blick in die Vergangenheit und ein Ausblick in die absehbare Zukunft hilfreich sein. Wenn man sich die Frage stellt, worin sich die Welt des Jahres 1500, 1700, 1900 und 2100 unterscheiden bzw. unterscheiden werden, dann gelangt man zunächst zu der Beobachtung, daß weite Teile der Welt noch bis in das 20. Jahrhundert hinein durch traditionale Gesellschaften gekennzeichnet waren, und daß, ausgehend von Nordwesteuropa, vor allem seit dem 18. Jahrhundert ein tiefgreifender Umwandlungsprozeß in der Welt stattgefunden hat: In der Folge von Modernisierungsprozessen verschwinden traditionale Gesellschaften, und an die Stelle von traditionellen treten „moderne“ Gesellschaften. Beide Begriffe,

Thesen kurzgefaßt

- I. Die wachsende Politisierung der Welt erschwert die friedliche Koexistenz.**
- II. Frieden ist ein brüchiges, zivilisatorisches Kunstgebilde, das der ständigen Pflege bedarf.**
- III. Globalisierung und Fragmentierung von Problemen erschweren die friedliche Koexistenz.**
- IV. Die Welt steht an einem Scheideweg, die Zukunft ist nicht prognostizierbar.**
- V. Die Komplexität der Welt erfordert komplexe und konzertierte Problemlösungsstrategien**
- VI. Politik bedarf als Orientierung eines Projektes.**

fe, traditionale bzw. moderne Gesellschaft, sollen in diesem Zusammenhang wertneutral benutzt werden; die lebensphilosophische Frage, ob dieser säkulare Umwandlungsprozeß, der inzwischen die Welt insgesamt erfaßt hat, als Fortschritt, Rückschritt oder einfach als zwiespältig zu bewerten ist, kann in diesem Zusam-

menhang undiskutiert bleiben. Hier interessieren nur der dramatische Strukturwandel und seine Konsequenzen für die Friedensproblematik.

Traditionale Gesellschaften sind, auf eine kurze Formel gebracht, Gesellschaften, in der die meisten Menschen weit verstreut in dörflichen Kleingemeinschaften ihr Leben auf niedrigem Subsistenzniveau fristen, in aller Regel nur ein ganz geringes Mehrprodukt erwirtschaften und schreibe- und leseunkundig, also Analphabeten sind. Diese traditionellen Gesellschaften zeichnen sich überdies durch eine relativ einfache innere Klassenspaltung aus: An der Spitze der Gesellschaft befindet sich eine kleine tributeintreibende herrschende Klasse, die über eine sich politisch nicht bewußte und unorganisierte Masse von Menschen wie über Privateigentum verfügt.

Demgegenüber sind moderne Gesellschaften das Ergebnis von immer noch nicht abgeschlossenen Emanzipationsprozessen, wozu insbesondere zu rechnen sind:

1. die Herausbildung überdörflicher **Verkehrswirtschaften**, die eine enorme Horizont- und Handlungserweiterung von Menschen bewirkt haben,
2. die **Verstädterung** mit der Folge, daß die Masse von Menschen in verdichteten Kommunikationsräumen interessenbewußt und organisationsfähig wird,
3. die **Alphabetisierung**, die die

geistige Emanzipation der Masse der Menschen fördert, sowie

4. die **Erweiterung politischer Mitbestimmung** als Ergebnis langwieriger und wechselvoller, aber schließlich allermeist erfolgreich durchgeführter politischer Konflikte.

Solche sich modernisierende bzw. modernen Gesellschaften sind im Unterschied zu traditional-stationären Gesellschaften, in denen die Position von Menschen statusmäßig vorgezeichnet ist, durch Pluralismus gekennzeichnet. **Pluralismus** meint: die Pluralität von Identitäten im Sinne der Vielzahl von Selbst- und Umweltbildern, von Meinungen und „Wahrheiten“ einschließlich unterschiedlicher Gerechtigkeitsvorstellungen. Und Pluralität meint vor allem auch: die Pluralität der Interessen.

Solchermaßen mündig gewordene Gesellschaften sind per definitionem konflikt- und tendenziell gewaltträchtige Gebilde. Auf sie bezogen ist die Antwort auf die Frage nach der „Natur des Menschen“ – ist der Mensch an und für sich gut oder aggressiv-böse? – ziemlich ohne Belang: Auch mit einer optimistischen Anthropologie – einer best case-Anthropologie – ließe sich der Zusammenhang zwischen geschilderter Transformation bzw. Emanzipation und Konfliktausweitung (mit dem Grenzfall des gewalttätig ausgetragenen Konfliktes) nicht einfach defini-

risch aus der Welt schaffen.

Wenn solche Gesellschaften, in denen Menschen sich ihrer Identität und ihrer Interessen bewußt werden und entsprechend organisieren, nicht in potentiell gewaltsame Dauerkonflikte, in bürgerkriegsähnliche Zustände oder in tatsächliche Bürgerkriege versinken sollen, bedarf es in ihnen der Vereinbarungen, also einer Verständigung über friedliches Zusammenleben oder Koexistenz gerade angesichts einer prinzipiell nicht überwindbaren Meinungs-, Identitäts- und Interessenvielfalt. **Formen und Formeln der friedlichen Koexistenz zu finden, unter deren Prämissen anhaltende und unausweichliche Konflikte ohne Androhung und Anwendung von Gewalt ausgetragen werden, ist in modernen Gesellschaften die zentrale zivilisatorische Aufgabe schlechthin.** Und diese Aufgabe obliegt der Politik, die angesichts der Pluralitäten Vereinbarungen im Grundsätzlichen, also Verfassungen, und im Konkreten, also in einzelnen Politikfeldern, zustande zu bringen hat. Worum es also in sich modernisierenden bzw. in modernen Gesellschaften geht, ist, **dauerhafte Formen konstruktiver, gewaltfreier Konfliktbearbeitung zu finden und zu institutionalisieren.** Diese Problemstellung bezeichnet nichts anderes als einen wesentlichen Aspekt der modernen Friedensproblematik, nämlich die **Gestaltung und Sicherung des inneren Friedens** angesichts des

immer latent drohenden Bürgerkrieges.

Lassen sich in traditionellen Gesellschaften Ruhe und Ordnung von oben nach unten, also von der herrschenden Klasse mit Hilfe der dieser zur Verfügung stehenden Machtmittel gegenüber einer Bevölkerung ohne politisches Selbstbewußtsein und politische Organisationsfähigkeit, d.h. ohne eigenes Gewicht, allermeist problemlos durchsetzen, ist in sich modernisierenden bzw. modernen Gesellschaften eine vergleichbare Organisation von „Friedhofsruhe“ nicht mehr möglich. Wo sie dennoch angestrebt wird, wie in diesem Jahrhundert beispielsweise in den totalitären Systemen mit ihren unvergleichlichen Kontroll-, Überwachungs- und Spitzelapparaten, ist sie angesichts des anhaltenden Widerspruchs zwischen der versuchten Gängelung und Einschüchterung mündiger Menschen einerseits und deren politisierbarem Anspruch auf politische Teilhabe, auf die Durchsetzung selbst definierter Interessen und auf die Verwirklichung eigener Identität früher oder später zum Scheitern verurteilt.

Wenn also heute die Welt an allen Ecken und Enden politisch brodelte und die Vielzahl der Konflikte als verwirrend und unüberschaubar empfunden wird, hängt dieser Sachverhalt damit zusammen, daß der genannte Umwandlungsprozeß in der Welt und seine oft wenig erfreulichen Folgen heute offenkundiger sind als in der

bipolaren Mächtekonstellation des Ost-West-Konfliktes während der Nachkriegszeit. Heute ist deutlicher als in den vergangenen vierzig Jahren, daß in der Zeit des Ost-West-Konfliktes der geschilderte säkulare Umwandlungsprozeß nicht aufgehalten wurde. Im Gegenteil hat beispielsweise gerade der Versuch innerhalb der ehemals realsozialistischen Gesellschaften (Sowjetunion und Osteuropa), den Westen einzuholen und zu überholen, zu einer Beschleunigung der Umwandlung von traditionellen in sich modernisierende Gesellschaften geführt. Die Kluft zwischen sozio-ökonomischer Modernisierung und politisch-institutioneller Gängelung hat zu den bekannten Symptomen, schließlich zum Zusammenbruch dieser Gesellschaften geführt.

Aber auch im Hinblick auf alle anderen Entwicklungsregionen der Welt läßt sich beobachten, daß der Prozeß der Herausbildung überdörflicher Verkehrswirtschaften voranschreitet: die Verstädterung in den Entwicklungsregionen der Welt, sichtbar werdend in den großen urbanen Agglomerationen, nimmt weiter zu und erreicht zum Teil dramatische Ausmaße; siebzig Prozent aller erwachsenen Menschen auf der Welt können lesen und schreiben; und in der Wissenschaft spricht man nicht umsonst von einer „dritten Welle der Demokratisierung“, wobei mit der ersten Welle die Demokratisierung in Teilbereichen der Welt im 19. Jahr-

hundert und nach dem Ersten Weltkrieg, mit der zweiten Welle die im Anschluß an den Zweiten Weltkrieg beobachtbare Demokratisierung gemeint ist, während die dritte Welle der Demokratisierung in den 70er Jahren mit dem Fall der autoritären Regime Südeuropas einsetzte, um sich in Teilen der Dritten Welt (vor allem in Lateinamerika) und schließlich in den realsozialistischen Ländern in der östlichen Hälfte Europas fortzusetzen.

Ist es schon schwierig, im Innern von sich politisierenden Gesellschaften Formen der verlässlichen friedlichen Koexistenz zu finden, so ist nicht überraschend, daß innergesellschaftliche Konflikte die Gefahr zwischenstaatlicher und im wachsenden Maße interkultureller Gewaltausbrüche erhöhen, obgleich heute - rein statistisch betrachtet - die Zahl der akuten Bürgerkriege weit höher liegt als die Zahl zwischenstaatlicher kriegerischer Auseinandersetzungen.

Der zitierte Modernisierungsprozeß schreitet, weltweit betrachtet, also voran; die Anforderungen einer wachsenden Zahl von Menschen an die jeweilige politische, soziale, ökonomische und kulturelle Ordnung, die sie für lebenswert halten, werden in Zukunft eher noch vielgestaltiger sein als heute oder in der Vergangenheit; die Konfliktrichtigkeit in der Welt wird deshalb in der Tendenz weiter zunehmen und mit ihr die Gefahr des Übergleitens von Konflikt- in Gewalt-

trächtigkeit und in tatsächliche Gewaltanwendung.

Im übrigen ist der Eindruck wahrscheinlich falsch, als sei die hierzulande beobachtbare Politikverdrossenheit ein Ausdruck von Entpolitisierung. Viel mehr Sinn macht es in der vielzitierten Politikverdrossenheit und dem entsprechenden Wahlverhalten ein bewußtes, politisch motiviertes Protestverhalten zu vermuten.

These II:

In und zwischen politisierbaren bzw. politisierten Gesellschaften Frieden zu stiften ist ein voraussetzungsvolles und immer rückfallgefährdetes Unterfangen: Frieden ist, insofern er überhaupt zustande kommt, ein brüchiges zivilisatorisches Kunstgebilde, das der ständigen Pflege und Erneuerung bedarf.

In sich modernisierenden und in modernen Gesellschaften, in denen unausweichlich eine Pluralität von Meinungen und Wahrheiten, von Interessen und Identitäten vorliegt, bedarf es für eine **verlässliche Friedensgestaltung** wenigstens sechs Voraussetzungen:

Zunächst einmal ist von grundlegender Bedeutung die „Entwaffnung der Bürger“, d.h. die Entmilitarisierung der Gesellschaft bzw. die Herausbildung eines legitimen, in aller Regel staatlichen **Gewaltmonopols**, dem die einzelnen untergeordnet sind.

Diese Voraussetzung wird unmittelbar einsichtig, wenn man sich die heute in der Welt vielfach beobachtbare Kontrastwirklichkeit betrachtet, nämlich Situationen, in denen das Gewaltmonopol zusammenbricht, die Wiederbewaffnung der Bürger eine Chance bekommt und eine tatsächliche Wiederaufrüstung der einzelnen oder von Gruppen stattfindet. Im Hinblick auf entsprechende Vorgänge wird in der neueren Diskussion häufig und in der Sache unmißverständlich von der Gefahr einer „Libanisierung“ bzw. „Jugoslawisierung“ gesprochen. In der Konsequenz bedeutet der Verlust des Gewaltmonopols bzw. die Wiederbewaffnung der Bürger eine Renaissance von Bürgerkriegssituationen.

Ein Gewaltmonopol, für sich allein genommen, ist jedoch im Grenzfall nicht mehr als eine beschönigende Umschreibung von Diktatur, und seine Repräsentanten wären dann nichts anderes als eine von mehreren Konfliktparteien in einer potentiellen Bürgerkriegssituation. Das Gewaltmonopol bedarf also in einer zivilisierten Gesellschaft der Kontrolle durch die Prinzipien des **Rechtsstaates**: Rechtsstaatlich verfaßte politische Ordnungen hegen das Gewaltmonopol ein, so durch den Schutz von Grundfreiheiten und die Gewährleistung von Menschenrechten, durch die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz, durch die Gewaltenteilung, die freie Wahl und das Recht

auf politische Partizipation, durch die Rechtsgebundenheit von Regierung und Verwaltung, durch das Recht auf öffentliches und faires Gerichtsverfahren, durch die Unschuldsvermutung bis zum richterlichen Nachweis der Schuld, u.s.f.

Über das Verhältnis von Gewaltmonopol und Rechtsstaat (die Kombination beider läßt sich als Verfassungsstaat bezeichnen) ist festzuhalten: Ohne die vorgängige Konstitution des Gewaltmonopols ist der demokratische Rechtsstaat gar nicht vorstellbar. Der Rechtsstaat wird aber, wo ausgebildet, zum Inbegriff der Kontrolle des Gewaltmonopols; das Gewaltmonopol wird also seinerseits verrechtlicht. Herrschaft von Recht und Gesetz ist das politische Ziel in Verfassungsstaaten.

Die Entprivatisierung von Gewalt und die Sozialisation in eine Fülle von rechtsstaatlich definierten institutionalisierten Konfliktregelungen führen, nicht anders als die Herausbildung von großflächig angelegten Verflechtungen beispielsweise in der Folge arbeitsteiliger Ökonomien, zu einer Kontrolle von Affekten. **Affektkontrolle** in interdependenten Handlungsgefügen meint dabei Selbstkontrolle bzw. Selbstbeherrschung: Sie ist die Grundlage nicht nur von Aggressionshemmung und Gewaltverzicht, sondern darauf aufbauend von Toleranz und Kompromißfähigkeit.

Eine vierte Voraussetzung für ei-

nen verlässlichen Frieden ist in **demokratischer Beteiligung** zu sehen. Der oben dargestellte säkulare Transformationsprozeß führt anhaltend zur Herausbildung neuer Sozialschichten, die je nach ihrer Verortung in der Gesellschaft und abhängig von ihrer potentiellen Aufwärts- bzw. drohenden Abwärtsmobilität je spezifische Interessen artikulieren und verfechten. Diese Interessen müssen die Chance zur politischen Artikulation haben und in den gängigen politischen Prozeß integriert werden. In aller Regel werden in fortgeschrittenen sozial mobilen Gesellschaften Ausschluss- und Unterordnungsverhältnisse aufgrund von Geschlecht, Rasse, Klasse oder anderen Merkmalen von den Betroffenen nicht mehr erduldet.

Eine fünfte Voraussetzung dafür, verlässlichen Frieden zu stiften, ist das Bemühen um **soziale Gerechtigkeit**. In politisierten Gesellschaften ist eine aktive Politik der Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit, letztlich ergänzt um Maßnahmen der Bedürfnisgerechtigkeit, unerlässlich, weil sich nur dann die Masse der Menschen in einem solchen politischen Rahmen fair aufgehoben fühlt. Die materielle Anreicherung bzw. Unterfütterung von Rechtsstaatlichkeit insbesondere im Sinne eines fairen Anteils an Wohlfahrt ist also nicht eine politische Option, der in solchen Gesellschaften nach Belieben gefolgt werden kann oder auch nicht; sie ist vielmehr eine konstitutive Bedingung der

Lebensfähigkeit von rechtsstaatlichen Ordnungen und damit des inneren Friedens von Gesellschaften. Rechtsstaatlich verfaßte Gesellschaften tun deshalb gut daran, die Frage der Gerechtigkeit niemals zur Ruhe kommen zu lassen, zumal wenn die ihnen zugrunde liegenden Ökonomien, in der Regel Marktwirtschaften, systembedingt in aller Regel eher Ungleichheit als Gleichheit produzieren.

Gibt es in einer nach Interessen und Identitäten vielfältig zergliederten Gesellschaft faire Chancen für die Artikulation **und** den Ausgleich von unterschiedlichen Interessen, kann aller Erfahrung nach unterstellt werden, daß ein solches Arrangement von Normen, Institutionen und Entscheidungsprozeduren von den Bürgern verinnerlicht wird, d.h., daß sich eine Bereitschaft zur produktiven Auseinandersetzung mit Konflikten entfaltet und kompromißorientierte Konfliktfähigkeit einschließlich der hierfür erforderlichen Toleranz zu einer selbstverständlichen Orientierung politischen Handelns wird. Eine solche **konstruktive Konfliktkultur**, „Bürgergesinnung“, ist als sechste Voraussetzung des Friedens allerdings nur zu erwarten, wenn die zuvor genannten fünf Voraussetzungen einigermaßen gegeben sind.

Wo Menschen verlässlich in Frieden zusammenleben, liegt also nicht nur in aller Regel ein einheitlicher **Rechtsraum**, ein einheitlicher **Wirtschafts- und Sozialraum** und ggf. ein

einheitlicher **Kulturraum** vor, sondern auch, was meist wenig beachtet wird, ein entsprechender „**Gefühlsraum**“, normalerweise als „nationale Identität“ bezeichnet: Mit ihr wird die Fähigkeit beschrieben, im Hinblick auf eine weit größere Zahl von Menschen als die einem unmittelbar Nahestehenden empathisch zu denken und zu handeln. Durch die Kombination solcher Handlungs- und Gefühlsräume entsteht **politische Gemeinschaft**.

Im übrigen ist in politischer Gemeinschaft Frieden als **dauerhafter** Frieden nur vorstellbar, wenn die genannten sechs Voraussetzungen sich wechselseitig positiv verstärken. Einbruchsgefährdet bleibt Frieden auch dann noch, weil von jedem der genannten sechs Punkte ein solcher Einbruch ausgehen kann: Das Gewaltmonopol kann in einen Polizeistaat umkippen. Die Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Grundsätze können sich als pure Fassaden herausstellen und an Legitimität verlieren. Gesellschaftliche Zusammenhänge können sich auflösen und Affekte freisetzen. Verteilungsungechtigkeit ist eine ständige Gefahr. Und sollten alle diese negativen Sachverhalte sich bündeln, hat Konfliktkultur keine Chance. Die politische Gemeinschaft zerbricht.

In solchem Zusammenhang wird der Begriff der „Libanisierung“ nicht umsonst benutzt. Das Beispiel des Libanon exemplifiziert ein repräsentatives Zusammenbruchsszenario:

Christen, Muslimen und andere Gruppierungen nehmen in einem langen Zeit für relativ akzeptabel gehaltenen Verfassungsstaat eine wachsende Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit wahr. Daraufhin entlegitimiert sich der früher einmal gefundene Verfassungskompromiß; die eingespielte und praktizierte Konfliktkultur bricht zusammen, und es kommt zu einer Reprivatisierung von Gewalt sowie zu einer Mißachtung rechtsstaatlicher Grundsätze und Prinzipien; schließlich munitionieren sich die Konfliktparteien massiv; die Ökonomie zerfällt und in der Folge lösen sich umfassende Handlungsgeflechte auf; parochiale Affekte werden freigesetzt; der offene Bürgerkrieg bricht aus, und es enthemmen sich in unerwartetem Maße die Affekte - bis sich schließlich die materiellen und emotionalen Kräfte der Beteiligten erschöpfen. Während dieses Zusammenbruchs flüchtet ein erheblicher Teil der betroffenen Bevölkerung aus dem Kriegsgebiet.

Die Dramatik, die sich heute in weiten Teilen der Welt im Hinblick auf die verfassungsmäßige, institutionelle, materielle und emotionale Begründung des Friedens zeigt, liegt darin, daß viele Gesellschaften weder über ein gesichertes Gewaltmonopol, noch über Rechtsstaatlichkeit, also auch nicht über die Kombination von beidem: den Verfassungsstaat verfügen, überdies keine leistungsfähigen Ökonomien haben, weshalb auch

übergeordnete Handlungszusammenhänge und die aus ihnen resultierenden Affektkontrollen instabil sind und demokratische Streitkultur ein Fremdwort bleibt. Nüchtern betrachtet, bedeutet diese Sachlage in der Konsequenz: Man wird sich nicht nur auf Jahre, sondern auf Jahrzehnte vielfältiger politischer Turbulenzen einzurichten haben, ggf. auf die Chaotisierung politischer Ordnungen, pendelnd zwischen Anarchie und Diktatur, sowie auf eine in regionalen Zusammenhängen sich epidemiehaft ausbreitende Gewaltkultur als Ersatz für eine demokratische Konfliktkultur, für die wesentliche Voraussetzungen fehlen.

Die Situation deutet, großflächig betrachtet, auf eine gewisse Ausweglosigkeit hin: Frieden einfach herrschafts- und machtmäßig von oben nach unten im Sinne des „Leviathan“ durchzusetzen, muß in sozial mobilen und politisierbaren Gesellschaften scheitern; für den Aufbau einer lebensfähigen Friedensstruktur fehlen aber in den meisten Gesellschaften der erforderliche historische Erfahrungsvorlauf und insbesondere die materielle Substanz. Dennoch gibt es, nachdem die Welt nun einmal heute nicht mehr aus traditionellen Gesellschaften besteht, keine Alternative zu einem zeitgemäßen Friedenskonzept, in dem sich die Anstrengungen um den **Schutz vor Gewalt**, den **Schutz von Freiheit**, den **Schutz vor Not** und den **Schutz**

vor Chauvinismus bündeln. Angesichts der Umbruchsituation in vielen Gesellschaften wird man sich folglich allermeist mit einer Orientierung am zureichenden Minimum begnügen müssen, wenn die Ressourcen für ein Optimum nicht zur Verfügung stehen und weniger als ein Minimum, nämlich Chaotisierung, verhindert werden soll.

These III:

Die Gleichzeitigkeit von Ungleichzeitigkeiten in der Welt verschärft die Politisierung und erschwert dauerhafte oder verlässliche Koexistenz.

Die Welt der Gegenwart, in der die Völker immer mehr untereinander in wirksame Verhältnisse kommen, wird durch zwei widersprüchliche Entwicklungstrends gekennzeichnet: Globalisierung und Fragmentierung.

Was die **Globalisierung** und deren Vorstufen, die Internationalisierung bzw. Transnationalisierung angeht, so sind die mit diesem Begriff gemeinten Sachverhalte heute offenkundig: Wie in der Vergangenheit, so vernetzt auch heute internationaler Handel raumgeographisch weit gestreute wirtschaftliche Aktivitäten. Der Anteil dieses Handels am Weltbruttosozialprodukt beträgt immer noch 15 Prozent, obgleich andere Dimensionen der Internationalisierung bzw. der Globalisierung von Welt-

wirtschaft gerade in den vergangenen fünfzehn Jahren an Bedeutung gewonnen haben, so vor allem die Transnationalisierung von Produktion durch multinationale Firmen, die immer mehr einer global orientierten Inszenierung von Produktionsstandorten gleicht. Darin ist die Internationalisierung des Dienstleistungsgewerbes zu einer inzwischen besonders markanten weltwirtschaftlichen Wachstumsbranche geworden. Auch gewinnt der Technologietransfer an Bedeutung, ebenso neuerdings die Internationalisierung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten multinationaler Firmen. Eine weltwirtschaftliche Verflechtung eigener Art und Größenordnung ist inzwischen durch die Globalisierung der Finanzmärkte zustande gekommen: Unterschiede in den Öffnungszeiten der großen Börsen der Welt spielen kaum noch eine Rolle; erhebliche Transaktionen finden zeitgleich statt.

Dieses gegenwärtige Ausmaß an sich globalisierenden wirtschaftlichen Verflechtungen ist ohne die Internationalisierung von Information und Kommunikation nicht vorstellbar, auch nicht ohne preisgünstige internationale Verkehrsmittel. Das reibungslose Funktionieren setzt eine Fülle von technokratisch-funktionalen Arrangements voraus, insbesondere weltweit gültige Standards und Regelwerke, die es erlauben, daß sich weite Bereiche des internationalen Verkehrs relativ reibungslos gestalten lassen.

Diese Globalisierung, die vor allem im Weltwirtschaftssystem zu beobachten ist, untergräbt in vieler Hinsicht die nationale oder staatliche Souveränität der einzelnen Gesellschaften. Was früher staatlicherseits unschwer kontrollierbar war, beispielsweise die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nationaler Ökonomien, entzieht sich heute immer mehr nationaler Kontrolle. Deshalb ist eine anhaltende Suche nach neuen, überstaatlichen Regelungsmechanismen zu beobachten, die ihrerseits als wirklich durchgreifende jedoch nicht ausreichend zustande kommen, weil die Einzelstaaten immer noch glauben, Regelungskompetenzen zu besitzen, die sie nicht abgeben wollen, obgleich diese Annahme eher von einer Fiktion ausgeht als realitätsträchtig ist.

Während solche Globalisierung derzeit anhaltend zunimmt, ist gleichzeitig auch ein Zerfall von bisher zusammenhängenden staatlichen Gebilden zu beobachten. Solcher Zerfall (**Fragmentierung**) ereilte jüngst ein Imperium wie die Sowjetunion, und man muß sich die Frage stellen, ob Indien (möglicherweise auch China) als staatliches Einheitsgebilde die kommenden Jahrzehnte wirklich überleben wird. Fragmentierung zeigt sich im Staatszerfall, so auf schreckliche Weise in Jugoslawien und auf noch passable Weise in der Tschechoslowakei. Sie kommt auch in drohendem Staatszerfall zum Ausdruck, der so-

gar in hochentwickelten Staaten wie Kanada und Belgien, die über eine jahrzehntelange demokratische und rechtsstaatliche Erfahrung verfügen, nicht mehr auszuschließen ist. Gleichmaßen ist in solchem Zusammenhang an vielerorts beobachtbare separatistische, sezessionistische und irredentistische Bewegungen zu denken, aus denen heraus neue Staatsgründungen angestrebt werden.

In vielen der letzteren Fälle muß der vor Jahrzehnten begonnene Nationalstaatsbildungsprozeß als inzwischen gescheitert gelten: Oft kam die Konsolidierung von Territorialstaatlichkeit nicht in hinreichendem Maße zustande, ebensowenig der Aufbau einer leistungsfähigen Volkswirtschaft oder die Vereinheitlichung wichtiger Lebensbereiche, insbesondere nicht die Sicherung von Rechtsstaatlichkeit und die institutionell abgesicherte Ausweitung demokratischer Partizipation.

Separatistischen, sezessionistischen und regionalistischen Bewegungen geht es dabei zum Teil um die eigene **Besitzstandswahrung** (so beispielsweise in Katalonien oder in Slowenien, neuerdings in der Lombardei): Kritisiert wird dabei ein kontinuierlicher Ressourcentransfer aus dem eigenen, höher entwickelten Entwicklungspol in zurückhängende Peripherien. Häufiger jedoch erwachsen Fragmentierungsvorgänge, die sich allermeist in Ethnonationalismen ausdrücken, aus anderen Konstellationen

tionen: Mehrheiten wollen nicht mehr von einer Minderheit drangsaliert werden; sie wenden sich gegen **Überfremdung** (so die Albaner im Kosovo gegen die serbische Minderheit, die baltischen Völker gegen die zugewanderten Russen usw.). Im Grenzfall geht es darum, ein Apartheid-System abzuschaffen (Diese Aussage betrifft heute präzise den Sachverhalt im Kosovo). Am häufigsten jedoch sind Bewegungen, die von Minderheiten ausgehen und die sich gegen Mehrheiten wenden und darauf gerichtet sind, dem drohenden Verlust an Identität entgegenzuwirken. In diesem Fall also mobilisieren Minderheiten ihre Kräfte zur Abwehr drohender **Assimilation** und, konstruktiv formuliert, zur Bewahrung bzw. Wiedergewinnung der eigenen Identität.

Diese Art von **Defensivreaktionen** im Sinne von Abgrenzung und Desintegration ist auch in größeren, über einzelne Gesellschaften hinausreichenden Bezugsbereichen zu beobachten. So haben die Reislamisierungsbewegungen und der militante islamische Fundamentalismus eine in diesem Sinne zu deutende Funktion. Andere Sammelbewegungen wie der mancherorts wachsende hinduistische Fundamentalismus und der möglicherweise wiedererstehende Panslawismus müssen unter den gleichen Vorzeichen betrachtet werden.

Allgemein kann formuliert werden: Wo in der Abwehr von Kolonialismus, Imperialismus und Neoko-

lonialismus, insbesondere in der Phase nach der Dekolonisierung die Bemühungen um nachholende Entwicklung und einen Nationalstaatsbildungsprozeß gescheitert sind oder nur zum Teil erfolgreich waren, ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß Defensivreaktionen der genannten Art zu beobachten sind. Denn auch in diesen Fällen ist es trotz fehlgeleiteter und fehlgeschlagener Entwicklung zu den eingangs dargestellten säkularen Umwandlungsprozessen gekommen: zu sozialer Mobilisierung und einer Politisierung der Bevölkerung. Es ist also gerade aus solchen Zusammenhängen eine neue Welle von Entwicklungsnationalismen zu erwarten.

Dabei muß man die **Doppelgesichtigkeit** dieses wie jedes Entwicklungsnationalismus im Auge behalten: Im Entwicklungsnationalismus geht es meist um die Mobilisierung der politischen, gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Kräfte vor Ort, um dadurch weitere Marginalisierung und Peripherisierung abzuwehren und um politische, ökonomische, gesellschaftliche und kulturelle Selbstbestimmung zu ermöglichen. Darin ist der rationale Kern zu sehen, der entsprechenden Bewegungen innewohnt. Doch die Gefahr, daß eine entwicklungsmäßig und kulturell motivierte Suche nach eigener Identität in ethnozentrische Abgrenzung und Ausschließung, schließlich in Chauvinismus mündet, ist bemerkenswert groß, und besonders groß ist

die Gefahr, daß solche Bewegungen brutal von Machtmenschen zu Zwecken eigener politischer Karriere instrumentalisiert werden.

Während die Globalisierung der Sicherheits-, Entwicklungs- und Ökologieproblematik neue überstaatliche Regelungen erforderlich macht, deren Übersetzung in politische Praxis, kontrovers und konfliktreich, immer auch allgemeine und besondere nationale Interessen berührt, liegt derzeit die eigentliche Konflikt- bzw. Gewaltträchtigkeit in den Fragmentierungsprozessen. Denn durch solche Prozesse der Fragmentierung werden existentielle Grundfragen des Zusammenlebens aufgeworfen: Wer ist bereit, sich unter welchen Konditionen zu welcher politischen Gemeinschaft zusammenzufinden? Mit anderen Worten: Hier stellt sich die **Verfassungsfrage** in einem politisch grundsätzlichen Sinne. Und während Verfassungen Plattformen für die Schlichtung von Konflikten sind, fehlen in den allermeisten Konflikten, die in der Folge von Fragmentierungsprozessen aufbrechen, die elementarsten Voraussetzungen einer Streitschlichtung: die wechselseitige Anerkennung des Lebensrechtes; die Fähigkeit, sich in die Lebenslage des Kontrahenten hineinzusetzen, besondere Prozeduren für einzelne Fälle der Streitschlichtung; sowie, meist für Streitschlichtung ganz wesentlich, die Hilfe Dritter Parteien.

Wenn aber einseitig oder wech-

selseitig das Lebensrecht bestritten wird, entsteht ein grundlegendes Sicherheitsdilemma, und elementare vertrauensbildende Maßnahmen werden erforderlich. Gegen Ethnozentismus ist Empathie zu mobilisieren; gegen autistische Selbstverblendung eine Horizonterweiterung; gegen die Nullsummenmentalität eine Problemlösungsorientierung. Das ist alles leichter formuliert als getan. Kurz: Gerade in einem Zusammenhang, in dem sich im Denken und in den Gefühlen die Dynamik von Gewaltkultur breitmacht, wären die Imperative einer produktiven Konfliktkultur angesagt, für die aber allermeist im Verlaufe der Konflikt- und Gewalteskalation die Voraussetzungen schwinden. Dann hilft oft nur noch eine Intervention von dritter Seite.

These IV:

Die Welt steht heute an einem Scheideweg zwischen Zivilisierung oder Regression; die wahrscheinliche Zukunft ist nicht prognostizierbar.

In diesen Jahren stehen die Welt insgesamt und insbesondere auch Europa vor einer grundlegenden Alternative: Entweder wird es aufgrund bewußter und gezielter Anstrengungen zu einer Weiterentwicklung internationaler Politik im Sinne ihrer Zivilisierung kommen oder aber werden wir einen Zerfall schon erreichter Kooperationsgefüge der internationalen Politik insgesamt und auch in Eu-

ropa erleben. Die Alternative lautet also: kooperationsorientierte Weiterentwicklung, politische Evolution bzw. **Zivilisierung** einerseits, Zerbröselung, Auflösung oder Zerfall, also **Regression** andererseits. Die bloße Ausrichtung des Denkens und des Handelns auf den Status quo wird aller Wahrscheinlichkeit nach das Abdriften in Regression fördern; Akzentsetzungen in Richtung auf Zivilisierung sind demzufolge unerlässlich, selbst wenn man nur das Erreichte bewahren wollte. Denn das internationale System wird untergründig immer noch durch Staatenanarchie und deren pathologisierende Dynamik geprägt, und einzelne Gesellschaften bleiben rückfallgefährdet.

Regression käme einer Entzivilisierung gleich, beispielsweise wenn ein einmal erreichter Konsens über bestimmte Normen wie das prinzipielle Gewaltverbot zerbröselte; weiterhin wenn multilaterale Institutionen verfallen, wenn die materielle Grundlage politischer Gemeinschaft schwindet und Affektpolitik die oberhand gewinnt. Konkret würde Regression z.B. bedeuten: Zerfall der Triade und Renaissance einer enthemmten Geopolitik zwischen den USA, Japan und dem EG-Europa; weiterhin Zerfall des EG-Europa mit der Folge einer Erosion von Multilateralismus und eines Wiederauflebens konflikthafter und antagonistischer Bilateralismen im Sinne der politischen Zustände der 20er und

30er Jahre dieses Jahrhunderts. Eine Renationalisierung der Außenwirtschaftspolitik wäre dabei ebenso unausweichlich wie die Renationalisierung von Sicherheitspolitik. Das hieße aber beispielsweise innerhalb Europas: die erneute Aktualisierung von Sicherheitsdilemmata im westlichen Teil Europas, wo dieser Zustand ein für alle Mal für überwunden galt. Bemühungen in Ost- und Westeuropa, die östliche Hälfte in sich europäisierende westeuropäische und in neue gesamteuropäische Institutionen einzubinden, wären dann von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die Idee eines friedlichen Gesamteuropas könnte ad acta gelegt werden.

Auch wäre weder eine Ökonomisierung der internationalen Politik noch deren überfällige Ökologisierung zu erwarten, sondern Militarisierung. Internationale Abmachungen würden an regulativer Kraft verlieren und zerbröseln. Regellosigkeit, Mangel an Erwartungsverlässlichkeit und Machtpolitik im Sinne der klassischen Definition, nämlich den eigenen Willen auch gegen den Widerstand anderer durchzusetzen, würden die politische Szene in und zwischen Gesellschaften charakterisieren. Solche Machtpolitik träte erneut an die Stelle der umsichtigen Steuerung von Interessenverflechtungen, also an die Stelle von Interdependenzmanagement.

Zivilisierung würde sich in einem genau gegenteiligen Trend niederschlagen. Insbesondere käme es in

solchem Falle zum Beispiel in Gesamteuropa zu einem Konsens über Minimalnormen friedlicher Konfliktbearbeitung, die nicht unterschritten werden dürfen, ohne gemeinsame Sanktionen zu provozieren. Nationale Souveränität würde dabei in einem Geflecht von intergouvernementalen und supranationalen Institutionen und Verfahren eingeschränkt; es entstünden Bereiche nicht nur gemeinsamer, sondern vergemeinschafteter Handlungsfähigkeit, insbesondere allgemein akzeptierte Institutionen verlässlicher friedlicher Streitbeilegung.

Wohin die Entwicklung in der Welt insgesamt und insbesondere in Europa tendieren wird, zu Zivilisierung oder zu Regression, kann derzeit nicht verlässlich prognostiziert werden, da es in der Wirklichkeit sowohl Tendenzen in Richtung auf weitere Zivilisierung gibt als auch Tendenzen der Regression, die zur Zeit stärker, zumindest lautstärker sind und möglicherweise sich zu einem Schreckensszenario bündeln. Um so mehr sind jedoch Gegenkräfte zu mobilisieren.

These V:

In einer Welt zunehmender Komplexität und aufbrechender Konflikte tendieren punktuell ansetzende politische Strategien dazu, in aller Regel über kurz oder lang zu versagen. Überfälligen konzertierten Aktionen aber fehlt allermeist der intellektuelle Vorlauf und der politische Rück-

halt, obgleich solche konzertierten Aktionen für Problemlösungsstrategien unerlässlich waren. Deshalb vermitteln die Welt und in ihr die Politik den Eindruck, perspektivenlos einfach dahinzudriften.

Die Politisierung der Welt wird aus objektiven Gründen weiter voranschreiten, denn der eingangs gekennzeichnete säkulare Umwandlungsprozeß ist bei weitem noch nicht abgeschlossen. Die Vernetzungen oder Interdependenzen in der Welt werden aller Wahrscheinlichkeit nach ebenfalls weiter wachsen, und als Ergebnis zunehmender Interdependenzen wird nach aller bisherigen Erfahrung die Welt nicht notwendigerweise einheitlicher, sondern eher zerklüfteter, aufgeteilt in neue Verdichtungs- und Grensräume, in Zentren und Peripherien. In solcher Struktur sammelt sich politischer Sprengstoff an: Wanderungsbewegungen aus ökonomischen, ökologischen oder politischen Gründen; massenhaftes Protestverhalten, das in fundamentalistischen, nationalchauvinistischen und xenophobischen Strömungen seinen politischen Ausdruck sucht; Gegenmachtbildungen durch Aufrüstung insbesondere im Bereich der ABC-Waffen und damit Verschärfung der Proliferationsproblematik; wiederauflebender Terrorismus. Dieser politische Sprengstoff könnte wenigstens zum Teil entschärft werden, wenn viel Zeit zur Verfügung stünde.

Aber aus allen friedenspolitischen Problemen der Gegenwart erwächst je einzeln und schon gar in Kombination ein erheblicher Zeitdruck.

Hinzu kommt, daß unter den Vorzeichen wachsender Komplexität, sich fortsetzender Politisierung und eines zunehmenden Problemdrucks eine für Problemlösungen unabdingbare Neudefinition von Prioritäten und Interessen nicht zustande kommt; daß es also unter solchen Vorzeichen eher zu intellektuellen, emotionalen und Interessenverhärtungen kommt als zu der eigentlich erforderlichen Lernoffenheit und der entsprechenden Anpassung im konkreten Verhalten.

These VI:

Politik bedarf als Orientierung eines Projektes. In friedenspolitischer Hinsicht ist dabei die Orientierung an einem zeitgemäßen Friedenskonzept unerläßlich. Nicht alles Wünschenswerte ist erreichbar, doch vieles kann zumal in Europa trotz aller Widrigkeiten erreicht werden.

Man wird, was immer man sich einfallen läßt, das Wachstum der Weltbevölkerung nicht „in den Griff bekommen“, denn das einzelne Verhalten von Milliarden von Menschen läßt sich kaum oder nur am Rande steuern, von verlässlicher Kontrolle ganz zu schweigen. Man kann aber durch gezieltes Handeln in Europa verhindern, daß die heute noch beste-

henden gemeinsamen Institutionen in Westeuropa und in Gesamteuropa hinterrücks zerbrechen und daß als Ergebnis einer Renationalisierung der Politik in vielen Einzelstaaten die alte geopolitische Sicherheitsproblematik in Europa wieder auflebt.

Der Zerfall eines Großgebildes wie Indien ist möglicherweise langfristig nicht aufhaltbar und schon gar von außen kaum in die eine oder andere Richtung beeinflussbar. Aber die Idee, im gesamten Europa einen einheitlichen Rechtsraum zu schaffen, in dem Menschenrechte und die Grundsätze des Verfassungsstaates zu einer Selbstverständlichkeit wurden, muß nicht nur eine Fiktion bleiben.

So wie die Welt gelagert ist, ist die Entwicklungsfrage auf der Welt insgesamt aller Wahrscheinlichkeit nach mehr als eine Jahrhundertaufgabe. Aber innerhalb Europas könnte bei entsprechenden Anstrengungen das Wirtschaftsgefälle zwischen West und Ost schrittweise innerhalb von zwei bis drei politischen Generationen, d.h. in ca. 25 – 40 Jahren überwunden werden. Was dabei zu tun wäre, ist nach einer mehrjahrzehntelangen Entwicklungsdiskussion nicht unbekannt und in vieler Hinsicht auch nicht mehr strittig.

Vielleicht steht die Welt vor einem internationalen Kulturkampf zwischen Islam und Christentum, Hinduismus und Islam, u.s.f. Aber es ist nicht einsichtig, warum ein Kontinent wie beispielsweise Europa nicht

fähig sein sollte, neu virulent werdende und aufbrechende Kulturfronten innerhalb des eigenen Lebensraumes zu mäßigen und die Begegnung der vielfältigen Kulturen, die gerade Europa in sich birgt, produktiv zu wenden.

Man könnte noch andere Problembereiche einander gegenüberstellen. Vielleicht ist das „Friedensprojekt Welt“, definiert im Sinne eines zeitgemäßen Friedenskonzeptes, noch eine Utopie. Aber das „Friedensprojekt Europa“ im Sinne der Herausbildung eines einheitlichen Rechtsraumes, gemeinsamer Sicherheitsstrukturen, eines gesamteuropäischen Wirtschaftsraumes und eines

Raumes gelebter und erlebbarer kultureller Koexistenz könnte demgegenüber wirklich in absehbarer Zeit realisiert werden. Ohnehin ist der Weltfrieden nur vorstellbar, wenn zunächst einmal die einzelnen Regionen in der Welt, die in der Zukunft so wenig wie einzelne Gesellschaften noch von außen steuer- oder gar kontrollierbar sein werden, in den Dimensionen von Recht, Sicherheit, Wirtschaft und Kultur friedensfähig werden, um schließlich als friedensfördernde Bausteine zu einer Weltfriedensordnung beitragen zu können.



***Weg zum Frieden: miteinander reden – aufeinander hören
– einander ernst nehmen***

Foto: Brockmeier

„...damit Friede wirklich wird“ — Viele kleine Schritte zum Frieden

Kurzbericht vom Kleinforum „Friede“

Der frühere Nato-General **Gerd Schmückle** hat die UNO aufgefordert, weniger in militärischen Kategorien zu denken. Schmückle äußerte sich am Samstag auf dem Katholikentag skeptisch über die von der UNO praktizierte Interventionspolitik. Das Beispiel Somalia hat nach Ansicht Schmückles bewiesen, daß bei den betroffenen Völkern sofort die Erfahrungen der Kolonialzeit wieder wach würden. Der ehemalige Viersternegeneral plädierte dafür, Großregionen zu schaffen, die selbst für die Friedenserhaltung sorgen sollten. Das zusammenwachsende Europa sei das Modell für eine solche Großregion.

Für „viele kleine Schritte zum Frieden“ plädierte der **Präsident der deutschen Sektion der katholischen Friedensbewegung Pax Christi**, der **Trierer Bischof Hermann Josef Spital**. Als Beispiele für konkrete Schritte nannte er gemeinsames Beten, Information und Aufklärung über die Lage in anderen Staaten und Aktionen für die Länder der sogenannten Dritten Welt. Als das „Ergebnis kleiner Schritte“ bezeichnete **Sumaya Farhat-Naser, eine Palästinenserin von der Westbank**, die Friedensar-

beit der israelisch-palästinensischen Friedeninitiative Neve Shalom. Die Gruppe sei aus der Erkenntnis entstanden, daß Schluß sein müsse mit den gegenseitigen Schuldzuweisungen. Der Friedensprozeß im Nahen Osten sei, so Frau Farhat Nasa, erst so spät in Gang gekommen, „weil wir zuwenig voneinander gewußt haben“. Der größte Feind des Friedens sei die Unwissenheit. Die Bewohnerin der Westbank bedauerte, daß das israelisch-palästinensische Friedensabkommen noch keine Verbesserungen für die Menschen in den besetzten Gebieten gebracht habe.

*O Herre Gott, nimm Du von
mir
alles, was mich wendet von
Dir.*

*O Herre Gott, willst geben mir,
was mich kehrt allzeit zu Dir.*

*O Herre Gott, nimm mich auch
mir,
und gib mich ganz zu eigen
Dir.*

Nikolaus von Flüe

... damit Menschheit überlebt – Plädoyer für Friedenskonferenz der Religionen

Ein Expertentalk auf dem Katholikentag in Dresden

Die deutschen Bischöfe sind in Dresden von Teilnehmern des Katholikentages mit Nachdruck aufgefordert worden, eine friedensstiftende Konferenz der Religionen in Bosnien möglichst mit dem Papst durchzusetzen. Unterstützt wurde die Forderung der Katholiken vom **früheren stellvertretenden Nato-Kommandeur Gerd Schmückle**. Angesichts der tiefen Religiosität aller drei am Krieg beteiligten Völker zeigte eine große religiöse Demonstration sicherlich Wirkung, erklärte der General. Von den USA als einziger verbliebener Großmacht und nach dem Versagen der UNO forderte Schmückle den Entwurf einer neuen Weltordnung sowie die Abschaffung der Atomwaffen. Das auf dem Weg zur Einheit befindliche Europa könnte ein weltweites Friedensmodell abgeben. Darüber hinaus wurden beim Katholikentag auf Umweltforen die Teilnehmer aufgefordert, mit eigenem Konsumverzicht das Überleben der Menschheit zu fördern.

Der Trierer Bischof und Präsident der katholischen Friedensbewegung Pax Christi, Hermann-

Josef Spital, forderte internationale Verfahrensordnungen für das Zusammenleben mit Minderheiten. Der **Klima- und Umweltexperte Reinhard Loske (Wuppertal)** verwies darauf, daß ein Chinese mit zwei Tonnen Kohlendioxyd, ein US-Amerikaner aber mit 20 Tonnen zur Umweltbelastung beitrage. Das zeige jeder mann, daß die Industrieländer über die Verhältnisse der Erde lebten. Der **Moraltheologe Philipp Schmitz SJ (Frankfurt)** betonte, das neue Umweltverhalten im Interesse des Überlebens der Erde müsse mit lauter kleinen persönlichen Beiträgen beginnen. **Prof. Wilhelm Ernst (Erfurt)** erinnerte daran, daß die Menschenrechte unteilbar sind, ob krank, geschädigt, ungeboren, ob Mann oder Frau.

Bischof Spital wies Kritik am Vatikan zurück, der deutliche Bedenken gegen das Dokument der bevorstehenden Kairoer Weltbevölkerungskonferenz geübt hatte. Auch die Kirche trete für Geburtenkontrolle ein. Aber der Papst sei aus guten Gründen dagegen, den Völkern der Dritten Welt einen neuen Kolonialismus aufzudrängen und ihnen vorschreiben zu

lassen, wieviele Kinder sie haben dürfen. Das beste Mittel gegen die Überbevölkerung der Erde sei Bildung und sozialer Fortschritt. Unterstützung fand der Bischof beim Umweltexperten Loske. Für das Verhindern einer Bevölkerungsexplosion gebe es kein Patentrezept, und schon gar nicht sei das Verteilen von Kondomen eine Lösung. Die Entwicklungsländer selber müßten ihren Beitrag leisten

und ungerechte innere Strukturen verändern. So dürfe nicht übersehen werden, daß es etwa in Indien eine bessergestellte Mittelschicht von etwa 300 Millionen Menschen gebe. Auch diese hätten eine Verantwortung für die Armen. Eindeutig sei jedoch, daß die Ressourcen der Erde für 14 Milliarden Menschen nicht ausreichen würden, so Loske. (ZdK)

Themenkreis

„... damit Glaube wächst“



Ansprache des Prager Erzbischofs Miroslav Vlk bei der Hauptveranstaltung am 2. Juli 1994

Liebe Freunde hier in Dresden!

Ich spreche zu Ihnen als Tscheche, als ein Bruder aus dem Nachbarland und als Bischof, der mit Ihnen Glauben und Einheit wagen möchte.

Schreckliche Zeiten liegen hinter uns. Der Terror der Nazis hat unser tschechisches Land überrollt und viele Unschuldige, zu Zehntausenden, darunter auch viele Juden, in den Tod gebracht. Wir Tschechen haben unsererseits viele unschuldige Deutsche nach dem Krieg aus ihrer angestammten Heimat bei uns vertrieben. Der Kommunismus zerstörte in unserem

Land in der Nachkriegszeit die tiefsten Werte der Bruderliebe und der Menschenwürde. Die Kirche wurde zum Schweigen gebracht. Viele Priester und Gläubige kamen ins Gefängnis. Und beim Prager Frühling 1968 mußten wir erleben, daß sowjetische Truppen zusammen mit Soldaten aus anderen kommunistischen Staaten, darunter auch aus der DDR, bei uns die gerade neu aufkeimende Freiheit zerstörten. Auch ich durfte damals nicht mehr öffentlich als Priester arbeiten und mußte mich als Fensterputzer auf den Straßen Prags durchschlagen.

Damals durfte ich eine Erfahrung machen, die ich Ihnen heute mitteilen möchte – eine Erfahrung, die so tiefgreifend ist, daß ich Ihnen wirklich als Bruder begegnen kann.

Im Untergrund machte ich mit meinen Freunden die Erfahrung, daß der Glaube wachsen kann. Es ist für mich noch heute beeindruckend, wie der Glaube an Jesus Christus uns von Angst und Engherzigkeit frei gemacht hat. Wir konnten eine Gemeinschaft bilden, wo einer den anderen unterstützte. Von außen besehen war dieses Leben sehr schwer. Von innen her betrachtet, war es echt und erfüllend, weil dieses Leben ganz am wesentlichen, ganz an Gott orientiert war. Wenn ich diese Erfahrung heute bei Ihnen charakterisieren soll, möchte ich sie – ein Wort des verstorbenen Bischofs Klaus Hemmerle aufgreifend – die Erfahrung von Weggemeinschaft nennen.

Es war eine Weggemeinschaft im Glauben. Wir konnten jeden Tag bemerken, daß es stimmte, was Jesus seinen Jüngern versprochen hatte: „Wo zwei oder drei in meinem Namen versammelt sind, da bin ich in ihrer Mitte.“ Er war bei uns in unserer Mitte. Wir hatten keine Angst, auch wenn wir unsere Position verloren oder ins Gefängnis kamen. Nach außen hin ohne Sicherheit, war dieser Christus für uns echte Sicherheit und Kraft. Wir entdeckten das, was wir aus der Bibel heraus schon wußten: Als das Boot mit den Jüngern im Sturm unter-

zugehen drohte, war Jesus bei ihnen und schenkte Sicherheit. Als die Jünger kein Brot hatten, sorgte Jesus für sie auf seine Weise. So entfaltete bei uns das Wort der Bibel eine besondere Dynamik.

Besonders wichtig war für uns Jesu Wort von der Feindesliebe, die sogar denen Gutes zu tun, die einen hassen. Wir erlebten ganz persönlich, wie das Evangelium uns vom Haß befreite. Das Evangelium brachte uns auf den Weg zum Bruder und zur Schwester. Es machte uns bereit, mit ihnen zu teilen. Das Evangelium öffnete uns für die Not und die Fragen auch vieler nichtglaubender Menschen.

Wir konnten uns mit vielen auf den Weg machen. Wir begannen mit denen, die guten Willens waren, zusammenzuarbeiten für die Freiheit, für die Solidarität, für die unverstellte Wahrheit.

Durch diesen Weg miteinander wurden viele auf Gott aufmerksam. Sie entdeckten, daß Gott auf der Seite des Menschen steht. Sie konnten anfangen, zu glauben und nach dem Evangelium zu leben. So machte ich die Erfahrung, daß der Glaube wächst, gerade bei Menschen, die noch nie etwas Gutes von Gott gehört hatten.

Wenn es wegen der dauernden Unterdrückung durch die damaligen politischen Kräfte nicht weiterging und wir am Ende waren, hat der Blick auf den Gekreuzigten uns aufgerich-

tet und uns durchhalten lassen. Unsere Weggemeinschaft konnte der unge-rechten Gewalt standhalten, weil wir durch die Gemeinschaft mit dem gekreuzigten Christus die Kraft fanden, lieber dem Tod ins Auge zu sehen als Unrecht zu tun.

Die Erfahrung der Weggemein-schaft ist für die Menschen unserer Zeit von entscheidender Bedeutung. Im Zeitalter der Kommunikation kann der suchende Mensch am besten Gott finden, wenn er im Alltag, an der Stelle, wo er lebt und arbeitet, Menschen begegnet, die aus dem Glauben leben und von ihm sprechen. Der suchende Mensch ist darauf angewiesen, daß er einen Weg gehen kann. Der suchende Mensch braucht dabei die Wegge-meinschaft von Christinnen und Christen in seiner Nähe! Darum möchte ich Sie bitten, wenn Sie das in Ihrem Herzen spüren: Machen Sie sich selber auf den Weg in Ihren Gemeinden und Verbänden und bilden Sie Weggemeinschaften, wo Sie miteinander überlegen, wie Sie das Evangelium heute leben können. Nur so kann der Glaube wachsen.

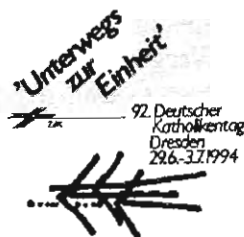
Der Weg ist das Modell für die Kirche. Sie ist ja das pilgernde Gottesvolk auf dem Weg der Menschheit. Vergessen wir nicht: Jesus Christus hat sich als erster auf den Weg gemacht. Er ist auf uns Menschen zugekommen, um mit uns eine solche Weggemeinschaft zu bilden. Er zeigt die Richtung an. Die Grafik auf der Bühne hinter mir deutet dies an. Wenn

wir uns dem gekreuzigten und auf-erstandenen Christus zuwenden, an ihn glauben, können wir inmitten von tausenderlei Zweifeln miteinander leben und jegliche Entfremdung überwinden. So können wir, wie dies die Pfeile im Kreuz anzeigen, in unserer Umgebung, in der Welt Zeugnis von Jesus Christus geben.

Darum möchte ich diesen Herrn jetzt im Gebet ansprechen. Ich tue es mit einem Gebet, das der verstorbene Bischof Hemmerle uns geschenkt hat:

*„Herr, schenke uns
Osteraugen,
die im Tod bis zum Leben,
in der Schuld bis
zur Vergebung,
in der Trennung bis
zur Einheit,
in den Wunden bis zur
Herrlichkeit,
im Menschen bis zu Gott,
in Gott bis zum Menschen,
im Ich bis zum Du
zu sehen vermögen.
Schenke uns dazu
deine österliche Kraft!“*

Treffpunkt „Konziliarer Prozeß“



Friedenssicherung nicht nur eine militärische Frage

„Keine Gewalt“ – oder: Ist die Institution des Krieges zu überwinden?

Kurzbericht

Auch in absehbarer Zukunft bleibt die moralische und politische Ächtung des Krieges nach Überzeugung von **Dr. Thomas Hoppe vom Institut für Theologie und Frieden in Barsbüttel** eine friedensethische Hauptaufgabe. Auf dem Katholikentag in Dresden sagte Hoppe, es gelte zusätzlich nach Wegen zu suchen, die den Rückgriff auf gewaltsame Mittel der Gegenwehr auch dort überflüssig machen, wo sich nationale Akteure nicht an das internationale Gewaltverbot gebunden fühlten. Er forderte eine „präventive Diplomatie“ und eine Gesamtkonzeption von Politik, die an einer Bekämpfung von Konfliktursachen orientiert sei und die den Vorrang vor Strategien der Schadensbekämpfung haben müsse. Gleichzeitig muß nach Ansicht Hoppes der politische und rechtliche Minderheitenschutz wesentlich verbessert werden. Außerdem müsse der

Protest gegen das, was menschliches Leben gefährde oder zerstöre, ergänzt werden durch die Ausarbeitung von Modellen konkreten solidarischen Handelns und ziviler Friedensdienste. Die „Institution des Krieges“ läßt sich nach Überzeugung des Wissenschaftlers nur dann überwinden, wenn „kleine Schritte zu mehr Friedensfähigkeit auf allen Ebenen als praktische Herausforderung“ begriffen wird. (vollständiger Text des Referats siehe Seite 88–99)

Die „Friedensarbeiterin“ **Christine Schweitzer** beklagte bei einer anschließenden Diskussion in der Herz-Jesu-Kirche, daß Politiker bei Fragen der Sicherheit immer noch in militärischen Dimensionen dächten. Sie sprach sich dafür aus, daß auch Regierungen verstärkt die Friedens- und Menschenrechtsgruppen in Konfliktländern unterstützen, um so gewaltsame Konflikte verhindern zu helfen. **Rudolf Albrecht, evangeli-**

scher Pfarrer aus Dresden, zeigte sich empört darüber, daß „die Kirche immer noch den moralischen Senf zur kriegesischen Wurst“ liefere. Dagegen fehle es an der Ermutigung der Kriegsdienstverweigerer durch die Kirchenleitungen. Nach Darstellung des **Generalsekretärs der deutschen Sektion der katholischen Friedensbewegung Pax Christi, Joachim Garstecki**, entstammt die vorrangige Option für Gewaltfreiheit der Einsicht der Christen in der DDR. Diese Option bleibe weiterhin eine wichtige Perspektive und gehöre nicht „auf den Müllhaufen der Geschichte“.

Garstecki bemerkte angesichts

der niedrigen Teilnehmerzahl bei dem Forum von rund 100 Zuhörern, die Frage der Friedensverantwortung in der Kirche dürfe nicht allein bei den katholischen Soldaten beheimatet sein. Bei dem von dem **katholischen Hochschullehrer Heinz-Günter Stobbe** moderierten Gespräch forderte schließlich der **Geschäftsführer der internationalen kirchlichen Friedensvereinigung „Church in peace“, Gordon Matthews**, eine klare Absage der Kirchen an „Geist und Logik des Krieges“ und den Aufbau von Institutionen des Friedens etwa zur Förderung des freiwilligen Friedensdienstes. (ZdK)



Der KAS-Stand im GKS-Zelt

Foto: Brockmeier

„Keine Gewalt“ – oder: Ist die Institution des Krieges zu überwinden?

Thomas Hoppe

I. Ausgangssituation

Mit dem weltgeschichtlichen Einschnitt des Jahres 1989 wurden in- wie außerhalb Europas hohe Erwartungen geweckt, was die zukünftigen Möglichkeiten für eine friedlichere Gestaltung der politischen Verhältnisse betraf. Die deutliche Verringerung der herkömmlichen Ost-West-Konfrontation hatte jedenfalls die große Mehrheit jener, die die politische Öffentlichkeit repräsentieren, zunächst eher unerwartet, wohl vielfach auch unvorbereitet getroffen. Erleichterung, neue Hoffnungen, ja auch Freude über das Ende mancher erzwungener Trennungen durch künstliche Grenzziehungen prägten die Stimmungslage und das Lebensgefühl der Menschen.

Doch hatte diese Epochenwende noch eine weitere, friedensethische Konnotation, zumal für die Kirchen. Schließlich lautete eine zentrale Forderung der Ökumenischen Versammlungen Ende der achtziger Jahre, es gelte die Institution des Krieges zu überwinden. Mit dieser Forderung war diejenige nach einer Überwindung der nuklearen Abschreckung eng verbunden. Denn die Risiken und Kosten dieser Weise der Kriegsverhütung erschienen zu hoch, um ethisch auf längere Zeit

INHALT

I. Ausgangssituation

1. Die wirtschaftlich-soziale Dimension
2. Die ökologische Dimension

II. Unzureichende Handlungsmöglichkeiten

- Minderheiten
- Embargo
- Nichteinmischungsgebot contra bewaffnete Intervention

III. Konsequenzen

1. Ächtung des Krieges, indem Rückgriff auf gewaltsame Mittel überflüssig gemacht wird
2. Politische Gesamtkonzeption und friedenspolitische Ziele müssen sich entsprechen
3. Vorrang von Prävention vor Schadensbegrenzung und Intervention
4. Friedenserziehung ist eine gesellschaftliche Querschnittsaufgabe

erträglich zu sein. Ja mehr noch: der Konziliare Prozeß lebte aus dem Bewußtsein, daß die Zeit dränge; daß jene „Atempause“ zu Ende zu gehen drohe, die ein prekärer Abschreckungsfrieden vierzig Jahre lang ge-

währt hatte. Schneller als erwartet schien nun ein gut Teil dieses friedensethischen Engagements belohnt worden zu sein.

In der Welt des Jahres 1994 finden sich jedoch gerade in friedenspolitischer Hinsicht viele der damaligen Hoffnungen und Visionen enttäuscht. Zwar ist vor allem die nukleare Bedrohung, die mit dem Ost-West-Antagonismus verbunden war, wenngleich nicht beseitigt, so doch gegenüber früheren Zeiten in ihrer politischen Bedeutung wesentlich reduziert. Aber gleichzeitig wurde Europa selbst Zeuge einer Entwicklung hin zu neuen gewalttätigen Auseinandersetzungen, zu regional begrenzten Bürgerkriegen und Kriegen. Sie lassen die These plausibel erscheinen, daß die Drohung mit dem nuklearen Megatod vorerst durch die Realität des gewöhnlichen Leidens und Sterbens in konventionellen Kriegen verdrängt worden ist. Der neuen friedenspolitischen „Grundphilosophie“, die in der „Charta von Paris“ von den Teilnehmerstaaten der KSZE Ende 1990 feierlich beschlossen worden war, sind die notwendigen Schritte zeitgerechter Umsetzung nicht gefolgt. Zwar ist anzuerkennen, daß erste Konsequenzen aus den Prinzipien der Charta durchaus gezogen wurden. Doch gleichwohl öffnet sich zunehmend die Schere zwischen der Effizienz politischer Regulationsmechanismen auf der einen Seite und dem Bedarf an Regelungs- und Bewältigungskompetenz für regionale

Krisen- und Konfliktsituationen auf der anderen.

Gleichzeitig mit diesen Entwicklungen werden wir immer mehr der Tatsache gewahr, daß der Begriff „Sicherheit“ heute ungleich breiter zu definieren ist, als es in der jüngsten Vergangenheit erforderlich schien. Die heuristisch nützliche Unterscheidung zwischen den Aufgaben der Friedenssicherung und der Friedensförderung läßt sich weniger denn je trennscharf ziehen. Versäumnisse auf dem Feld der Friedensförderung, der Kriegsursachenbekämpfung, haben unmittelbare Rückwirkungen auf die Chancen der Kriegsverhütung. Zwischen dem Erhalt des politischen Friedens, der Verwirklichung elementarer Forderungen internationaler wie nationaler Gerechtigkeit und der Bewahrung der Lebensgrundlagen für künftige Generationen bestehen vielfältige Bezüge und Querverbindungen. Auf diese Trias lassen sich auch die wichtigsten Einzeldimensionen des heutigen Friedensproblems beziehen:

1. Die wirtschaftlich-soziale Dimension

Sowohl in den Staaten Osteuropas wie in den Ländern der Zweidrittel-Welt vollzieht sich der Prozeß wirtschaftlicher wie sozialer Konsolidierung erheblich langsamer und ist von wesentlich mehr Schwierigkeiten begleitet, als es nach 1989 erwartet wurde. In beiderlei Hinsicht hatten

sich damals wichtige Rahmendaten verändert. Für die Lebensbedingungen der Menschen im Süden glaubte man Besserung erhoffen zu dürfen, seit diese aus der Rolle politischer oder militärischer Ersatzschauplätze für Ost-West-Auseinandersetzungen befreit waren, die in der Kernzone des Konflikts nicht ausgetragen werden konnten. In der Zwischenzeit wurde demgegenüber immer deutlicher sichtbar, daß wirtschaftliche und soziale Entwicklung von komplexeren Hemmnissen bedroht sind als lediglich der Projektion von politischen Auseinandersetzungen aus anderen Teilen der Welt. Konflikte um regionale Vorherrschaft, aber auch Stammesrivalitäten um die Teilhabe an der politischen Macht innerhalb eines nationalstaatlichen Territoriums spielen eine eigenständige, folgenreiche Rolle bei der Verzögerung, ja manchmal Verhinderung von Entwicklung. Die jüngsten Ereignisse in Ruanda stehen beispielhaft für solche Zusammenhänge, in denen durch den Griff zur Gewalt allzu häufig jeder zwischenzeitlich erreichte Fortschritt in kürzester Frist wieder zunichte gemacht wird. Gewaltsam ausgetragene Konflikte lösen zudem regelmäßig große Flüchtlingsströme aus, die gerade in den oftmals selbst verarmten Nachbarstaaten, die die Erstaufnahmeländer solcher Migrationsbewegungen sind, zu einer weiteren Verschärfung der sozialen Not beitragen.

In Osteuropa hängen die Aus-

sichten wirtschaftlicher und sozialer Konsolidierung vor allem davon ab, ob und wie die Aufgaben der innenpolitischen Stabilisierung, besonders der Entwicklung rechtsstaatlicher und demokratischer Regierungsformen, bewältigt werden. Das Wiedererstarken politischer Bewegungen, die explizit oder implizit die Grundphilosophie des demokratischen Systems zurückweisen, muß somit aus sozial- wie aus friedenspolitischer Perspektive gleichermaßen besorgt machen. Es wirft nicht zuletzt die Frage auf, ob die politisch und wirtschaftlich starken weltpolitischen Akteure alles ihnen Mögliche getan haben und tun, um die mancherorts bedrohten reformwilligen Kräfte zu stützen. Für eine europäische Friedensordnung wäre es kontraproduktiv, die innenpolitische Resonanz solcher Parteien und Gruppierungen zu fördern, deren politische Programmatik eher vom Gedanken der Abgrenzung gegenüber einer integrierten europäischen Ordnung geprägt ist. Zwar darf keinem Staat das prinzipielle Recht auf politische Selbstbestimmung bestritten oder beschnitten werden. Doch um so mehr ist auf die Folgen hinzuweisen, die eine kurz-sichtige politische Strategie nationaler oder gar nationalistischer Identitätsbestimmung nach sich ziehen könnte.

Westeuropa sieht seine eigene wirtschafts- und sozialpolitische Entwicklung primär durch die Auswirkun-

gen der Migrationsströme bedroht, die weltweit zu beobachten und in ihrer Größenordnung tatsächlich ohne historisches Beispiel sind. In der Problematik einer sozial gerechten Einwanderungs- und Asylpolitik liegt eine der größten zukünftigen Herausforderungen für jede europapolitische Gesamtkonzeption. Dabei entstehen die entscheidenden Triebkräfte und Katalysatoren jener Bevölkerungsbewegungen gerade daraus, daß diejenigen Errungenschaften, auf die die hochentwickelten Länder Europas zu Recht stolz sind, weltweit größtenteils noch der Realisierung harren: eine insgesamt verlässliche politische Grundstruktur der Gewaltenteilung und -kontrolle, der grundrechtlichen Begrenzung exekutiver Machtausübung, der Monopolisierung von Gewaltanwendung beim Staat, eines funktionierenden Systems sozialstaatlicher Absicherungen. Wo all dies fehlt, droht nicht nur ständig ein Rückfall in gewaltförmige politische Auseinandersetzungen, es ist letzten Endes die staatliche Grundfunktion einer Sicherung elementarer Überlebensbedingungen selbst gefährdet. Eine Politik, der es darum geht, Fluchtursachen konsequent zu bekämpfen, bedarf darum eines komplexen Ansatzes auf mehreren Ebenen; vor allem muß ihr daran liegen, daß sie kohärent durchgeführt wird und der Gefahr gegensteuert, daß sinnvolle Maßnahmen auf einem Sektor durch parallele Aktivitäten auf anderen wieder unterlaufen werden.

2. Die ökologische Dimension

Immer mehr erweist sich, auch unter einer friedensethischen Perspektive, die Entwicklung durchhaltbarer, umweltverträglicher Formen des Wirtschaftens als zentrale Herausforderung an die Gestaltungs- und Steuerungsfähigkeit internationaler Politik. Eine Rückschau auf das in der Zeit seit dem „Erdgipfel“ in Rio 1992 auf diesem Feld Geleistete bzw. Versäumte wird die Besorgnis, daß das Notwendige zu spät oder gar nicht begonnen werden könnte, nur vertiefen können. Dabei wissen wir mittlerweile durchaus, in wie starkem Maße ökologische Belastungen, ja Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen, gerade in den Ländern außerhalb der wirtschaftlich prosperierenden Zonen des Globus oftmals direkte Konsequenzen bitterer Armut und Not sind. Vor allem aber muß besorgt machen, daß Konzepte, die dieser Not abhelfen könnten, kaum erkennbar sind. Sicher müßte ein Entwicklungsmodell, das etwa den Lebensstil der Mehrheit der Menschen in den entwickelten Ländern Europas im Weltmaßstab generalisieren wollte, die ökologischen Belastungsgrenzen der Erde bei weitem überschreiten. Aber wie weit ist die umgekehrte Konsequenz daß es mehr darauf ankäme, wirtschaftliches Wachstum in den entwickelten Ländern unter das Primat einer Selbstbegrenzung im Interesse eines global verstandenen sozialen Wohls zu stellen – politikfähig

in unserem eigenen Land? Und wo finden sich die Träger desjenigen sozialen Ethos, ohne welches eine solche Korrektur von Interessenwahrnehmungen und Bewußtseinslagen kaum vorstellbar erscheint?

3. Das Fehlen verlässlicher Strukturen kooperativer und kollektiver Sicherheit

Verschärft wird die friedenspolitische Brisanz der genannten Problemkomplexe vor allem dadurch, daß weltweit wie regional die bestehenden sicherheitspolitischen Arrangements unzureichend erscheinen. Im europäischen Raum bleiben die Mechanismen und Kompetenzen der KSZE noch deutlich hinter dem zurück, was von der Zielperspektive eines Systems kollektiver Sicherheit her zu fordern wäre. Dies gilt insbesondere für die begrenzte Reichweite der Prozeduren nichtmilitärischer Konfliktbearbeitung und friedlicher Streitbeilegung. Darüber hinaus stehen der KSZE nur schwache Machtressourcen zur Verfügung – trotz ihres Bedeutungsanspruchs als regionale Abmachung gemäß Art. 52 der UN-Charta. Gerade für den sicherheitspolitischen Bereich gilt, daß die Rolle der KSZE entscheidend durch die politischen Optionen der in ihr zusammentreffenden Nationalstaaten bestimmt und von hier her begrenzt wird. Die Asymmetrien regionaler wie globaler Machtverteilung bilden sich entsprechend in der Weise der Beschlußfassung in den ein-

schlägigen Gremien ab. Ob friedenspolitische Konsense im KSZE-Rahmen praktisch durchgesetzt werden können, hängt infolgedessen wesentlich davon ab, wie weit sich einzelne Akteure in ihrem jeweiligen Einflußbereich an diese Übereinkünfte gebunden fühlen.

Auch auf globaler Ebene ist die eigenständige Rolle und Bedeutung internationaler Organisationen nach wie vor zu schwach ausgeprägt; sie sind aus eigener Kraft weitgehend außerstande, in den brisanten Konfliktzonen der „neuen Weltunordnung“ wirksam in friedenserhaltender Absicht tätig zu werden. In der heutigen Verfassung der UN selbst erscheint überdies das Problem globalpolitischer Machtasymmetrien gewissermaßen festgeschrieben. Dies gilt für die Zuordnung der Kompetenzen von Sicherheitsrat und Generalversammlung, vor allem aber für die unterschiedliche Stellung der ständigen und nichtständigen Mitglieder des Sicherheitsrates selbst. Aufgrund ihres Vetorechts verfügen die ständigen Ratsmitglieder im Prinzip über die Möglichkeit, jeden gegen ihre Interessen gerichteten Beschluß dieses Gremiums zu blockieren. Der Idee kollektiver Sicherheit kann aus dieser Konstruktion erheblicher Schaden entstehen, weil das Prinzip der Gleichbehandlung vergleichbarer Konfliktsituationen dadurch in Frage gestellt ist. Diese Problematik wird noch verschärft, wenn sich im konkreten Vollzug einer UN-

Mission der Eindruck verfestigt, daß die getroffenen Maßnahmen nur einer unzureichenden politischen Kontrolle durch die zuständigen UN-Institutionen unterliegen.

II. Unzureichende Handlungsmöglichkeiten

Der Schwäche internationaler Institutionen zur Friedensbewahrung steht heute ein Konfliktpotential gegenüber, das neben dem herkömmlichen Muster zwischenstaatlicher Auseinandersetzungen vor allem von Herausforderungen durch innerstaatliche Destabilisierungen gekennzeichnet ist. Solche Instabilität ergibt sich hauptsächlich aus zwei Ursachen: zum einen kann sie durch den zerbrechenden Konsens der ethnischen oder religiösen Gruppierungen hervorgerufen werden, die den bisherigen Staat getragen haben. Im äußersten Fall, besonders bei Formen gewaltsamer Eskalation, kann auf diese Weise das Fortbestehen bisheriger staatlicher Einheiten selbst in Frage gestellt werden. Zum anderen begegnen massive Menschenrechtsverletzungen und brutale Repression innerhalb diktatorisch regierter Staaten zunehmend in einem Ausmaß, das es wenigstens unter ethischer Rücksicht angeraten oder sogar geboten erscheinen läßt, nach Möglichkeiten des Einschreitens hiergegen zu suchen.

Politische Debatten um bewaff-

nete Interventionen dürfen jedoch nicht davon ablenken, daß es zunächst der friedensethisch primären Pflicht zu politischer Krisenprävention und nichtmilitärischer Konfliktbearbeitung zu entsprechen gilt. An der **vorrangigen Option für gewaltfreie Konfliktlösungen** gilt es festzuhalten, auch und gerade angesichts der gegenwärtigen Herausforderungen. Zwar machen die Befürworter von bewaffneten Interventionen regelmäßig geltend, daß politischer und ökonomischer Druck dort an deutlich erkennbare Grenzen stoßen, wo kriegsartige Auseinandersetzungen bereits begonnen haben. Dies ist ein starkes Argument, denn es weist zu Recht darauf hin, daß gewaltfreie oder -arme Reaktionen auf vorgängige Gewalt ihr Ziel: die Eindämmung oder Beendigung dieser Gewaltanwendung, verfehlen können. Aber gerade deswegen ist zurückzufragen, wie weit politische Versäumnisse in der Vergangenheit für die schwache Rolle solcher gewaltminimierender Strategien direkt verantwortlich sind; sei es dadurch, daß sie Rechtsübergriffe und Gewaltpolitik ermutigt oder überhaupt erst möglich gemacht haben – sei es dadurch, daß Politik entscheidende Chancen ungenutzt ließ, die Instrumente und Institutionen verregelter Konfliktaustragung aufzuwerten. Gewiß mag in der konkreten Entscheidungssituation diese Überlegung anachronistisch anmuten; wie immer die

Vergangenheit politisch und ethisch einzuschätzen sein mag, gehandelt werden muß hier und jetzt. Aber gerade für eine mittel- und längerfristig orientierte Politik muß gelten, daß eine ihrer wichtigsten Aufgaben darin besteht, Situationen gar nicht erst entstehen zu lassen, in denen jede mögliche Handlungsoption tief problematisch wird.

Insbesondere unter der Rücksicht, gewaltorientiertes politisches Handeln jedenfalls nicht zu fördern, erweist sich die Praxis fortgesetzter weltweiter Verbreitung moderner Rüstungsgüter als kritikwürdig. Die Vorgeschichte des zweiten Golfkriegs ist neben anderem auch ein Lehrstück darüber, wie der kriegsrische Austrag politischer Konflikte durch die leichte Verfügbarkeit fast jeder Art von Bewaffnung entscheidend begünstigt werden kann. Auch jene Formen innenpolitischer Repression, die eine unter Menschenrechtsgesichtspunkten unerträgliche Lage heraufbeschwören können, werden dadurch erleichtert, daß sich derartige Güter problemlos beschaffen lassen. Diejenigen politischen Kräfte, die für solche Unterdrückungsmaßnahmen verantwortlich sind, werden auf diese Weise zusätzlich stabilisiert. Friedenspolitisch notwendig erscheint es daher, die Proliferation von Rüstungsgütern nicht noch zu erleichtern. Vielmehr ist auch weiterhin zielstrebig zu versuchen, politische und wirtschaftliche Kooperationspartner auf diesem Gebiet von der Bedeutung

restriktiver Standards für die Kontrolle solcher Lieferungen zu überzeugen.

Neben dem Imperativ, völkerrechtswidrige Gewaltpolitik nicht durch eigenes Zutun zu erleichtern, steht das ethische Gebot, sie nach Kräften zu behindern und ihr entgegenzuwirken. Es kann keine Rede davon sein, daß das auf diesem Feld Mögliche bereits getan werde und die vorhandenen Spielräume ausgeschöpft seien. Dies ist noch am wenigsten auf Defizite der in diesem Kontext notwendigen Theoriearbeit zurückzuführen. Die Auswertung bisheriger Erfahrungen mit den verschiedenen Formen konfliktpräventiver bzw. -mindernder Vermittlungs- und Schlichtungsbemühungen hat bereits ein differenziertes Instrumentarium an politischen Strategien hervorgebracht, die sich im Prinzip vor und während solcher Auseinandersetzungen nutzen ließen. Zwar stellen die neuen Konflikttypen, mit denen wir heute konfrontiert sind, uns zum Teil vor veränderte Forschungsfragen. Aber entscheidender dürfte sein, daß dem theoretischen Wissen um Handlungsmöglichkeiten noch keine völkerrechtliche Verpflichtung entspricht, sie im Ernstfall tatsächlich ins Spiel zu bringen. Weder verfügen wir über eine obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit noch über Streitbeilegungsmechanismen, die auch in den Kernfragen der territorialen Integrität und nationalen Sicherheit verbindlich zuständig wären. Ebenso wenig ist damit zu rechnen, daß es bald

zur Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs für Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit, d.h. zur Aburteilung massiver Menschenrechtsverletzungen kommen wird. Auch fehlt es vielfach an der Bereitschaft, die vorhandenen Institutionen und Mechanismen innerhalb des Instrumentariums moderner Außenpolitik konsequent zu nutzen. Hinzu kommt deren mangelnde Ausstattung; so wird beklagt, daß die Zahl der professionell am Krisenmanagement der UN beteiligten Fachleute zu gering und ihre technisch-instrumentelle Ausrüstung mangelhaft seien, gerade im Vergleich zu den Kapazitäten der NATO oder der USA.

• Minderheiten

Rechtlich wie politisch werden ferner die legitimen Anliegen von Minderheiten, besonders dasjenige der Wahrung ihrer kulturellen Identität, derzeit nur unbefriedigend berücksichtigt. Daß hier Reformbedarf besteht, scheint allgemeiner Konsens, unabhängig von der kontroversen Folgefrage, welche rechtstechnischen Instrumente am ehesten Abhilfe schaffen könnten. Unzureichender Minderheitenschutz ist ein wesentlicher Grund für die Eskalation politischer Konflikte in gewaltförmigen Austrag. Gerade Bestrebungen, die auf Sezession aus bestehenden staatlichen Einheiten und auf Grenzrevisionen mit aller ihnen innewohnenden friedenspolitischen Problematik abzielen, werden dadurch

erst ermutigt. Zu prüfen ist, wie weit ethnische Konflikte durch die Förderung regionaler wirtschaftlicher Entwicklung, durch großzügige Autonomieregelungen, föderale Strukturen und die Herstellung von „Körben“ gemeinsamer Interessen der rivalisierenden Gruppen abgemildert werden können; sie könnten Chancen für allseits tragbare Kompromisse unter dem Vorzeichen eines gerechten Interessenausgleichs eröffnen.

• Embargo

In fortgeschrittenen Stadien eines Konflikts, besonders dann, wenn die Schwelle zur Gewaltanwendung bereits überschritten wurde, werden seitens der Vereinten Nationen häufig Embargomaßnahmen als Alternative zur Formen militärischer Einwirkung beschlossen. Erfahrungen mit diesem Instrument sprechen allerdings dafür, daß es durchaus ambivalente Wirkungen haben und nur unter bestimmten Bedingungen seinen intendierten Zweck erreichen kann. Zum einen braucht ein Embargo Zeit, bevor es sich auswirken kann; solche Maßnahmen wirken kaum kurzfristig und möglicherweise auch bei längerer Dauer nur unzureichend gegen Despoten, denen das Schicksal und die Lebensbedingungen des Volkes nicht viel bedeuten. Ein umfassendes Embargo, das zu seiner Wirksamkeit eines möglichst allseitigen, dauerhaften Konsenses über die Einhaltung der beschlossenen Maßnahmen bedarf,

läßt sich eben deswegen leicht unterlaufen. Dies gilt besonders dann, wenn die wirtschaftlichen und finanziellen Verluste, die sich für Nachbarstaaten aus den Handelsbeschränkungen ergeben, seitens der internationalen Gemeinschaft nicht ausgeglichen werden. Und schließlich trifft ein Embargo, jedenfalls wenn es über eine reine Unterbindung von Waffenlieferungen hinausgeht, weniger die Regierenden oder Kombattanten als die Zivilbevölkerung. Dies wurde bereits deutlich anlässlich des Embargos gegen den Irak, und es läßt sich ebenso an den Folgen des Embargos gegen Restjugoslawien aufzeigen. Zivilisten aber sollten, so einer der wichtigsten kriegsethischen Grundsätze, vor den Folgen eines nicht vermeidbaren bewaffneten Konflikts so weit wie möglich verschont werden. Insofern wird man feststellen müssen, daß auch und gerade im konsequenten Vollzug eines umfassenden Embargos ein Gewaltpotential ins Spiel gebracht wird, das schwerwiegende Übel für Unbeteiligte mit sich bringt. Sich zugunsten einer solchen Maßnahme anstatt für eine militärische Option zu entscheiden, ist also nicht gleichbedeutend mit einer Wahl zwischen gewaltfreien und gewaltförmigen Strategien. Es läuft vielmehr auf eine Abwägung hinaus, mit welcher der beiden Optionen voraussichtlich das größere Gewaltpotential verbunden wäre.

Die aktuelle Debatte um bewaffnete Interventionen der internationa-

len Staatengemeinschaft darf sich jedoch nicht nur an der Frage orientieren, ob ein solches Eingreifen als **letzte Option zum Schutz grundlegender Menschenrechte** gerechtfertigt sein kann. Dies wäre allenfalls dann zu erwägen, wenn die konsequente Nutzung des Instrumentariums nicht-militärischer Einwirkungsmöglichkeiten sich als unwirksam erwiesen hat oder nur so langfristig zum Erfolg führen würde, daß bis dahin zu viele Opfer zu beklagen wären. Gerade um einem politischen Mißbrauch jedes Interventionsrechts zur Verfolgung rein nationalstaatlicher Interessen vorzubeugen, wäre es aber erforderlich, potentielle Rechtfertigungsgründe und Anlässe für solches Eingreifen so präzise wie möglich zu definieren. Das Nichteinmischungsgebot der UN-Charta erwuchs ja seinerseits nicht zuletzt aus negativen Erfahrungen, die in der Vergangenheit mit der Praxis sogenannter humanitärer Interventionen gemacht wurden. Die UN-Völkerrechtskommission hat in diesem Sinn unlängst einen Entwurf zu Grundsätzen der Staatenverantwortlichkeit vorgelegt. Neben dem Verbot von Angriffshandlungen stehen hier schwere Menschenrechtsverletzungen bis hin zum Genozid im Zentrum der Überlegungen – und zwar ohne eine unmittelbare Bindung dieser Verbrechen gegen die Menschlichkeit an zusätzliche regionale Friedensbedrohungen, die nicht immer mit ihnen einhergehen müssen.

Vorgeschlagen wird auch, zur völkerrechtlichen Kontrolle von Entscheidungen der Vereinten Nationen die Kompetenzen des Internationalen Gerichtshofs auszuweiten.

Schließlich sollten globale wie regionale Friedensordnungen grundsätzlich mehr vom Konsens der ihnen unterliegenden Völker und Staaten getragen sein als auf erzwungenen Strukturen beruhen. Besonders ein Einsatz von Gewalt, der sich ausschließlich oder hauptsächlich gegen eine Seite richtet, kann die Akzeptanz einer zukünftigen Friedensregelung erschweren. In diesem Fall würde eine Intervention zwar die Lage in einem Konfliktgebiet möglicherweise kurzfristig stabilisieren können, aber die Chancen für eine längerfristige Friedensstrategie untergraben. Weil gerade bewaffnete Interventionen in der Gefahr stehen, politisch und auch unter humanitärem Gesichtspunkt kontraproduktive Ergebnisse zu zeitigen, bedarf es nicht nur eines ausgearbeiteten politischen Konzepts mit dem Ziel einer Hilfe zur Selbsthilfe für die Betroffenen. Darüber hinaus kommt es entscheidend auf eine nüchterne Kalkulation der Erfolgsaussichten gewaltmindernden Einwirkens sowie der Möglichkeiten für die Beendigung einer Intervention zu akzeptablen Bedingungen an. Sie sollte nur erwogen werden, wenn sich realistischerweise davon ausgehen läßt, daß eine dauerhafte Befriedung der Konfliktregion im Rahmen einer allseits zustimmungsfähigen neuen po-

litischen Ordnung mit einem bewaffneten Eingreifen von außen gefördert würde.

III. Konsequenzen

Die bisherigen Überlegungen führen zu einigen Konsequenzen, die abschließend zusammengefaßt seien:

- (1) Die Entwicklung seit 1989 zeigt, daß auch in absehbarer Zukunft die **moralische und politische Ächtung des Kriegs** eine friedensethische Hauptaufgabe bleiben wird. Es gilt nicht nur dem Krieg als einem Mittel der Politik die Legitimation zu entziehen, sondern auch nach Wegen zu suchen, die den **Rückgriff auf gewaltsame Mittel der Gegenwehr** dort **überflüssig machen** können, wo sich nationale Akteure an das internationale Gewaltverbot nicht gebunden fühlen.
- (2) Als negativer Imperativ ergibt sich daraus: **die eigene politische Gesamtkonzeption darf friedenspolitische Ziele nicht konterkarieren**; ihnen kommt gerade im Fall von Konkurrenzen mit anderen partikularen oder sektoralen Interessen eine übergeordnete Bedeutung zu. Vor allem müssen Diskussionen über die Lieferbedingungen von Kriegswaffen und anderen rüstungsrelevanten Gütern in dieser Per-

spektive geführt werden. Es kann nicht als ethisch belanglos angesehen werden, ob eine im Prinzip vermeidbare Situation, in der dann Gegengewalt als letztes Mittel erscheinen mag, durch kurz-sichtige politische Entscheidungen erst herbeigeführt wurde.

- (3) Positiv gewendet, bedeutet dies: **Präventive Diplomatie und eine Gesamtkonzeption von Politik, die an einer Bekämpfung von Konfliktursachen orientiert ist, müssen den Vorrang vor Strategien der Schadensbegrenzung und humanitären Intervention haben.** Nur stichwörtartig sei das hier zu bearbeitende Aufgabenfeld erinnert: verlässliche Strukturen kooperativer und kollektiver Sicherheit sind auf- und auszubauen, insbesondere effiziente politische Frühwarnsysteme; ferner bedarf es einer Verbesserung des Krisenmanagements, verstärkter internationaler Gesetzgebung und einer Sanktionsfähigkeit von krassen Verstößen gegen menschenrechtliche Grundnormen. Darüber hinaus gilt es dringend eine menschenrechtsgemäße, sozial gerechte und ökologisch verträgliche Entwicklungsstrategie auszuarbeiten und politisch umzusetzen innerhalb wie außerhalb Europas. Der politische und rechtliche Minderheitenschutz ist

wesentlich zu verbessern. Neu entstehende staatliche Einheiten sollten nur unter strengen Bedingungen hinsichtlich der Garantie von Menschen- und Minderheitenrechten internationale Anerkennung finden. Ohne wirksamen Einsatz für das Recht und den Schutz der anderen Menschen entbehrt die Suche nach einem **gerechten Frieden** ihrer Glaubwürdigkeit.

Für den innenpolitischen Umgang mit den ungelösten Problemen der Migration und der häufig auf Migranten bezogenen Gewalttätigkeit heißt dies zumindest: **Es gilt, jene Allianzen der Solidarität** stark zu machen, die sich gegen den unterschwellig bereits erschreckend oft propagierten Trend zu rassistischen und nationalistischen Politikvorstellungen zur Wehr setzen.

- (4) Dem Bemühen um friedliche Konfliktbearbeitung und Streitbeilegung im politischen Raum müssen Strategien gewaltfreier Konfliktaustragung im gesellschaftlichen und individuellen Bereich entsprechen. **Friedenserziehung, die auf eine Kultur der Gewaltlosigkeit** gerichtet ist, wird dabei um die Frage nach einer notwendigen Änderung vorherrschender Lebenshaltungen nicht herumkommen. Friedensförderung bleibt eine **gesell-**

schaftliche Querschnittsaufgabe. Ihre Konzepte und Strategien greifen nicht allein, ja vielleicht nicht einmal primär auf der Ebene der politischen Führungseliten. Sie lebt davon, gesellschaftliche Räume zu schaffen, in denen sozial gerechte, gewaltfreie Strukturen des Zusammenlebens, Vertrauen in Friedfertigkeit und die Antizipation, wenn nicht das Ereignis von Versöhnung unter Gegnern erfahrbar werden. Verantwortung im Bezugssystem „Gerechtigkeit – Frieden – Bewahrung der Lebensgrundlagen“ sollte deswegen nicht so übernommen werden, daß sie sich auf Symbolhandlungen, auf symbolische Politik beschränkt. Der Protest gegen das, was menschliches Leben gefährdet oder zerstört, muß ergänzt werden durch die **Ausarbeitung von Modellen konkreten solidarischen Handelns und ziviler Friedensdienste.**

Meine Antwort auf die eingangs gestellte Frage – „Läßt sich die Institution des Krieges überwinden?“ lautet also: Sie ließe sich dann, aber auch nur dann überwinden, wenn die Notwendigkeit mühsamer täglicher Anstrengung um kleine Schritte zu mehr Friedensfähigkeit auf allen genannten Ebenen nicht nur deklaratorisch festgehalten, sondern als praktische Herausforderung begriffen würde. Sol-

ches Engagement für eine friedlichere Welt braucht nicht davor zurückzuscheuen, auch den Zielkonflikten, Dilemmata und Aporien so vieler Handlungsoptionen ins Auge zu sehen. Sehr genau beschreibt der israelische Schriftsteller Amoz Oz diesen Zusammenhang:

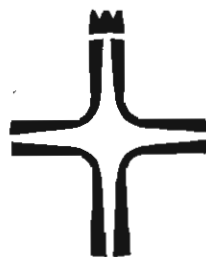
„Als Erzähler und politisch aktiver Mensch muß ich mir unablässig in Erinnerung rufen, daß es vergleichsweise einfach ist, Gut und Böse voneinander zu unterscheiden. Die eigentliche moralische Aufgabe aber besteht darin, zwischen verschiedenen Grautönen zu unterscheiden; das Böse in seinen Abstufungen wahrzunehmen; zwischen dem Bösen, dem noch Böseren und dem Allerbösesten zu differenzieren.“^{*)}

In dieser Grundhaltung wird es vielleicht möglich, der Versuchung zur Resignation zu widerstehen und Wege zu finden, die – als „Hoffnung wider alle Hoffnung“ – immer wieder mit dem Mut zum Weitergehen beschritten werden können. Denn vor der ethischen Entscheidung, diese Welt menschlicher zu machen oder aber sie mit dem Rücken zu den in und an ihr Leidenden zu akzeptieren, stehen wir jeden Tag neu.

^{*)} Amoz Oz, Friede und Liebe und Kompromiß. Rede aus Anlaß der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels im Jahre 1992, abgedruckt in: Frankfurter Rundschau 05.10.92, 10.



GKS und Militärseelsor- ge auf dem Katholikentag



Klaus Brandt

Nicht die Selbstdarstellung war Ziel auf diesem Katholikentag, sondern die Gestaltung der Einheit im militärischen Bereich – sowohl bei dem Aufeinanderzugehen und gegenseitigen Annehmen von alten Bundeswehr- und übernommenen ehemaligen NVA-Soldaten als auch von NATO- und früheren Warschauer-Pakt-Angehörigen.

Die beiden in der „Kirchenmeile“ zentral gelegenen Zelte der GKS und der Militärseelsorge waren hierfür ein geeigneter Platz. In einem dreitägigen Simulationsspiel „Politik und internationale Sicherheit (POL&IS)“ der GKS wurde eine Gruppe von ca. 30 Mitspielern drei Tage lang mit Fragen internationaler Beziehungen in Politik, Wirtschaft und Sicherheit konfrontiert. Bw-Soldaten, Zivildienstleistende, ein ungarischer Soldat und Militärpfarrer konnten unter der engagierten Anleitung von Major Schmidt, Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation in Strausberg, sowie dem Jugendoffizier Hauptmann Schneider lernen, wie christliche und ethische Forde-

rungen in politisches Handeln umgesetzt werden können. Das Spiel fand bei den Teilnehmern und den vielen Besuchern Anklang und reges Interesse. Es machte auch manchen nachdenklich darüber, wie schwierig es in der Politik ist, Forderungen und mannigfaltige Interessen unter einen Hut zu bringen.

In der anderen Hälfte des Zeltes informierten Schautafeln über die Aktivitäten und Ziele der GKS, aber auch Informationsmaterial einschließlich AUFTRAG und GKS-aktuell. Die als Standdienst eingesetzten Soldaten waren vielfältigen Fragen ausgesetzt, die das Interesse der Besucher bewiesen, wenn auch einzelnen die Bundeswehruniformen noch nicht bekannt waren und sie deswegen die Soldaten beispielsweise für Polizisten hielten.

Eine Ecke des Zeltes war für die katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung e.V. (KAS) reserviert, wo diese erfolgreich ihr Wirken darstellen konnte, wie der Besucherandrang zeigte.

In dem gegenüberliegenden Zelt der Militärseelsorge wurden gut besuchte Meditationen, Gebete von Christen mit Atheisten und Konfessionslosen, ein Podiumsgespräch zur internationalen Werkwoche von Soldaten mit Vertretern aus Frankreich, Österreich, Italien, Großbritannien, Luxemburg der Schweiz, Tschechien und Litauen sowie ein Werkstattgespräch mit Soldaten aus Deutsch-

land – Christen, Konfessionslose und Atheisten – über ihr gemeinsames Erleben in der Kaserne veranstaltet.

Den Höhepunkt bildete die Eucharistiefeier für alle Soldaten mit dem Militärbischof, Erzbischof DDr. Johannes Dyba, in Konzelebration mit seinen internationalen Mitbrüdern und die sich anschließende Stunde der Begegnung in St. Peter im Stadtteil Strehlen.



**Besuch des Militärbischofs bei POL&IS
im GKS-Zelt**

Foto: Brockmeier

Treffpunkt „Konziliarer Prozeß“

Militärseelsorge: Nicht ob, aber wie

Mehr Nachfrage nach Militärseelsorge in den neuen Bundesländern

Kurzbericht

Die unterschiedlichen Zugänge zum Diskussionsgegenstand „Militärseelsorge“ spiegelten auch die konträre Haltung der Podiumsteilnehmer über eine Struktur der Militärseelsorge. **Gottfried Forck, evangelischer Altbischof von Berlin**, kann sich als Aufgabe des Militärpfarrer nur den Aufruf zur Verweigerung im Fall eines Einsatzes vorstellen. Auch **Joaachim Garstecki, Pax Christi**, fordert aus friedensethischen Überlegungen die Rahmenbedingungen der Militärseelsorge auch in der katholischen Kirche zu diskutieren. Als einziger Befürworter der derzeitigen Regelung der Militärseelsorge hatte der für die neuen Bundesländer zuständige **Militärdekan Heinrich Hecker** Mühe deutlich zu machen, daß die rechtliche Regelung Seelsorge ermöglichen soll. „Uns schien es wichtig, daß die Kirche aus dem Pfarrhaus dorthin geht, wo Menschen arbeiten, besonders wenn sie vor schwerwie-

genden ethischen Fragen stehen“, betonte Hecker. Damit ein Seelsorger in der Kaserne nicht auf das Wohlwollen eines Kommandeurs angewiesen sei, brauche es die rechtliche Regelung, die die Unabhängigkeit des Seelsorgers in der Kaserne garantiere.

Die Diskussion, an der nun auch die Zuhörer beteiligt waren, wurde teilweise heftig entlang der Frage geführt, ob ein staatlich bezahlter Militärpfarrer, der zugleich Bundesbeamter auf Zeit ist, noch innerlich unabhängig im Auftrag der Kirche verkündigen könne. Am schärfsten formulierte Bischof Forck in seinem Vorwurf: Der Staat wolle, daß Pfarrer den Wehrwillen der Soldaten stärken. Ein Teilnehmer vertrat die Position, daß Militärpfarrer aufgrund ihres Status nichts gegen Bundeswehrein-sätze sagen dürften, die die Regierung beschließt. Daher sei eine freie Verkündigung unmöglich.

„In den vier Jahren als Militärpfarrer habe ich es noch nicht einmal



erlebt, daß ein Kommandeur der Bundeswehr mir auch nur Vorschriften zu machen versuchte“, rückte **Militärpfarrer Georg Klar aus Berlin** zu recht. Vielmehr habe er festgestellt, daß die Wehrpflichtigen aus den neuen Bundesländern häufiger mit dem Seelsorger Kontakt aufnehmen als er dies in den alten Bundesländern erlebt habe. Auch **Militärpfarrer Hartmut Gremler** hatte den Eindruck, auf dem Podium werde sehr theoretisch diskutiert und äußerte sein Unbehagen. Er sei in Thüringen immer noch ohne evangelischen Mitbruder. Jetzt, beim

Aufbau der Bundeswehr müsse die Kirche vor Ort sein, sonst sei die Chance vertan. Mit eindringlichen Worten forderte er die Teilnehmer des Podiums auf, sich vor Ort ein Bild von der Militärseelsorge zu machen. Auch Heinrich Hecker zeigte sich verwundert, daß er und seine Pfarrer bislang nicht nach den Erfahrungen gefragt worden seien, die die Katholische Militärseelsorge in den neuen Bundesländern mit den gegebenen rechtlichen Regelungen und der pastoralen Situation gemacht hätten.

(ZdK)



Foto: Brockmeier

*Gebete von Christen mit Atheisten und Konfessionslosen
im Zelt der Militärseelsorge*

Kinder des Kalten Krieges – wo ist unsere Zukunft?

Werkstattgespräch mit Soldaten aus acht Nationen

Kurzbericht

Drei Tage haben sie gemeinsam in Dresden verbracht und wollten nun von ihren gegenseitigen Entdeckungen und Erfahrungen berichten. 40 Soldaten aus acht ost- und westeuropäischen Ländern waren der Einladung des katholischen Militärbischofs, Erzbischof Dyba, nach Dresden gefolgt. Den weitesten Weg hatten sechs litauische Soldaten gemeinsam mit ihrem Militärpfarrer, Oberst und Monsignore Antanas Svarinkas, zurückgelegt. Die übrigen kamen aus Ungarn und Tschechien, Italien, Schweiz, Österreich, Luxemburg und Deutschland.

Im Rahmen eines Werkstattgesprächs berichteten sie über ihre Erfahrungen während des Katholikentages. Besondere Aufmerksamkeit zogen die litauischen Soldaten auf sich. Hauptmann Antanas Sirtautas mußte – wie in den letzten Tagen so häufig seine Geschichte erzählen, die ihn in die litauische Armee gebracht hatte. Im Dezember 1990, als sowjetische Panzer in Wilna vor dem Parlament aufzuziehen, befand er sich mit dem späteren ersten Präsidenten des Landes, Landsbergis, im Parlaments-

gebäude, um für die Unabhängigkeit seines Landes einzutreten.

Ganz anders hat die Welt für den Schweizer Luftwaffenleutnant Diego Gsponer ausgesehen. Der Kalte Krieg und die Veränderungen seit seinem Ende habe er mehr theoretisch erlebt, schließlich sei er Soldat in der neutralen Schweiz. Gemischte Gefühle habe er aber schon gehabt, das erste Mal in einen Teil des früheren Ostblocks zu fahren, berichtete er bei dem Werkstattgespräch. Nun sei hier in Dresden sein Zimmernachbar ein litauischer Major eine ganz neue Erfahrung. Mike Szöllosy aus Luxemburg berichtete, daß es für seine 71-jährige Großmutter unfassbar war, daß er als Soldat zu einem solchen Treffen fahren wollte. Der Österreicher Adam Helmut betonte, daß man Freundschaften geschlossen und so alte Grenzen überwunden habe. „Daß so was möglich ist, hätte ich nie gedacht,“ sprang eine junge Dresdnerin auf. In der Schule habe man ihr beigebracht, daß der Westen der Feind sei. Man müsse jetzt aufeinander zugehen und miteinander reden.

Ob sie sich vorstellen könnten, aufeinander zu schießen, wenn Krieg wäre, wurden die jungen Soldaten gefragt. Das Antwortenspektrum reichte von „was soll ich denn tun, wenn ich dazu gezwungen würde?“ bis zur optimistischen Hoffnung, daß der Krieg in Europa eigentlich der Vergangenheit angehöre. Vor soviel Euphorie warnte der sächsische Innenminister Eggert, der sich unter den Zuhörern befand, im Blick auf die politische Wirklichkeit. (ZdK)

*Frieden kannst
du nur haben,
wenn du ihn gibst.*

Marie von Ebner-Eschenbach



Soldaten aus vielen europäischen Ländern mit dem deutschen Militärbischof, Erzbischof Johannes Dyba, bei der Stunde der Begegnung Foto: Brockmeier

Treffpunkt „Frauen“

Frauen in Europa – die vergessene Hälfte?



Astrid Deusch*

INHALT

I. Einleitung

II. Die Lage der Frauen in den einzelnen Ländern der Europäischen Union

1. Länder mit Ansätzen zu egalitären Arbeits- und Sozialstrukturen (skandinavische Länder)
2. Länder des familienbezogenen Patriarchalismus (Bundesrepublik, Frankreich, Belgien, Niederland, Norditalien, Luxemburg)
Beispiele Bundesrepublik, Frankreich und Belgien
3. Länder mit marktförmigem Patriarchalismus (Großbritannien, USA und Japan)
Beispiel Großbritannien
4. Länder mit ausgeprägten agrarisch/klerikalen Strukturen (Griechenland, Spanien, Portugal, Süditalien, Irland)
Beispiel Spanien

III. Erwerbstätigkeit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Situation der Frauen in den Ländern der Europäischen Union

1. Beruflich selbständige Frauen
2. Abhängige Erwerbstätigkeit von Frauen
3. Teilzeitarbeit als Domäne der Frauen

IV. Frauenarbeitslosigkeit in der Europäischen Union

V. Soziale Sicherung der Frauen in der Europäischen Union

1. Eigenständige Sicherung
2. Anknüpfung an die Sicherung des Partner
3. Beteiligung an den Ansparungen des Partners

VI. Die Stellung der Frau in der Kirche

VII. Ausblick

* Dr. jur. Astrid Deusch, Bildungs- und Rechtsreferentin der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung in der Erzdiözese Freiburg, hielt diesen Vortrag im „Treffpunkt Frauen“ des Katholikentags.

I. Einleitung

168 Millionen Frauen leben in der Europäischen Union, das sind 51,5 % der Bevölkerung. Europaweit stellen Frauen 40 % der erwerbstätigen Bevölkerung.

Ins öffentliche Blickfeld sind die Frauen vor allem durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen in der Arbeitswelt geraten. Insbesondere im Bereich der Teilzeitarbeit hat das Gericht einige Entscheidungen zu Gunsten von Frauen gefällt. Man kann sagen, daß ein allgemeines Problembewußtsein für die mittelbare Diskriminierung von Frauen erst durch die Europäische Union entstanden ist, wobei der Europäische Gerichtshof die Diskriminierungsverbote des EU-Rechts mit großer Entschlossenheit durchsetzt. Hierdurch sind die nationalen Gerichte, u.a. das deutsche Bundesarbeitsgericht, wiederholt gezwungen worden, ihre Rechtsprechung zugunsten der Frauen entsprechend zu korrigieren.

Die volle Freizügigkeit für Personen, Waren, Kapital- und Dienstleistungen im Rahmen des Europäischen Binnenmarktes bringt soziale Veränderung mit sich, die für Frauen möglicherweise mit anderen Folgen verbunden sind als für Männer.

Seit Bestehen des EU-Binnenmarktes ist es keine Vision mehr, daß die Bürgerinnen der EU-Staaten heute

in Rom, morgen in London und übermorgen in Paris arbeiten. Dies ist ohne Formalitäten möglich.

Es stellt sich jedoch die Frage, ob die Europäerinnen diese Chance auch wahrnehmen können. Der Binnenmarkt räumt den Frauen zwar mehr Möglichkeiten ein, doch nur wenige werden in der Lage sein, diese zu ergreifen.

Der Blick auf die europäischen Gesellschaften zeigt, daß das weibliche Geschlecht in allen Ländern eine diskriminierte Mehrheit darstellt. In allen europäischen Ländern sind Mechanismen der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung wirksam. Die einzelnen Arbeitsbereiche der Erwerbs- und Familienarbeit sind nach wie vor auf weibliche und männliche Lebensmuster zugeschnitten, wobei der Grad der patriarchalischen Strukturen in den einzelnen europäischen Ländern unterschiedlich ausgeprägt ist.

Die in der Regel kostenlos erbrachte Familienarbeit, d.h. die Aufzucht, Betreuung und Versorgung der Kinder sowie das Erledigen der Hausarbeit, aber auch Tätigkeiten im sozialen Bereich wie Pflege von Angehörigen werden nach wie vor in allen europäischen Ländern in der Hauptsache von Frauen erbracht.

Trotz verfassungsrechtlich verankerter Gleichstellung von Männern und Frauen (Art. 3 II GG), stellt sich auch in der Bundesrepublik Deutschland die Lebenswirklichkeit anders dar.

Was sich jedoch geändert hat, ist, daß die Frauen die Loslösung aus ihrer traditionellen Rolle anstreben und sich verstärkt auf sich selbst als eigenes Individuum konzentrieren.

Das Problem der Vereinbarkeit von Beruf und Familie trifft jedoch nach wie vor in der Regel die Frauen. Um Familien- und Erwerbsarbeit in Einklang bringen zu können, strapaziert der Großteil der Frauen ihre Leistungsfähigkeit bis an die Grenze des Machbaren.

Frauen machen in ihren beruflichen Plänen Abstriche, sie finden sich mit eingeschränkten beruflichen Chancen ab, mit Positionen, die kaum Aufstieg erlauben, mit schlechteren Arbeitsbedingungen und geringem Verdienst, nur um ihrer Doppelrolle in Beruf und Familie gerecht werden zu können.

Andererseits verzichtet ein Großteil der Frauen, die eine berufliche Karriere anstreben, bewußt auf die Gründung einer Familie, um dem Problem der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit zu entgehen.

Männer sind dagegen lediglich auf ihren beruflichen Werdegang konzentriert, da sie in der Mehrzahl nach wie vor davon ausgehen, es sei selbstverständlich, die Frauen die mit der Gründung einer Familie verbundenen Belastungen vorrangig tragen zu lassen.

Der Europäische Binnenmarkt braucht zwar die Frauen als Arbeits-

kräfte, doch deren Ausgangslage ist ungünstig, weil sie in vielen Ländern ein niedrigeres Qualifikationsniveau haben und wegen familiärer Pflichten weniger mobil sind als Männer.

Ziel muß daher zuerst eine Verbesserung der Lebenssituation der Frauen in den einzelnen Ländern, insbesondere die Gleichstellung der Frauen mit den Männern und dies nicht nur auf dem Papier, sondern im täglichen gesellschaftlichen Leben, sein.

So heißt es in der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer:

„Die Gleichbehandlung von Männern und Frauen ist zu gewährleisten. Die Chancengleichheit von Männern und Frauen ist weiter auszubauen.

Zu diesem Zweck sind überall dort, wo dies erforderlich ist, die Maßnahmen zu verstärken, mit denen die Verwirklichung der Gleichheit von Männern und Frauen vor allem in Hinblick auf den Zugang zu Beschäftigung, Arbeitsentgelt, Arbeitsbedingungen, sozialem Schutz, allgemeiner beruflicher Bildung sowie beruflichen Aufstiegs sichergestellt wird.

Auch sind die Maßnahmen auszubauen, die es Männern und Frauen ermöglichen, ihre beruflichen und familiären Pflichten besser miteinander in Einklang zu bringen.“

II. Die Lage der Frauen in den einzelnen Ländern der Europäischen Union

In der wissenschaftlichen Literatur der Frauenforschung werden in Westeuropa 4 Hauptsysteme patriarchalischer Gesellschaften unterschieden:¹⁾

1. Länder mit Ansätzen zu egalitären Arbeits- und Sozialstrukturen (skandinavische Länder)

In diesen Ländern werden traditionell familiäre Arbeiten im Zuge einer „Politik der neuen Partnerschaft zwischen Staat und Familien“ von der Gesellschaft gewährleistet und durch ein weites Netz von Einrichtungen sozialpolitisch abgesichert. Pflegearbeiten für Alte, Kranke und Behinderte werden in immer stärkerem Maße als wichtige Verantwortungsbereiche kommunaler Fürsorge verstanden.

Die Tatsache, daß die Frauen von den Familienarbeiten entlastet worden sind, hat in allen skandinavischen Ländern zu einer hohen Frauenerwerbsbeteiligung beigetragen.

Weiter bestehen für Frauen im Rahmen der sozialen Sicherungssysteme insoweit Vorteile, als diese für alle Bürger- und Bürgerinnen offen sind, unabhängig davon, ob einer Berufstätigkeit nachgegangen wird oder nicht.

Sozialleistungen sind nicht an vorherige Beitragszahlungen gekoppelt, sondern werden aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert.

Öffentlich Einrichtungen für alte Menschen und behinderte Personen spielen eine weit wichtigere Rolle als in den übrigen EU-Ländern.

Die Sozialsysteme beruhen auf dem Grundsatz des Individualrechts und sichern daher prinzipiell die Gleichbehandlung von Frauen und Männern.

Weiter gibt es in diesen Staaten großzügige Arbeitszeitregelungen, die Eltern eine bessere Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familienaufgaben ermöglichen sollen. Es besteht die Möglichkeit zum Elternurlaub, der finanziell fast mit 100 % des erzielten Erwerbseinkommens abgesichert ist.²⁾

Familienpolitische Leistungen sind hier auch nicht an den Ehestatus gebunden, sondern am Vorhandensein von Kindern orientiert. Die Versorgungsquote mit öffentlich finanzierten Kinderbetreuungseinrichtungen liegt hier verhältnismäßig hoch.

2. Länder des familienbezogenen Patriarchalismus

(Bundesrepublik, Frankreich, Belgien, Niederlande, Norditalien, Luxemburg)

Beispiele Bundesrepublik, Frankreich und Belgien

In Frankreich wird beispielsweise im Rahmen eines Systems der

materiellen Familienförderung mehr für die Vereinbarkeit von Beruf und Familienleben getan als in der Bundesrepublik. Allerdings sind die Beweggründe der französischen Regierung, eine deutlich bessere ökonomische Absicherung für erwerbstätige und nichterwerbstätige Frauen zu gewährleisten, weniger gleichstellungsgal geburtenpolitisch begründet.

Die Familienpolitik beschränkt sich nicht nur auf hohe Geldleistungen, sondern stellt auch ein breites Angebot an öffentlichen Dienstleistungen für Familien zur Verfügung. Krippen und Ganztagskindergärten sind beispielsweise in höherem Maße als in der Bundesrepublik vorhanden. Auch Frankreich verfügt über ein aus dem Staatshaushalt finanziertes Grundsicherungssystem mit Zusatzrente. Somit ist der Großteil der erwerbstätigen Frauen im allgemeinen im Sozialversicherungssystem erfaßt.

Belgien hat neben **Dänemark** für Kinder das beste Betreuungsangebot in der Europäischen Union.³⁾ Kinder können nach Ablauf des Mutterschaftsurlaubs in Krippen gebracht werden. Der reguläre Kindergarten fängt je nach Schultyp zwischen 16 Monaten und 3 Jahren an. In speziellen Einrichtungen mit ausgebildeten Krankenschwestern werden kranke Kinder versorgt.

Es besteht die Möglichkeit, unbezahlten Urlaub aus familiären oder persönlichen Gründen verbunden mit

einer Arbeitsplatzgarantie zu nehmen. Allerdings kann das Unternehmen die Zustimmung zur Arbeitsplatzunterbrechung verweigern.

Die **Bundesrepublik** weist im europäischen Vergleich vornehmlich Besonderheiten aus, die sich zu Lasten der Frauen auswirken. Hinsichtlich der Lohndiskrepanz zwischen Frauen- und Männerlöhnen befindet sich die Bundesrepublik Deutschland im Ländervergleich am unteren Ende der Skala.⁴⁾ Insbesondere gab es in den letzten 10 Jahren keinerlei nennenswerte Verbesserungen in der relativen Lohnposition der Frauen.

Weiter weist die Bundesrepublik einen äußerst schlechten Versorgungsgrad der öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen aus, was sich als Hindernis für die Frauen beim Zugang zur Erwerbstätigkeit niederschlägt.⁵⁾ Nur für 3 % der Kinder bis zu 3 Jahren gibt es staatlich finanzierte Krippen, wobei die ganztägigen Einrichtungen in der Minderzahl sind.

Es besteht zwar die Möglichkeit für Mütter oder Väter Erziehungsurlaub bis zu 3 Jahren zu nehmen, die Tatsache, daß das in dieser Zeit gewährte Erziehungsgeld lediglich bei DM 600,— monatlich liegt und nach der jüngsten Gesetzesänderung vom 1. Tag an lediglich einkommensbezogen gewährt wird, hat jedoch lediglich die Subventionierung der Rückkehr von berufstätigen Müttern in die häusliche Kindererziehung zur Folge.

Hinzukommt, daß die Männer in der Regel ein höheres Einkommen als Frauen erzielen, und somit aus finanziellen Gründen ein effektives Wahlrecht der Eltern, wer den Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen soll, nicht besteht.

Zur Lösung des Problems der Vereinbarkeit von Beruf und Familie gibt es daher in der Bundesrepublik nur wenig infrastrukturelle Unterstützung.

Der Familienlastenausgleich ist auf die familienorientierte Ehefrau ausgerichtet, die höchstens nach der Familienpause noch einer Teilzeitbeschäftigung nachgeht.

Eine erhebliche Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit war anscheinend nie Ziel bundesdeutscher Arbeitsmarktpolitik.

Auch die sozialen Sicherungssysteme (Arbeitslosen- und Rentenversicherung) sind geschlechtsspezifisch ausgestaltet. Da diese beitragsfinanziert sind und sich an der Lohnhöhe sowie der Dauer der Erwerbstätigkeit orientieren, sind hier Frauen erheblich benachteiligt. Dies drückt sich insbesondere in einer steigenden Altersarmut der Frauen aus.

Auch das Steuersystem knüpft in der Bundesrepublik lediglich an eine bestehende Ehe an. Dabei wird das Splittingverfahren mit der Erwerbs- und Verbrauchsgemeinschaft der Ehegatten begründet. Durch die Anwendung des Splittingverfahrens ergibt sich infolge der Halbteilung des ge-

meinsamen Einkommens bei Verschiedenheit der Einkommen von Frau und Mann stets ein Progressionsvorteil. Die Fälle, in denen die Ehefrau keine oder keine nennenswerten Einkünfte erzielt, werden auf diese Weise dem Fall, daß beide verdienen, gleichgestellt. Hieraus ergebe sich laut Gesetzgeber eine besondere Anerkennung der Aufgabe der Ehefrau als Hausfrau und Mutter.⁶⁾

Der Gesetzgeber hat somit durch die Zusammenveranlagung der Ehegatten einen gewissen Edukationseffekt beabsichtigt, da der Steuervorteil für Ehen mit nur einem Verdiener am größten ist. Dies läuft eindeutig der Gleichbehandlung von Männern und Frauen zuwider. Auf diese Art und Weise wird die Institution Ehe derzeit mit ca. 30 Mrd. DM jährlich staatlich gefördert, während die Leistungen für Familien lediglich 22 Mrd. DM jährlich betragen.

3. Länder mit marktförmigem Patriarchalismus

(Großbritannien, USA und Japan)

Beispiel Großbritannien

Der Zusammenbruch des Wohlfahrtsstaates in **Großbritannien**, der auf das Konto der konservativen Regierung geht, hat die Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen dramatisch verschlechtert.

Lange Arbeitszeiten der Männer und ein unzureichendes Dienstleistungsangebot für Kindererziehung und Pflege hat zur Folge, daß die Frauenerwerbstätigkeit zeitlich be-

grenzt und sozial ungesichert ist. Hinzu kommt, daß aufgrund niedriger Reallohne der Zwang zum Zuverdien besteht. Die Folge hiervon sind erhöhte Verarmungsrisiken für Frauen und der Zwang zu ungünstigen Arbeitsbedingungen, beispielsweise nachts zu arbeiten, um Familie und Erwerbsarbeit in Einklang bringen zu können.

Weiter gibt es weder einen ausgebauten finanziellen Kinderlastenausgleich noch genügend familienorientierte Hilfen für erwerbstätige Frauen.⁷⁾ Die Familiensphäre ist somit allein der privaten Initiative und Leistungsfähigkeit überlassen. Nicht einmal ein gesetzlicher Mutterschutz ist gewährleistet.

Das Steuersystem und das System der sozialen Sicherung ist extrem sexistisch ausgestaltet. So ist z.B. Kinderbetreuung allein für den alleinerziehenden Vater, nicht jedoch für die alleinerziehende Mutter steuerlich absetzbar.

4. Länder mit ausgeprägten agrarisch/klerikalen Strukturen

(Griechenland, Spanien, Portugal, Süditalien, Irland)

Beispiel Spanien

In Spanien wurden in der Zeit von 1939 bis 1975 die errungenen Rechte der Frau, (Stimmrecht, Ehescheidungsrecht) wieder abgeschafft und versucht, deren Stellung auf dem Stand der Erziehungsvorschrift des 16. Jahrhunderts festzuschreiben.

Spanischen Ehefrauen wurde berufliche Tätigkeit geradezu verboten. Aus dem öffentlichen Leben waren die Frauen völlig ausgeschlossen, ihr Bewegungsspielraum wurde auf den innerhäuslichen Bereich eingrenzt.

Weiter hatte der Vater das Monopol in der Kindererziehung. Einzige Aufgabe, die der Frau zukam, war für die Reproduktion zu sorgen.

Anfang der 60-iger Jahre wurde aus wirtschaftlichen Gründen auf die weibliche Arbeitskraft zurückgegriffen und das strikte Arbeitsverbot für Ehefrauen aufgehoben.

1983 wurde den Ehegatten die gleiche Verantwortung in der Familie übertragen. Spanien ist neben Irland das Land mit der niedrigsten Frauenerwerbsquote aller EU-Länder

In Spanien wird kein Erziehungsurlaub gewährt.⁸⁾ Es gibt eine maximal dreijährige unbezahlte Freistellung für Beschäftigte. Das Kindergeld liegt EU-weit an der Untergrenze. Pro Kind werden monatlich ca. DM 4,— gewährt.

Wie im deutschen Sicherungssystem sind die Risiken für die Verarmung von Frauen auf die direkte Form der Ungleichbehandlung, also darauf zurückzuführen, daß die sozialen Sicherungssysteme die Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt infolge der Familienphasen fortschreiben, anstatt sie auszugleichen.

III. Erwerbstätigkeit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Die Situation der Frauen in den Ländern der Europäischen Union

1. Beruflich selbständige Frauen

Die Erwerbslage von Frauen hat diese in den letzten Jahren veranlaßt, sich verstärkt für berufliche Selbständigkeit zu entscheiden, um sich einen Platz am Arbeitsmarkt zu schaffen.

In Griechenland und Portugal ist fast jede 4. erwerbstätig Frau selbständig. Auch in Spanien, Italien und Frankreich gehen über 60 % aller erwerbstätigen Frauen einer selbständigen Tätigkeit nach. Obwohl bundesdeutsche Frauen im Verhältnis zu Frauen anderer EU-Mitgliedstaaten mit nur 5 % Selbständigen am Schluß der Skala stehen, ist auch hier ein enormer Zuwachs an beruflich selbständigen Frauen zu verzeichnen. Nahezu jede 3. deutsche Unternehmensgründung erfolgt heutzutage von einer Frau.

Nach einer Studie sind die meisten Frauen, die sich beruflich selbständig machen, entweder arbeitslos, von Arbeitslosigkeit bedroht oder mit ihrer bisherigen Berufssituation unzufrieden.

Häufig haben die Frauen gerade eine Familienpause beendet und versuchen, den Wiedereinstieg in das Er-

werbsleben durch eine Existenzgründung zu verwirklichen.⁹⁾ Durch Existenzgründungen wollen sich die Frauen insbesondere individuelle Arbeitsplätze schaffen, die auf ihre Fähigkeiten und persönliche Lebenssituation abgestimmt sind. Vorrangiges Ziel ist es, sich von staatlichen (Arbeitslosengeld/Arbeitslosenhilfe/Sozialhilfe) und privaten Unterhaltszahlungen zu lösen und statt dessen eine eignen Erwerbsgrundlage bei selbständigen Tätigkeiten und eigene Betriebe aufzubauen.

Bei ihren Bestrebungen zur Selbständigkeit stehen den Frauen jedoch viele Hindernisse entgegen. In den meisten EU-Staaten ist das Informations- und Bildungsangebot im Bereich spezieller Fachkenntnisse und kaufmännischer Fähigkeiten unzureichend bzw. nicht auf die Problematik der Frauen abgestimmt.

Weiter gründen Frauen hauptsächlich in Branchen, wo sie mit einem geringen Startkapital auskommen. Aber selbst geringe Summen aufzubringen, stellt Frauen vor Probleme, insbesondere wenn sie vorher arbeitslos waren. Die wenigsten Frauen verfügen über größere Summen Eigenkapital. Für Bankkredite fehlen notwendige Sicherheiten, so daß Gründerinnen oft mit mehreren Banken verhandeln müssen, um überhaupt einen Kredit zu erhalten, wobei sie hierbei oftmals bereits im Vorfeld scheitern.

Es besteht wohl die Möglichkeit, staatliche Förderung zur Existenz-

gründung in Anspruch zu nehmen. In der Bundesrepublik verfügt zum Beispiel jedes Bundesland über eigene Förderprogramme für Gründungsvorhaben, die jedoch in den seltensten Fällen geschlechtsspezifisch orientiert sind und somit den Besonderheiten der Existenzgründung von Frauen nicht gerecht werden.

Weiter besteht in der Bundesrepublik wohl die Möglichkeit, daß bei einer Existenzgründung über eine gewisse Dauer weiterhin Arbeitslosenunterstützung bezogen werden kann, wenn davon auszugehen ist, daß durch die Existenzgründung die vorherige Arbeitslosigkeit dauerhaft überwunden werden kann. Auch hier kommen Frauen nur selten in den Genuß der Gelder, da sie oft die Bewilligungsvoraussetzungen nicht erfüllen. Dies gilt insbesondere, soweit die Programme an die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze gebunden sind, da Frauen häufig allein einen Betrieb gründen, das heißt, sich also nur selbst einen Arbeitsplatz schaffen.

Soweit Betriebe nur in bestimmten Branchen gefördert werden, die kapitalintensiv sind, kommen Frauen auch insoweit nicht in den Genuß der Gelder. Auch auf EU-Ebene bestehen keine Auflagen, nach denen Fördermittel zu gleichen Teilen an Frauen und Männer vergeben werden müßten.

Die EU-Kommission stellt beispielsweise Gelder zur Gründungsfinanzierung von Frauenprojekten zur Verfügung. Es wurden im Rahmen

des mittelfristigen Aktionsprogramms von 1986 bis 1990 zur Verbesserung der Chancengleichheit der Frauen zwischen 1986 und 1988 rund 1 Million ECU als Starthilfe für Unternehmerinnen bereitgestellt. Unterstützt werden sollten lokale Fraueninitiativen, die neue Arbeitsplätze schaffen.

Das bekannteste EU-Programm ist das European-Recovery-Programm zur Aufnahme zinsgünstiger Darlehen. Aber auch hier erfüllen Frauen als Gründerinnen nur selten die Zugangsvoraussetzungen.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß weder die nationalen noch die europäischen Gründungsförderungsprogramme den speziellen Problemen von Existenzgründungen durch Frauen gerecht werden. Sie sind daher nicht geeignet, einer breiten Masse zur besseren finanziellen Voraussetzung bei Existenzgründungen zu verhelfen und arbeitslose Frauen zu beruflichen Selbständigkeit zu ermutigen.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich Frauen in der Regel nicht deshalb selbständig machen, um „das große Geld“ zu verdienen, sondern um sich eine eigene Existenz zu schaffen.

Die Gründerinnen schränken sich dabei finanziell im Betrieb und im Privatleben ein, um sich mit den geringen Einkünften zu arrangieren. Infolgedessen wird auch an sozialer Sicherung gespart. Je nach Rentensystem werden sich die geringen Ein-

kommen erneut in fehlender oder unzureichender Altersversorgung niederschlagen, weil die Renten über Beiträge finanziert werden.

Es gilt also auch in diesem Bereich der Europäischen Union wirksamere Maßnahmen zugunsten der Frauen zu ergreifen. So hat beispielsweise auch Bundesfrauenministerin Angelika Merkel betont, daß sie es für besonders wichtig halte, daß in den Ländern der EU gezielte Fördermaßnahmen zur Qualifikation und Weiterbildung ebenso wie Maßnahmen zur Unterstützung von Existenzgründungen von Frauen ergriffen werden.¹⁰⁾

2. Abhängige Erwerbstätigkeit von Frauen

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen steigt seit vielen Jahren in den EU-Staaten stark an. Die berufliche Integration der Frauen ist jedoch in den einzelnen Mitgliedsstaaten unterschiedlich weit fortgeschritten.

Die höchste Frauenerwerbsbeteiligung ist in Dänemark und Großbritannien zu finden, gefolgt von Frankreich und Portugal, wo über 38 % aller Erwerbstätigen weiblich sind. Spanien und Irland weisen dagegen nur eine Frauenerwerbsbeteiligung von 23 % auf.¹¹⁾

Neue Lebenssituationen und ein geändertes Selbstverständnis bei Frauen haben deren Berufstätigkeit wesentlich verstärkt. Vor allem sind wesentlich mehr jüngere Frauen er-

werbstätig als noch vor 10 Jahren. Das Heiratsalter ist gestiegen und die Kinderzahl gesunken. Weiter sind Frauen nicht mehr nach wenigen Berufsjahren vom Arbeitsmarkt verschwunden und vor allen Dingen sind Kinder häufig kein Grund mehr zur Berufsaufgabe/-Unterbrechung.

Dennoch verteilen sich die berufstätigen Frauen EU-weit auf ein relativ enges Berufsfeld. In der Bundesrepublik arbeiten beispielsweise 90 % der erwerbstätigen Frauen in nur 12 verschiedenen Berufsgruppen.¹²⁾ Der größte Zuwachs an Arbeitsstellen ist im Dienstleistungsbereich zu verzeichnen, wo 73 % aller erwerbstätigen Frauen innerhalb der EU beschäftigt sind. In der Industrie arbeiten ein Fünftel aller Frauen.

Viele der typischen Frauenberufe erfordern jedoch nur geringe Qualifikationen, bieten keine oder geringe Aufstiegschancen und schlechte Bezahlung.¹³⁾ Ökonomische Unabhängigkeit und berufliche Befriedigung finden Frauen dort nur selten.¹⁴⁾

Der Zugang von Frauen zu einer Arbeitsstelle ist nach wie vor aus geschlechtsspezifischen Gründen erschwert.

Zum einen erfordert die heutige Situation und das Verständnis der Männer von der erwerbstätigen Frau besonders in Führungspositionen eine Überqualifikation als Leistungsnachweis. Die Gelassenheit, mit der sich gute Männer dem Wettbewerb stellen können, ist der Frau nicht vergönnt.

Wer sich als Frau in Politik, Medien, Wirtschaft und Wissenschaft nicht mit den untersten Rängen zufrieden geben will, sondern mit dem berechtigten Anspruch antritt, nach einer qualifizierten Ausbildung auch den Platz einzunehmen, zu dem man befähigt ist, muß besser sein als der konkurrierende Mann. Diese Tatsache wird sich auch nicht ändern, solange Männer bei Einstellungen das Sagen haben.¹⁵⁾

Weiter stellt insbesondere für junge Frauen, die die Familienplanung noch nicht abgeschlossen haben, die Tatsache, daß sie Kinder bekommen können und am Arbeitsplatz aus diesem Grunde vorübergehend ausfallen, ein tatsächliches Einstellungshindernis dar.

Hinzukommt, daß diese Frauen auch heute noch aufgrund der gesellschaftlichen Realität gezwungen sind, bei ihrer Berufsplanung die Entscheidung für oder gegen eine Familie einzu beziehen.

So sind beispielsweise bei den Hochschulabsolventen Frauen und Männer etwa gleich stark vertreten, während die Zahl der Frauen als Berufseinsteigerinnen, insbesondere in Führungspositionen relativ gering ist.¹⁶⁾

Frauen werden in die unteren Positionen des Arbeitsmarktes gedrängt. Dabei ist weiter von Bedeutung, daß gerade in leistungsorientierten Bereichen selbst ein kurzfristiges Aussteigen infolge Familiengründung grundlegende Nachteile im Wettbewerb um

leitende Positionen mit sich bringt. Schwierig ist für diese Frauen insbesondere der Wiedereinstieg ins Erwerbsleben nach einer Familienphase. Die Folgen sind Dequalifizierung, Arbeitslosigkeit, Diskontinuität sowie Karrieresprünge.

Wenn es in der Bundesrepublik nach den Männern ginge, müßte jede fünfte junge Mutter ausschließlich zu Hause bleiben, nicht einmal jede zehnte dürfte ganztags erwerbstätig sein. Je mehr Bedeutung der Beruf im Wertesystem des Mannes einnimmt, desto verbreiteter ist diese Argumentation.¹⁷⁾

Es besteht nach wie vor eine geschlechtsbezogene Einkommensdiskriminierung, die einem erheblichen Teil, selbst der erwerbstätigen Frauen, keine eigenständige Existenzsicherung gewährleistet, wobei sich diese Schlechterstellung bis hin zu den sozialen Sicherungssystemen fortsetzt.

Ungeachtet der Gesetze zur Gleichstellung von Frauen und Männern im Erwerbsleben sind weiterhin drastische Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern vorhanden. So verdienen in der Industrie beispielsweise Männer im Schnitt 25 % mehr als Frauen.¹⁸⁾ Dabei sind die Lohnunterschiede in den einzelnen Mitgliedsstaaten unterschiedlich. Dänische und italienische Frauen erhalten für manuelle Tätigkeiten in der Industrie etwa 85 % der Männerlöhne, französische und griechische Frauen etwa 80 %, englische und iri-

sche 70 % und luxemburgische Frauen gar nur 60 % der Löhne von Männern mit ähnlicher Tätigkeit.

Die Erwerbs- und Familienarbeit ist in den Ländern der EU nach wie vor nach geschlechtsspezifischen Mustern organisiert. Die Arbeitsbereiche sind auf weibliche und männliche Lebensmuster festgelegt, die auf biologische und psychologische Spezifikationen zurückgeführt werden.

In diesem Zusammenhang nimmt auch die Werbung Einfluß auf die Denk- und Verhaltensweisen vieler Menschen. Die Darstellung von Frauen in der Werbung, die die traditionellen Rollenbilder verkörpern, verfestigt einseitige Rollenzuweisungen und Auffassungen vom Wesen der Frau.

So werden Frauen als allein für den Haushalt zuständig oder weitgehend unselbständig, insbesondere als inkompetent in handwerklichen und technischen Dingen dargestellt. Dabei ist selbst eine offensichtlich frauen-diskriminierende Werbung, bei der die Frau als bloßes Sex- oder Dekorationsobjekt dargestellt wird, nach wie vor in bestimmtem Umfang „gesellschaftsfähig“.

Eine entscheidende Rolle spielt hierbei die Sozialisation der Jugendlichen in der Gesellschaft. Solange traditionelle rollenspezifische Verhaltensweisen in den Familien weitervermittelt werden, ist es schwer, in der Gesellschaft eine Bewußtseinsveränderung herbeizuführen, die eine unabdingbare Grundlage für eine Gleich-

stellung von Frauen und Männern darstellt.

Trotz rechtlich verankerter Gleichstellung von Männern und Frauen im Erwerbsbereich auf nationaler und auf EU-Ebene, stellt sich die Lebenswirklichkeit anders dar. Die Frauen streben verstärkt die Lösung aus traditionellen Rollen an und konzentrieren sich in verstärktem Maße auf die eigene Person. Als Chance sehen sie hier insbesondere, durch Erwerbsarbeit ihre Ziele verwirklichen zu können.

Die gesellschaftliche Organisation von Erwerbsarbeit, Entgelt und Zeiteinteilung erfolgt jedoch nach wie vor nach männlichen Mustern der totalen Verfügbarkeit. Da das Problem der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Hauptsache den Frauen zugeschoben wird, werden sie beim Zugang zur Erwerbsarbeit von vornherein benachteiligt.

Dennoch verlassen zunehmend mehr Frauen die Sphäre der Reproduktion und damit der privaten Arbeit und streben eine Erwerbsarbeit an.

Zum einen ist dies begründet durch den Wunsch der Frauen sich selbst zu verwirklichen und eine eigenständige, vom Partner wirtschaftlich unabhängige Lebensführung zu erlangen.

Viele Frauen sehen sich jedoch auch aus materiellen Gesichtspunkten gezwungen, aufgrund der schlechten finanziellen Situation in der Familie eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen,

wobei sie ihre Selbstverwirklichung eher darin sehen, sich zu Hause der Aufzucht ihrer Kinder zu widmen, dies jedoch nicht können, da die im Zusammenhang mit der Aufzucht von Kindern liegenden Leistungen in der EU zur Sicherung des Lebensunterhalts der Familie nicht ausreichen.

Weiter können sich u.a. frauenspezifische Schutzrechte im Bereich des Arbeitsschutzes (z.B. Mutterschutzgesetz) faktisch als Einstellungshindernisse für Frauen in der Praxis auswirken. Das bedeutet jedoch nicht, daß Schutzrechte abgebaut werden sollten, im Gegenteil sollten bestimmte Schutzrechte auch auf Männer ausgedehnt werden.

So hat das Bundesverfassungsgericht das in der Arbeitszeitordnung verankerte Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen unter Bezugnahme auf das Gleichbehandlungsgebot für verfassungswidrig erklärt, gleichzeitig jedoch auf die schädlichen Folgen von Nachtarbeit für die Gesundheit der Betroffenen hingewiesen und den Gesetzgeber aufgefordert, entsprechende Schutzvorschriften für Männer und Frauen zu schaffen.

Dieser Aufforderung ist der Gesetzgeber bei der jüngst erfolgten Neuregelung des Arbeitszeitrechts nicht nachgekommen.

In der Praxis werden derartige Entscheidungen seitens des Gesetzgebers auf nationaler sowie auf EU-Ebene dazu genutzt, die Schutzvorschriften nicht entsprechend auszu-

dehnen, sondern ersatzlos zu streichen (vgl. fast vollständiger Wegfall des Frauenausschutzes im Rahmen des neuen Arbeitszeitrechtsgesetzes).

Seit der Neuregelung des Arbeitszeitrechts durch den bundesdeutschen Gesetzgeber haben schwangere Frauen beispielsweise erst ein Recht auf eine Ruhepause nach 6 Arbeitsstunden. Im Bäckereigewerbe fehlt darüber hinaus jegliche Regelung zu den Ruhepausen.

3. Teilzeitarbeit als Domäne der Frauen

Im Rahmen der schlechten Wirtschaftslage ist auch in der Bundesrepublik wieder verstärkt die Diskussion in Gang gekommen, wie dem Phänomen Arbeitslosigkeit begegnet werden kann. Hier wird immer wieder das „Teilen“ von Arbeit angeführt. Der derzeitige Arbeitsumfang soll auf mehr Arbeitnehmer/innen verteilt werden, wobei diejenigen, die in einem Erwerbsverhältnis stehen, vom Umfang ihrer Tätigkeit an diejenigen abgeben sollen, die ohne Erwerbsarbeit sind.

Frauen sind europaweit im Bereich der Teilzeitbeschäftigung überrepräsentiert.¹⁹⁾

Diejenigen Frauen, die sich dem Rollenverständnis, sei es freiwillig oder unfreiwillig nach wie vor unterordnen, versuchen meist, Familienarbeit und Erwerbstätigkeit miteinander in Einklang zu bringen, wobei oft

lediglich die Möglichkeit zu einer Erwerbstätigkeit auf Teilzeitbasis besteht. Teilzeitarbeitsverhältnisse kommen daher den Frauen entgegen.

Diese Tatsache wird von den Arbeitgebern seit Jahren im Sinne einer Deregulierung von Arbeitszeiten und arbeitsrechtlichen Normen genutzt, um flexiblere Anpassungen an die Produktions- und Arbeitsabläufe zu erreichen.

Diese Tendenz wurde trotz der auf europäischer Ebene bestehenden Vorgaben zur Gleichstellung von Männern und Frauen in der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Verabschiedung des Arbeitszeitrechtsgesetzes gesetzlich zementiert. Dabei werden die Regelungen der Arbeitszeit den gesellschafts- und familienpolitischen Zielen, insbesondere dem Problem der Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit in keiner Weise gerecht. Vor allem die Zulässigkeit von Nachtarbeit ohne hinreichende flankierende Schutzmaßnahmen und die Ausdehnung der Sonn- und Feiertagsarbeit aus wirtschaftlichen Gründen, gehen eindeutig zu Lasten der Familien und hier insbesondere der Frauen.

Trotz eindeutiger Vorgaben von Seiten der Europäischen Union im Hinblick auf die Gleichstellung von Frauen wird im bundesrepublikanischen Recht die Rechtsposition der Frau durch arbeitsrechtliche Regelungen weiter verschlechtert.

So werden beispielsweise im Rahmen einer Neufassung des Beschäftigungsförderungsgesetzes die Möglichkeiten zur Befristung von Arbeitsverhältnissen ausgedehnt, eine Maßnahme, die in der Praxis hauptsächlich die Frauen nachteilig treffen wird. Um dem Risiko des Ausfalls einer Frau bei einer etwaigen Schwangerschaft zu entgehen oder dieses kalkulierbar zu machen, werden die Arbeitgeber in diesem Bereich verstärkt von Befristungsmöglichkeiten Gebrauch machen, um so den besonderen Kündigungsschutz der Frauen im Rahmen des Mutterschutzgesetzes zu umgehen.

Bei einer Befristung hindert beispielsweise die Tatsache, daß eine Frau schwanger ist, das Auslaufen des Arbeitsverhältnisses nicht, während beim unbefristeten Arbeitsverhältnis nach dem Mutterschutzgesetz sowie nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz ein Kündigungsverbot besteht.

Aus der Tatsache, daß Frauen in größerem Umfang Teilzeitarbeit leisten als Männer ergeben sich weitere geschlechtsspezifische, im folgenden zu nennende Benachteiligungen:

- Geringere Qualität der Arbeitsplätze im Teilzeitbereich verbunden mit verhältnismäßig niedrigen Löhnen
- Teilzeitarbeitsplätze in gehobenen, verantwortungsvollen Positionen sind eher die Ausnahme, so daß sich die Frauen in diesem Bereich nur schlecht emanzipieren und selbst verwirklichen können

- Benachteiligung bei der Alterssicherung, da entsprechend geringer Rentenansparungen bestehen
- Benachteiligung bei Ansparungen auf Sozialleistungen, weil entsprechende Beiträge nicht oder nur in geringem Umfang entrichtet wurden
- Benachteiligung von Teilzeitarbeitnehmer/innen auf den Gebieten des Arbeits- und Sozialrechts, bei tarifvertraglichen Regelungen, da diese in der Regel an eine wöchentliche Mindestarbeitszeit anknüpfen. Gerade auf diesem Gebiet hat jedoch der Europäische Gerichtshof zugunsten der Frauen auf dem Hintergrund der Gleichbehandlung von Männern und Frauen eine Vorreiterrolle inne.

Ein großes Problem im Zusammenhang mit der Teilzeitarbeit stellt vor allem die noch weitgehend unzureichende soziale Absicherung derselben dar. Typische Frauenbranchen mit einem hohen Anteil sozialversicherungsfreier Beschäftigungsverhältnisse sind das Reinigungsgewerbe, Privathaushalte, Handel, Gastgewerbe und soziale Einrichtungen.

In der Bundesrepublik sind beispielsweise 60 % der 2,3 Mio geringfügig Beschäftigten Frauen. (20)

So entfällt in den meisten EU-Mitgliedstaaten für geringfügig beschäftigte Teilzeitarbeitnehmer/innen

die Einbindung in soziale Sicherungssysteme. Aufgrund geringer Wochenarbeitszeiten oder zu geringer Gehälter sind viele Teilzeitarbeitnehmer/innen gar nicht oder nur unzureichend arbeitslosen-, kranken oder rentenversichert. Gegenüber Vollzeitbeschäftigten haben Teilzeitarbeitnehmer/innen, wenn überhaupt, nur unverhältnismäßig geringe Leistungsansprüche.

Weiter gelten betriebliche und tarifliche Sonderleistungen häufig nur für Arbeitnehmer/innen mit bestimmten Mindestwochenarbeitszeiten, also in der Regel nicht für geringfügige Beschäftigte. Hier nehmen die EU-Länder Spanien und Portugal eine Vorreiterrolle ein, wo Arbeitnehmer/innen bereits ab 0 Arbeitsstunden sozialversichert sind.

Da der Großteil der Frauen in der Europäischen Union aufgrund ihrer familiären Situation in sog. ungeschützten Arbeitsverhältnissen tätig ist, ist hier eine Absicherung in den Sozialsystemen auf nationaler Ebene dringend erforderlich.

Die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung fordert beispielsweise seit Jahren die Sozialversicherungspflicht für Arbeitnehmer/innen ab der ersten Mark Arbeitsentgelt. In der Bundesrepublik Deutschland liegt die Sozialversicherungsgrenze z. Zt. bei DM 560,—.

Was die Sozialversicherung der Frauen anbelangt, die in ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen tätig

sind, ist hier die Altersarmut stark verbreitet. Um Abhilfe zu schaffen, müßten die EU-Länder auf nationaler Ebene Alterssicherungssysteme einführen, die u.a. eine staatliche Mindestrente, unabhängig von der Erwerbstätigkeit, sichern.

IV. Frauenarbeitslosigkeit in der Europäischen Union

Die Frauenarbeitslosigkeit hat in den letzten Jahren stark zugenommen und ist durchschnittlich doppelt so hoch wie bei den Männern. 1990 lag die Arbeitslosenquote der Frauen bei 11,1 %, die der Männer dagegen nur bei 6,5 %. 53 von 100 Erwerbslosen sind Frauen.²¹⁾

In Spanien, Süditalien und Griechenland ist jede dritte Frau unter 25 Jahre arbeitslos.²²⁾ In der Bundesrepublik betrug der Anteil der unter 35-jährigen Frauen 1991 44,5 %.²³⁾

Im Zeichen der zunehmenden Arbeitslosigkeit in den EU-Ländern sind Frauen in fast allen EU-Staaten stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer, wobei sie oft nicht in der amtlichen Arbeitslosenstatistik ausgewiesen sind, da sie sich nicht arbeitslos melden, aufgrund ungünstiger Arbeitsmarktchancen.

Als Grund für die allgemein steigende Arbeitslosigkeit wird neben wirtschaftlichen Ursachen u.a. die Tatsache gesehen, daß die Erwerbs-

beteiligung von Frauen stetig ansteigt, da auf das gleiche bzw. ein reduziertes Arbeitsplatzangebot erheblich mehr Bewerber/innen kommen. In diesem Zusammenhang werden auch wieder Stimmen laut, die Erwerbstätigkeit von Frauen im Wege von finanziellen Anreizen bei Aufgabe der Erwerbstätigkeit zurückzudrängen.

So sind derzeit insbesondere auf tarifvertraglicher und betrieblicher Ebene Bestrebungen im Gange, Frauen aus Doppelverdienerreihen zur Aufgabe ihres Arbeitsplatzes mit oder ohne finanzielle Anreize zu bewegen.

Frauen wurden dabei von jeher als sog. „Reserven“ für den Arbeitsmarkt genutzt.

Dort wo ihre Arbeitskraft unentbehrlich ist, werden sie eingesetzt, wo sie sich zu Konkurrentinnen der Männer entwickeln, wird versucht, deren Erwerbstätigkeit zurückzudrängen.

Es stellt sich nun die Frage, warum gerade die Frauen verstärkt von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Zum einen sind die Berufsfelder, die von Frauen wahrgenommen werden, weniger krisensicher als Männerarbeitsplatzbereiche und dadurch besonders anfällig für Arbeitslosigkeit.

Der technische Wandel kostete bisher vor allem Arbeitsplätze im gewerblichen Bereich, die mit an- bzw. ungelerten Frauen besetzt waren. Aufgrund zunehmender Einführung von Information- und Kommunikati-

onstechniken in Büro und Verwaltung muß in Zukunft auch dort mit einem Abbau von Arbeitsplätzen gerechnet werden, für die bisher nur geringe Qualifikationen erforderlich waren. Auf diesen Arbeitsplätzen sind ebenfalls zum größten Teil Frauen (Bürogehilfinnen, Schreibkräfte, usw.) beschäftigt. Die Konzentration auf wenige „frauentypische Berufe“ verengt den Arbeitsmarkt.

Frauen mit qualifizierter Ausbildung in Berufen, die traditionell nicht den Frauen zugeordnet sind (gewerblich-technischer Bereich, Fachhochschul- und Hochschulausbildung außerhalb der Sozial- und Lehrberufe), treffen immer noch auf deutliche Vorurteile und Vorbehalte.

Weiter unterbrechen viele Frauen aus familiären Gründen ihre Berufstätigkeit. Ihre Berufsrückkehr nach dieser Familienphase ist oft mit großen Schwierigkeiten verbunden. In ländlichen Gebieten erschwert zudem das traditionelle Rollenverständnis den Frauen eine Rückkehr in den Beruf.

Die Branchen mit einem hohen Frauenanteil, wie z.B. die Textil- und Bekleidungsindustrie sowie andere arbeitsintensive Industriesektoren sind im Zuge des Europäischen Binnenmarktes einem höheren Wettbewerbsdruck durch ausländische Unternehmen ausgesetzt. Hier sind vor allem ungelernete Frauen, Frauen, die in ungeschützten oder Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen stehen, Frauen, die alleinerziehend sind, von

zunehmendem Arbeitsplatzabbau betroffen. Zwischen 1986 und 1990 ging die Beschäftigung hier EU-weit um 9,4 % zurück.²⁴⁾

Insoweit führt der Europäische Binnenmarkt zu einer Verschlechterung der Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt.

Eine geringe Schulbildung führt zwar häufig zu höherer Frauenarbeitslosigkeit. In den EU-Staaten Griechenland, Italien und Spanien sind jedoch gerade die gutausgebildeten Frauen stärker von Arbeitslosigkeit betroffen, was nach wie vor mit geschlechtsspezifischen Strukturen zusammenhängt.

Weiter sind Frauen stärker von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen als Männer, 1989 waren 52,6 % aller Langzeitarbeitslosen in der EU Frauen. Da die Zahl der erwerbstätigen Frauen geringer ist als die der Männer bedeutet dies, daß Frauen in starkem Maße von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind. Das gilt für alle Mitgliedstaaten mit Ausnahme der Niederlande und Großbritannien.²⁵⁾

Sind die Frauen arbeitslos, so setzt sich beim Anspruch, der Dauer und der Höhe der Leistungen ihre Benachteiligung fort. In den meisten EU-Ländern richten sich die Unterhaltszahlungen nach der Beschäftigungsdauer. Da Frauen häufiger und länger arbeitslos als Männer sind, haben sie seltener Anspruch auf Arbeitslosengeld.

Weiter wird die Höhe der Lei-

stung von den vorherigen Gehältern bestimmt, so daß die Frauen auch hier infolge der Lohndiskriminierung und der Tatsache, daß sie meist nicht vollbeschäftigt sind, in der Regel geringere Leistungen als Männer erhalten.

Für viele Frauen entfällt ein Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung, da sie unterhalb der Sozialversicherungsgrenze beschäftigt sind oder „schwarz“ arbeiten.

In den Ländern der EU erhalten über die Hälfte der Männer Arbeitslosenunterstützung, während nur ein Drittel der Frauen sozialen Schutz während der Arbeitslosigkeit genießen.²⁶⁾

Beispielsweise erhielten in der Bundesrepublik im September 1989 28,3 % der arbeitslosen Frauen, aber nur 16,4 der arbeitslosen Männer keinerlei Leistungen.²⁷⁾

Bei Teilzeitbeschäftigten ist der Anspruch entsprechend geringer. Bei verheirateten Frauen wird häufig das Einkommen des Ehepartners auf die Bemessungsgrenze der Arbeitslosenunterstützung angerechnet, wobei vom Leistungsausschluß insoweit insbesondere Frauen betroffen werden.

V. Soziale Sicherung der Frauen in der Europäischen Union

Frauen sind aufgrund der Tatsache, daß sie in der Praxis nach wie vor aufgrund festgefahrener Rollen-

verteilung gezwungen sind, Familien- und Erwerbsarbeit miteinander in Einklang zu bringen, auch im Rahmen des Alterssicherungssystems benachteiligt.

Wie wir gesehen haben, sind Frauen überproportional in Teilzeitarbeitsverhältnissen und ungeschützten Arbeitsverhältnissen beschäftigt, so daß sie entweder völlig von den Alterssicherungssystemen ausgeschlossen sind oder entsprechend geringe Anwartschaften erwerben konnten.

Weiter wirkt sich hier die Diskriminierung der Frauen beim Lohn nochmals bei der Höhe der zu erlangenden Alterssicherung aus.

Aufgrund der geringeren Anzahl von Versicherungsjahren und der niedrigeren Verdienste ergibt sich beispielsweise in der Bundesrepublik für Frauen eine durchschnittlich um mehr als die Hälfte niedrigere Versicherungsrente als für Männer. Selbst bei denjenigen Frauen, die 35 Versicherungsjahre und mehr aufweisen, betrug 1990 die durchschnittliche Rentenhöhe nur 70 % derjenigen der Männer.²⁸⁾

Dabei wirken sich die Benachteiligungen für Frauen je nach Art des Versicherungssystems, das in den einzelnen EU-Staaten zur Anwendung kommt, unterschiedlich stark aus. Bei den nationalen Alterssicherungssystemen kann man grundsätzlich 3 Typen unterscheiden:²⁹⁾

- Eigenständige Sicherung, hier wird nochmals unterschieden

zwischen Grund- und Staatsbürgerversorgungssystemen und erwerbseinkommensbezogenen Systemen

- Anknüpfung an die Sicherung des Partners
- Beteiligung an den Anwartschaften des Partners

Die verschiedenen nationalen Systeme sind im Hinblick darauf zu untersuchen, wie sie den speziellen Bedürfnissen der sozialen Alterssicherung der Frau Rechnung tragen.

1. Eigenständige Sicherung

Soweit eine eigenständige Sicherung der Frau angestrebt wird, so sind die Instrumente mit denen diese Ziel erreicht werden soll in den verschiedenen Sicherungssystemen unterschiedlich. Der wichtigste Unterschied besteht darin, ob es sich um ein Grund- und Staatsbürgerversorgungssystem oder um ein Sozialversicherungssystem handelt, das an den dem Erwerbseinkommen anknüpft.

Die Grund- und Staatsbürgerversorgungssysteme können steuer- oder beitragsfinanziert sein. Bei den steuerfinanzierten Systemen kann man weiter danach unterscheiden, ob die Leistungen bedarfsabhängig oder bedarfsunabhängig ausgestaltet sind.

Allgemeine Grundsicherungssysteme, die bedarfsabhängig sind, weisen die Länder Spanien, Italien, Portugal und Belgien auf. Die Bedarfsabhängigkeit kann jedoch

sehr unterschiedlich ausgestaltet sein. Auf eine Heranziehung der Unterhaltspflichtigen wird in der Regel verzichtet, die Leistungen werden als Renten und nicht etwa als Fürsorge qualifiziert.

In Frankreich wird die Grundsicherung aus Steuermitteln bzw. nur für eine bestimmte Personengruppe, nämlich Frauen von Arbeitnehmern mit mindestens 5 Kindern, gewährt.

In Dänemark gibt es hingegen eine bedarfsunabhängige Grundrente.

In Schweden und den Niederlanden werden die Grundrenten durch Beiträge finanziert, wobei die Beiträge nicht mit den bundesrepublikanischen Sozialversicherungsbeiträgen vergleichbar sind, da zwischen den Leistungen und den Beiträgen in diesen Staaten keine oder nur eine sehr lockere Beziehung besteht.

Das Leistungsniveau bei den beitragsfinanzierten Grundrenten ist dabei regelmäßig höher als bei den steuerfinanzierten Leistungen.

Im Hinblick auf die Benachteiligung von Frauen ist festzuhalten, daß vor allem die Systeme einer steuerfinanzierten Grundrente sicherstellen, daß auch Frauen im Alter eine Grundsicherung erhalten, und zwar auch dann, wenn sie keine oder nur kurzfristig Erwerbstätigkeiten ausgeübt haben.

Im Hinblick auf das Gebot der Gleichbehandlung stellen jedoch auch die Grundsicherungssysteme nicht die optimale Lösung dar, da auch in die-

sen Staaten regelmäßig ergänzende Sicherungssysteme bestehen, die an die Erwerbstätigkeit anknüpfen. Hier wirkt sich Familienarbeit dann erneut nachteilig für die Alterssicherung aus.

Bei erwerbseinkommensbezogenen Systemen ergeben sich spezifische Schwierigkeiten für die Alterssicherung von Frauen. Wird die Alterssicherung nur auf die Erwerbstätigkeit bezogen, führt dies dazu, daß familiäre Tätigkeiten, wie Kindererziehung und Pflege von Familienangehörigen, bei der Alterssicherung unberücksichtigt bleiben. Weiter schlagen sich hier die niedrigen Frauenlöhne auch bei der Höhe der Rentenanswartschaften nieder.

Zur Linderung dieses Problems werden in Spanien und Italien Mindestrenten gewährt. Auch besteht die Möglichkeit, Umverteilungsmechanismen ins Sicherungssystem einzubauen, die sich zugunsten der Versicherten mit geringen Verdiensten auswirken oder im System schlechteren Zeiten auszuschließen bzw. nur die besten Jahre zählen zu lassen.

Zeiten familiärer Tätigkeit können für die Bemessung der Altersrenten berücksichtigt werden. Hier werden teilweise als relevante Zeiten nur solche der Kindererziehung anerkannt, teilweise werden aber auch Pflegezeiten in gleicher oder ähnlicher Weise wie Kindererziehungszeiten berücksichtigt.

Dies wird teilweise durch Steuer-

mittel, teilweise im Rahmen der Solidargemeinschaft der Beitragszahler finanziert. Unterschiede bestehen hier vor allem bezüglich der Bewertung der familiären Tätigkeiten. In Frankreich, Italien, Spanien und Belgien werden diese Zeiten mit Versicherungszeiten gleichgesetzt. Sie können aber auch zu einer Pflichtversicherung führen. In Frankreich werden dabei weiter die Kleinrenten im Falle der Kindererziehung aufgestockt.

Lücken in der Rentenbiographie, die auf fehlender Erwerbstätigkeit beruhen, können in gewissem Umfang durch freiwillige Beiträge ausgeglichen werden.

In Deutschland ist diese Möglichkeit, soweit nicht im Falle der Pflege eine Umwertung zu Pflichtbeiträgen erfolgen kann, insoweit mit Nachteilen verbunden, als ein Invaliditätsschutz nur mit Pflichtversicherungsbeiträgen begründet werden kann.

2. Anknüpfung an die Sicherung des Partners

Wichtigste Gestaltungsform bei der Anknüpfung an die Sicherung des Partners ist die Hinterbliebenenversicherung, die in vielen Sozialsystemen wiederzufinden ist.

Hier gibt es jedoch unerwünscht Kumulationen, gleichzeitig aber auch Versorgungsdefizite.

Weiter knüpft die Hinterbliebenenversicherung zunächst an eine gültige Ehe an, so daß bei der derzei-

tigen Zunahme der nichtehelichen Lebensgemeinschaften die gesellschaftliche Frage zu entscheiden ist, ob insoweit auch eine nichteheliche Partnerschaft genügt.

Als nachteilig ist im Zusammenhang mit der Gleichstellungspolitik insoweit auch die Tatsache zu sehen, daß die Frau bei diesem Modell die Versorgungsberechtigung vom Partner ableiten muß und diese nicht selbst erwirbt.

3. Beteiligung an den Anwartschaften des Partners

Das Gleiche gilt für die Beteiligung an den Anwartschaften des Partners. Dieses System ist jedoch nur für den Fall der Trennung einer Lebensgemeinschaft vorgesehen, und nicht etwa während des Bestehens der Ehe.

Als Beispiel ist hier der Versorgungsausgleich nach deutschem Recht zu nennen, wobei derjenige Partner, der während der Ehezeit geringere Rentenanwartschaften erworben hat, gegen den Partner einen Anspruch auf Übertragung der Hälfte dessen Überschusses geltend machen kann.

In Belgien ist im Fall der Scheidung eine besondere Gutschrift zugunsten des schwächeren Partners vorgesehen, die jedoch zu Lasten der Solidargemeinschaft geht, weil keine Minderung der Anwartschaften bei dem anderen Partner erfolgt.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß der Blick in die einzelnen

EU-Länder zeigt, daß es keine Idealösung für das Problem der Alterssicherung der Frauen gibt.

Eine gesellschaftliche Benachteiligung von Frauen bei der Alterssicherung ist dort weniger stark ausgeprägt, wo aus dem Staatshaushalt finanzierte Grundsicherungssysteme bestehen. Auch hier findet allerdings eine Benachteiligung der Frauen insoweit statt, als dadurch lediglich eine Mindestversorgung gewährleistet wird und sich wieder Unterschiede im Sicherungsniveau bei den jeweiligen Ergänzungssystemen, die an eine Erwerbstätigkeit anknüpfen, ergeben. Hier wirken sich dann erneut die unterschiedlichen Erwerbsbiographien von Männern und Frauen aus.

Am besten scheint das Problem der Alterssicherung der Frauen dort zu lösen zu sein, wo verschiedene Instrumente kombiniert werden, wie dies derzeit z.B. in Frankreich und Dänemark der Fall ist.

Eine befriedigende Lösung kann wohl nur durch ein Maßnahmenbündel erreicht werden.

Das Europaparlament hat zusammen mit den europäischen Gewerkschaften mehrfach eine Harmonisierung der nationalen Sicherungssysteme gefordert. Diese Forderung stößt jedoch auf Ablehnung bei den konservativen Regierungen der EU-Länder sowie den Unternehmensverbänden.

VI. Die Stellung der Frau in der Kirche

Von den 26,2 Mio Angehörigen der römisch-katholischen Kirche sind mehr als die Hälfte Frauen. Unter den aktiven Gläubigen und ehrenamtlich Tätigen sind Frauen weit in der Überzahl. Das angewandelte Selbstverständnis der Frau nimmt Einfluß auf ihre Art zu glauben, auf das Zusammenspiel von Glaube und Lebensprozessen.³⁰⁾

Anfang 1993 legte das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz eine vom Institut für Demoskopie in Allensbach erstellte Repräsentativuntersuchung „Frauen und Kirche“ vor, deren Inhalt es war, die Lebenssituationen und das Lebensgefühl heutiger Frauen realitätsnah in den Blick zu nehmen.³¹⁾

Danach erleben mehr als die Hälfte aller katholischen Frauen, nämlich 54 %, die Kirche eher als „Männerkirche“. Bei den Frauen unter 30 Jahren sind dies mehr als zwei Drittel. Nur jede fünfte Frau traut der Kirche Verständnis für Anliegen und Probleme heutiger Frauen zu.

45 % der Frauen vermuten bei der katholischen Kirche ein festgefügt, eindimensionales Frauenbild, das u.a. mit Begriffen, wie „aufopfernd, dienend, dem Mann untertan“ charakterisiert wird.

Glaubenszeugnissen von Frauen wird immer noch wenig Bedeutung

beigemessen, vor allem weil ihre Stimme in Gottesdiensten bisher zu wenig Raum hat.

Die Tatsache, daß nach der Studie zwei Drittel aller Katholikinnen die katholische Kirche zu den gesellschaftlichen Bereichen zählt, in denen die Gleichberechtigung von Männern und Frauen nur unzureichend verwirklicht ist, ist alarmierend.

Dennoch sind weiterhin überproportional viele Frauen in der Kirche engagiert, Frauen prägen Kirche vor Ort in den meisten ihrer Dienste, auf dem Gebiet der Caritas, also Diensten, die auch heute noch als wichtiges Zeichen der Glaubwürdigkeit der Kirche gelten. In der Ausbildung der Ordnung der Ämter und Dienste, spielt nicht das Individuum, sondern das Geschlecht eine Rolle. Auch heute gilt immer noch das Prinzip in der katholischen Kirche, daß nur ein getaufter Mann die Weihe gültig empfangen kann, wobei diese Weihe in der Regel zugleich die Voraussetzung zur Wahrnehmung wirklicher Leitungsaufgaben ist.

Frauen fordern zunehmend die Anerkennung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit und eine partnerschaftliche Mitwirkung an wichtigen Entscheidungen sowie Gleichberechtigung in Leitungsfunktionen.

Annette Schavan führt in diesem Zusammenhang aus: „Unsere Zeit bietet, davon bin ich zutiefst überzeugt, dieser Kirche wesentliche Chancen der Erneuerung – und damit



Die Kirche, wie Jesus sie wollte, hat wenig mit Rollen- und Machtverteilung, dafür aber viel mit geschwisterlicher Freude, Freundlichkeit und Anteilnahme zu tun Foto: Brockmeier

auch in der Frauenfrage. Warum sollte das, was mit Begriffen wie Emanzipation und Selbstverwirklichung gemeint ist, konträr zur Botschaft des Christentums stehen? Da überlassen wir Begriffe anderen, die sie dann für sich besetzen, anstatt sie im Kontext der christlichen Botschaft zu entfalten und offensiv zu vertreten. Jeder Mensch ist berufen zur Freiheit, berufen zur Entfaltung seiner Talente und Begabungen, und nichts anderes bedeutet Emanzipation und Selbstverwirklichung. Frauen erwarten, daß die Emanzipation der Frau, ihr ge-

wandeltes Selbstverständnis, Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in der Kirche tatsächlich realisiert werden. Es ist zunehmend wichtig, daß Frauen in die klassischen theologischen Disziplinen gelangen³²⁾

Die von Papst Paul Johannes Paul II, im Rahmen des apostolischen Schreibens „*Ordinatio Sacerdotalis*“ getroffene Aussage, „die Priesterweihe, durch welche das von Christus seinen Aposteln anvertraute Amt übertragen wird, die Gläubigen zu lehren, zu heiligen und zu leiten“, sei

in der katholischen Kirche von Anfang an ausschließlich den Männern vorbehalten gewesen, so daß die Kirche nicht die Vollmachten besitzt, Frauen die Priesterweihe zu erteilen, bedeutet für die Frauen in der Kirche, die auch auf diesem Gebiet um eine Gleichstellung mit den Männern kämpfen, einen schwereren Rückschlag.

Konsequenzen zur Veränderung der Situation von Frauen in der Kirche sind von höchster Dringlichkeit. Es bleibt zu hoffen, daß die Kirche den gesellschaftlichen Wandlungsprozeß, auf den Frauen besonders sensibel reagieren, ernst nimmt, so kann sie zu einer aktiv die Gesellschaft gestaltenden Kraft werden.³³⁾

VII. Ausblick

Auf EU-Ebene sind bisher fünf Richtlinien zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen erlassen worden:

- Richtlinie zur Gleichstellung im Bereich der sozialen Sicherheit, die die Gleichbehandlung im Bereich der gesetzlichen Systeme der sozialen Sicherheit zum Inhalt hat³⁶⁾
 - Richtlinie zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen bei den betrieblichen Systemen der sozialen Sicherheit, die sich mit der Gleichstellung im Bereich der betrieblichen Systeme der sozialen Sicherheit befaßt³⁷⁾
 - Gleichbehandlungsrichtlinie bei selbständiger Erwerbstätigkeit, die sich mit der Gleichstellung von Männern und Frauen, die eine selbständige Erwerbstätigkeit – auch in der Landwirtschaft – befaßt³⁸⁾
 - Mutterschutzrichtlinie³⁹⁾
- Eine Rechtspflicht der Mitgliedsstaaten, Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit von Männern und Frauen zu treffen, enthält das EU-Recht bisher nicht. Es gibt lediglich eine Empfehlung des Rates zur Förderung positiver Maßnahmen für Frauen. Darin wird den Mitgliedsstaaten empfohlen, ein Bündel positiver Maßnahmen vorzunehmen, um die faktischen Ungleichheiten, mit denen Frauen im Berufsleben konfrontiert sind, zu beseitigen und die Aufhebung der Geschlechtertrennung auf dem Arbeitsmarkt zu fördern.
- In der Praxis ist es dabei erforderlich, daß die EU eine größere Kompetenz bekommt, um schneller
- Richtlinie zur Lohngleichheit, sie präzisiert den Grundsatz des gleichen Entgelts, der im EU-Vertrag selbst enthalten ist³⁴⁾
 - Gleichbehandlungsrichtlinie, die sich mit den Bereichen Zugang zur Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg und mit den Arbeitsbedingungen befaßt³⁵⁾

und effektiver, notfalls auch gegen den Willen einzelner Mitgliedsstaaten, Richtlinien und Gesetze zu erlassen und deren Umsetzung besser zu kontrollieren, ggf. anzuordnen.

Wichtig ist weiter, daß Gesetze konkreter formuliert werden.

Vordringlichste Aufgabe im Zusammenhang mit der Gleichstellung der Frauen in der Europäischen Union ist die Verbesserung der Arbeitsmarktsituation von Frauen. Dabei müssen die Aktionsprogramme der Europäischen Union zur Chancengleichheit für Frauen zum einen durchsetzbar zwingend festgeschrieben werden, wobei diese nicht nur in die Sozial- bzw. Beschäftigungspolitik, sondern insbesondere auch in die Wirtschaftspolitik der Europäischen Union Eingang finden müssen.

Frauenrechte müssen europaweit auf einem möglichst hohen Niveau angeglichen und umgesetzt werden. Um das zu erreichen, müssen Frauen in weit stärkerem Maße als bisher an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen beteiligt sein.

Nur 19,3 % der Mitglieder des Europaparlaments sind Frauen. Noch schlechter sieht es in den nationalen Parlamenten aus, hier liegt der Durchschnitt europaweit bei 11 %.

In der Bundesrepublik sind es beispielsweise 21 % Frauen, was in der Hauptsache auf die Quotenregelung der SPD und der Grünen zurückzuführen ist.

Dänemark und die Niederlande

schneiden im Vergleich ebenfalls verhältnismäßig gut ab mit 33 % und 24 %. Die Schlußlichter bilden das Vereinigte Königreich mit 7,4 %, Frankreich mit 4,8% und Griechenland mit 4,7 %.

Dabei zeigt sich, daß nur die Länder Fortschritte in dieser Frage erzielen, die starre oder flexible Quoten aufweisen. Dänemark hat beispielsweise vor 6 Jahren die Wahlgesetze geändert, danach müssen mindestens 30 % Frauen auf den Kandidatenliste stehen.⁴⁰⁾

Nachstehende Einzelmaßnahmen sind im Zusammenhang mit der Gleichstellung der Frauen unabdingbar:

1. Eine effektive Wirtschafts-, Beschäftigung- und Sozialpolitik der EU-Staaten, die an frauenpolitischen Interessen ausgerichtet ist.
2. Ein erweiterter Arbeitsbegriff, der nicht nur die Erwerbsarbeit, sondern auch die Familienarbeit miteinbezieht, insbesondere die Aufwertung der Familienarbeit in der Gesellschaft.
3. Der Abbau überkommener Rollenzuweisungen und die partnerschaftliche Arbeitsteilung im Bereich der Familie.
4. Die Einführung familiengerechter Arbeitszeiten.
5. Die finanzielle Förderung spezieller Ausbildungs-, Fort- und Weiterbildungs- sowie Beschäf-

- tigungsprogramme, die auf die Bedürfnisse der Frauen zugeschnitten sind.
6. Die finanzielle Anerkennung der Arbeit im Zusammenhang mit der Aufzucht von Kindern und die Gleichstellung mit der Erwerbsarbeit, um die effektive Wahlfreiheit zwischen Erwerbs- und Familienarbeit zu gewährleisten.
 7. Die Einführung von Elternurlaubsphasen mit Lohnersatzleistungen.
 8. Der Ausbau und die Finanzierung gesellschaftlicher Kinderbetreuungsmöglichkeiten (Kindertagesstätten, usw.)
 9. In der Familienpolitik, vor allem im Steuerrecht, weg von der Förderung der Ehe als Institution zur Förderung der Familie (Familien- statt Ehegattensplitting)
 10. Eine Erhöhung der Zahl der Frauen in Führungspositionen und politischen Ämtern.
 11. Die Einführung starrer oder flexibler Quoten, um die Zahl der Frauen in den nationalen Parlamenten zu erhöhen, so daß frauenspezifische Vorstellungen in gesetzliche Regelungen umgesetzt werden könne.
 12. Die Einführung einer generellen Sozialversicherungspflicht aller Beschäftigungsverhältnisse und ein Verbot ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse.
 13. Die Festschreibung gleicher arbeits-, sozial- und tarifrechtlicher Bestimmungen für die Teilzeitarbeit wie für die Vollzeitarbeit.
 14. Der Abbau von geschlechtsspezifischen Einstellungshindernissen.
 15. Die weitere Öffnung der sog. „klassischen Männerberufe“ für Frauen.
 16. Die Schaffung eines europäischen Alterssicherungssystems, daß nicht lediglich an der Erwerbsarbeit anknüpft und frauenspezifische Benachteiligungen finanziell auffängt.
 17. Die Abkopplung der Sozialversicherungsansprüche von geleisteten Mindestarbeitszeiten oder Mindesteinkommen.
 18. Die Förderung geschlechts- bzw. rollenneutraler Sozialisation der Kinder im Elternhaus und in den öffentlichen Bildungseinrichtungen
- Zusammenfassend kann mit Blick auf die Ausgangsfrage, Frauen in Europa – Die vergessene Hälfte?, gesagt werden:
- Maastricht kann frauenpolitisch nicht als Erfolg gewertet werden.⁴¹⁾**

ANMERKUNGEN

- 1) Hildegard Kaluza u. Susanne Schunter-Kleemann in Susanne Schunter-Kleemann, EG-Binnenmarkt-EuroPatriarchat oder Aufbruch der Frauen?, 1994, S. 27 ff.
- 2) Marlene Lohkamp-Himmighofen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Situation in den 12 Ländern der EG, in Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung das Parlament vom 18.02.1994, S. 7
- 3) ebenda, S. 9
- 4) Katrin Lühder, Frauenerwerbstätigkeit in den Mitgliedstaaten der EG – Ein Vergleich, in Institut, Frau und Gesellschaft, 1991, S. 67 ff.
- 5) vgl. Fußnote 3
- 6) Astrid Deusch, Die Besteuerung der nicht-ehelichen Lebensgemeinschaft und der Ehe im Einkommensteuerrecht – Ein Vergleich unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten, Dissertation 1993, S. 9 ff.
- 7) vgl. Fußnote 1
- 8) vgl. Fußnote 2
- 9) vgl. Fußnote 4, S. 80 f.
- 10) Angelika Merkel, Was bringt Europa für die Frauen?, in Information für die Frau 1994, S. 12, 13
- 11) Eurostat, Europa in Zahlen, 3. Ausgabe, 1992, S. 108
- 12) EG-Kommission: Beschäftigung in Europa 1989, Luxemburg 1989, S. 87 f.
- 13) Bundesministerium für Frauen und Jugend, Frauen in der Bundesrepublik Deutschland, 1992, S. 60
- 14) vgl. Fußnote 9
- 15) Irmgard Wagner, Wie lange müsse Frauen noch besser sein?, Frau und Beruf Zeitschrift für die berufstätige Frau 1989, S. 2
- 16) vgl. Fußnote 13, S. 33, 37
- 17) Peisert H. u.a., Frauen 1989, Studiensituation und studentische Orientierungen an Universitäten und Fachhochschulen
- 18) EG-Kommission: Beschäftigung in Europa 1990, Luxemburg 1990 S. 60 f.
- 19) vgl. Fußnote 11 S. 118
- 20) vgl. Fußnote 13
- 21) vgl. Fußnote 11, S. 121
- 22) Christa Randzio-Plath, Die Reform der Strukturfonds und die Frauen, in Information für die Frau 1993, S. 10 f.
- 23) vgl. Fußnote 13, S. 54
- 24) ebenda S. 192
- 25) ebenda S. 123
- 26) vgl. Fußnote 22
- 27) Bundesregierung Referat 112: Daten zur Frauenarbeitslosigkeit, Mai 1990
- 28) vgl. Fußnote 13, S. 96
- 29) Bernd Baron von Maydell, Die Soziale Sicherung der Frau in der EG, in Mitteilungen der Landesversicherungsanstalt Oberfranken und Mittelfranken. Nr. 12/1992, S. 669 ff.
- 30) Annette Schavan, Das gewandelte Selbstverständnis von Frauen ist nicht folgenlos, in Herder-Korrespondenz 1994, S. 20 ff.
- 31) Frauen und Kirche. Eine Repräsentativbefragung von Katholikinnen im Auftrage des Sekretariats der Deutschen Bischofskonferenz, durchgeführt vom Institut für Demoskopie Allensbach, Bonn 1993
- 32) vgl. Fußnote 30, S. 22
- 33) Arbeitsstelle für Frauenseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz, Frauen und Kirche, Anmerkungen zu einer Allensbacher Repräsentativuntersuchung Impulse für die Pastoral, 1994, S. 14
- 34) Richtlinie des Rates 75/117/EWG zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen vom 10.02.1975. ABL L 45/19
- 35) Richtlinie des Rates 76/207/EWG zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und

Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie im Bezug auf die Arbeitsbedingungen vom 09.02.1976, ABL Nr. L 39/40

- 36) Richtlinie des Rates 79/7/EWG zur schrittweisen Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Bereich der sozialen Sicherheit vom 19.12.1978, ABL L45/19

- 37) Richtlinie des Rates 86/378/EWG zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen bei den betrieblichen Systemen der sozialen Sicherheit vom 24.07.1986, ABL L225/40

- 38) Richtlinie des Rates 86/613/EWG zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen, die eine selbständige Erwerbstätigkeit auch in der Landwirtschaft - ausüben, sowie üben den Mutterschutz, ABL Nr. L359/56

- 39) vgl. Fußnote 38

- 40) Suzanne Seeland, Frauenquote in der Politik, in Information für die Frau 1994, S. 12

- 41) ebenso Ninon Colneric, Europa – Ein Europa der Frauen?, in Information für die Frau 1994, S. 6 ff. (12)



Kennen Sie das auch?

Kaum ist der Fernseher eingeschaltet, beginnt auch schon das Spiel mit der Fernbedienung. Wildes Drücken der Programmtasten und hektisches Hin- und Herspringen zwischen verschiedenen Filmen lassen die Mattscheibe flimmern. Zerstreut werden zwei, drei Sendungen parallel geguckt, wobei auch mal der Faden verloren geht. Dann spielt der Ruhrpott-Krimi plötzlich auf einer Südsee-Insel. So wird der Fernsehabend zum streßvollen Flimmerabend.

Wir sagen: „Schluß damit!“

Die KATHOLISCHE PRESSE startet eine bundesweite Aktion unter dem Motto:

STOPPT DAS ZAPPEN MACHEN SIE MIT!

STOPPT DAS ZAPPEN MACHEN SIE MIT!

Kleben Sie einfach einen Aufkleber zur Erinnerung auf Fernbedienung oder Fernseher und schauen Sie sich mal wieder eine gute Sendung ganz intensiv und von Anfang bis Ende an. Vielleicht gibt es ja auch einen Film, der die ganze Familie oder den Freundeskreis interessiert. Wichtig ist nur, über die Auswahl zu entscheiden, bevor der Fernseher eingeschaltet wird. Und der Fernsehabend ist für alle spannend.



Viel Spaß beim Fernsehen ohne Zappen wünscht Ihre



**KATHOLISCHE
PRESSE**
ÖBIRASCHENW. VIELSEITIG 1

„UNTERWEGS ZUR EINHEIT“

**Predigt von Bischof Prof. DDr. Karl Lehmann,
Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, im
Hauptgottesdienst zum Abschluß des 92. Deutschen
Katholikentags am Sonntag, 3. Juli 1994, in Dresden**

Die Emmaus-Geschichte bringt im Neuen Testament vermutlich am stärksten das Leitwort dieses Katholikentages „Unterwegs zur Einheit“ zur Sprache. Wir alle sind müde, resignierte Wanderer auf den Straßen dieser Welt. Wie die Emmaus-Jünger haben wir hier in Dresden drei Tage über alles gesprochen, was sich ereignet hatte, und dazu unsere Meinungen ausgetauscht. Sie waren recht gemischt und manchmal auch wirr. Mit der immer noch vorhandenen Freude über die vor fünf Jahren geschenkte „Wende“ verbindet sich Enttäuschung, weil wir zwar zusammengefunden haben, aber noch nicht recht zusammengewachsen sind. Wir erfahren gerade hier in Dresden von Monat zu Monat einen unleugbaren Aufschwung, aber es geht uns alles zu langsam. Je mehr die europäischen Länder wirtschaftlich und politisch zusammenrücken, desto mehr erschrecken wir vor den Interessengegensätzen und dem Wiederaufleben alter Vorurteile. Allenthalben schießen wieder Nationalismen ins Kraut, die wir, wenn nicht für überwunden, so doch für bezähmt hiel-

ten. Viele Hoffnungen auf eine raschere Entwicklung der „Dritten Welt“ sind verflogen.

Wir dürfen uns nicht abwenden von diesen großen Aufgaben. Wir müssen beieinander bleiben, auch wenn wir uns heftig in die Haare geraten. Wir dürfen einander nicht lassen auf der Suche nach der Einheit unseres Landes, Europas und der Menschheitsfamilie. Gleichgültigkeit ist schlimmer als Streit. Unterwegs sein heißt Bereitschaft zum Gespräch, schließt auch Umwege und Abwege, ja manchmal auch Irrwege nicht aus, aber wir bleiben unbeirrbar einem Ziel verpflichtet, das wir nicht aus dem Auge lassen.

Dies gilt erst recht für die pilgernde Kirche. Sie ist zwar ihrer letzten Hoffnung gewiß, sie weiß aber auch um die Vorläufigkeit ihrer Schritte. Darum müssen wir mitten in aller Wahrheitssuche, von der wir nicht ablassen wollen, tolerant bleiben. Wir wehren uns, auf eine cliquenhafte Minderheit zusammenzuschmelzen. Dresden hat mit seinen vielen Gesprächen und Ständen in der Kirchenmeile gezeigt, wie viele

Wege und Freiheiten es in der Kirche gibt, weit ab von jeder gekünstelten Uniformität. Gerade so suchen wir in der Vielfalt eine neue Verbindlichkeit und damit auch eine neue Einheit, die mit unserem Hang zu Beliebigkeit ringt.

Gerade so wollen wir den Dialog mit den evangelischen Schwestern und Brüdern, der diesen Katholikentag so sehr gekennzeichnet hat, fortsetzen, um gemeinsam noch sehr viel besser gerüstet zu sein für das Gespräch mit den vielen, vielen Menschen in unserem Land und in Europa, die das Evangelium der Freiheit aus Gott noch nicht oder nicht mehr kennen. Von diesem Katholikentag in Dresden müssen ein neuer ökumenischer Schwung und ein frischer missionarischer Elan ausgehen, die morgen nicht einfach wieder wie ein abgebranntes Feuerwerk kraftlos auf die Erde fallen dürfen. Wir müssen diese unverkrampfte Weite des Geistes und des Herzens noch sehr viel mehr pflegen. Denn nichts anderes heißt Katholischsein für uns. Wir haben wieder dankbar erlebt, wie wir in unserer Kirche und dies heißt immer auch mit dem Papst als dem Zentrum der Einheit – weltweit, und doch ganz nahe, mit vielen Schwestern und Brüdern verbunden sind. Dies gilt gerade für Orte, wo offene Wunden sind. Ich nenne nur Bosnien, Ruanda und den Sudan.

Dieser Einsatz für die Nöte in unserer Gesellschaft und in der ganzen Welt kann uns auch bewahren, der unausrottbaren Gefahr ewiger Selbstbespiegelung zu verfallen, anstatt uns zuerst von den Zerrissenheiten und den Wunden unserer Welt bewegen zu lassen. Gerade dafür müssen wir aber als Kirche von innen, das heißt von Glaube, Hoffnung und Liebe her, stark werden, die Verschiedenheit der Kräfte zuzulassen, aber auch der Versuchung zu wehren, durch ein verführerisches Alledulden salzlos zu werden. Dafür brauchen wir einen neuen Stil des manchmal durchaus harten, aber menschenfreundlichen Umgangs miteinander. Wir wollen die Wahrheit nicht aufgehen, aber auch die Liebe nicht verraten. Wie könnten wir sonst Zeugen Jesu Christi sein in der Welt!

Während die Emmaus-Jünger ihren Weg gingen und überall dies sprachen, kam ein Unbekannter zu ihnen. Vielleicht ist es in diesen Tagen auch uns oft so gegangen, daß sich ein Fremder in unsere Gespräche einmischte und andere unvermutet in unsere Zelte fanden. So haben wir wieder erfahren, daß wir Jesus Christus in vielen Menschen entdecken können.

Einheit hat ihren Preis. Sie verlangt viel Wagnis und viel Risikobereitschaft. Wir brauchen darum immer wieder den anderen, den Fremden, der uns aus der Selbstzufrieden-

heit herausreißt, mit Recht unsere Kreise stört und unsere oft bornierten Horizonte sprengt. Und wenn diese anderen und Fremden gar Not leiden, können wir in den geringsten Schwestern und Brüdern Jesus Christus entdecken.

Nicht jeder Unbekannte ist Jesus. Darum enthüllt er sich auch auf dem Weg der Emmaus-Jünger selbst. Jesus korrigiert die Jünger auf dem Weg, weil sie sich nur an den sogenannten „Tatsachen“ allein orientierten. Sie haben die Hoffnung preisgegeben – das Schlimmste! Dann schließt Jesus ihnen das Wort der Schrift auf. Aber damit allein kann er ihnen noch nicht die Augen öffnen. So haben sie Sorge, sie könnten ihn wieder verlieren und bitten ihn darum: „Bleibe bei uns“. Bisher sind sie mehr nebeneinander als miteinander gegangen. Voll erkennen sie sich erst in der Gemeinschaft des Mahls, das als Eucharistie verstanden werden will. Das Geben Jesu ist offenbar die alles beherrschende Mitte.

So ist er, wie damals bei den Jüngern unterwegs nach Emmaus, auch heute unverstellt und unmittelbar gegenwärtig bei uns, nämlich im Wort der Schrift und in der Eucharistie. Wir versäumen nichts, wenn wir zu den Spätgeborenen gehören, sondern haben frischen Zugang zu ihm durch sein Wort und durch seine Hingabe beim Brotbrechen.

So erkennen wir, wie unterwegs Einheit wird. Dies geschieht jetzt, hier bei uns in Dresden. Darin vollendet sich unser Unterwegssein in den vielen Kirchen, in unserem Land, in Europa und in der ganzen Welt. Diese Weggemeinschaft, wie es unser Freund Klaus Hemmerle gerne sagte, endet nicht hier beim Abschlußgottesdienst, sondern jede Sammlung bedeutet Sendung: Der Geist von Dresden muß auch lebendig bleiben, wenn wir wieder in unsere jeweilige Heimat gehen. Wir müssen erzählen und bezeugen, was wir „unterwegs zur Einheit“ erlebt haben! Amen. (ZdK)

Spendenkonto Postgiro Köln 556-505

MISEREOR

*Aktion gegen Hunger und
Krankheit in der Welt*

Postfach 1450
52015 Aachen

KIRCHE UND STAAT

Die Neuordnung der Bistümer in Deutschland

Begriffe und Geschichte im Überblick

Paul Schulz

1. Neuordnung der Bistumsgrenzen

Nach der staatsrechtlichen Neuordnung der Bistumsgrenzen in Ostdeutschland zählen zur katholischen Kirche in der Bundesrepublik derzeit sechsundzwanzig Diözesen und der Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr. Als siebenundzwanzigstes Bistum wird das zu errichtende Erzbistum Hamburg in einigen Monaten hinzukommen. Von dieser Zahl sind sieben Diözesen Erzbistümer, zwanzig sind Bistümer.

Die Geschichte der auf der linken Rheinseite gelegenen ältesten deutschen Bistümer (**Trier, Mainz, Köln, Speyer**) beginnt bereits in der Römerzeit. Wesentliche Neugründungen (**Eichstätt, Erfurt, München-Freising, Passau, Regensburg, Würzburg**) kamen in der Mitte des achten Jahrhunderts hinzu, als der heilige Bonifatius, der „Apostel der Deutschen“, die Missionsbewegung nach Osten voranbrachte. Wenige Jahrzehnte später setzte Karl der Große

die Gründungen fort (**Münster, Osnabrück, Paderborn**). Mehrere Veränderungen brachte dann die Reformation mit dem Westfälischen Frieden. Der letzte wichtige Einschnitt erfolgte mit der Säkularisation, als Bistümer nach 1802 aufgelöst und 1821 grundlegend neugeordnet wurden. Die kirchliche Struktur erhielt damals im Gebiet der späteren Bundesrepublik in weiten Teilen ihre heutige Gestalt. Die Teilung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg hatte zu DDR-Zeiten kirchenjuristisch nur begrenzte Folgen. Die jetzt erfolgte Neuordnung – **Berlin** und die Neugründung **Hamburg** erhalten den Rang von Erzbistümern, die Apostolischen Administraturen **Magdeburg, Erfurt und Görlitz** werden Bistümer – kam erst nach der „Wende“ ins Rollen.

2. Begriffserläuterungen

2.1 Erzbistum, Erzdiözese, Kirchenprovinz, Metropole

Um ein gemeinsames pastorales Vorgehen von Nachbardiözesen ent-

sprechend den persönlichen und örtlichen Umständen zu fördern und um die Beziehungen der Diözesanbischöfe untereinander besser zu pflegen, werden benachbarte Bistümer (Teilkirchen, Suffragandiözesen) zu Kirchenprovinzen mit genau umschriebenem Gebiet verbunden (CIC Can. 431). Der Kirchenprovinz steht ein Metropolit vor.

Die Erzdiözese oder das Erzbistum (Metropolie), ist die erste Diözese in der jeweiligen Kirchenprovinz in der der Erzbischof (Metropolit) residiert. Innerhalb der Kirchenprovinz ist in gewissen kirchenrechtlichen Angelegenheiten das Erzbistum als Berufungsinstanz zuständig (Beispiele: Ehegerichtsbarkeit, Personalangelegenheiten. Erzbischof und Metropolitankapitel (Kathedralkapitel, Domkapitel) nehmen ihren Sitz in der Kathedralkirche der Metropolie. Dieses Kanonikerkapitel ist eine Gemeinschaft von Priestern, deren Aufgabe es ist, die feierlichen Gottesdienste in der Kathedralkirche durchzuführen. Seine Aufgabe ist es außerdem, solche Aufgaben wahrzunehmen, die ihm vom Metropoliten übertragen werden. (CIC Can. 503)

Bereits für das dritte Jahrhundert ist belegbar, daß sich einzelne Ortskirchen zu einem übergeordneten Gebilde, einer Kirchenprovinz, zusammenschlossen. Dies sollte die Missionierung und die Verwaltung erleichtern. Erstmals tauchte der Titel Metropolit für den Bischof der Haupt-

diözese im vierten Jahrhundert auf.

Die sieben deutschen Erzbistümer sind nach der Neuordnung: Bamberg, Berlin, Freiburg, Hamburg, Köln, München-Freising und Paderborn.

2.2 Bistum, Diözese, Sprengel

Diözese [griech. *dioikein* = halten; *dioikesesis* = Verwaltung] (gleichbedeutend mit Bistum, auch Sprengel; nach CIC Can. 368 „*ecclesia particularis* = Teilkirche“) ist die von einem Bischof geleitete seelsorgerische, verwaltungsmäßige und kirchenrechtliche Einheit in der katholischen Kirche. Dem Diözesanbischof kommt nach Kirchenrecht (CIC Can. 381) in der ihm anvertrauten Diözese die ganze, ordentliche, eigenberechtigte und unmittelbare Gewalt zu, die zur Ausübung des Hirtenamtes erforderlich ist.

In den ersten Jahrhunderten nach Christus stand der Begriff für die bischöfliche Stadtgemeinde, die sich mit der Missionierung des umliegenden Landes ausdehnte.

Die bischöfliche Verwaltungsbehörde zur Leitung des Bistums heißt (Diözesan)**Kurie** [lat. = Hof], **Ordinariat** [lat. = Amt] oder auch – da sie einem Generalvikar als Leiter untersteht – **Generalvikariat**. Diese Zentralstelle besteht aus jenen Einrichtungen und Personen, die dem Bischof bei der Leitung der gesamten Diözese helfen, insbesondere bei der Leitung der pastoralen Tätigkeit, bei

der Besorgung der Verwaltung der Diözese sowie bei der Ausübung der richterlichen Gewalt. (CIC Can. 469) (zum Domkapitel s. 2.1)

Der **Weihbischof** ist ein Hilfsbischof (Auxiliarbischof), der den Diözesanbischof vor allem bei den Weihfunktionen (Firmung, Kirchenweihe) unterstützen soll und ihn bei öffentlichen Anlässen vertreten kann. Zuweilen ist er auch als **Regionalbischof** zuständig für die Leitung der Seelsorge in einer Region der Diözese. Ein Auxiliarbischof besitzt nicht das Recht der Nachfolge. Dieses ist dem Bischofskoadjutor gegeben, der, sollte es dem Heiligen Stuhl bei Vorliegen schwerwiegender Umstände (z.B. schwere und dauerhafte Erkrankung des residierenden Bischofs) zweckmäßig erscheinen, von Amtswegen ernannt und mit besonderen Vollmachten ausgestattet werden kann.

2.3 Jurisdiktionsbereich

(*Jurisdiktion = Rechtssprechung, Gerichtsbarkeit*) Der Jurisdiktionsbereich bezeichnet kirchenrechtlich den Bereich in dem ein Bischof die Jurisdiktion oder Amtsgewalt ausübt. Bei einem Diözesanbischof stimmen Jurisdiktionsbereich und das Gebiet seines Bistums räumlich überein. Nicht so beim Militärordinariat des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr, das sich weniger durch eine territoriale Abgrenzung, als vielmehr aus der Zuständig-

keit für einen bestimmten Personenkreis (nämlich die Soldaten und die katholischen Familienmitglieder der Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit, auch wenn der Familienvater nicht katholisch ist) und ein Gebiet der Sonderseelsorge (als das Militärseelsorge verstanden wird) ergibt.

Der Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs ist „keine Teilkirche in ihrer rechtlichen Vollgestalt wie eine Diözese, aber eine Organisationsform der Teilkirche, da er wesentliche Merkmale aufweist, die für das Teilkirchesein charakteristisch und notwendig sind: Es ist ein auf personaler Ebene fest abgegrenzter Teil des Gottesvolkes, dem ein Bischof mit eigenberechtigter Gewalt vorsteht, der ein eigenes Presbyterium aus Priestern besitzt. ... Zudem finden sich in ihm die tragenden Elemente kirchlichen Lebens und Selbstvollzugs: die Verkündigung und Auslegung des Wortes Gottes (Katechese), die Feier der Sakramente (Liturgie) und der Dienst für den Menschen (Diakonie).“¹⁾

In seinem Jurisdiktionsbereich besitzt der Militärbischof, der in Deutschland immer zugleich residierender Diözesanbischof ist, die gleichen Pflichten und Rechte, wie sie den Diözesanbischöfen zukommt. Sein Jurisdiktionsbereich ist nach kirchlichem Recht den Diözesen gleichgestellt und wie diese von Rechts wegen mit der Qualität der Rechtspersönlichkeit ausgestattet.

3. Die Kirchenprovinzen und ihre Bistümer

Kirchenprovinz/ Erzdiözese (Grdg.-Jahr)	Diözese (Grdg.-Jahr)	Kirchenprovinz/ Erzdiözese (Grdg.-Jahr)	Diözese (Grdg.-Jahr)
3.1 Köln / Köln (3. Jhd.)	Aachen (1804) Essen (1958) Limburg (1827) Münster (792) Trier (3. Jhd.)	3.5 München u. Freising / München u. Freising (739)	Augsburg (6. Jhd.) Passau (8. Jhd.) Regensburg (739)
3.2 Paderborn / Paderborn (799)	Fulda (1752) Erfurt (1994) Magdeburg (1994)	3.6 Berlin / Berlin (1930 Bistum, Erzbistum 1994)	Dresden-Meißen (1921) Görlitz (1994)
3.3 Bamberg / Bamberg (1007)	Eichstätt (741) Speyer (vor 614) Würzburg (742)	3.7 Hamburg / Hamburg (1995)	Hildesheim (815) Osnabrück (803)
3.4 Oberrheinische Kirchenprovinz Freiburg / Freiburg (1827)	Mainz (3. Jhd.) Rottenburg-Stuttgart (1828)	3.8 (Jurisdiktions- bereich)	Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militär- bischofs für die Deutschen Bundeswehr (1956)

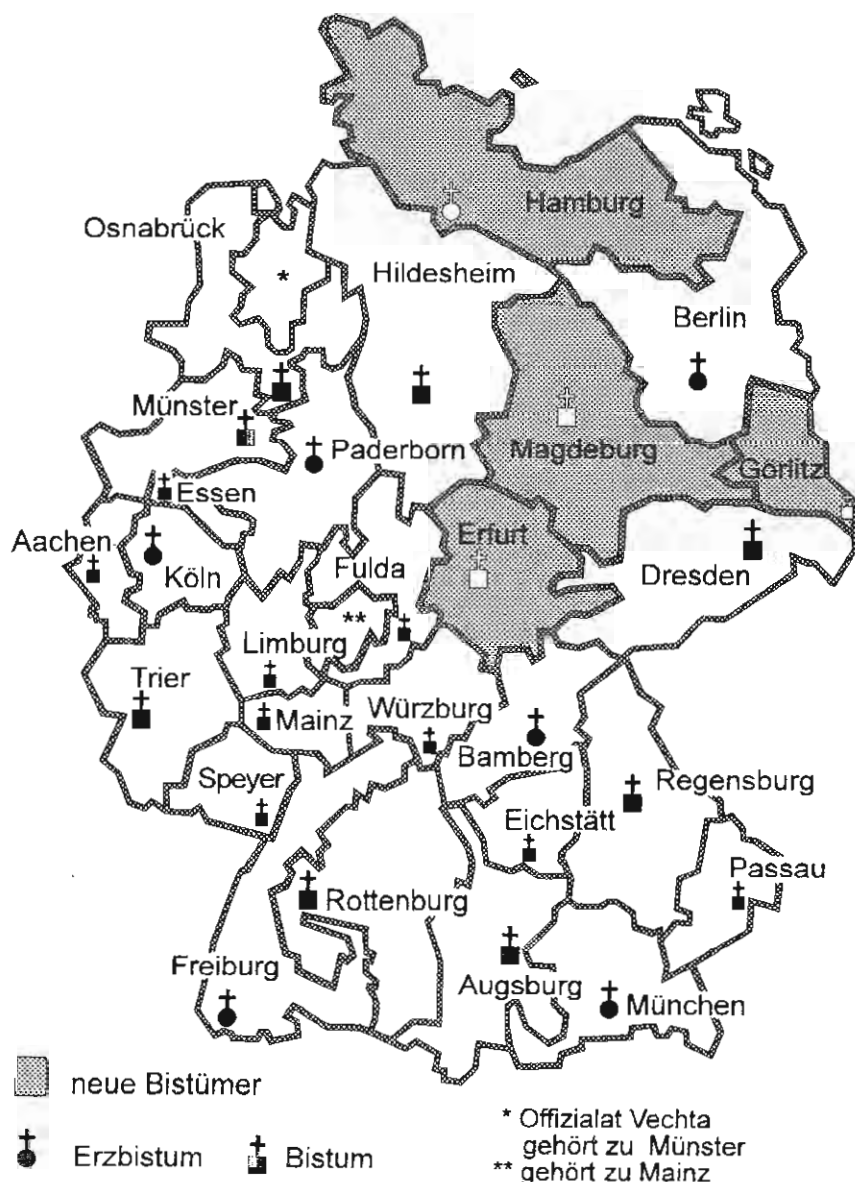
3.1 Kirchenprovinz Köln

Das **Erzbistum Köln** hat seine Wurzeln in der Römerzeit. Erster nachweisbarer Bischof ist der heilige Maternus im dritten Jahrhundert. Während des Mittelalters wurde die Erzdiözese wiederholt von Wirren erschüttert. So mußten die Erzbischöfe nach der verlorenen Schlacht bei Worringen von 1288 jahrhundertlang außerhalb Kölns residieren. Im

sechzehnten Jahrhundert wollte Erzbischof Hermann von Wied mit dem Bistum lutherisch werden, dies wurde von Domkapitel und Volk verhindert.

Das **Bistum Aachen**, das bis 1801 zu Lüttich gehörte, wurde 1804 von Napoleon nach einem Konkordat mit Papst Pius VII. gegründet. Nach dem Sturz Napoleons verlor Aachen den Bischofssitz und wurde wieder an das Erzbistum Köln angegliedert.

Neuordnung der Bistümer



1830 wurde die Diözese aus Teilen des Kölner Erzbistums und einigen Dekanaten des Bistums Münster wiedererrichtet.

Das **Bistum Essen** war vor der jetzt vollzogenen Neuordnung die jüngste deutsche Diözese. Sie wurde 1953 mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen im Ruhrgebiet aus Teilen der Erzdiözesen Köln, Paderborn und des Bistums Münster errichtet.

Das **Bistum Limburg** wurde 1827 gegründet, als die Regierung von Nassau die Kirche unter ihre Aufsicht stellen wollte. Diese Auseinandersetzung mit der weltlichen Herrschaft prägte die ersten Jahrzehnte der Diözese.

Das **Bistum Münster** wurde 792 von Karl dem Großen errichtet, der den Friesen Liudger ins Münsterland schickte. Sämtliche Krisen der Geschichte überstand die Diözese ohne wesentliche Erschütterungen.

Das **Bistum Trier** ist vom historischen Nachweis her die älteste Diözese auf deutschem Boden mit der ältesten Bischofskirche. Der erste Bischof, Eucharius, lebte Mitte des dritten Jahrhunderts. Die größte Ausdehnung hatte das damalige Erzbistum von 480 an, als Metz, Toul, Verdun, das heutige Luxemburg und Teile Belgiens dazugehörten. Die Erzdiözese wurde von den Franzosen in der Säkularisation zerschlagen und 1824 vom Vatikan in heutiger Gestalt neu umschrieben.

3.2 Kirchenprovinz Paderborn

Das **Erzbistum Paderborn** wurde 799 von Papst Leo III. und Karl dem Großen gegründet, als sich beide mehrere Monate in der Stadt aufhielten. Den ersten Bischof erhielt Paderborn erst 806. Seit Beginn des neunzehnten Jahrhunderts veränderte sich mehrfach die äußere Gestalt des Bistums. Bislang gehörte zu Paderborn, das seit 1930 Erzbistum ist, auch Magdeburg.

Das **Bistum Erfurt** geht ebenfalls auf Bonifatius zurück. Er gründete 742 ein erstes Bistum Erfurt, das aber nur wenige Jahre bestand. Danach kam das Gebiet für mehr als ein Jahrtausend zum Erzbistum Mainz. Seit 1930 gehörte es zu den Diözesen Fulda und Würzburg, deren Bischöfe durch die deutsche Teilung ihre Amtsvollmachten jedoch immer weniger ausüben konnten. Deshalb setzte Papst Paul VI. 1973 einen Apostolischen Administrator für das Bischöfliche Amt Erfurt-Meiningen ein, der direkt dem Vatikan unterstellt war.

Das Bistum Erfurt liegt in der thüringischen Diaspora, nur 8,3 % der Bevölkerung (2,5 Mio Einwohner zu 212.970 Katholiken) sind katholisch. Allerdings gehört zum Bistum auch das zu mehr als 80 % katholische Siedlungsgebiet Eichsfeld im Nordwesten Thüringens. Erster Bischof von Erfurt ist Joachim Wanke, der seit 1981 die ehemalige Apostolische Administratur leitet. Patronin der Diözese ist die heilige Elisabeth

von Thüringen (*1207 in Ungarn, † 1231 in Magdeburg)

Das Bistum Fulda wurde formell 1752 errichtet. Es hat aber in der Person des heiligen Bonifatius Mitte des achten Jahrhunderts seinen wesentlichen Ausgangspunkt. Das Rhön-Bistum war von der deutschen Teilung besonders betroffen. Der größere Teil lag auf dem Gebiet der DDR, in Erfurt residierte ein Bischof als Apostolischer Administrator.

Das Bistum Magdeburg wurde im Jahre 968 von Kaiser Otto dem Großen als Erzbistum errichtet und galt bis zur Reformation als bedeutendste deutsche Erzdiözese neben Köln. Seit der Neuordnung von 1821 gehörte das Gebiet zum Bistum Paderborn, was auch nach der Teilung Deutschlands kirchenrechtlich nicht geändert wurde. Der Vatikan ernannte dann aber im Jahre 1973 den in Magdeburg residieren den Weihbischof zum „Apostolischen Administrator“ für das „Bischöfliche Amt Magdeburg“. Dieser war somit direkt dem Papst unterstellt.

Das Bistum Magdeburg hat rund 200.000 Katholiken, was einem Anteil von 6,6 % der Bevölkerung entspricht. Seit dem 08.07.94 ist der bisherige Apostolische Administrator, Leo Nowak, Bischof von Magdeburg. Patron des Bistums ist der heilige Norbert von Xanten (* 1080, † 1134 als Bischof von Magdeburg).

3.3 Oberrheinische Kirchenprovinz Freiburg

Das Erzbistum Freiburg entstand trotz der langen kirchlichen Tradition in der Breisgaustadt erst 1827. Es wurde zusammengefügt aus Teilen der sechs Diözesen Konstanz, Straßburg, Speyer, Worms, Würzburg und Mainz. Über viele Jahrhunderte war Konstanz am Bodensee, wo im fünfzehnten Jahrhundert auch ein allgemeines Konzil stattfand, Bischofssitz gewesen.

Das Bistum Mainz gehört zu den ältesten und im Laufe der Kirchengeschichte bedeutendsten deutschen Bistümern. Bereits für das dritte Jahrhundert sind hier Spuren des Christentums belegt, für den Beginn des fünften Jahrhunderts das Martyrium eines Bischofs, 747 wurde der heilige Bonifatius Bischof von Mainz und die Stadt zum Sitz eines Erzbischofs erhoben. Mainz war für mehr als ein Jahrtausend Metropolitankirche, der außer den früh untergegangenen Diözesen Erfurt und Buraburg die Bistümer Konstanz, Augsburg, Speyer, Worms, Paderborn, Hildesheim, Chur, Würzburg, Eichstätt, Straßburg sowie Prag, Olmütz, Halberstadt, Verden und Fulda zugeordnet waren. Nach einer ersten Schwächung im Zuge der Reformation brach das Erzbistum Mainz mit der Besetzung des linken Rheinlands durch die Franzosen nach der Französischen Revolution zusammen. Seit

1821 hat die Diözese ihre heutige Gestalt.

Die **Diözese Rottenburg-Stuttgart** entstand zu Beginn des vorigen Jahrhunderts als Folge von Säkularisation und napoleonischer Machtpolitik. Nach harten Verhandlungen zwischen Stuttgart und Rom wurde 1828 der erste Bischof inthronisiert.

3.4 Kirchenprovinz Bamberg

Das **Erzbistum Bamberg** nahm seinen Ursprung 1007 in einer Initiative Kaiser Heinrich II. und seiner Frau Kunigunde. Zur Diözese gehörten bei ihrer Gründung bereits etwa dreißig Pfarreien. Der zweite Bischof von Bamberg Siutger (1040-1047), wurde 1046 Papst Clemens II., starb aber kurz nach seiner Wahl. Die oberfränkische Stadt besitzt das einzige Papstgrab Deutschlands. Seit 1802, als Bamberg bayerisch wurde, ist es Sitz eines Erzbischofs.

Das **Bistum Eichstätt** geht auf Bonifatius zurück, der als Apostel der Deutschen gilt. 741 setzte er seinen Verwandten Willibald zum Bischof von Eichstätt ein. 1055 bestieg ein Eichstätter, Bischof Gebhard I., als Viktor II. den Papstthron in Rom.

Das **Bistum Speyer** bestand auf jeden Fall bereits 614 als ein Speyerer Bischof „amtlich“ erwähnt wurde. Vermutet wird, daß es bereits im vierten Jahrhundert einen Bischofssitz mit Kirche gab. Die Wirren des neunzehnten Jahrhunderts erfaßten auch das zu Salierzeiten bedeutende Bis-

tum: Nach seiner Auflösung 1802 dauerte es knapp zwanzig Jahre, bis die Diözese in ihrer heutigen Form wieder errichtet wurde.

Das **Bistum Würzburg** wurde 742 vom heiligen Bonifatius errichtet. Nachdem bereits Jahrzehnte vorher in der Region missioniert worden war. Nach Jahrhunderten voller geistlichen und politischen Ansehens verlor die Diözese mit der Reformation an Bedeutung. 1803 fiel sie der Säkularisation zum Opfer und wurde achtzehn Jahre später in heutiger Form wiedererrichtet. Zu DDR-Zeiten lagen die Dekanate Meiningen und Saalfeld jenseits der innerdeutschen Grenze.

3.5 Kirchenprovinz München und Freising

Das **Erzbistum München und Freising** hat seine Wurzeln in der Neuordnung der bayerischen Kirche durch Bonifatius 739, als Freising Bischofssitz wurde. Nach dem Konkordat von 1817 wurde 1818 das Erzbistum München-Freising errichtet, dem unter anderem das vormalige Bistum Freising und das aufgehobene Bistum Chiemsee zugeordnet wurden.

Augsburg wurde im sechsten Jahrhundert Bischofssitz. Mit der Diözese besonders verbunden ist der Name des heiligen Ulrich, der im neunten Jahrhundert dem Bistum vorstand.

Das **Bistum Passau** hat seine Wurzeln zu Beginn des achten Jahrhunderts. Der erste Bischof wur-

de 739 von Bonifatius bestätigt. Das heute flächenmäßig nur noch kleine Bistum war im elften Jahrhundert das größte des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“ und erstreckte sich bis zur heutigen österreich-ungarischen Grenze. Die heutige Gestalt erhielt das Bistum in der Zeit der Säkularisation.

Das Bistum Regensburg wurde 739 von Bonifatius organisiert – ob es bereits in römischer Zeit, als es in der Stadt auf jeden Fall Christen gab, Bischofssitz war, ist unklar. Bis 973, der Gründung der Diözese Prag, gehörte auch Böhmen zur Jurisdiktion Regensburgs.

3.6 Kirchenprovinz Berlin

Das Bistum Berlin, am 08.07.94 zum Erzbistum erhoben, besteht seit 1930, als es in einer Diaspora-Umgebung gegründet wurde. Die geschichtlichen Wurzeln der neuen Erzdiözese reichen aber bis zur Slawen-Missionierung im elften Jahrhundert. Die alten Bistümer Brandenburg, Havelberg, Kammin und Lebus gingen in der Reformation unter. Nach dem Zweiten Weltkrieg fiel der östlich der Oder gelegene Teil des Bistums einschließlich der Hafenstadt Stettin an Polen und kam 1972 zu den neugegründeten Bistümern Stettin-Kammin und Köslin-Kolberg. Besonderheit: Das Bistum Berlin wurde durch ein Dekret im selben Jahr unmittelbar dem Heiligen Stuhl unterstellt.

Das Bistum Dresden-Meißen wurde 968 bei der Slawenmission gegründet. Mitte des sechzehnten Jahrhunderts resignierte der Bischof, nachdem das Domkapitel protestantisch geworden war. Die Bischöfliche Jurisdiktion ging an den Dekan des Bautzener Kollegiatsstiftes über. 1921 wurde Meißen als exemptes (d.h. von bestimmten Pflichten befreites) Bistum wiederhergestellt. Nach der Verlegung des Bischofssitzes von Bautzen nach Dresden wurde 1979 der Name des Bistums in Dresden-Meißen geändert. Es war im geteilten Deutschland die einzige Diözese, die vollständig auf dem Gebiet der DDR lag.

Das Bistum Görlitz wurde 1972 vom Vatikan als Apostolische Administration – so bisher der Titel – aus dem in der DDR liegenden Teil der ehemaligen Erzdiözese Breslau errichtet. Er war seit 1945 von einem „Erzbischöflichen Amt Görlitz“ verwaltet worden. Görlitz ist das zahlenmäßig kleinste Bistum in Deutschland, auch wenn es von der Fläche her größer ist als etwa Aachen oder Essen. Es zeichnet sich durch eine besondere Diasporasituation aus: nur etwa 50.000 Katholiken (5,5 % der Gesamtbevölkerung) leben hier. Erster Bischof ist nach dem bisherigen Apostolischen Administrator, Bischof Bernhard Huhn, seit 08.07.94 Bischof Rudolf Müller. Patronin des Bistums ist die heilige Hedwig von Schlesien (*1174 in Andechs, † 1243 in Trebnitz).

3.7 Die Kirchenprovinz Hamburg

Das **Erzbistum Hamburg**, das voraussichtlich in einigen Monaten errichtet wird, ist keine komplette Neugründung. Bemerkenswert ist, daß Hamburg gleich den Status einer Metropole erhält, also Erzbistum wird. Die jetzige Gründung kann an eine mittelalterliche Tradition anknüpfen: seit dem neunten Jahrhundert bestand über Jahrhunderte ein Erzbistum Bremen/Hamburg, das in der zweiten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts protestantisch wurde. Das neue Erzbistum soll die Bundesländer Hamburg, Schleswig-Holstein sowie den mecklenburgischen Teil Mecklenburg-Vorpommerns umfassen. In ihm geht auch das „Bischöfliche Amt Schwerin“ auf. Schwerin war von 1160 bis zur Reformation 1533 Sitz eines katholischen Bischofs.

Der Vertrag zur Errichtung des Erzbistums und der Kirchenprovinz Hamburg ist am 22.09.94 in Hamburg unterzeichnet worden. Erzbischöflicher Stuhl und Metropolitankapitel werden ihren Sitz bei der Kirche „Maria – Hilfe der Christen“ haben. Wie der Apostolische Nuntius in Deutschland, Erzbischof Lajos Kada, bei der Vertragsunterzeichnung betonte, habe das neue Erzbistum die Aufgabe, eine Brücke in den Norden Europas zu schlagen. Da die Erzdiözese ein Diasporagebiet sei, werde die ökumenische Arbeit von besonderer Bedeutung sein.

Die Bistümer Osnabrück und Hildesheim werden aus den Kirchenprovinzen Köln und Paderborn ausgegliedert und zukünftig zur Kirchenprovinz Hamburg gehören.

Das **Bistum Hildesheim** wurde 815 von Ludwig dem Frommen gegründet. Besondere Bedeutung errang es in der sächsischen Kaiserzeit, als hier Reichspolitik gestaltet wurde und die Bischöfe wesentlichen politischen Einfluß hatten. Nach einigen Wirren während der Zeit der Säkularisation erhielt Hildesheim 1824 seine heutige Gestalt, als ihm das Bistum Verden sowie Teile der Erzbistümer Bremen/Hamburg, Mainz und des Bistums Minden zugeordnet wurden.

Das **Bistum Osnabrück** führt seinen Ursprung auf Karl den Großen zurück. Er gab 803 dem Bistum Land, und Wiho wurde erster Bischof. Über Jahrhunderte war das Bistum von einer Besonderheit geprägt: Durch den Westfälischen Frieden von 1648 war es bis ins neunzehnte Jahrhundert möglich, daß die Diözese abwechselnd von einem katholischen und einem evangelischen Fürstbischof regiert wurde. Nach der Teilung Deutschlands wurde in Schwerin ein Apostolischer Administrator für den mecklenburgischen Teil der Diözese zuständig, der dem zukünftigen Erzbistum Hamburg zugeordnet wird.

3.8 Jurisdiktionsbereiche

- **Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr**
- **Sonstige Jurisdiktionsbereiche**
 - Apostolisch Exarchie für katholische Ukrainer des byzantinischen Ritus in Deutschland und Skandinavien
 - Apostolischer Visitator für Priester und Gläubige aus dem Erzbistum Breslau²⁾
 - Apostolischer Visitator der Danziger Katholiken²⁾
 - Apostolischer Visitator für Priester und Gläubige aus der Diözese Ermland²⁾
 - Apostolischer Protonotar für Priester und Gläubige aus der Freien Prälatur Schneidemühl²⁾
 - Kanonischer Visitator für Priester und Gläubige aus der Grafschaft Glatz (dt. Anteil der Erzdiözese Prag)²⁾
 - Kanonischer Visitator für Priester und Gläubige aus dem deutschen Anteil der Erzdiözese Olmütz²⁾
 - Prälatur vom Heiligen Kreuz und Opus Dei²⁾

Anmerkungen:

Der Beitrag wurde zusammengestellt nach folgenden Unterlagen:

- „Sechszwanzig deutsche Kirchen-sprengel“ in: Deutsche Tagespost Nr. 83 vom 14.07.94
- „Vertrag zur Errichtung des Erzbistums Hamburg besiegelt“ in: Deutsche Tagespost Nr. 114 vom 24.09.94
- Martin Lohmann „Mit der Einheit kam die Trennung – Die neuen Bistümer in Deutschland“, in: Rheinischer Merkur – Christ und Welt Nr. 37 vom 16.09.94, S. 25
- „Neuordnung vollzogen“ in: Kirchenzeitung für das Erzbistum Köln Nr. 29–30/94
- Adreßbuch für das katholische Deutschland 1993, Hrsg. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz und Generalsekretariat des Zentralkomitees der deutschen Katholiken
- Sonderheft 1990 (32. Jg) der Zeitschrift Militärseelsorge, hrsg. vom Katholischen Militärbischofsamt
- Codex Iuris Canonici (CIC) 1983

1) Alfred E. Hierold: „Statuten für den Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr“, in: „Päpstliche Dokumente für die Militärseelsorge ...“, Sonderheft 1990 (32. Jg) der Zeitschrift Militärseelsorge“, hrsg. vom Katholischen Militärbischofsamt, S. 54.

2) Diese Jurisdiktionsbereiche werden nicht durch Bischöfe geleitet und besitzen nach Kirchenrecht nicht die volle Rechtsstellung einer Diözese

GESELLSCHAFT NAH UND FERN

Alles hat seine Zeit – vom Untergang des Sozialismus!

Helmut Fettweis

Kohelet, ein Prediger des alten Testamentes, (etwa um 400 v. Chr.) hat in seinem Werk (3. Kap. 1-11) dargestellt, daß alles seine Zeit hat: Geburt, Leben, Pflanzen, Ernten, Lachen, Klagen, Tanzen, Liebkosen, Fremdsein, Krieg und Frieden. Gott aber ist der Mittelpunkt, er ist ewig.

Und in 11,9 sagt er dann: „Doch wisse wohl, daß dich nach alledem Gott ins Gericht wird ziehen.“

Seit den 50er Jahren wußte man – Nebenprodukt der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus – daß die Philosophie des Sozialismus, Kommunismus gescheitert war. Ebenso wie Kapitalismus, Liberalismus, Nationalsozialismus bezieht sich auch der Kommunismus auf ein falsches – verlogenes – Menschenbild.

Der Mensch ist – das wissen auch heute Naturwissenschaftler – weder das Produkt des Zufalls noch der Evolution oder Revolution. Der Mensch ist das Geschöpf Gottes und mit einer Fülle von Anlagen ausgestattet, die er, leider durch den Sündenfall eingeschränkt, auch heute noch hat. Weder die ungebundene Freiheit noch der Zwang zum Kollektiv sind „artgerecht“.

Unter „idealen“ Bedingungen – fleißige Menschen mit hohem Ausbildungsstand, leidliche technische Infrastruktur – wollte man in der damaligen SBZ – später DDR – den sozialistischen Staat gestalten. Nach dem Fiasko mit Hitler glaubten die Menschen leider nunmehr den roten Rattenfängern. Die natürlichen Ressourcen wurden brutal ausgebeutet, die Menschen „abgerichtet“ und auf Feindbilder ausgerichtet. Das schien 40 Jahre gut zu gehen.

Doch aus der Bundesrepublik sah man das traurige Los der Menschen im Osten. Aus unterschiedlichen Gründen versuchte man zu helfen. Einige mit Krediten und dem Freikauf von Menschen, andere in harter Konfrontation (Erfassungsstelle Salzgitter). Und wiederum andere versuchten, mit „Wandel durch Annäherung“ den Zwiespalt zu lösen.

Plötzlich kam das Jahr 1989. Trotz Überwachung liefen die Menschen der damaligen DDR davon. Über Ungarn und andere Staaten suchten sie die Freiheit. Sie suchten nicht in erster Linie das Wohllleben, sondern das Leben als freie Menschen. Dann kamen die beeindruckenden

den Kundgebungen in Dresden und Leipzig. „Wir sind das Volk!“ Und das Volk wollte unter ein Grundgesetz, das ihm menschenwürdiges, freiheitliches Leben garantieren konnte. Und dieses Grundgesetz hat die damalige Bundesrepublik Deutschland zu einem geachteten und international anerkanntem Staatswesen gemacht.

Der Beitritt der neuen deutschen Länder kam und offenbarte, daß der alte SED-Staat schon lange bankrott war. Er hatte die Menschen über 40 Jahre ausgebeutet und alle Guthaben verspielt. Nun wurde deutlich, was sich in Polen, Ungarn, Tschechien, Rumänien, Bulgarien, Ukraine, Weißrußland, auch im weiten Rußland, in Estland, Lettland, Litaunien gezeigt hatte: Der Sozialismus ist nicht nur als Idee, sondern auch in der realen Wirklichkeit gescheitert. Er ist noch destruktiver als der Nationalsozialismus, den man mit dem Faschismus auf die gleiche Stufe stellt. Aber auch dieser – der Faschismus – gehört zu den überholten Ideologien der Menschen.

Was nun?

Vor einem solchen Scherbenhaufen menschlicher Ideen müßte man an eines denken: wer oder was ist der Mensch? Er ist das Geschöpf Gottes, Ebenbild des Schöpfers in der Gestalt der Materie.

Nun gibt es in unserem Vaterland Menschen, die ihren alten so-

zialistischen Glauben nicht aufgeben wollen. Sie wollen nicht erkennen, daß das Gedankengebäude von Marx schlichthin fehlerhaft war, daß Lenin und Stalin daraus Unterdrückungsinstrumente konstruierten und daß es noch an keiner Stelle – seit 75 Jahren gelungen ist, den „menschlichen Sozialismus“ zu gestalten. (Stalin: 21 Mio umgebrachte Menschen)

In unserem Vaterland prallen nun die Gedanken aufeinander. „Das Volk“ wählte die Freiheit. Unser Grundgesetz verbürgt Freiheit. Aber alte Gedanken vom Sozialismus, versucht man in demokratische „Floskeln“ zu gießen. In der Sache unverbindlich glaubt man, einen „menschlichen und demokratischen Sozialismus“ kreieren zu können. Dazu hätte man in Deutschland allein 50 Jahre Zeit gehabt. Aber es ist nichts daraus geworden.

So versucht man heute, mit alten Ideen unter demokratischen „Lendenschürzchen“ die Bundesrepublik in einen „sozialistischen Staat“ umzufunktionieren. Man vergißt dabei, daß immerhin 60 Mio Bürger der Bundesrepublik die Menschen aus der ehemaligen alten DDR mit Freude und Begeisterung aufgenommen haben. Die finanziellen – aber auch die persönlichen – Hilfen waren enorm und sind nur in Milliardenhöhe zu beziffern.

Dazu hat jeder Bürger im Westen erheblich beigetragen. Dabei hat er nicht gefragt, ob z.B. die Vergangen-

heit der Nationalsozialisten dort ebenso aufgearbeitet wurde wie im Westen. Es sind nicht nur Einzelfälle bekannt, daß ein harter Nazi nach einem „reuigen Bekenntnis“ – das niemand außer der Partei vernommen hat – zu einem bewährten „Sozialisten“ umfunktioniert wurde.

Wenn nun Schalmeienklänge an unser Ohr dringen, daß man die „Werte des Sozialismus“ in eine Demokratie einbringen müsse, dann steigen Bedenken auf. Und diese Bedenken müßten auch jene haben, die sich mit der PDS zu liieren versuchen. Sie sollten an den alten kommunistischen Spruch erinnert werden, daß „die Kapitalisten noch den Strick verkaufen, an dem ‘wir’ sie aufhängen werden“. Sieht man alles in allem, dann ist es hoch an der Zeit, taub zu sein

für die verführerischen Klänge der roten Nachlaßverwalter (PDS). Sie wollen nur eines, mit Hilfe der alten „Nomenklatura“ das demokratische, föderalistische System der Bundesrepublik Deutschland in ein nebulöses System sozialistischer Experimente überführen. Deutschland – unser Vaterland – und wir, seine Bürger, hätten den Schaden und den Verlust des Wissens, daß der Mensch ein Geschöpf Gottes ist und zur Freiheit im Geiste berufen wurde.

Alles hat seine Zeit! Auch der Sozialismus. Ihn wiederzubeleben wäre gegen die Geschichte. Aber Unruhe und „Ärger“ können die „Gestriegen“ noch bringen.

Deshalb wehret den sozialistischen Wölfen im Schafspelz der Demokratie.



Unsere Hilfe
für die Menschen
in Osteuropa

Postbank Köln 5445-500



Weichen für die Entwicklung und den Auftrag der Bundeswehr gestellt

Die GKS hat sich aus sozialetischer Sicht und im Interesse katholischer Soldaten frühzeitig zur Berechtigung und zu den Kriterien internationaler Einsätze der Bundeswehr geäußert:

- *Erklärung des Bundesvorsitzenden der GKS zum Krieg am arabischen Golf vom 31.01.91 (HdBuch 7.1.3)*
- *Dresdner Erklärung der GKS vom 17. Januar 1992 „Zur Beteiligung der Bundeswehr an militärischen Maßnahmen im Auftrag der Vereinten Nationen oder anderer kollektiver Sicherheitsbündnisse“ (HdBuch 7.1.5)*
- *Bundesvorsitzender der GKS „Legitime Entscheidung der Bundesregierung“ – Katholische Soldaten sehen Adria-Einsatz durch GG gedeckt (Interview KNA/WKS mit J. Bringmann am 24.07.94, s. AUFTRAG 202, S. 168 f.)*
- *B.F. Schulz „Über die Zulässigkeit von Einsätzen der Bundeswehr im Ausland im Rahmen der Vereinten Nationen“ (AUFTRAG 208, S. 103 ff.)*

Durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts sieht sich die GKS in ihrer Auffassung gestärkt, daß – wenn die Kriterien für eine sittlich erlaubte Gewaltanwendung erfüllt sind – Soldaten der Bundeswehr auch nach ihrem Soldateneid handeln und vor ihrem Gewissen bestehen können.

Nachfolgend gibt der AUFTRAG die Leitsätze wieder, die das BVerfG seiner Entscheidung zu internationalen Einsätzen der Bundeswehr vorangestellt hat. Diese Leitsätze sind zugleich Richtschnur für die politische Interpretation der Konzeptionellen Leitlinie zur Weiterentwicklung der Bundeswehr (KLL). Die KLL ist nach Verabschiedung im Bundeskabinett am 08.06.94 durch Bundesverteidigungsminister Volker Rühle am 12.07.94 erlassen worden. Sie soll zum 01.01.95 inkrafttreten. Obwohl die KLL sowohl in Bw aktuell (Juli 94) als auch als Dokumentation im Reader Sicherheitspolitik (Kapitel VIII, Ergänzungslieferung 9/94) abgedruckt wurde, gibt AUFTRAG sie anschließend an die Leitsätzen des BVerfG (S. 99–108) wieder, um allen Lesern, die nicht unmittelbaren Zugriff auf die Publikationen der Bundeswehr haben, Gelegenheit zu geben, sich über die das Weißbuch 1994 ergänzenden planerischen Vorgaben für die Bundeswehr zu informieren. (PS)

Leitsätze des Bundesverfassungsgerichts zu internationalen Einsätzen der Bundeswehr

1. Die Ermächtigung des Art. 24 Abs. 2 Grundgesetz (GG) berechtigt den Bund nicht nur zum Eintritt in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit und zur Einwilligung in damit verbundene Beschränkungen seiner Hoheitsrechte. Sie bietet vielmehr auch die verfassungsrechtliche Grundlage für die Übernahme der mit der Zugehörigkeit zu einem solchen System typischerweise verbundenen Aufgaben und damit auch für eine Verwendung der Bundeswehr zu Einsätzen, die im Rahmen und nach den Regeln dieses Systems stattfinden.
2. Art. 87 a GG steht der Anwendung des Art. 24 Abs. 2 GG als verfassungsrechtliche Grundlage für den Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Rahmen eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit nicht entgegen.
- 3.a Es ist Sache des Gesetzgebers, jenseits der im Urteil dargelegten Mindestanforderungen und Grenzen des Parlamentsvorbehalts, für den Einsatz bewaffneter Streitkräfte die Form und das Ausmaß der parlamentarischen Mitwirkung näher auszugestalten.
- 3.b Zur Friedenswahrung darf die Bundesrepublik Deutschland gemäß Art. 24 Abs. 2 GG in eine „Beschränkung“ ihrer Hoheitsrechte einwilligen, indem sie sich an Entscheidungen einer internationalen Organisation bindet, ohne dieser damit schon im Sinne von Art. 24 Abs. 1 GG Hoheitsrechte zu übertragen.
4. Zur Friedenswahrung darf die Bundesrepublik Deutschland gemäß Art. 24 Abs. 2 GG in eine „Beschränkung“ ihrer Hoheitsrechte einwilligen, indem sie sich an Entscheidungen einer internationalen Organisation bindet, ohne dieser damit schon im Sinne von Art. 24 Abs. 1 GG Hoheitsrechte zu übertragen.
- 5.a Ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit im Sinne des Art. 24 Abs. 2 GG ist dadurch gekennzeichnet, daß es durch ein friedenssicherndes Regelwerk und den Aufbau einer eigenen Organisation für jedes Mitglied einen Status völkerrechtlicher Gebundenheit begründet, der wechselseitig zur Wahrung des Friedens verpflichtet und Sicherheit gewährt.

Gesetzgeber gestaltet

- 3.a Das Grundgesetz verpflichtet die Bundesregierung, für einen Einsatz bewaffneter Streitkräfte die – grundsätzlich vorherige – konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages einzuholen.

Ob das System dabei ausschließlich oder vornehmlich unter den Mitgliedsstaaten Frieden garantieren oder bei Angriffen von außen zum kollektiven Beistand verpflichten soll, ist unerheblich.

- 5.b Auch Bündnisse kollektiver Selbstverteidigung können Systeme gegenseitiger kollektiver Sicherheit im Sinne von Art. 24 Abs. 2 GG sein, wenn und soweit sie strikt auf die Friedenswahrung verpflichtet sind.

Streitkräfte-Eingliederung

6. Hat der Gesetzgeber der Einordnung in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit zugestimmt, so ergreift diese Zustimmung auch die Eingliederung von Streitkräften in integrierte Verbände des Systems oder eine Beteiligung von Soldaten an militärischen Aktionen des Systems unter dessen militärischem Kommando, soweit Eingliederung oder Beteiligung in Gründungsvertrag oder Satzung, die der Zustimmung unterlegen haben, bereits angelegt sind.

Die darin liegende Einwilligung in die Beschränkung von Hoheitsrechten umfaßt auch die Beteiligung deutscher Soldaten an militärischen Unternehmungen auf der Grundlage des Zusammenwirkens von Sicherheits-

systemen in deren jeweiligen Rahmen, wenn sich Deutschland mit gesetzlicher Zustimmung diesen Systemen eingeordnet hat.

Kompetenz der Regierung

7. Akte der auswärtigen Gewalt, die vom Tatbestand des Art. 59 Abs. 2 Satz 1 GG nicht erfaßt werden, sind grundsätzlich dem Kompetenzbereich der Regierung zugeordnet. Art. 59 Abs. 2 Satz 1 GG kann nicht entnommen werden, daß immer dann, wenn ein Handeln der Bundesregierung im völkerrechtlichen Verkehr die politischen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland regelt oder Gegenstände der Bundesgesetzgebung betrifft, die Form eines der gesetzgeberischen Zustimmung bedürftigen Vertrags gewählt werden muß. Auch insoweit kommt eine analoge oder erweiternde Auslegung dieser Vorschrift nicht in Betracht (im Anschluß an BVerfGE 68,1 (84 f).

(Quelle Bw aktuell)

Konzeptionelle Leitlinie zur Weiterentwicklung der Bundeswehr

I. Vorbemerkung

Die grundlegend geänderten sicherheitspolitischen Bedingungen und die gewachsene internationale Verantwortung Deutschlands haben Auswirkungen auf die Rolle, den Auftrag, die Struktur und die Ausrüstung der Bundeswehr.

Nach der Vereinigung Deutschlands kam es für die Bundeswehr zunächst darauf an, die Nationale Volksarmee aufzulösen, die Bundeswehr im Osten Deutschlands aufzubauen, die gesamtdeutschen Streitkräfte um ein Drittel zu reduzieren, sie teilweise neu zu stationieren und gleichzeitig bereits auf neue Aufgaben auszurichten. Mit der Rückführung der Streitkräfte auf die vertraglich vereinbarte Obergrenze von 370.000 Soldaten ist dieser Prozeß weitgehend abgeschlossen.

Angesichts der fundamental veränderten Sicherheitslage und der begrenzten Ressourcen müssen die Streitkräfte, die Deutschland haben und behalten will, in ihren Fähigkeiten und Zielstrukturen im einzelnen definiert und so angepaßt werden, daß sie ihren Aufgaben auch in Zukunft gerecht werden können.

Das Weißbuch 1994 der Bundesregierung ist der konzeptionelle Rahmen für die Fortentwicklung

der Streitkräfte. Es stellt den zwingend notwendigen, logischen Zusammenhang her zwischen der Analyse der sicherheitspolitischen Lage, der Verantwortung Deutschlands im Bündnisverbund und in den Vereinten Nationen, dem Auftrag der Bundeswehr und den zu seiner Erfüllung erforderlichen Fähigkeiten.

Die Konzeptionelle Leitlinie ist das notwendige Bindeglied zwischen Weißbuch und Bundeswehr Planung. Sie setzt den im Weißbuch gesteckten Rahmen in planerische Vorgaben für die Ausgestaltung der Bundeswehr um. Sie definiert konkrete Eckwerte für den Friedens- und Verteidigungsumfang der Streitkräfte und ihre Struktur sowie für die Größenordnung der Krisenreaktionskräfte. Sie legt den erforderlichen Umfang an Berufssoldaten, Zeitsoldaten und Wehrpflichtigen für die künftige Bundeswehr fest und definiert die Ausgestaltung des Grundwehrdienstes unter den künftigen Rahmenbedingungen.

Sie macht Vorgaben für eine Optimierung der Streitkräfte und ihren Betrieb – dies mit dem Ziel, ein besseres Verhältnis von Betriebsausgaben zu Investitionen zu erreichen. Schließlich richtet sie die Planung

darauf aus, den notwendigen organischen Zusammenhang zwischen Krisenreaktionskräften und Hauptverteidigungskräften zu wahren.

II. Die veränderten strategischen Rahmenbedingungen

Die Lageanalyse führt im Kern zu dem Ergebnis, daß die Bedingungen europäischer und vor allem deutscher Sicherheit in dreierlei Hinsicht grundlegend verändert sind:

- Deutschland ist nicht mehr Frontstaat, sondern umgeben von Verbündeten und befreundeten Partnern;
- Deutschland liegt nicht mehr in der Reichweite eines zu raumgreifenden strategischen Operationen befähigten Gegners;
- gleichzeitig aber wächst die Gefahr regionaler Krisen und Konflikte innerhalb und außerhalb Europas, die auch die Sicherheit Deutschlands betreffen.

Die Notwendigkeit, das deutsche Territorium gemeinsam mit den Verbündeten verteidigen zu können, bleibt erhalten. Aber in Mitteleuropa ist die Wahrscheinlichkeit für einen Konflikt gering und nur nach einer grundlegenden Umkehr der derzeitigen Entwicklung denkbar. Viel wahrscheinlicher sind Krisen und Konflikte in anderen Teilen Europas, die regional begrenzt bleiben, solidarisch mit den Verbündeten gemeistert und damit von Deutschland ferngehalten werden müssen.

Die Bundeswehr ist heute auf den unwahrscheinlichsten, wenn auch gefährlichsten Einsatzfall noch am besten, für die wahrscheinlichsten neuen Einsatzaufgaben aber am wenigsten gut vorbereitet. Dieser Zusammenhang begründet die Notwendigkeit, unsere Streitkräfte an die künftig erforderlichen Fähigkeiten anzupassen.

III. Der Auftrag der Bundeswehr

Landes- und Bündnisverteidigung in einer entscheidend verbesserten Sicherheitslage in Mitteleuropa und die gestiegene Bedeutung wirkungsvoller präventiver Krisenbewältigung sind der neue Bezugsrahmen für den Auftrag der Bundeswehr.

Die Streitkräfte müssen gemeinsam mit den Verbündeten in der Lage sein,

- Deutschland als Teil des Bündnisgebietes zu verteidigen,
- im Bündnisgebiet Beistand zu leisten, wenn dies zur kollektiven Verteidigung oder im Rahmen der Krisenbewältigung durch NATO oder WEU nötig ist,
- im Rahmen von Krisenbewältigung und Konfliktverhinderung eingesetzt zu werden, um den Zielen der Vereinten Nationen Geltung zu verschaffen,
- und darüber hinaus in Katastrophenfällen zu helfen und Menschen aus Notlagen zu retten.

Dementsprechend **braucht Deutschland**

- **Streitkräfte zur Landesverteidigung**, die im Frieden in Präsenz und Einsatzbereitschaft zurückgenommen werden können und damit mobilmachungsabhängiger werden,
- und **Kräfte zur Krisenreaktion**, die im Frieden voll präsent, einsatzbereit, schnell verlegefähig und durch hohe Professionalität in der Lage sind, im ganzen Spektrum von Krisenbewältigungsoperationen eingesetzt zu werden.

IV. Rahmenbedingungen für die Bundeswehrplanung

Notwendigkeiten und Möglichkeiten von Landesverteidigung und Krisenreaktion führen künftig zu einer dem Auftrag entsprechenden deutlichen Differenzierung hinsichtlich Ausbildung und Einsatzbereitschaft.

Die **strategische Lage** erlaubt es, die **Präsenz** der Streitkräfte für die Landesverteidigung deutlich zu verringern. Die militärisch nutzbare Warnzeit für den Fall einer größeren Aggression legt nahe, Teile der Hauptverteidigungskräfte im Frieden vom Einsatzauftrag zu entlasten und ihre volle Ausbildung für den Einsatz in den Zeitraum einer Krise zu verlegen.

Aufgrund der geostrategischen Lage Deutschlands ist ein besonderer

Beitrag zum Umfang der Hauptverteidigungskräfte in Zentraleuropa ein mitbestimmender Faktor für Deutschlands Einfluß im Bündnis. **Mobilmachungsfähige Hauptverteidigungskräfte sind Grundlage der Landesverteidigung und zugleich ein entscheidendes Element des deutschen Gewichts für eine Kernaufgabe der NATO, die der kollektiven Verteidigung.**

Im Rahmen von NATO, WEU und Vereinten Nationen leistet Deutschland militärische Beiträge überwiegend im Rahmen multinationaler Truppenkörper beziehungsweise in integrierten Strukturen.

Es ist daher unwahrscheinlich, daß Deutschlands Streitkräfte größere Operationen allein durchführen müssen. Wahrscheinlich ist, daß Einsätze regional, im Umfang und zeitlich begrenzt sind. In multinationalen Strukturen eingebundene nationale Elemente müssen nicht notwendigerweise selbst vollständig autark sein. Deutsche Kontingente müssen daher nicht nur aus nationalen Strukturen über längere Zeiträume unterstützt werden können. Es gibt auch keinen Automatismus für die Ablösung deutscher Kontingente durch weitere deutsche Kräfte. Allerdings müssen auch deutsche Kräfte in der Lage sein, die anderer Nationen ablösen zu können.

IV. Rahmenbedingungen für die Bundeswehrplanung

Das erweiterte Aufgabenspektrum der Bundeswehr stellt auch neue Anforderungen an die Führungsfähigkeit des Inhabers der Befehls- und Kommandogewalt und die Führungsorganisation der Streitkräfte. Zwar wird wie bisher der Einsatz großer Teile der Streitkräfte in integrierten Kräfte- und Kommandostrukturen der NATO erfolgen. Aber künftig müssen auch solche Kräfte in nationaler Zuständigkeit geführt werden, die an Friedensmissionen der Vereinten Nationen und an humanitären Einsätzen teilnehmen.

Diese Kräfte können sich nach Größenordnung und Zusammensetzung unterscheiden und bestehen überwiegend aus Truppenteilen aller Teil Streitkräfte. Einsatzplanung und Führung können daher nicht durch fallweise zusammengestellte Stäbe oder nur durch Stäbe der einzelnen Teilstreitkräfte erfolgen. Ziel muß sein, für Einsätze der Bundeswehr außerhalb der Bündnis-Führungsstrukturen eine zentrale, teilstreitkraftübergreifende Führung der eingesetzten Truppenteile durch den Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt sicherzustellen. Insgesamt aber ist der Führungsaufwand zu verringern.

Die Bundesregierung braucht für die frühzeitige Gewinnung von Indikatoren krisenhafter Entwicklungen weitreichende Aufklärungsfähigkeit -

dies mit Blick auf die zunehmende Mobilmachungsabhängigkeit, aber auch für politische Handlungsfähigkeit in Krisen jedweder Art. Aufklärungs- und Kommunikationsfähigkeit sind wesentliche Voraussetzungen für nationale Führung. Ein zutreffendes Lagebild ist notwendig um urteilsfähig zu sein und deutsche Interessen angemessen in internationalen Organisationen vertreten zu können.

Umfassende Aufklärungsfähigkeit kann nicht allein national sichergestellt werden. Daher wird sich Deutschland am Aufbau und Betrieb solcher Systeme im internationalen Verbund beteiligen.

V. Aufgaben und Umfang der Streitkräftekategorien

Hauptverteidigungskräfte

Aufgabe der Hauptverteidigungskräfte ist es,

- im **Frieden** durch Ausbildung die Voraussetzungen zu schaffen, daß in der Krise die volle Verteidigungsbereitschaft erreicht werden kann,
- in der **Krise** durch Mobilmachung den Aufwuchs der Streitkräfte zu gewährleisten,
- im **Verteidigungsfall** gemeinsam mit den Bündnispartnern das NATO-Gebiet zu verteidigen.

Die Hauptverteidigungskräfte sind daher im Rahmen der bestehenden Divisionen des Heeres, der vorhan-

denen Geschwader der Luftwaffe und Typverbände der Marine nach Präsenz, Ausbildung, Ausrüstung, Betrieb und Versorgbarkeit anders als die Krisenreaktionskräfte zu gestalten und in ihren Binnenstrukturen stärker auszu-differenzieren.

Die Hauptverteidigungskräfte werden so entwickelt, daß ihre auch bisher für den Verteidigungsfall geplante Kampfkraft erhalten bleibt. Ihre volle Einsatzbereitschaft für diesen Fall wird aber erst durch abgestufte Mobilmachung und damit einhergehende intensive Ausbildung in der militärisch nutzbaren Vorbereitungszeit hergestellt.

Ziel ist dabei, durch Abstufung der Verfügbarkeit zweierlei zu erreichen – zum einen die Möglichkeit, Krisenreaktionskräfte zu ergänzen, zum anderen eine solche Gesamtstruktur, daß in Abhängigkeit von der sicherheitspolitischen Lage flexibel gehandelt werden kann. Der notwendige organische Zusammenhang zwischen Hauptverteidigungs- und Krisenreaktionskräften wird auch dadurch gewahrt, daß vor allem die Verbände des Heeres ein **Kontinuum zeitlich abgestuft verfügbarer Kräfte bilden**.

Das Wehrsystem, das auf Wehrpflichtige im Grundwehrdienst und auf Reservisten abstellt, muß sicherstellen, daß die Streitkräfte auf einen Verteidigungsumfang von 650.000 bis 700.000 Soldaten aufwachsen

können. Ziel ist, im Rahmen abgestufter Mobilmachung in einem intensiven Krisenausbildungsprogramm von zirka vier Monaten die volle Verteidigungsbereitschaft herstellen zu können.

Krisenreaktionskräfte

Aufgabe der Krisenreaktionskräfte ist es,

- in der **Landesverteidigung** durch die Fähigkeit zum sofortigen geschlossenen Einsatz potentielle Angreifer abzuhalten und dadurch Konflikte zu verhindern,
- in **NATO und WEU zur Krisenbewältigung** und Konfliktverhinderung sowie zur Verteidigung beizutragen,
- im **Rahmen der Vereinten Nationen** und der **KSZE** Einsätze im gesamten Spektrum von humanitären Maßnahmen bis hin zu militärischen Einsätzen nach der Charta der Vereinten Nationen durchzuführen.

Um diesen Aufträgen gerecht zu werden, ist die Fähigkeit zum gleichzeitigen Einsatz von Kräften bis zur maximalen Größenordnung von einer Heeresdivision sowie entsprechender Luftwaffen- und Marinekontingente angemessen und ausreichend. Dafür müssen folgende schnell einsetzbare und verlegefähige Kräfte vorgehalten werden:

- im **Heer** als deutscher Beitrag zu den NATO-Reaktionskräften und zum **EUROKORPS** insgesamt

- fünf präsente mechanisierte und leichte, luftbewegliche Brigaden. Dazu kommen die notwendigen Kampfunterstützungs- und Versorgungstruppen sowie der deutsche Anteil an der Deutsch-Französischen Brigade;
- in der **Luftwaffe sechs fliegende Staffeln** für Luftangriff, Luftverteidigung, Aufklärung und nukleare Teilhabe sowie zwei gemischte bodengestützte Luftverteidigungsverbände, dazu zwei bis drei Lufttransportgeschwader sowie eine Hubschrauberstaffel für Rettungsaufgaben unter Einsatzbedingungen;
 - in der **Marine zwei hochseefähige Einsatzgruppen** aus je zwei bis drei Schiffen, die entsprechenden Komponenten für Minenabwehr und Unterwasserkriegsführung, schwimmende Führungs- und Versorgungskomponenten, eine Staffel Marinejagdbomber, Marineaufklärungs- und Ujagd-Flugzeuge, Rettungshubschrauber sowie eine Kompanie Kampfschwimmer.

Dieses Mindestkontingent an deutschen Krisenreaktionskräften in einer Größenordnung von 50.000 Mann muß in Übereinstimmung mit den Bereitstellungskategorien der NATO zu kleineren Teilen in drei bis sieben Tagen, in Gänze nach 15 bis 30 Tagen verlegebereit sein. Sie müssen so ausgebildet sein, daß ihre Kampfeinheiten in der Regel ohne Personalaus-

tausch eingesetzt werden können. Die **Forderung an Verfügbarkeit und Professionalität verlangt, daß sie überwiegend aus Zeit- und Berufssoldaten bestehen.** Wehrpflichtige können in den Krisenreaktionskräften dienen, wenn sie sich bei Dienstantritt bereiterklären, für alle Krisenreaktionsaufträge zur Verfügung zu stehen

Um solche Aufträge erfüllen zu können, wird es in der Regel notwendig sein, daß Wehrpflichtige mindestens zwölf Monate dienen.

Die Militärische Grundorganisation

Zur Führung der Streitkräfte, zur Unterstützung ihres Betriebs, zur Durchführung von Ausbildungs- und Versorgungsaufgaben, für die Zivil-Militärische Zusammenarbeit und für die Unterstützung der Alliierten wird eine Militärische Grundorganisation benötigt, die die Funktion einer Streitkräftebasis übernimmt.

Ausgestaltung des Wehrdienstes

Die unterschiedlichen Aufträge der Hauptverteidigungskräfte und der militärischen Grundorganisation einerseits sowie der Krisenreaktionskräfte andererseits erlauben, die Ausgestaltung der Wehrpflicht flexibel zu handhaben. Die Pflicht zur Mindestdienstzeit wird auf 10 Monate festgelegt, die freiwillige auftragsorientierte Wahrnehmung der Dienstzeit liegt bei 12 Monaten. Für Soldaten, die 10 Monate dienen, schließt sich eine be-

sondere Verfügungsbereitschaft an, die gesetzlich geregelt werden soll, in der sie für weitere 2 Monate zum Dienst herangezogen werden können.

Um den jungen Männern zusätzliche Flexibilität für ihre berufliche Lebensplanung im Zusammenhang mit dem Wehrdienst zu geben, soll ihnen angeboten werden, **freiwillig bei höherem Wehrsold länger zu dienen als die Mindestzeit**. Damit ergibt sich eine Spanne der Wehrdienst-Dauer zwischen mindestens zehn und maximal dreiundzwanzig Monaten.

Für alle Soldaten gilt, daß in den ersten **zwölf Monaten ihrer Dienstzeit kein Dienstzeitausgleich in Freizeit gewährt wird**. Mehrgeleiteter Dienst wird in dieser Zeit im Rahmen der bisherigen Ansätze finanziell vergütet. Der Anspruch der Soldaten auf Erholungsurlaub sowie die bisherige Rahmendienstzeit werden davon im Grundsatz nicht berührt.

Vom **13. Dienstmonat an** wird mehr geleisteter Dienst über die Rahmendienstzeit von 46 Wochenstunden hinaus durch Freizeit oder finanzielle Vergütung mit um 40% erhöhten Sätzen abgegolten. Die Art der Gewährung des Ausgleichs soll sich dabei an den Erfordernissen der Ausbildung und Einsatzbereitschaft orientieren.

Eine differenzierte Wehrpflicht erweitert die **Wahlmöglichkeiten der jungen Soldaten** mit Blick auf Verwendungen, Wehrdienstdauer, Wehr-

sold und Reservedienstgrad. Zugleich erhält die **Bundeswehr** die Möglichkeit, bei unterschiedlichen Jahrgangsstärken flexibel bei der Deckung des Bedarfs an längerdienenden Mannschaften zu reagieren und auf wichtigen Funktionsdienstposten ausgebildete Wehrpflichtige über längere Zeit effektiver einzusetzen.

VI. Folgerungen für Umfang und Struktur der Bundeswehr

Personal

Aus der Wechselbeziehung von Krisenreaktionskräften und Hauptverteidigungskräften, aus der Wechselbeziehung von Wehrpflicht und Wehrgerechtigkeit und aus der Wechselbeziehung von Präsenz und Mobilmachung ergibt sich der **Friedensumfang** der Bundeswehr in einer Größenordnung von **340.000 Soldaten**.

Er setzt sich zusammen aus

- etwa 200.000 Berufs- und Zeitsoldaten,
- bis zu 135.000 Wehrpflichtigen bei einer differenzierten Wehrdienstdauer und
- zirka 3.000 Wehrübungsplätzen.

135.000 Dienstposten für Wehrpflichtige mit einer differenzierten Wehrdienstdauer bedeuten, daß bis zu **160.000 Wehrpflichtige pro Jahr** ihren Dienst antreten können.

Die Verringerung des militärischen Personals führt dazu, daß auch der **Umfang des Zivilpersonals** ent-

sprechend reduziert werden kann – entgegen der bisherigen Zielgröße von 151.300 im Jahre 2000 **auf unter 140.000 in der neuen Zielstruktur.**

Bei diesem Ansatz wird davon ausgegangen,

- daß das **Aufkommen an tauglichen Wehrwilligen wie bisher voll ausgeschöpft** wird, dies auch bei unterschiedlichen Jahrgangsstärken;
- daß die **Laufbahnaussichten** des Personalstrukturmodells 370 **erhalten bleiben** und schließlich
- daß die **Strukturen der Streitkräfte bei Bedarf einen Friedensumfang von 370.000** zulassen; dieser Ansatz ermöglicht auch, in Krisen die international vereinbarte Höchstgrenze von 370.000 einnehmen zu können, beispielsweise durch Aufruf der Verfügungsbereitschaft und zusätzliche Wehrübungen, ohne damit schon die Rüstungskontrollbeschränkungen aufzukündigen.

Personalverringerungen zur Absenkung der Betriebskosten und die Veränderung der Strukturen werden letztlich dazu führen, daß die Stationierung der Streitkräfte noch einmal überprüft wird. Dabei spielen das regionale Personalaufkommen, Ausbildungs- und Übungsmöglichkeiten, die Infrastruktur und Wirtschaftlichkeit der Standorte ebenso eine Rolle wie die Lebensqualität für die Bundeswehrangehörigen und ihre Familien.

Es ist klar, daß Konsequenzen für die Stationierung erst im Verlauf des Planungsprozesses im einzelnen festgelegt und erst in den nächsten Jahren umgesetzt werden.

Rationalisierung

Die sicherheitspolitisch begründeten künftigen Fähigkeiten der Streitkräfte müssen in Einklang mit den begrenzten Ressourcen gebracht werden. Heute ist die Bundeswehr unterfinanziert. Deshalb muß die Schere zwischen Auftrag und Mitteln geschlossen und finanzieller Spielraum für die Neugestaltung der Bundeswehr gewonnen werden.

Nur so können die dringend benötigten Investitionen für eine aufgabengerechte und moderne Ausrüstung der Krisenreaktionskräfte ermöglicht und zugleich ein Mindestmaß an leistungs- und wettbewerbsfähiger wehrtechnischer Industrie als Teil deutscher Sicherheitsvorsorge erhalten werden.

Die Bundeswehr wird weiter konsequent rationalisieren, Redundanzen abbauen und dort privatisieren, wo militärisch sinnvoll Einsparungen zu erwarten sind. Vier Arbeitsgruppen haben Strukturen und Abläufe im Ministerium, in der Territorialen Wehrverwaltung, im Rüstungsbereich und im Betrieb der Streitkräfte durchforstet, um Einsparpotential zu gewinnen.

Für die Straffung und Neuordnung des Bundesministeriums der

Verteidigung ist ein Konzept entwickelt worden, mit dem das **BMVg auf seine ministeriellen Kernfunktionen zurückführt** wird und das zugleich straffere und zügigere Entscheidungsprozesse ermöglicht.

Das **Personal des Ministeriums wird um insgesamt 38% auf etwa 3.300 Dienstposten** reduziert. Die Neuordnung soll bis Ende der 90er Jahre verwirklicht werden. In diesen Zusammenhang gehört auch die Neuordnung des Rüstungsbereichs, deren Implementierung sofort in Angriff genommen wird.

Der **Betrieb der Bundeswehr** wird konsequent auf die grundlegend veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen und die neuen Aufgaben und Strukturen der Bundeswehr ausgerichtet. Ziel ist, unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten den gesamten Betrieb in einem ersten Schritt durch interne Optimierung zu rationalisieren und wo zweckmäßig, zu privatisieren.

Dieser Ansatz erfordert eine Neuorientierung von Strukturen, Ablauforganisation und Personalbedarf im Betrieb der Bundeswehr und die Einführung bewährter betriebswirtschaftlicher Methoden.

In vollem Umfang kann die Optimierung des Betriebs der Bundeswehr erst mittelfristig realisiert werden. Aber schon jetzt kommt es darauf an, Schwerpunkte zu setzen und kurzfristig eine erste Umsteuerung der Ressourcen einzuleiten. **Die Rationali-**

sierungsbemühungen werden sich daher zunächst vor allem auf vier Felder konzentrieren:

- **Materialwirtschaft (Bevorratung und Lagerhaltung)**
- **Materialerhaltung**
- **Logistische Organisation**
- **Führungsunterstützung.**

Die Motivation der Mitarbeiter für die Rationalisierung des Betriebs der Bundeswehr ist einer der Schlüssel zum Erfolg. Dazu muß der militärische Führer erfahren können, daß **Sparen sich in seinem Verantwortungsbereich lohnt.**

Die durch die Betriebsoptimierung freigesetzten Ressourcen sind im Zusammenhang zu sehen mit der Notwendigkeit, zu einem besseren Verhältnis von Investitionsmitteln zu Betriebskosten zu kommen und ergänzen die Einsparungen durch die Strukturreform der Bundeswehr einschließlich der Zurücknahme des Friedensumfangs.

Die erwirtschafteten Gewinne aus Rationalisierung und der Verringerung der Personalbetriebskosten durch Zurücknahme des Friedensumfangs müssen dem Verteidigungshaushalt erhalten bleiben. Nur so können der investive Anteil erhöht und die Anfangsinvestitionen geleistet werden, die für den Beginn von Rationalisierungen im Betrieb nötig sind.

Der planerische Ansatz der Konzeptionellen Leitlinie basiert auf den Beschlüssen zur mittelfristigen Fi-

nanzplanung, wonach der Einzelplan 14 in den Jahren 1995 bis 1997 bei 47,5 Mrd. Mark plus 0,4 Mrd. Mark Personalverstärkungsmittel verstetigt wird und ab 1998 wieder anwächst.

VII. Zusammenfassung

Die ins Auge gefaßte Reduzierung des Friedensumfangs der Bundeswehr und die Weiterentwicklung von Fähigkeiten und Strukturen der Streitkräfte bedeuten unter **quantitativen** Gesichtspunkten einen **moderaten** Eingriff - was mit Blick auf die eher krisenträchtige Lage auch geboten ist und von unseren Bürgern und im Bündnis auch zu Recht so erwartet wird.

Qualitativ bedeutet die umfassende Ausrichtung auf neue Aufgaben bei gleichzeitiger struktureller Differenzierung einen **tiefgreifenden Veränderungsprozeß**, der unseren Streitkräften ein neues, aber auch zeitgemäßes Gesicht geben wird.

Der hier skizzierte Ansatz erhält die Verteidigungsfähigkeit im Bündnisverbund auf der Grundlage mobilisierungsfähiger Streitkräfte und führt zugleich durch die Fähigkeit zum raschen solidarischen Handeln in der **Krise zu größerer politischer Handlungsfähigkeit** Deutschlands in NATO, WEU und in den Vereinten Nationen.

Nicht Siegen sondern Dienen

„Agenda for Peace“ und die neue Rolle der Bundeswehr – Militärseelsorge gerade heute unverzichtbar

Klaus Liebetanz

Der Verfasser Major a.D. Klaus Liebetanz, Mitarbeiter im Arbeitsstab Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt, stellt im folgenden Artikel kurz die wesentlichen Kernpunkte der „Agenda for Peace“ (ein Programm für den Frieden) des Generalsekretär der Vereinten Nationen, Boutros-Ghali vor. Er prüft im weiteren die zu schaffenden Voraussetzungen der Bundeswehr, besonders für die Krisenreaktionskräfte und deren Teilnahme an VN-Friedensmissionen. Dabei legt der Verfasser besonderen Wert auf die geistig/ geistliche „Aufrüstung“. Ein neuer Geist ist erforderlich. Die EKD sollte aus der Militärseelsorge nicht aussteigen.

Ursprung und Entstehung der „Agenda“

In der Erklärung des Sicherheitsrats vom 31. Januar 1992 wurde der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Boutros-Ghali, beauftragt, bis zum 1. Juli 1992 eine Empfehlung auszuarbeiten, in wie weit die Kapazität der Vereinten Nationen im Rahmen der VN-Charta

- zur vorbeugenden Diplomatie,
- zur Friedensschaffung (peacemaking) und
- zur Friedenssicherung (peace-keeping)

gestärkt und effizienter gestaltet werden kann. Diese Tagung des Sicherheitsrates wurde erstmals auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs abgehalten. In diesem Zusammenhang wurde nach dem Ende des Kalten Krieges von einer neuen Weltordnung gesprochen. Am 17. Juni 1992 legte Boutros-Ghali – nach gründlicher Rücksprache mit den Vertretern der wichtigsten Staaten der Welt – der Generalversammlung seine 24-seitige Agenda for Peace vor (erhältlich im VN-Referat des Auswärtigen Amtes).

Wesentliche Kernpunkte der Agenda (stark verkürzt)

Neue Handlungsfreiheit nach dem Ende des Ost-West-Konflikt

Nach Ende des Kalten Krieges und dem Einsturz der ideologischen Trennmauern dürfen die Vereinten

Nationen nie wieder so handlungsunfähig werden, wie in der zurückliegenden Ära der Ost-West-Konfrontation, um die Ziele der VN-Charta zu erreichen. Die großen Ziele der Charta sind:

- Erhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit
- Gerechtigkeit und die Achtung der Menschenrechte
- sozialer Fortschritt für alle Menschen und einen besseren Lebensstandard in Freiheit.

Fester Wille und Entschlossenheit der Mitgliedstaaten gefordert

Der offenkundige Wunsch der Mitgliedsstaaten nach Zusammenarbeit ist erkennbar. Ein Erfolg der beabsichtigten gemeinsamen Anstrengungen ist jedoch äußerst unsicher. Die Suche nach besseren Mechanismen und Techniken in den Vereinten Nationen ist solange relativ bedeutungslos, wie die einzelnen Staaten nicht von dem festen Willen getragen sind, auch schwierige Entscheidungen zu treffen.

Der souveräne Staat bleibt als Grundeinheit unverzichtbar

Der souveräne und unversehrte Staat bildet weiterhin das Grundprinzip des gemeinsamen Umgangs. Die absolute und exklusive Souveränität gehört jedoch der Vergangenheit an. Die Vereinten Nationen haben ihre Pforten für die Neugründung von

Staaten nicht verschlossen. „Wollte jedoch jede ethnische, religiöse und sprachliche Gruppe Anspruch auf Staatshoheit erheben, käme es zu einer maßlosen Zersplitterung, und es würde immer schwieriger, Frieden, Sicherheit und wirtschaftliches Wohlergehen für alle zu verwirklichen.“

Weltentwicklung mit widersprüchlichen Tendenzen

Die neueste Weltentwicklung ist geprägt von höchst widersprüchlichen Tendenzen. Einerseits kommt es zu regionalen und kontinentalen Zusammenschlüssen von Staaten, die zum Teil ihre Souveränitätsrechte größeren gemeinsamen politischen Zusammenschlüssen übertragen, andererseits brechen an neuer Stelle Nationalismus und Souveränitätsdenken mit Gewalt Bahn, und brutale ethnische, religiöse, soziale, kulturelle und sprachenbezogene Auseinandersetzungen bedrohen den Zusammenhalt der Staaten.

Friedenserhaltende Maßnahmen des Sicherheitsrats

Der Sicherheitsrat muß zum zentralen Instrument der Konfliktverhütung und Konfliktlösung werden. Seine Maßnahmen werden wie folgt definiert:

Vorbeugende Diplomatie bezeichnet Maßnahmen mit dem Ziel, das Entstehen von Streitigkeiten zwischen einzelnen Parteien zu verhüten, die Eskalation bestehender Streitigkei-

ten zu verhindern und, sofern es dazu kommen sollte, diese einzugrenzen.

Friedensschaffung (Peacemaking) bezeichnet Maßnahmen mit dem Ziel, feindliche Parteien zu einer Einigung zu bringen, im wesentlichen durch solche friedlichen Mittel, wie sie im Kapitel VI der Charta der vereinten Nationen vorgesehen sind (Untersuchung, Vermittlung, Vergleich, Schiedsspruch usw.)

Friedenssicherung (Peacekeeping) bezeichnet die Einrichtung einer Präsenz der Vereinten Nationen vor Ort. Die geschah bisher mit Zustimmung aller beteiligten Parteien, im Regelfall unter Beteiligung von Militär- und/oder Polizeikräften der Vereinten Nationen und häufig auch von Zivilpersonal der VN. Die Friedenssicherung ist so eine Technik, welche die Möglichkeiten für eine Konfliktverhütung wie auch der Friedensschaffung noch erweitert.

Teile letzterer Maßnahmen werden populär auch als „Blauhelmeinsätze“ bezeichnet. Diese sind jedoch in der VN-Charta nicht aufgeführt. Es handelt sich um eine Hilfskonstruktion, die der außergewöhnliche Generalsekretär der VN (1953-1961) und Friedensnobelpreisträger, Dag Hammarskjöld, entwickelt hat, um den Frieden in verschiedenen Regionen der Welt sicherzustellen.

Ständige Truppen zur Friedensdurchsetzung

Ferner fordert Boutros Ghali

gefechtstaugliche Truppen zur **Friedensdurchsetzung** (Peace-enforcement units), die den Auftrag haben, eine gebrochene Waffenruhe wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten. Sie sollen auf Abruf bereitgehalten werden. (Nach Ausbruch der Feindseligkeiten in Ex-Jugoslawien benötigten die Vereinten Nationen neun Monate, um VN-Streitkräfte vor Ort verfügbar zu haben.)

Vorrang ziviler Maßnahmen vor militärischen Zwangsmitteln

Grundsätzlich haben politische, wirtschaftliche und humanitäre Maßnahmen klaren Vorrang für die Sicherung und Stärkung des Friedens. Militärische Zwangsmaßnahmen sind stets nur das äußerste Mittel. Der unparteiisch gewährten humanitären Hilfe kommt eine besondere konfliktentschärfende Funktion zu.

Die anfängliche Euphorie über die „Neue Weltordnung“ ist verflogen – langer Atem ist angesagt

Nach Beendigung des Kalten Krieges keimte kurzfristig die Hoffnung auf, man werde internationale Konflikte in kollektiver Anstrengung der Völkergemeinschaft mit friedlichen Mitteln erfolgreich begegnen können. Diese Hoffnung hat getrogen.

Allein seit 1987 mußten die Vereinten Nationen über achtzehn Friedensoperationen durchführen, bei denen Streitkräfte im Auftrag der Vereinten Nationen in unterschiedlichen

Formen der Friedenssicherung beteiligt waren. Der nunmehr zwei Jahre andauernde UNPROFOR-Einsatz im ehemaligen Jugoslawien zeigt wie langwierig, kräfte- und finanzzehrend Friedensmissionen sein können, wenn der Haß der Kriegsparteien unüberwindlich ist.

Gemessen an den Ereignissen vor fünfzig Jahren, als Millionen von Zivilisten in brutalster und grausamster Weise umgebracht wurden, ohne daß sich die Weltöffentlichkeit darum scherte, muß die von vielen Seiten gescholtene Friedensmission der Vereinten Nationen in Ex-Jugoslawien als ein wichtiger Fortschritt in der Menschheitsgeschichte gewertet werden.

Gleichzeitig zeigt diese wahrhaft schwierige Friedensmission, welches Maß an Disziplin, Professionalität, Zurückhaltung und wieviel Zivilcourage von den Blauhelm-Soldaten erwartet wird (vgl. General Mourion und viele andere). Dabei darf nicht vergessen werden, daß einige ihr Leben lassen mußten.

Auch die Friedensmission in Somalia zeigte auf welchem schwierigen Terrain sich Blauhelmeinsätze bewegen, und daß diese Missionen nicht in „John Wayne-Manier“ gelöst werden können. (vgl. „Wanted Aidid“)

Der Aufenthalt der Bundeswehr in Somalia stellte hohe Anforderungen an die psychische Stabilität der Soldaten. Der Bundeswehreinsatz zeigte jedoch auch, welche immensen Kosten ein derartiger Aufenthalt ver-

ursacht: über 300 Mio DM für einen ca. sechs-monatigen Aufenthalt in Somalia. Diese Summe ist knapp viermal so hoch, wie der Jahreshaushaltsansatz der Bundesrepublik Deutschland für weltweite humanitäre Soforthilfe.

Gleichwohl war auch dieser VN-Friedenseinsatz ein Erfolg, weil das Massensterben in den Lagern beendet werden konnte und bis heute in diesem Ausmaß nicht wieder begonnen hat. Teilweise war die Kritik der Hilfsorganisationen fehl am Platz, da es unbestritten ist, daß erst der militärische Einsatz die Humanitäre Hilfe wieder ermöglicht hatte.

Voraussetzungen für die neue Rolle der Bundeswehr

Mit dem BVG-Urteil vom 12. Juli wurden weltweite Einsätze der Bundeswehr im Rahmen kollektiver Sicherheitsbündnisse für verfassungsgemäß erklärt, sofern der Deutsche Bundestag mit einfacher Mehrheit zustimmt.

Damit ist für die Bundeswehr nach fast 40 Jahren ihres Bestehens eine erheblich veränderte Situation entstanden. War sie bislang eine auf das Gefechtsfeld Mitteleuropa fixierte Verteidigungsarmee, so hat sie sich nunmehr auf weltweite Einsatzorte mit den verschiedensten Einsatzarten einzustellen. Hinzu kommt, daß die neuen deutschen Streitkräfte seit ihrem Beginn noch nie einen scharfen Schuß auf einen Gegner abgegeben haben.

Zerstückelte und verkohlte Leichen kennen die Soldaten und ihre Führer nur aus dem Fernsehen. Die Bundeswehr ist keine kampferprobte Armee.

Das kann man den Soldaten jedoch nicht zum Vorwurf machen. Wir können dem Schöpfer dankbar sein, daß uns ein Krieg seit 1945 erspart geblieben ist. Der neue Auftrag erfordert jedoch zwingend eine Veränderung in der

- Ausrüstung,
 - Ausbildung und in der
 - geistig/geistlichen „Aufrüstung“.
- Die Teilaspekte Ausrüstung und Ausbildung sollen hier nicht weiter behandelt werden, da sich das „Weißbuch 1994 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage und Zukunft der Bundeswehr“ ausführlich diesen Fragen gewidmet hat. Eins aber muß unbedingt betont werden:

Kein deutscher Soldat darf unangemessen ausgerüstet und schlecht bewaffnet in einem unter Umständen äußerst gefährlichen Auftrag geschickt werden.

Sonderausbildung für die neuen Aufträge im Rahmen der VN

„Das erweiterte Aufgabenspektrum der Bundeswehr, vor allem der Einsatz im Rahmen der Friedensmissionen der Vereinten Nationen, erfordert eine neuartige Ausbildung. Diese Einsätze stellen größte Anforderungen an die körperliche Belastbarkeit, an die geistig-seelische Durchhaltefähigkeit in extremen Si-

tuationen und an die diplomatisch-sozialen Fähigkeiten der Soldaten, besonders des Führungspersonals“ (Weißbuch 94 ; Nr. 724).

Zur erweiterten Ausbildung gehört sicher auch:

- Kenntnisse über die internationalen Hilfsorganisationen, wie z.B. die VN-Organisationen und die Rot-Kreuzbewegung (IKRK) und die Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften)
- kulturelle Sensibilisierung
- Sicherheitstraining (Angebot des IKRK)
- Antistresstraining
- Sozio-kulturelles „Engineering“
- Durchführen von Versöhnungsprogrammen

Die Bundeswehr war und ist gut beraten, von den Kenntnissen der blauhelferfahrenen Österreicher, Schweden, Norwegern, Dänen und Finnen zu profitieren und deren VN-Ausbildungseinrichtungen zu nutzen.

Forderung auch nach geistig/geistlicher Aufrüstung

Die Welt ist an einen Scheideweg gekommen. Die großen Probleme wie die gewaltigen Umweltzerstörungen (Ozonschicht u. die dezimierten Urwälder), die immer größere Disparität zwischen reichen und armen Ländern mit der Folge von nunmehr ca. 17 Mio Flüchtlingen und ca. 20 Mio Vertriebenen, das eskalierende Bevölkerungswachstum sowie zahllose Bürgerkriege können nur noch gemein-

sam gelöst werden. Die kompromißlose nationale Durchsetzung auf politischem, wirtschaftlichen und kulturellen Gebiet führt zum Untergang aller Staaten.

Ein neuer Geist ist erforderlich

Der große christliche Philosoph und Naturwissenschaftler, C. F. von Weizsäcker, kommt als Quintessenz seiner Erkenntnisse zu dem Schluß: „Das innerste Gesetz dieser Welt sind die Prinzipien der Bergpredigt. „Bezogen auf unser Thema lautet eine der Seligpreisungen der Bergpredigt: „Selig, die Frieden stiften, denn sie werden Söhne Gottes genannt werden.“ Ein Blauhelm-Soldat ist per definitionem nichts anderes als ein Friedensstifter. Diese Auffassung wird durch die berühmte Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute „Gaudium et Spes“ des II. Vaticanum feierlich bestätigt: „Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er zur Festigung des Friedens bei.“

Es ist sicher kein Zufall, daß der o.a. hervorragende evangelische Christ und Generalsekretär der Vereinten Nationen von 1953-1961, Dag Hammarskjöld, der posthum mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, der Erfinder der Blauhelmsuppe war. Er hat seinen nahen gewaltvollen Tod vorausgesehen und ist vor entscheiden-

den Verhandlungen während der Kongokrise am 17.09.61 in unmittelbarer Nähe des Flugplatzes am nordrheodischen Verhandlungsort vermutlich abgeschossen worden. Sein später aufgefundenes Tagebuch, „Zeichen am Weg“ läßt erahnen, aus welcher spirituellen Tiefe er Politik machte.

Generalinspekteur Klaus Naumann fordert in seinem Buch „Die Bundeswehr in einer Welt im Umbruch“ neben der Ausbildung des Soldaten zum Kämpfer auch eine Ausbildung zum Helfer, Retter und Beschützer und knüpft damit an das christliche Ritterideal an.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, hat der Geist der Bergpredigt nichts, aber auch gar nichts mit einer wie auch immer gearteten, im Grunde genommen faschistoiden Kreuzzugs-idee zu tun, die so häufig in der Geschichte Elend über die Menschen gebracht hat.

Wenn die Bundeswehr beabsichtigt, an der Spitze des wahren und menschlichen Fortschritts zu marschieren, dann ist ihr sehr zu raten, sich den Geist Christi zu eigen zu machen. Wie der Knecht/Soldat Gottes auszusehen habe, beschreibt der Prophet Jesaias im 42. Kapitel: „Er wird nicht schreien, nicht rufen, man wird keinen Lärm hören auf den Gassen (kein Medienrummel). Er wird das geknickte Rohr nicht zerbrechen (nicht großspurig auftreten) und den noch glimmenden Docht nicht auslöschen (Hilfe zur Selbsthilfe leisten).“

Unverzichtbare Aufgabe der Militärseelsorge

Den Militärseelsorgern kommt in diesem Zusammenhang eine besondere – wie es sogar im Weißbuch 94 heißt – eine unverzichtbare Aufgabe zu: Sie haben die Soldaten geistlich vorzubereiten und sie in der Gefahr zu begleiten, ihnen wo notwendig beizustehen und Trost zu spenden. Ferner sollten sie möglichst häufig die Abendmahlfeier anbieten, sei es in Kellern oder Unterständen, um die Soldaten mit der Energiequelle des Friedens zu verbinden.

Es bleibt sehr zu hoffen, daß die Evangelische Kirche Deutschlands den Militärseelsorgevertrag nicht aufkündigt. Damit würde sie sich aus der realexistierenden Soldatenwelt verabschieden und den Versuch aufgeben, den Geist Jesu Christi zum Herzstück der Bundeswehr zu machen. Das deutlichere Zeichen wäre heute, bei den Soldaten zu bleiben.

Der Bundeswehr insgesamt ist zu wünschen, daß Haltung und Geist der Soldaten mit besonderem Hinblick auf die Agenda for Peace immer mehr dem deutschen nationalen Erkennungszeichen an den Fahrzeugen entspricht, nämlich dem Kreuz, was praktisch heißt: Bescheiden mit leisen Tönen, unverkrampft, qualifiziert dem Frieden in der Welt zu dienen, wie es unserem Verfassungsauftrag entspricht.

Interview mit dem scheidenden Bundesvorsitzenden der Enno Bernzen



aktion kaserne

Arbeitsgemeinschaft für Wehrpflichtige

Josef König

Frage: Vor gut fünf Jahren sind Sie zum ersten Male zum ehrenamtlichen Bundesvorsitzenden der „aktion kaserne“ als eine von Mitgliedsverbänden des BDKJ getragene Arbeitsgemeinschaft für Wehrpflichtige gewählt worden. Wie beurteilen Sie nun zum Ende Ihrer Amtszeit dieses Engagement in einer katholischen Wehrpflichtigenorganisation?

Enno Bernzen (EB): Als ich vor fünf Jahren kandidierte, war mein Interesse, meine zurückliegenden Erfahrungen als ehemaliger grundwehrdienstleistender Soldat in die Arbeit in einen Jugendverband einzubringen, um damit Sorge zu tragen, daß die besondere Lebenssituation als Wehrpflichtiger mit den durch den Auftrag begründeten eingeschränkten Grundrechten gerade in einem Jugendverband präsent bleibt. Gerade Jugendverbände – und dabei auf Grund der spezifischen Geschichte des BDKJ zur Zeit der Wiederbewaffnungsdebatte im Nachkriegsdeutschland – stehen nach wie vor in der Verpflich-

tung, im Interesse der jungen Wehrpflichtigen die Stimme dann zu erheben, wenn es darum gehen soll, diese besondere Lebenssituation zu begleiten. Daß sich dafür ein Engagement in der „aktion kaserne“ anbot, ist schlichtweg damit begründet, daß ich als Mitglied in einem Trägerverband, der Katholischen Studierenden Jugend (KSJ), darin eine gute Fortsetzung meines verbandlichen Engagements sah. Wenn ich nun diese Zeit Revue passieren lasse, so kann ich mit gutem Gewissen feststellen, daß mein Anliegen und mein Interesse, das mit meiner ersten Kandidatur verbunden war, gefruchtet hat.

Frage: Worauf führen Sie dieses doch positive Ergebnis zurück?

EB: Dies hat mehrere Gründe. Zum einen liegt es daran, daß sich die Arbeit in der „aktion kaserne“ konzentriert auf die Fragen, die sich aus der allgemeinen Wehrpflicht ergeben und nicht gleichsam „Alles und Jedes“ zum Thema machte. Gerade die Konzentration auf Grundfragen einer

zeitgemäßen Weiterentwicklung der Inneren Führung im Bereich des Ausbaues der Beteiligungsrechte der Soldaten, der Freizeit und Freizeitgestaltung in Kasernen, aber auch mit den damit verbundenen Gesprächen mit dem Führungsstab der Streitkräfte (FüS I) und dem Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages gewährleisten, daß man sich nicht verzettelt und zu „Allem und Jeden“ etwas sagt. Zum anderen liegt es auch sicherlich daran, daß die Arbeit der „aktion kaserne“ auch für die jungen Wehrpflichtigen, seien es nun Vertrauenspersonen, die für ihre Soldaten sprechen oder Wehrpflichtige, die ein Freizeitbüro leiten, konkret erfahrbar wird: „aktion kaserne“ hat ein Gesicht, in Seminaren und Tagungen geht es zur Sache, Verantwortliche in der „aktion kaserne“ kennen sich; kurzum: das, was in der kirchlichen Jugendarbeit gerne unter dem Stichwort „personales Angebot“ vertreten wird, kann man in der „aktion kaserne“ auch erleben. Sicherlich ist ein dritter Grund der, daß die gute Zusammenarbeit mit der katholischen Militärseelsorge, der Bereitschaft, diese Arbeit auch zu fördern, vieles ermöglicht, was sonst nicht machbar wäre. Ich will an der Stelle auch in Erinnerung rufen, daß der „Dienst-sitz“ Jugendhaus Düsseldorf am Carl-Mosterts-Platz 1 in jeder Hinsicht für die „aktion kaserne“ von Vorteil ist, weil die notwendigen Verwaltungs- und Dienstleistungsas-

pekte auch bei einem Engagement für Soldaten im Jugendhaus Düsseldorf gut aufgehoben sind und keinerlei Auswirkungen auf die inhaltliche Arbeit haben.

Frage: Nun fielen in Ihre Amtszeit auch gravierende außen- und sicherheitspolitische Veränderungen mit erheblichen Auswirkungen für die Bundeswehr und den Soldaten. Wer vor fünf Jahren gesagt hätte, daß 1994 auch grundwehrdienstleistende Soldaten außerhalb des NATO-Vertragsgebietes im Auftrag der Vereinten Nationen Dienst verrichten würden, wäre sicherlich belächelt worden. Wie beurteilen Sie die weitere Entwicklung in der Bundeswehr und der allgemeinen Wehrpflicht?

EB: Nach meinem Eindruck gibt es hier keine gesicherten Daten, denn momentan ist Superwahljahr 1994 und am 16. Oktober ab 18.20 Uhr nach den ersten Hochrechnungen wissen wird mehr. Aufgefallen beim Lesen der Programme der großen Volksparteien ist mir, daß es keine substantiellen Unterschiede in Fragen der Verteidigungspolitik zwischen den großen staatstragenden Parteien gibt. Alle halten Streitkräfte für nötig und um die Zukunft der allgemeinen Wehrpflicht ist mir zunächst auch nicht bange. Man wird aufmerksam die erste Regierungserklärung lesen müssen um herauszufinden, was der „Primat der Politik“ will. Allerdings, ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß zunehmend die Haus-

haltslage des Bundes darüber bestimmen wird, wohin es mit den Streitkräften gehen wird. Aber wie soll der Auftrag der Streitkräfte, der ja nach der zurückliegenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes auch Einsätze außerhalb der bündnisbezogenen Landesverteidigung verfassungsrechtlich für möglich erklärt, dann auch realisierbar bleiben? Die Soldaten haben doch ein Recht auf gute Ausbildung und Gerät, wenn sie im Auftrag derer, die sie ja wollen, Dienst leisten. Allerdings sehe ich schon die Gefahr, daß sich die Bundeswehr dann zu einer „Zwei-Klassen-Armee“ entwickelt, sofern es nicht gelingt zu begründen, warum die sog. Hauptverteidigungskräfte auch tatsächlich das Hauptaugenmerk brauchen. Und dort werden die meisten Wehrpflichtigen Dienst leisten. Wer die Wehrpflicht aufrechterhalten will, muß sie gegenüber demjenigen, der ihr nachkommen muß, auch gut begründen können. Gelingt dies auf Dauer nicht, kann sie nicht mehr auf der Grundlage eines Wehrpflichtgesetzes eingefordert werden.

Frage: In der Evangelischen Kirche ist eine Entscheidung zugunsten einer Neuordnung ihrer Militärseelsorge erfolgt. In der Katholischen Kirche bleibt es bei der bisherigen Form. Seelsorge für Soldaten. Was ist Ihr Standpunkt?

EB: Wenn ich einmal alle staatskirchenrechtlichen Fragen beiseite las-

se und nicht auf die rechtlichen Unterschiede in Fragen der Militärseelsorge der beiden großen Kirchen eingehe, dann deshalb, weil mir es als Soldat in erster Linie darauf ankommt, wie sich Seelsorge für Soldaten praktisch und in der besonderen Situation in meinem Alltagsleben in der Bundeswehr gestaltet. Und dabei lasse ich mich zunächst nur davon leiten, wie der Soldaten gesetzlich garantierte Anspruch auf ungestörte Ausübung meines Glaubens und meiner christlichen Überzeugung realisiert wird. Dabei habe ich die Erfahrung machen können, daß es für meinen Glaubensvollzug besser und damit eben praktischer ist, wenn an meinem Standort eine eigene, halt eben Militärgemeinde ist, in die der Standortpfarrer eingebunden ist und nicht erst sich zum Besuch an der Wache anmelden muß. Die Besonderheiten des militärischen Dienstes erlauben es mir in der Regel nicht, die ortsübliche Gemeinde aufzusuchen, denn was soll ich im Manöver oder auf Truppenübungsplätzen oder auf den schwimmenden Einheiten machen? Ob ein Pfarrer Bundesbeamter ist oder nicht, spielt in meinen Überlegungen keine besondere Rolle. So wie von allen beamteten Hochschulprofessoren, die Pfarrer sind, erwarte ich auch von einem beamteten Militärpfarrer, daß er das Evangelium verkündigt und dies unabhängig davon, wie sein vorübergehender Status ist. Unabhängigkeit ist aus meiner Sicht in erster Linie eine Frage der inneren Haltung, weniger

eine Frage der möglicherweise für die Bundeswehr notwendigen Statusfragen. Aufgefallen in den Diskussionen um die Militärseelsorge ist mir allerdings schon, daß sie nur für diesen Teil der Kategorialeelsorge geführt wird. Keinem Beamtenseelsorger beispielsweise im Strafvollzug ist die Frage gestellt worden, ob er das Evangelium unverkürzt wegen seines Status verkündigen kann oder nicht.

Abschließende Frage Herr Bernzen: *Wie geht es bei Ihnen persönlich weiter?*

EB: Zunächst werde ich mein Studium an der Universität der Bundeswehr in München beenden und hoffe dann, daß mir die Abteilung Personal eine integrierte Verwendung ermöglicht.

Herzlichen Dank.

Anmerkung:

Das von Josef König am 18.08.94 geführte Interview für die Ausgabe 3/94 des Organes der „aktion kaserne“ JUGEND UND BUNDESWEHR wurde AUFTRAG freundlicher Weise vom Interviewer zur Verfügung gestellt.

Wenn Soldaten Frieden sagen ...

Helmut Fettweis

Unter dem vorgenannten Titel hat die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) seit 1974 in nunmehr drei Auflagen aus ihrer Arbeit für den Frieden berichtet.

Diese Dokumentation, die auch die Arbeit des Königsteiner Offizierkreises (KOK) einschließt, hat wesentlichen Einfluß darauf ausgeübt, daß unter katholischen Soldaten und dadurch in der Bundeswehr die Gedanken eines „Feindbildes“ nicht um sich gegriffen, sondern den Dienst für das „wofür“ man bereit sein muß, einleuchtend gemacht haben.

In diese Dokumentation flossen die Diskussionen und Gedanken ein, die dem Frieden dienten. Ausgangspunkt war in jeder Phase die Rückbesinnung auf den Glauben und die Lehre der Kirche.

Fußten die ersten Überlegungen noch auf Erklärungen Papst Pius XII. (1939-1958), der die alte Lehre der Kirche vom „gerechten Krieg“ zeitbezogen angewendet hat, so stieß man bald zu tiefergehenden Begründungen. Erkannt wurde, daß der Friede das hohe Prinzip ist, dem auch der Soldat dienen muß.

Die Themen des II. Vatikanischen Konzils (1962-1965) brachten dazu neue Anstöße. Bereits 1965 gelang es in Königstein, Friedensgedanken in die Thematik der Tagung einzubeziehen. Die „Königsteiner Überlegungen“ breiteten sich innerhalb des KOK aus und wurden später mit noch größerer Intensität von der GKS weiterentwickelt.

Situationen

Seit 1990 hat sich die politische Landschaft erneut gewaltig verändert. Das politische Drohpotential des Sozialismus (Kommunismus) existiert nicht mehr. Der Warschauer Pakt hat sich aufgelöst und viele Staaten des Ostens suchen die Hilfe aus dem Westen.

Deutschland ist nicht mehr geteilt und die furchtbare Drohung, daß eine kommunistische Armee aus Deutschen als Speerspitze der roten Angriffsarmee die damalige Bundesrepublik und Westeuropa überfallen könnte, besteht nicht mehr. Die Bundeswehr hat in Gemeinschaft mit der NATO geholfen, vor einem solchen Krieg abzuschrecken.

Für sehr viele Menschen in unserem Land besteht nunmehr kein Grund mehr, eine (so große) Armee wie es die Bundeswehr ist, aufrechtzuerhalten. Sie könnte der „Steinbruch“ sein, aus dem man dicke Finanzblöcke ausbrechen kann, um damit andere Vorhaben zu fördern. Ist dem aber wirklich so? Gibt es nunmehr nur noch Frieden?

Sieht man auf die Länder rundum, dann kann man feststellen, die russische Armee ist noch in respektvoller Größe vorhanden, aber man kennt die Schwächen. Ukraine, Weißrußland, Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Tschechien sind eigenständige Staaten. Man kann uns daher nicht plötzlich überfallen.

Im Westen und Süden oder auch im Norden sind Kriege undenkbar geworden. Wozu also noch eine Armee? Ein Wachbataillon müßte genügen.

Dennoch kommt selbst bei manchem Friedensenthusiasten bei dieser Aufzählung eine gewisse Skepsis auf, wenn er an Jugoslawien denkt. Hier wird offenbar, daß weder die europäischen Staaten noch die Weltgemeinschaft „Frieden machen“ können. Im Gegenteil, es bestand und besteht die Gefahr, daß aus diesem Bürgerkrieg ein Flächenbrand entsteht, der auch zum großen Krieg eskalieren und damit die Not wieder vor unsere Schwelle tragen könnte. Es ist nicht Sinn dieser Abhandlung, ein Horror-Szenario aufzuzeigen. Es soll nur zur sorgfältigen Analyse angeregt werden.

Analysen

Ein wichtiger Ausgangspunkt muß die Nr. 78 der Pastoralkonstitution sein, die da lautet: „Insofern die Menschen Sünder sind, droht ihnen die Gefahr des Krieges, ...“. Es heißt allerdings auch: „Soweit... die Menschen sich in Liebe vereinen und so die Sünde überwinden, überwinden

sie auch die Gewaltsamkeit ...“.

Schauen wir uns die Welt an, dann müssen wir feststellen: Gewalt und Sünde sind weitverbreitete Übel -innen- und außenpolitisch. Somit drohen also nach wie vor Gewalt und Krieg. Es ist daher notwendig, daß Politiker und Soldaten eine Situationsanalyse vornehmen. Man muß feststellen, welche Gefahren uns drohen.

Nach dem Konzilsdekret (Nr. 79) sind die Regierenden dazu verpflichtet, das Wohl der ihnen anvertrauten Völker zu schützen. Und das Konzil mahnt besonders die Verantwortlichen: „sie sollen diese ernste Sache ernstnehmen“. Wir müssen also unsere Verantwortlichen – Politiker und Soldaten – sehr daran erinnern, daß sie in einer Zeit der Friedenseuphorie nicht ablassen, die Frage nach der Bedrohung zu stellen.

Nach dieser ersten Frage folgt eine zweite, welche Aufgaben auf uns zukommen, wenn wir im 5. Kapitel der Pastoralkonstitution alles lesen, was unter der Überschrift subsumiert ist „Die Förderung des Friedens und der Aufbau der Völkergemeinschaft“.

Da heißt es auch (Nr. 79): „Der Unmenschlichkeit der Kriege Dämme setzen“.

- Was müssen wir also mit welchen Kräften tun, um die Not in der Welt, aber auch die Kriegsgefahr und die Kriege, einzudämmen?
- Welche Aufgaben kommen dabei auf die Soldaten zu?

- Welche Aufgaben können zivile Hilfsdienste oder vorbeugende Politik lösen?
- Welche Bündnisse sind geeignet, die Lasten zu verteilen und wie müssen wir uns in diese Bündnisse einbringen?
- Für welche humanitären Hilfen sind wir mit welchen Institutionen gerüstet?
- Muß und kann auch das ein Gebiet für die Bundeswehr sein?

Kräfte

Hat man die Situation gründlich und ausreichend – im Blick auf Randgebiete – analysiert, dann muß der Gedankengang folgen, mit welchen Kräften kann man die Bundesrepublik Deutschland, die Staaten Europas schützen und den Vereinten Nationen helfen, die Kraft zu werden, die in der Lage ist, jeglichen Krieg zu ächten (vgl. Nr. 82).

Für uns als katholische Soldaten in der GKS besteht nunmehr die neue Aufgabe, mitzuarbeiten an einer Bundeswehr, die den Anforderungen der Zukunft gerecht wird. Wenn die geistigen Grundlagen erstellt sind, dann kommt es darauf an, mit Sachkenntnis und Energie für ein Konzept der Verteidigung einzutreten, das den Erfordernissen unseres Staates entspricht. Das geht aber nicht, ohne daß wir uns bemühen, auch die Ursachen aller Gewalt zu beseitigen. Es muß Aufgabe der GKS als kirchlicher Ver-

band, bleiben, sich um die Überwindung der menschlichen Fehler zu sorgen. Das schließt nicht nur die persönlichen Vergehen ein, sondern bezieht sich auch auf die Schuld im Bereich des Staates. Die Mitglieder der GKS, aber auch diese Gemeinschaft als Institution, müssen sich immer wieder bemühen, Christi Gebot und Lehre im Alltag zu verwirklichen.

Nicht nur Analysen und gutes Wollen, sondern auch sittlich gut Handeln und Beten um die Gnade des Herrn sind unerlässlich.

Das Gebot zur Liebe besteht alle Tage.

Anmerkung:

Verweise und Zitate alle: „Pastoral Konstitution über die Kirche in der Welt von heute.“



KÖNIGSTEINER ENGEL

Symbol des ehemaligen Königsteiner Offizierkreises (KOK)
und bis in die 80er Jahre auch Logo der GKS

AUS GKS, PGR UND AMI

Familienurlaub mit dem AMI 1994 in Bad Aussee

Klaus Költzsch*



Es war schon etwas ungewöhnlich für uns, am AMI-Familienurlaub teilzunehmen. Wie kamen wir dazu und welche Eindrücke konnten wir mitnehmen?

Am Anfang standen zwei Wochenenden der Begegnung im Ostseebad Nienhagen. Initiatoren dieser beiden Veranstaltungen waren Familie Thye und Herr Born. Grundgedanke dieser Wochenenden war, Angehörige der Bundeswehr und der ehemaligen Nationalen Volksarmee (NVA) einander näher zu bringen. Die sogenannten Berührungsgängste waren schnell verfloren und man kam miteinander ins Gespräch. Wir selbst nahmen 1992 und auch 1993 an den Wochenenden der Begegnung teil. Beide stellten für uns eine große Bereicherung

dar. So lernten wir Hiltrud und Günter Thye kennen.

Wir sprachen auch über das AMI und der Möglichkeit, mit dem AMI Familienurlaub zu machen. In diesem Jahr stand Bad Aussee auf dem Programm. Ein kleiner Kur- und Erholungsort im Herzen Österreichs, genauer gesagt der Mittelpunkt des Landes. Über das Angebot von Familie Thye, an diesem Familienurlaub teilzunehmen, hatten wir uns sehr gefreut. Wir gaben jedoch zu bedenken, daß wir aufgrund unserer Erziehung keiner Kirche angehören. Diese Bedenken wurden schnell ausgeräumt und wir gaben unsere Teilnahme-meldung ab. Im April d.J. kam dann die Zusage vom Militärkommando Steiermark. Man kann sich sicher vorstellen, mit welcher Erwartung und auch Spannung wir diesen Urlaub antraten.

Am 30.07.94 begann unsere Reise mit Zwischenstopp in Regensburg. Diesen kurzen Aufenthalt nutzten

* Anmerkung:

Klaus Költzsch und seine Ehefrau Cornelia waren beide Angehörige der NVA im Bereich Kommando der Volksmarine in Rostock. Cornelia Költzsch ist heute im Marinekommando Rostock tätig.

Über die Begegnungswochenenden der GKS in Nienhagen bei Warnemünde wurde in AUFTRAG Nr. 203, Seite 170 ff. berichtet.

wir, um die Stadt und die nähere Umgebung kennenzulernen. Das Wetter war hervorragend und wir alle gut gelaunt.

Am 01.08.94 hieß es dann auf zur zweiten Etappe mit dem Ziel Bad Aussee im Salzburger Land. Zeitlich kamen wir gut voran, so daß wir unterwegs die Gelegenheit nutzten, im herrlich gelegenen Traunsee zu baden. Unsere Kinder waren darüber natürlich happy, so war die Autofahrt für sie nicht zu anstrengend und bot eine kleine Abwechslung.

Planmäßig 17.00 Uhr trafen wir im Elisabethheim ein. Rolf Urrisk und Werner Eigl hießen uns mit einem „Herzlichen Grüß Gott“ willkommen. Nachdem wir unser Zimmer bezogen hatten (unsere beiden Kinder nutzten die Möglichkeit, im Mädchen- bzw. Jungenzimmer zu schlafen), ging es auch schon zum gemeinsamen Abendbrot. Nach einer ersten groben Orientierung über die nächsten zwei Wochen, nahm der Urlaub seinen Lauf.

Am zweiten Abend stand das nähere Kennenlernen und die Vorstellung aller Anwesenden auf dem Programm. Familien aus Österreich, Deutschland und auch eine Familie aus Frankreich waren Teilnehmer dieses Urlaubs. Der Vater des Gedankens war, viele Veranstaltungen gemeinsam durchzuführen. Jedem blieb die Entscheidung jedoch selbst überlassen, an den Veranstaltungen teilzunehmen. Auf dem Programm standen

u.a. eine Wanderung zum Loser sowie zum Dachstein, zwei Grillabende, ein Ausflug zu einem nahegelegenen Hubschraubergeschwader mit anschließendem Flug über die schöne Landschaft, die Besichtigung des Salzbergwerkes in Hallstatt, die Fahrt zum Stift Seckau. Dort konnten sich die Kinder in einem Wettkampf sportlich betätigen. Diese Aufzählung ist natürlich nicht vollständig, es würde ansonsten auch an dieser Stelle den Rahmen sprengen.

Wir hatten viele schöne Stunden, haben viel erlebt, gesehen und Bekanntschaften geschlossen. Ob nun in der großen Gemeinschaft oder in kleineren Gruppen, es war für uns ganz einfach eine Bereicherung, in dieser Form Urlaub zu machen.

Wir nutzten in diesen Tagen auch die Möglichkeit, wenn auch mit etwas gemischten Gefühlen, am sonntäglichen Gottesdienst teilzunehmen. Der Gottesdienst, die abendlichen Tischgebete und viele interessante Gespräche, die wir führten, regten zum Nachdenken an. Ob es nun die Frage des Glaubens war, Fragen des alltäglichen Lebens, ja selbst Fragen nach unserem Aufwachsen und Leben in einer für die meisten doch anderen und in vielen Punkten unbekannten Gesellschaftsform. Es ergaben sich so viele Anknüpfungspunkte für weitere Gespräche und Gedanken, daß die Zeit mitunter einfach zu kurz war, tiefgründiger auf das eine oder andere einzugehen.

Als Resümee können wir sagen: Dieser Urlaub unter dem Zeichen des AMI war nicht nur schlechthin ein „schöner Urlaub“, sondern hat uns aufgezeigt, wieviele schöne Stunden man in einer Gemeinschaft verbringen kann. Trotz unterschiedlichen Glaubens und verschiedener Ansichten/Auffassungen, bedingt durch die persönlichen Entwicklungswege, fanden sich viele Gemeinsamkeiten, die uns letztendlich zusammenführten.

An dieser Stelle möchte ich mich auch im Namen meiner Familie bei allen bedanken, die uns die Möglichkeit gaben, am Familienurlaub 1994 in Bad Aussee teilzunehmen. Unser Dank geht besonders an die Organisatoren, aber auch an jene, die uns so herzlich in ihre Mitte aufnahmen. Wir wünschen allen Gesundheit und sind guter Hoffnung auf ein Wiedersehen mit der einen oder anderen Familie.



Foto: Költzsch

*Die Teilnehmer der AMI-Familienfreizeit bei der Führung im
Stift Seckau/Salzkammergut durch Pater Gabriel*

INFORMATIONEN

AUSSCHREIBUNG DES KATHOLISCHEN JOURNALISTENPREISES 1995

Anläßlich des Welttages der sozialen Kommunikationsmittel 1995 werden die Arbeitsgemeinschaft Katholische Presse e.V. und die Gesellschaft Katholischer Publizisten zum zwanzigsten Mal den von der Deutschen Bischofskonferenz gestifteten „Katholischen Journalistenpreis“ verleihen. Wie bisher gliedert sich der Preis in zwei Teile, mit dem Ersten Preis soll ein Autor für eine herausragende Leistung auf dem Gebiet der katholischen Publizistik ausgezeichnet werden. Der zweite Preis will junge katholische Journalisten zu verantwortungsbewußter Arbeit in ihrem Beruf ermutigen; er soll daher satzungsgemäß einem jüngeren Autor zugesprochen werden. Der Preis ist insgesamt mit 20.000,- DM dotiert. Bisherige Träger des Hauptpreises sind von einer weiteren Auszeichnung ausgeschlossen.

Ausschreibungsbedingungen

1. Für den „Katholischen Journalistenpreis 1995“ kann eine Arbeit je Autor eingereicht werden. Sie muß in deutscher Sprache verfaßt sein und nach dem 15. Dezember 1993 in einem Presseorgan des Deutschen Sprachraumes abgedruckt oder von einer Rundfunkanstalt des deutschen Sprachgebietes ausgestrahlt worden sein. Die Einreichung kann entweder vom Verfasser selbst oder von anderen Personen erfolgen. Dies schließt nicht aus, daß von mehreren Personen mehrere Arbeiten eines Autors eingereicht werden.
2. Den Arbeiten sind Angaben zur Person (berufliche Position, Alter) des Autors beizufügen.
3. Die Arbeit ist in **fünffacher Ausfertigung** an die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft Katholische Presse, Adenaurallee 176, 53113 Bonn, oder an die Geschäftsstelle der Gesellschaft Katholischer Publizisten, Breite Str. 106, 50667 Köln, einzusenden. Bei Fernsehbeiträgen genügt die Einsendung einer Videokassette.

Einsendeschluß ist der 15. Dezember 1994.

Über die Verleihung des Preises entscheidet eine Jury. Diese besteht aus zwei von der Gesellschaft Katholischer Publizisten benannten Mitgliedern, zwei von der Arbeitsgemeinschaft Katholische Presse benannten Mitgliedern und einem Mitglied, das von der Publizistischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz benannt wurde. Die Jury faßt ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Der Preis wird unter Ausschluß des Rechtsweges verliehen; die Entscheidungen der Jury sind nicht anfechtbar.

ARBEITSGEMEINSCHAFT KATHOLISCHE PRESSE E.V.

Adenaurallee 176, 53113 Bonn, Tel.: (0228) 21 53 34; FAX: (0228) 21 09 22

GESELLSCHAFT KATHOLISCHER PUBLIZISTEN DEUTSCHLANDS E.V.

Breite Str. 106, 50667 Köln, Tel.: (0221) 25 76 111, FAX: (0221) 25 54 62

**Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit e.V.
Bureau International de Liaison et de
Documentation (B.I.L.D.), Paris**

Herausgeber der Zeitschrift DOKUMENTE und DOCUMENTS

Bachstraße 32, D – 53115 BONN

Telefon: (0228) 729 00 80

Telefax: (0228) 69 03 85

deutsch-französische Begegnungen

ANIMATEURE GESUCHT

Die Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit e.V., Bonn, sucht Animateure (Gruppenleiter).

Der Verein veranstaltet mit Förderung und finanzieller Unterstützung des Deutsch-Französischen Jugendwerks Jugendbegegnungen für junge Deutsche und Franzosen im Alter von 13 bis 18 Jahren.

Die Gesellschaft bietet den zukünftigen Betreuern eine Ausbildung an. Sie findet im Februar statt und bietet Gelegenheit, sich mit der Problematik von binationalen Jugendgruppen auseinanderzusetzen sowie eine pädagogische Zusatzqualifikation zu bekommen.

Die Betreuer für diese deutsch-französische Begegnungen sollen mindestens 21 Jahre alt sein und die deutsche und französische Sprache beherrschen.

Erwartet werden zudem gute Allgemeinkenntnisse in französischer und deutscher Landeskunde und Geschichte. Von Vorteil wären pädagogische Erfahrungen im Umgang mit Jugendlichen.

Unterlagen anfordern bei der

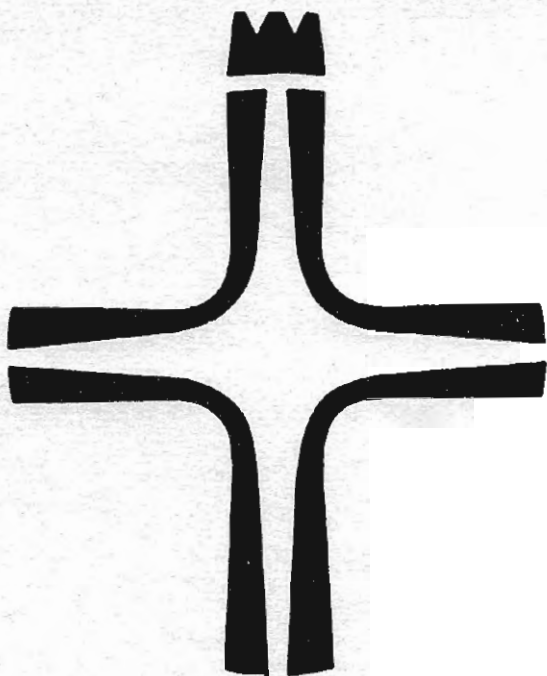
Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit e.V.

Jugendabteilung

Bachstraße 32

53115 Bonn

Tel.: 0228-729 00 80



Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint sechsmal jährlich.

Herausgeber: GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

Redaktion:

Klaus Brandt, Oberstleutnant a.D., verantwortlicher Redakteur,
Helmut Fettweis, Oberst a.D., Redakteur,
Paul Schulz, Oberstleutnant a.D., Redakteur, Satz und Layout.

Zuschriften: Klaus Brandt, Postfach 30 03 03, 51413 Bergisch Gladbach,
Fax: 02204-23005

Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, Schöntalweg 5, 53347 Alfter-Oedekoven

Überweisungen auf: Konto-Nr. 2532786 BLZ 380 400 07 Commerzbank Bonn, Zweigstelle Adenauerallee oder 165035-506 Postscheckamt Köln – Generalvikariat des Katholischen Militärbischofs – Vermerk: "Spendenkonto der GKS".

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von DM 5,— an den ausliefernden Verlag.